

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

02 | 2014 23. Jg.

Digitalisierung zwischen Utopie und Kontrolle

FREUDENSCHUSS DIGITALISIERUNG. EINE FEMINISTISCHE BAUSTELLE BERSCHIED AUTONOME
FAHRZEUGE UND HEGEMONIALE MÄNNLICHKEIT IN DER AUTOMOBILKULTUR KOCH. ZSCHOKKE
GRENZEN UND MÖGLICHKEITEN EINES QUEER-FEMINISTISCHEN ARCHIVS GANZ NERD-PRIDE, PRIVILEGIEN
UND POST-PRIVACY DRÜEKE. KLAUS ÖFFENTLICHKEITEN IM INTERNET KÄMPF NETZFEMINISMUS
IM SICHERHEITSDISPOSITIV HENTSCHEL. SCHMIDT REGULIERUNG GEWALTVOLLER ONLINE-
KOMMUNIKATION



Verlag Barbara Budrich

Digitalisierung zwischen Utopie und Kontrolle

INHALT

EDITORIAL	7
SCHWERPUNKT: Digitalisierung zwischen Utopie und Kontrolle	9
MAGDALENA FREUDENSCHUSS	
Digitalisierung. Eine feministische Baustelle. Einleitung	9
ANNA-LENA BERSCHIED	
Autonome Fahrzeuge und hegemoniale Männlichkeit in der Automobilkultur	22
ULRIKE KOCH. ANNA ZSCHOKKE	
Was bleibt? Grenzen und Möglichkeiten eines queer-feministischen Archivs im Internet	34
KATHRIN GANZ	
Nerd-Pride, Privilegien und Post-Privacy: Eine intersektional- hegemonietheoretische Betrachtung der Netzbewegung	47
RICARDA DRÜEKE. ELISABETH KLAUS	
Öffentlichkeiten im Internet: Zwischen Feminismus und Antifeminismus	59
KATRIN M. KÄMPF	
Safe Spaces, Self-Care & Empowerment – Netzfeminismus im Sicherheitsdispositiv	71
GITTI HENTSCHEL. FRANCESCA SCHMIDT	
Regulierung gewaltvoller Online-Kommunikation. Perspektiven feministischer Netzpolitik auf gewaltvolle Kommunikation im Internet	83
FORUM	97
SUSANNE LETTOW	
Sehnsucht nach Unmittelbarkeit. Zur Konjunktur des politischen Vitalismus	97
HANNA MEISSNER	
Von der Romantik imaginärer Verluste: Bringing the material back in?	106

SIGRID KANNENGIESSER „I want the government to legalise prostitution.“ Sexarbeiterinnen in Johannesburg, Südafrika und das Dilemma wissenschaftlichen Arbeitens	116
TAGESPOLITIK	125
JETTE HAUSOTTER. ANN WIESENTAL Care Revolution Eine Care-Bewegung tritt an, um die Lebensverhältnisse zu revolutionieren!	125
OKSANA KIS Ukrainian women in post-soviet Ukrainian politics When personal and political merge and diverge	129
EVA-MARIA BRUCHHAUS Weibliche Genitalbeschneidung in Somaliland	133
GABRIELE ABELS. JOYCE MARIE MUSHABEN „Dieses Mal ist es anders“ – oder doch nicht? Eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014 und ihrer Folgen	138
NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG	151
Kurznachrichten	151
ULLA BOCK. INGA NÜTHEN Genderprofessuren eine Erfolgsgeschichte? Ein Blick hinter die Kulissen	154
STEFANIE LEINFELLNER Lösungs- oder Leistungsstrategie bei der Reformierung von Karrierewegen in der Wissenschaft? Ein geschlechter- und familienkritischer Blick auf die aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrates	159
REZENSIONEN	165
BRIGITTE BARGETZ Karen Wagens: Geschlecht als Artefakt. Regulierungsweisen in Erwerbsarbeitskontexten	165
VERONIKA DUMA. KATHARINA HAJEK Bettina Haidinger, Käthe Knittler: Feministische Ökonomie	167

ELISABETH HOLZLEITHNER

Andrea Büchler, Michelle Cottier (Hg.): Legal Gender Studies.

Rechtliche Geschlechterstudien 169

JANA SCHULTHEISS

Ulrike Spangenberg, Maria Wersig (Hg.): Geschlechtergerechtigkeit steuern.

Perspektivenwechsel im Steuerrecht 171

KATHARINA SCHOENES

Beate Binder, Katrin Ebel, Sabine Hess, Anika Keinz, Friedrich von Böse (Hg.):

Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und

gendertheoretisch 174

ANDREA LÖTHER

Eva Blome, Alexandra Erfmeier, Nina Gülcher, Sandra Smykalla: Handbuch zur

Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Von der Frauenförderung zum Diversity

Management 177

JESSICA SCHÜLEIN

Herausgeber_innenkollektiv: Fantifa. Feministische Perspektiven

antifaschistischer Politiken 179

LYDIA-MARIA OUART. NADIYA KELLE

Wolfgang Keck: Die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf.

Studien zur Gesundheits- und Pflegewissenschaft 181

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS 185

Call for Papers. Heft 2/2015 der Femina Politica 185

Neuerscheinungen 188

AUTORINNEN DIESES HEFTES 193

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

in der jüngsten Vergangenheit wurden Wissenschaftler_innen im Bereich der kritischen Geschlechter- und Sexualwissenschaften wiederholt persönlich diffamiert und verunglimpft; zum Teil wurden sogar Mord- und Vergewaltigungsdrohungen ausgesprochen. Die Auseinandersetzung mit antifeministischen Strömungen gehört nicht erst seit gestern zum Alltag kritischer feministischer Forschung, das Ausmaß der Diskreditierung wissenschaftlicher Arbeit und der damit verknüpften Personen hat aber eine neue Stufe erreicht. Die antifeministische Mobilisierung, maßgeblich aus der maskulinistischen „Anti-Genderismus“-Bewegung, findet nicht auf dem Boden einer konstruktiv und vor allem argumentativ geführten fachlichen Debatte statt, sondern zielt ausschließlich darauf, die Freiheit von Forschung und Lehre grundsätzlich in Frage zu stellen und kritische Wissenschaft zu marginalisieren, die (geschlechts- und sexualitätsbezogene) Normalitätsannahmen hinterfragt und vielfältige Lebensformen als gleichberechtigt anerkennt. Damit soll auch feministische Wissenschaft in letzter Konsequenz „mundtot“ gemacht werden. Die Herausgeberinnen der *Femina Politica* solidarisieren sich daher ausdrücklich mit den öffentlich angefeindeten Wissenschaftler_innen und bleiben weiterhin unbequem mit einer wissenschaftlichen Analyse von Politik und Gesellschaft, die geschlechterhierarchische und heteronormative Konstruktionen und Verhältnisse, auch in ihrer Verbindung mit anderen Ungleichheitsstrukturen, offenlegt und überwinden will.

Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist sicherlich, dass das Internet sowie im Besonderen die Blogosphäre und die sozialen Medien zur zentralen Plattform für solcherart persönliche An- und Übergriffe geworden sind. Die mit der Digitalisierung verbundenen Hoffnungen auf gesellschaftliche Demokratisierung stehen somit einem entlang von neuen und alten Machtverhältnissen strukturierten veränderten politischen Raum gegenüber. Diese Problematik wird auch in den Beiträgen des folgenden Schwerpunkts aufgegriffen, der die Ambivalenzen der Digitalisierung zwischen Utopie und Kontrolle auslotet und zeigt, wie feministische Forschung durch diese vielfältigen „Baustellen“ erweitert wird. Die Verschiebung gesellschaftlicher Geschlechterbilder und der Wissensproduktion sowie die Neujustierung von Öffentlichkeit und Privatheit sind dabei ebenso Themen wie mögliche Fragen rechtlicher Regulierung im Netz. Insofern eröffnet der Heftschwerpunkt zahlreiche Anknüpfungspunkte für feministische herrschaftskritische Analysen und für die Auseinandersetzung über feministische Politikstrategien.

Das Forum widmet sich zum einen der theoretischen Auseinandersetzung mit dem neuen Materialismus: Ein Beitrag problematisiert Strömungen des politischen Vitalismus im Spektrum feministischer Theorie und kritischer Perspektiven „als Seh-

sucht nach Unmittelbarkeit“, durch die gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse unhinterfragt bleiben; ein weiterer Artikel thematisiert mit Bezug auf Butler und Foucault das menschliche Subjekt als analytische Leerstelle des neuen Materialismus. Zum anderen findet sich ein Beitrag, der südafrikanische Sexarbeiterinnen in unkommentierten Interviewpassagen zu Wort kommen lässt und in diesem Zusammenhang die methodologische Frage diskutiert, wie die Geschlechterforschung Grenzen bei der Rekonstruktion der Perspektive sozialer Akteur_innen, insbesondere Subalternen, überwinden kann.

Die Tagespolitik versammelt neben einem Artikel zu Hintergründen, Zielen und Forderungen des Netzwerks „Care Revolution“ Beiträge zur Frauenbewegung und politischen Repräsentation von Frauen in der Ukraine jenseits von Timoschenko und Femen, zur politischen Auseinandersetzung um weibliche Genitalbeschneidung in Somaliland sowie eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014, die die Entwicklung der Repräsentation von Frauen und die ambivalenten Perspektiven für die EU-Gleichstellungspolitik fokussiert.

Neues aus Lehre und Forschung bietet neben Kurznachrichten einen Bericht, der am Beispiel der Freien Universität die Entwicklung der Genderprofessuren in den Blick nimmt und auf professionsinterne Prozesse der Statusdistribution verweist. Des Weiteren gibt es eine Analyse der aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu Karrierewegen in der Wissenschaft aus einer geschlechter- und familienkritischen Perspektive.

Abschließend finden sich aktuelle Rezensionen sowie die Rubrik Ankündigungen und Infos, die wie immer einen Einblick in Neuerscheinungen gibt sowie unseren neuen Call for Papers zum Thema „Geschlechterverhältnisse in Osteuropa. Das Dilemma der Ungleichzeitigkeit“ enthält.

Wir wünschen Euch/Ihnen eine anregende Lektüre!

Eure/Ihre Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

1/2015 Perspektiven queer-feministischer politischer Theorie

2/2015 Geschlechterverhältnisse in Osteuropa. Das Dilemma der Ungleichzeitigkeit

Digitalisierung. Eine feministische Baustelle

Einleitung

MAGDALENA FREUDENSCHUSS¹

Digitale Themen füllen zunehmend mediale Schlagzeilen, wissenschaftliche Debatten, aktivistische Agenden und alltägliche Unterhaltungen. Die Breite verfügbarer und eingesetzter Überwachungstechnologien rückt mit jeder weiteren Information von Edward Snowden in die öffentliche Wahrnehmung, das Handy ist längst über ein bloßes Instrument zu einer Erweiterung des Körpers geworden und politische Organisierung wechselt spielend und ohne eindeutige Grenzziehungen zwischen digitalen und physischen Räumen. Digitale Technologien restrukturieren das Politische und das Soziale. Das Spannungsfeld reicht von utopischen Entwürfen über die Reorientierung gesellschaftlicher Grundparameter bis hin zur Kontrollgesellschaft. Die Breite der in diesem Heft versammelten Beiträge verweist darauf, in welche und, mehr noch, in wie viele Richtungen das Terrain feministischer Analysen und Aktivitäten durch die Auseinandersetzung mit der Digitalisierung von Gesellschaften erweitert wird. Das Internet ist hier zweifelsohne Rotations- und Verdichtungspunkt, keineswegs erschöpft sich das Digitale aber darin. Über technologische Neuerungen in der Automobilindustrie verändern sich auch gesellschaftliche Geschlechterbilder, argumentiert Anna-Lena Berscheid in ihrem Beitrag. Erinnerungskulturen und Wissenstransfer sind neu zu regeln, dies zeigen Ulrike Koch und Anna Zschokke auf. Mit der Netzbewegung verändert sich auch die Bewegungslandschaft, sie bringt eigene Subjektivierungsweisen hervor, die – wie Kathrin Ganz dies tut – intersektional reflektiert werden müssen. Der Begriff der Öffentlichkeit verlangt nach einer Neujustierung, eine solche schlagen Ricarda Drüeke und Elisabeth Klaus vor. Innerhalb dieser neuen Öffentlichkeiten diskutieren Feminist_innen „alte“ Fragen: Netzfeminist_innen versuchen, so zeigt Katrin Kämpf, Safe Spaces zu schaffen und agieren dabei in durchaus ambivalenter Weise innerhalb bzw. quer zu herrschenden Diskursen und Ordnungen. Rechtliche Fragen nach Regulierungsweisen des Netzes führen zu innerfeministischen Disputen, die an offline-Debatten der 1970er-Jahre erinnern, wie Gitti Hentschel und Francesca Schmidt ausführen. Mit dieser thematischen Breite zeigt das vorliegende Heft gleichfalls die Baustelle „Digitalisierung“ für feministische Auseinandersetzungen an, die im Folgenden betreten werden soll und die die hier versammelten Beiträge in ein größeres Bild ein-

webt. Ausgehend von den Infrastrukturen, auf denen die sozialen und politischen Veränderungen basieren, möchte ich drei große Topoi feministischer Auseinandersetzungen fokussieren: Handlungsräume, Gewalt und Herrschaft sowie Denk- und Wissensformen.

Infrastrukturen

Die Geschlechterforschung fokussierte, wie dies Gillian Youngs Anfang der 2000er-Jahre (2002, 21) feststellte, insbesondere auf die soziale und politische Dimension digitaler Technologien. Die unmittelbar technischen Aspekte in ihren Verwobenheiten in das Soziale und Politische mögen weiterhin eher im Hintergrund feministischer Aufmerksamkeit stehen. Gleichwohl finden diese insbesondere mit Blick auf den aktuellen material turn (Alaimo/Hekman 2008) und über die Science und Technology Studies (STS) ihren Raum im Spektrum feministischer Debatten (vgl. Wajcman 2007; Weber 2013). Zentraler inhaltlicher Ansatzpunkt für feministische Perspektiven auf Infrastrukturen ist die Kritik an deren vorgeblicher Neutralität und der Verweis auf die Ko-Konstruktion von Technologie, Gesellschaft und Geschlecht. Dass Infrastrukturen als normative und nicht zuletzt auch heteronormative Macht funktionieren, führen Anwendungen wie Google Suggest deutlich vor Augen. Sie produzieren eigenständige Erzählungen, kanalisieren Wissen und besetzen Begriffe. So spricht Mél Hogan (Hogan/Luka 2014) von der Traurigkeit, aber vor allem auch der Gewaltförmigkeit dieser automatisierten Suchvorschläge. Bei der Eingabe von ‚woman‘ in das Suchfeld von Google erhält der_ die Suchende Vorschläge wie „the future of man“, „a devil“ oder „too pretty to work“ (ebd., 241). Auch an vielen anderen Stellen sind es Algorithmen, die Empfehlungen geschlechterstereotyp organisieren: Gebunden an Surfverhalten, App-Käufe, youtube-Klicks usw. erhalten Nutzer_innen häufig geschlechtsspezifisch ausgerichtete Werbung für Konsumgüter wie Lifestyle-Apps, Musikclips oder Handyspiele. Das „vorherrschend maskulinistische Erbe technologischer Geschichte“ (Youngs 2002, 24) übersetzt sich in den Infrastrukturen kontinuierlich in die Gegenwart. Wendy Hui Kyong Chun (2006) insistiert entsprechend darauf, dass feministische/herrschaftskritische Perspektiven nicht allein auf Repräsentationsebene ansetzen müssen, sondern bereits der Code in seiner Strukturiertheit analysiert werden muss. Doris Allhutter (2012) plädiert vor diesem Hintergrund für Designmethoden, die Normierungen und versteckte, naturalisierte Vorannahmen systematisch mitdenken lassen. Antoinette Rouvroy (2011) spricht aus einer ideologiekritischen Perspektive von „algorithmic governance“ und meint dabei einen Modus des Regierens, der Algorithmen naturalisiert, Sicherheit und Risikominimierung als Primat postuliert und dabei den Raum für Kritik schließt. Normalisierungen und Normierungen, die durch Algorithmen vorgenommen werden, entziehen sich der Sichtbarkeit. Ungleichheitsstrukturen finden sich durch diese Unsichtbarmachung nicht nur verschärft, sie werden durch die Objektivitätsrhetorik einer algorithmischen Regierungsweise sogar legitimiert (ebd.).

Big Data has emerged a system of knowledge that is already changing the objects of knowledge, while also having the power to inform how we understand human networks and community (boyd/Crawford 2012, 665).

Big Data steht für einen Stand technologischer Infrastrukturen, der es ermöglicht, neue Formen des Regierens, der sozialen wie politischen Fragmentierung in Form einer Personalisierung des öffentlichen Raumes voranzutreiben. Werden digitale Infrastrukturen als relevantes, wenn nicht gar umwälzendes Moment für die gegenwärtigen Regierungsweisen verstanden, so gilt es aus feministischer Sicht zu fragen, wie hier geschlechterpolitisch regiert wird, auf welchen Prämissen dies erfolgt und wie das Politische in Folge neu zu denken ist. Technologien formen das Selbst auf spezifische Weise (Bublitz/Kaldrack/Röhle/Zeman 2013), sie sind in ein vergeschlechtlichtes Universum eingebunden und systematisch mit Geschlechterkonstruktionen verbunden (vgl. u.a. Youngs 2002). Subjektivierungsweisen finden im Kontext der Digitalisierung von Gesellschaften neue Strukturierungen und Formen. Donna Haraway hat mit ihrem Cyborg Manifesto im Jahr 1985 eine intensiv aufgegriffene feministische Schiene für die theoretische Reflexion dieses Wandels gelegt (vgl. Brown 2010).

She offered the cyborg as a political fiction for mapping the boundary effacement between humans and animals and humans and machines. Ironic, unruly, and illegitimate, the cyborg revelled in the pleasures of promiscuous couplings with technology, sought a politics of affinity, and incited women to embrace a relationship with technology (Hamilton 2010).

Mit dem Cyborg hat eine neue Figur das politische Parkett betreten, deren Bedeutung längst nicht vollständig ausgelotet ist. Sheryl N. Hamilton erinnert an feministisch weiterhin relevante Momente des Cyborg Manifests:

As feminists, let's consider the argument that „we require regeneration not rebirth, and the possibilities for our reconstitution include the utopian dream of the hope for a monstrous world without gender” (ibid. 100). Or the claim that „cyborg imagery can suggest a way out of the maze of dualisms in which we have explained our bodies and our tools to ourselves“ (ibid. 100-101). Why don't we take up the challenge: „my cyborg myth is about transgressed boundaries, potent fusions, and dangerous possibilities which progressive people might explore as one part of needed political work“ (ibid. 71).

Diese Punkte machen deutlich, dass in der Figur des Cyborg eine unmittelbar politische Figur steckt, die angesichts sich verdichtender und verkomplizierender Verwobenheiten zwischen Mensch und Technik nicht an Relevanz verlieren. Die Transgression von Mensch und Technik produziert auf vielen Ebenen politische Fragen, nicht zuletzt nach ihren geschlechterpolitischen Implikationen und nach den in technologische Prozesse eingeschriebenen (hetero-)normativen Vorannahmen.

Automatisierungsprozesse in anderen Bereichen, wie der Automobilindustrie, intervenieren insofern zwangsläufig auch in die Organisation von Gesellschaft. Innovationen in diesen Bereichen fordern Normalitäten heraus, stellen mitunter auch Geschlechterentwürfe auf die Probe. Anna-Lena Berscheid geht dieser potentiellen Verschiebung in ihrem Beitrag in diesem Heft am Beispiel der Automatisierung des Fahrprozesses nach. Mobile Infrastrukturen, das zeigt ihr Beitrag, sind eingebettet in hegemoniale Denkfiguren; verändern sich die technologischen Bedingungen, so stehen auch die sozialen (Geschlechter-)Verhältnisse zur Disposition. Hegemoniale Männlichkeit, die mitunter über eine spezifische Form der Automobilkultur, der Subjektkonstruktion des souveränen Fahrers laufend aktualisiert und hergestellt werden muss, wird über den technologischen Wandel zur Adjustierung angehalten. Infrastrukturen, so zeigt Berscheids Beitrag hier einmal mehr, operieren nicht jenseits von Gesellschaft, sind nicht neutral, sondern strukturieren systematisch und grundlegend die soziale Ordnung und damit auch die Geschlechterordnung.

Handlungsräume

Digitale Technologien verändern politische Handlungsräume. Zentrale Dimensionen des Politischen werden im Kontext der Digitalisierung mit neuen Praxen verknüpft und verlangen nach theoretischer Neubestimmung. Dies gilt für feministische Politik auf den verschiedensten Ebenen: Ob es um die feministische Sozialisation von jungen Menschen geht, die Gestaltung etablierter Bewegungen oder die Ausgestaltung von Kampagnen und Aktionen, feministische Bewegungspolitik sieht in digitalisierten Zeiten anders aus. Dies gilt auch für die feministisch zentrale Frage nach Gegen/Öffentlichkeiten. Und daran geknüpft ist die theoretisch wie praktisch herausfordernde Frage nach dem Verhältnis von öffentlich und privat, das im Zuge von Digitalisierung neu austariert wird. In welche Richtungen in diesen umgestalteten und manchmal auch neuen Handlungsräumen feministische Politik/wissenschaft gebaut wird beziehungsweise zu bauen ist, wird im Folgenden skizziert.

Im anglophonen Kontext werden Feminismen, verstanden als soziale Bewegungen, als Third Wave Feminism, im deutschsprachigen Raum hingegen eher als Pop-Feminismus gehandelt. Gesehen werden diese neuen Feminismen in enger Verknüpfung mit dem Aufkommen und der Nutzung neuer Technologien. Unabhängig von der kontrovers geführten Debatte um die jeweilige Benennung ist festzuhalten, dass sich über digitale Technologien neue Räume der Vernetzung, neue Bewegungskulturen und -formen ergeben haben (vgl. u.a. Keller 2012, 137f.). Feminismen sind weiterhin vielfältig und umstritten (siehe Heft 2/2014 der *Femina Politica* zu Frauenbewegungen), die Begegnung mit digitalen Medien bewegt auch die feministische Landschaft (Carstensen 2009). Als Kommunikations- und Begegnungsraum strukturiert und ermöglicht das Internet transnationale Dynamiken, es ist ein Ort für feministischen Aktivismus über Grenzen hinweg (exemplarisch: Chatterjee/Ling Lee 2012; Kannengießer 2014). Feministische mediale Ausdrucksformen rekurren im

europäischen Kontext in erheblichem Ausmaß auf das Internet, die Blogosphäre ist hierfür ebenso zentral wie die Vernetzung über soziale Medien und die Produktion und Verbreitung von zines (Zobl/Reitsamer 2012). Online-Räume wie Blogs sind aber auch im Globalen Süden zentrale feministische Begegnungs- und Sozialisationsorte für junge Menschen (vgl. Keller 2012 für Indien), wobei Trishima Mitra-Kahn (2012) darauf verweist, dass hier bevorzugt Mittelschichtpositionen zum Zug kommen. Feministische Vernetzung und Organisation in digitalen Zeiten ist so keineswegs auf den privilegierten Globalen Norden beschränkt, sie wird nicht zuletzt auch im Globalen Süden maßgeblich in Rekurs auf digitale Technologien vorangetrieben – von einzelnen und grassroot-Aktivist_innen (vgl. Shah/Jansen 2011) oder auch von stärker institutionalisierten Feminist_innen (vgl. für Brasilien Sardenberg/Alcantara Costa 2014).

Neben feministischer Organisation lässt sich aber auch das Entstehen neuer Kollektivitäten beobachten, die häufig mit der Metapher des Schwarms zu fassen versucht werden (Wiedemann im Erscheinen). Mit diesen neuen, dem Digitalen unmittelbar zurechenbaren Formen der Kollektivität wird die Frage nach deren Ent/Vergeschlechtlichung(-sformen) und nach der Manifestierung und Durcharbeitung von geschlechtsspezifischen Herrschafts- und Machtverhältnissen in diesen und durch diese aufgeworfen. Digitalisierung erweitert so auch das Terrain feministischer Kämpfe und Analysen. In diesem Sinne untersucht Kathrin Ganz im vorliegenden Heft die Netzbewegung, also jene Form von Aktivismus, die sich unmittelbar um das Netz als Thema und Organisationsraum konstituiert. Vor einer intersektional informierten Folie diskutiert sie das Selbstverständnis von Netzaktivist_innen und deren Forderungen. Sie zeigt auf, dass sich soziale Ungleichheitsverhältnisse, d.h. auch geschlechterspezifische durchaus auch innerhalb der Bewegung wiederfinden, diese allerdings gleichzeitig selbstreflexiv benannt und bearbeitet werden.

Feministische Medien stellen nicht nur eine Form politischer Organisation und Mobilisierung dar, sie formieren auch Gegenöffentlichkeiten, die einerseits den Raum zur Solidarisierung und Organisation schaffen, andererseits in Mainstream-Öffentlichkeiten intervenieren. Ob es um Diskussions- und Selbstverständigungsprozesse in der LGBTIQ-Szene in Johannesburg, Südafrika (McLean 2014) geht, wo das Internet als ermöglichender politischer Handlungsraum fungiert, um die politische Mobilisierung von Seiten indischer Feministinnen rund um sexuelle Belästigung (Mitra-Kahn 2012) oder um Formen des digitalen Story-Tellings in verschiedensten lokalen Kontexten, die als Empowerment-Strategien gewertet werden (Kannengießer 2012): Feministische Positionen schaffen im Rekurs auf digitale Technologien vielschichtige, vernetzte Gegenöffentlichkeiten. Gleichzeitig markiert der Begriff der digitalen Kluft insbesondere für den globalen Kontext die Notwendigkeit, auch immer die Frage nach Ausschlüssen aus diesen politischen Handlungsräumen zu stellen.

Die produktiven Momente der Digitalisierung als Ermöglichungsstruktur feministischer Selbstverständigung, Organisation und für politischen Aktivismus bleiben im vorliegenden Heft nur angedeutet. Intensiver bearbeitet werden hingegen die

Herausforderungen, die mit diesen Entwicklungen unmittelbar verknüpft sind. So analysiert Katrin Kämpf, wie feministische Positionen im Internet darum ringen, sichere Räume zu etablieren. Sie antworten damit auf konkrete Diskriminierungserfahrungen im Netz sowie feministische Erfahrungen und Debatten aus dem Offline-Kontext. Safe Spaces, Self-Care und Empowerment sind als politische Strategien aber durchaus widersprüchlich; sie laufen, so Kämpf, immer auch Gefahr, hegemoniale Strukturen wie neoliberale Selbstkonditionierung unhinterfragt zu reproduzieren. Kritische Praxen kippen so schnell in affirmative Politiken. Das Moment des Kippens zu bestimmen, ist sicherlich eine entscheidende Frage in der feministischen Analyse digitaler Politiken. Die neuen Möglichkeiten der Organisierung mittels Web 2.0 bieten viele Möglichkeiten schneller Intervention, die unmittelbare Beteiligung und Solidarisierung versprechen. Sie bergen allerdings auch die Gefahr von Kurzschlüssen, wie dies Tavia Nyong'o (2012) anhand digitalen Mobilisierungen gegen Homophobie in Uganda analysiert. Nyong'o zeigt die komplexe Verwobenheit solcher schneller Solidarisierungen mit Politiken des Othering in kolonialer und rassistischer Tradition auf. Sexuelle Politiken sind eingeschrieben in die Logiken neoliberaler Politik (ebd., 52); eine herrschaftskritische Analyse von Digitalisierung verlangt nach intersektionalen Analysen.

Neben den Auswirkungen auf die Akteur_innen und deren Organisations- und Kommunikationspraxen fordert die Begegnung von Feminismen und digitalen Technologien auch feministische politikwissenschaftliche Konzeptionalisierungen heraus. Katrin Kämpfs Beitrag zeigt dies in Hinblick auf Sicherheitsdebatten. Beispielfähig hierfür steht darüber hinaus die Auseinandersetzung mit dem Konzept der Öffentlichkeit. Der Topos ‚öffentlich/privat‘ ist zentral in feministischen Debatten. Im vorliegenden Heft stellen sich Ricarda Drüeke und Elisabeth Klaus der Herausforderung, Online-Öffentlichkeiten theoretisch zu systematisieren. Sie entwerfen Öffentlichkeit auf drei Ebenen: einer einfachen, einer mittleren und einer komplexen Ebene. Anhand der #aufschrei-Debatte und antifeministischer Tendenzen im Netz zeigen die beiden Autorinnen auf, wie sich diese Ebenen verweben und welche Potenziale, aber auch Risiken für geschlechterpolitische Anliegen in dieser Restrukturierung von Öffentlichkeiten liegen. Sie machen deutlich, dass der neue Handlungsraum des Internets auch einen neuen Raum für Konfrontation, Auseinandersetzung und Übergriffe schafft. Drüeke und Klaus bewegen sich mit dieser Analyse auf dem Terrain der Theoretisierung von Öffentlichkeiten und verknüpfen diese mit einer Untersuchung der kommunizierten Inhalte. Die beiden Termini privat und öffentlich sind darüber hinaus als wirkmächtige Dichotomie schon vielfach dekonstruiert und feministisch problematisiert worden. Die Digitalisierung bringt diese Begriffe auf eigene Weise in Unordnung: Zum einen rekonstruiert Wendy Chun den öffentlichen Charakter des Internets als jenes Moment, in dem es Mitte der 1990er-Jahre von der öffentlichen Hand in privat(wirtschaftlich) e Hände übergang (Chun 2006, 38). Mit dieser Privatisierung des Internets verschob sich nach Chun die Logik von öffentlich/privat zu offen/geschlossen. Zum ande-

ren führen die Entwicklungen insbesondere des Web 2.0 zu Verschiebungen dessen, was als privat gilt. So öffnen andere digitale Technologien wie Mobiltelefone auch Handlungsräume: Sie schaffen neue Möglichkeiten zur bewussten Entscheidung darüber, wer – durch Anwesenheit im selben Raum – mithören kann, wie ‚privat‘ also ein Gespräch ist. Gewaltvolle Übergriffe im Privaten, die auch gegenwärtig in überwiegendem Ausmaß Frauen* betreffen, können durch die gewonnene Mobilität leichter aus dem ‚privaten‘ Raum hinaus kommuniziert werden (vgl. für den ländlichen Raum in Indien Tacchi/Kitner/Crawford 2012). Das Private unterläuft so einer Neuaushandlung. Soziale Medien schaffen neue Formen der Begegnung, des Austausches und der Veröffentlichung, die die Grenzen zwischen öffentlich und privat verwischen lassen; digitale Technologien erweitern die Fragen nach Privatheit, Intimität, Öffentlichkeit und dem Kollektiven. Sie verlangen nach Antworten, die diesen Verschiebungen Rechnung tragen. Feministisch informierte Interventionen und Analysen sind hier von Nöten und angesichts der langen feministischen Theorieproduktion hierzu einer der konstruktivsten Fundorte.

Gewalt und Herrschaft: KörperSubjekte

Anhand des Blicks auf KörperSubjekte kann Digitalisierung – und auch hier in besonderer Form das Internet – als zentraler Transmissionsriemen neoliberaler Herrschaftsdynamiken verstanden werden, die sich an unterschiedlichen Stellen als Gewaltverhältnisse erweisen. Aus feministischer Perspektive finden sich hierzu sowohl analytische Traditionslinien als auch neue Fragestellungen.

Körperlichkeit, der Körper als Ort von Herrschaft und Machtverhältnissen – dies sind zentrale Topoi feministischer Praxis und Theorie. Im Zuge der Digitalisierung der Gesellschaften verschob und verschiebt sich der Blick auf Körper in mehrere Richtungen. Zunächst scheint eine Bewegung von den Körpern weg hin zu einer angeblichen Neutralität des Netzes, einer ‚entkörpernten‘ Welt vielversprechende Möglichkeiten jenseits von Diskriminierung zu schaffen. Der insbesondere in der ersten Phase des Internets, beispielsweise in der Werbung, aber auch in utopischen Entwürfen alternativer Netzkulturen transportierte Mythos der Gleichheit verortet dabei Diskriminierung im Körper – die Loslösung von unmittelbarer körperlicher Präsenz verspricht die gleichzeitige Loslösung von Ungleichheiten:

For those always already marked, the Internet supposedly relieves them of their problem, of their flesh that races, genders, ages, and handicaps them, of their body from which they usually cannot escape. Ineffaceable difference, rather than discrimination, engenders oppression, which the discriminated, rather than the discriminators, must alleviate (Chun 2006, 133).

Chun kritisiert jedoch diese vorgebliche Befreiung von Körper: Diskriminierende Strukturen werden so unsichtbar gemacht, rassistische ebenso wie sexistische oder

ableistische Ungleichheitsverhältnisse individualisiert und darüber fortgeschrieben. Schließlich ist es in dieser Erzählung die diskriminierte Person, der bzw. deren Körper die Verantwortung für Ungleichheit zugeschrieben wird. ‚Virtual passing‘ ist somit zwar möglich, doch zeigen zahlreiche Analysen, dass die ‚virtuellen‘ Räume nicht entkoppelt von tradierten Herrschaftslinien funktionieren (vgl. u.a. Nakamura 2002; Chun 2006). Vielmehr sind die Infrastrukturen selbst ebenso wie die sozialen Prozesse, die auf diesen aufbauen, durch Geschlecht, ‚race‘, Klasse und globale Positionierung strukturiert.

Körperpolitiken funktionieren auch im Netz unter neoliberalen Bedingungen maßgeblich über Selbstoptimierung und Selbstkonditionierung. Beispiel hierfür sind Anwendungen wie Superbetter, das auf individuelle Leistungssteigerung ausgerichtet ist und nicht zuletzt den Körper adressiert. Jane McGonigal (2011), Spieldesignerin und Advokatin von Gamification-Prozessen, argumentiert mit dem Wohl der Gesellschaft wie der einzelnen, das durch Spiele verbessert werden könne (kritisch zu Gamification: Dragona 2014). Welche vergeschlechtlichten und vergeschlechtlichenden Körperpolitiken über die Gamifizierung von Gesellschaft betrieben werden, ist zweifelsohne eine feministische Herausforderung an dieses junge Forschungsfeld. In Spielen, so kann angenommen werden, finden sich Herrschaftsnarrative verdichtet. Sie bieten keine ganz anderen Welten, die nach neuen, herrschaftsfreien Regeln funktionieren, sondern imitieren und reproduzieren folglich existierende Ungleichheitsverhältnisse. Diese Verhältnisse konstituieren und regieren auch im Digitalen weiterhin KörperSubjekte. Diese Fortschreibung und Bearbeitung (geschlechtsspezifischer) Ungleichheitsverhältnisse verdeutlicht etwa das Spiel „Chore Wars“, in dem Haushaltsarbeiten in ein konkurrenzbasierendes Spiel verwandelt werden. So wird das (Geschlechter-)Politische auf ökonomische Verwertungslogiken getrimmt; Herrschaftsverhältnisse, die sich in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der gesellschaftlichen Abwertung von Hausarbeit manifestieren, werden undefiniert zu Problemen im Sinne einer Marktlogik: Mit dem entsprechenden Anreiz funktioniert auch die partizipative Organisation von Haushalten durch alle Beteiligten. Die Ökonomisierung des Sozialen als feministische Frage wird unsichtbar gemacht und vermeintlich (auf-)gelöst.

Auch Gewalt ist im Cyberspace ein zentrales gesellschaftliches und nicht zuletzt feministisches Thema. Mit dem Text „A Rape in Cyberspace“ (Dibell 1993) erlitt das digitale Gleichheits- und Gewaltfreiheitsparadigma bereits in den 1990ern einen entscheidenden Bruch. In einem MUD (multi user dungeon), einem virtuellen, meist rein sprachlich/text-basiert konstruierten Rollenspielraum, fand eine Reihe unfreiwilliger sexualisierter Gewalthandlungen statt, die von einem Spielenden anderen aufgezwungen wurde. Der Charakter dieser Handlungen, d.h. deren „Echtheit“ wurde intensiv diskutiert. Deutlich wird in dieser Episode zweierlei: Erstens verkompliziert sich mit der Digitalisierung Herrschaft noch weiter, da das Verhältnis der virtuellen Welt zu anderen Ebenen von Realität zu klären ist – statt an Relevanz zu verlieren. Zweitens ist Gewalt, auch sexualisierte Gewalt, im Cyberspace ein

wichtiges und nicht zuletzt auch aktuelles Thema, wie die zahlreichen Anfeindungen sowie Androhungen von physischer Gewalt gegenüber Geschlechterforscher_innen in den letzten Monaten² besonders deutlich zeigen. Maskulinistische anti-feministische Positionen nutzen das Internet intensiv für die Mobilisierung in eigener Sache (vgl. Drüeke/Klaus in diesem Heft). Die Frage nach Gewalt, patriarchaler Herrschaft und feministischer Politik arbeiten Gitti Hentschel und Francesca Schmidt in diesem Heft von der Seite der Regulierung her auf. Sie diskutieren kritisch den Anspruch vieler Netzaktivist_innen, auch aus dem feministischen Spektrum, über Selbstregulierung insbesondere die verschiedenen Formen von Gewalt im Netz in den Griff zu bekommen. Sie verweisen gleichzeitig auf die Möglichkeiten rechtlicher Regulierung und binden so das Internet zurück an existierende gesellschaftliche Machtstrukturen und Institutionen.

Die Hoffnungen auf einen herrschaftsfreien Raum, der neue, gleichberechtigte Formen der Sozialität eröffnet, haben sich – vor diesem Hintergrund betrachtet – schnell relativiert. Zu beantworten ist weiterhin, in welche Richtungen sich Körperbilder, Subjektentwürfe und damit immer auch Geschlechterkonstruktionen entwickeln und wie diese auch feministisch und über die Grenzen von Zweigeschlechtlichkeit hinaus mitgestaltet werden können.

Denkweisen und Wissenspolitiken

Terrain für feministisches Denken liefert die Digitalisierung unserer Gesellschaften schließlich auch auf der Ebene hegemonialer Denkstrukturen und Wissenspolitiken. Feministische Reflexionen gehen in mehrere Richtungen: Sie beschäftigen sich mit Wissensbeständen über Digitalisierung ebenso wie mit den expliziten Wissensbeständen innerhalb digitaler Medien. Sie setzen sich mit Grundannahmen von Gesellschaftsanalyse, wie beispielsweise dem Verhältnis von Mensch und Technik auseinander und entwerfen hier neue Wege, indem das Verhältnis zu Materialität neu gedacht wird (Hayles 2012). Human und posthuman werden zu neuen Kategorien nicht zuletzt für politische Subjektivitäten (Angerer 2007). Und sie reflektieren die Auswirkungen neuer Technologien auf wissenschaftliche Praxen.

Zwar wurde das erste Computerprogramm von einer Frau, der Mathematikerin Ada Lovelace, geschrieben (vgl. Plant 1998), die Geschichte digitaler Technologien wird aber vorrangig als männliche erzählt. Sadie Plant liefert hierzu eine Gegenerzählung, die nicht nur versteckte Akteurinnen sichtbar macht, sondern auch die Logik, auf der das Digitale fußt, hegemonialen Interpretationen entzieht. Statt männlicher Macht und Kontrolle sieht sie im Digitalen strukturell andere Logiken wie Dezentralität, Nicht-Linearität oder Selbstorganisation am Werk (ebd.).

Politisch relevant wird eine feministische Reflexion von Denkweisen und Wissenspolitiken in Zeiten der Digitalisierung von Gesellschaft, wenn über aktuelle Politiken des Erinnerens und Archivierens nachgedacht wird. Ulrike Koch und Anna Zschokke setzen sich in diesem Heft mit der Archivierung feministischer Wissensproduk-

tionen im Netz auseinander. Ihre Skizze eines queer-feministischen Archivs fußt auf einer Analyse der Bedeutung von Erinnerung und Dokumentation von Wissensbeständen für soziale Bewegungen. Ein entlang von queer-feministischen Ansprüchen organisiertes Archiv queer-feministischer Netzinhalte muss um einiges mehr leisten, als diese lediglich zu dokumentieren. Die beiden Autor_innen entwerfen eine Skizze eines solchen Archivs, das eine Rekonstruktion von Diskursen inklusive der ‚Gegenstimmen‘, Reaktionen etc. ermöglichen soll. Dieses Wissensreservoir macht nicht zuletzt deutlich: Soziale Auseinandersetzungen finden auch im Netz statt – und queer-feministische Positionen sind Teil dieser gesellschaftlichen Kämpfe. Die Archivierung wird zum politischen Akt der Geschichtsschreibung: nicht indem queer-feministisches Denken aus dem Gesamtkontext hervorgehoben, anderes herausgeschrieben wird, sondern indem ein Wissensvorrat geschaffen wird, der feministische Kämpfe und damit Zusammenhänge, Bezüge, Abgrenzungsbewegungen und Kanten für die Zukunft zugänglich hält.

Die Erweiterung der Öffentlichkeit im Netz sowie das Einrichten eines digitalen Archivs ist unmittelbar verwoben mit dem Entstehen neuer Wissens- und Vermittlungsformate. Die Frage, was als wissenschaftlich adäquate Wissensproduktion gilt, welches Wissen als solches anerkannt wird, ist ein altbekanntes Terrain feministischer Kämpfe. Nicht-akademische Formate werden häufig unmittelbar als nicht-relevant und nicht-seriös disqualifiziert. Oft geht damit das Wissen von marginalisierten Gruppen verloren bzw. hat keine Chance in den Mainstream aufgenommen zu werden. Erneut zu diskutieren gilt es in Bezug auf das Internet, inwiefern hier nicht nur Wissen reproduziert und in vielfältigen Formaten, von Blogs über Twiternachrichten bis hin zu digitalem Storytelling vermittelt, sondern Wissen darüber hinaus in neuen Formen und Formaten produziert wird. Bislang beschäftigen sich viele Analysen (auf sehr gewinnbringende Weise) mit Blogs und Co als Orten gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, feministischer Sozialisation oder von politischem Aktivismus. Sie sind damit Gegenstand der Forschung. Müssten diese Orte feministischen Denk-Handelns aber nicht auch als Orte eigenständiger Wissensproduktion auch für und von feministischer Wissenschaft ernst genommen werden? Müsste feministische Wissenschaft hier nicht ihr eigenes Selbstverständnis hinterfragen, welche Formen der Wissensproduktion sie in welcher Form aufgreift, welche Quellen beispielsweise als zitierfähig gehandhabt wird? So argumentiert auch Katherine Hayles (2012, 5), dass die Digitalisierung nicht zuletzt in den Geistes- und qualitativen Sozialwissenschaften zu einer Veränderung nicht nur in den Publikationsweisen, sondern im Forschungsmodus insgesamt führen wird bzw. bereits führt. Wird feministische Wissenskritik auch als kritische Auseinandersetzung mit Ökonomisierungslogiken und den ökonomischen Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft verstanden – damit also auch die Verwobenheit von Kapitalismus und Geschlechterverhältnissen als Ausgangspunkt gesetzt –, so sind Digitalisierungsprozesse in einer weiteren Hinsicht ein Irritationsmoment feministischen Denk-Handelns: Open Access, die freie Zugänglichkeit von Wissen, markiert einen ge-

sellschaftspolitischen Angelpunkt der Digitalisierung. In großem Stil wird mit dem Internet und den darüber verfügbaren Möglichkeiten der Wissensverbreitung die Ökonomisierung von Wissen deutlich. Mit der Open Access Bewegung wird dies zum politischen Thema. Wissenscommons sind zwar kein historisch oder auch feministisch neues Thema, aber auf wissenschaftlicher Ebene fordern die Entwicklungen im Netz auch feministische Wissenschaft zur Positionierung heraus: Inwiefern entspricht eine mit steigenden Heftpreisen verknüpfte Publikationsform, mitunter auch die Institutionalisierung der eigenen Wissensproduktion in Form einer Verlagsbindung, wie die *Femina Politica* sie beispielsweise praktiziert, feministischen Ansprüchen? Die Institutionalisierung bietet Absicherung und Kontinuität (ebenso wie wertvolle Arbeitsteilung für eine unbezahlt tätige Redaktion), gleichzeitig findet so natürlich auch eine Einhegung von Wissen statt. Wäre nicht vielmehr – unter den aktuellen Möglichkeiten und Bedingungen – ein open access Format eine adäquate Publikationsform, die ökonomische Barrieren abbaut und Wissen einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stellt? Ganz so einfach sind diese Fragen nicht zu beantworten, stellen sich, wie die Autor_innen unseres Heftes deutlich machen, doch in Bezug auf das Internet zusätzliche Fragen: der Archivierung (vgl. Koch/Zschokke in diesem Heft) und des Zugangs zum Internet. Aber auch Open Access ist seinerseits in weiterreichende Wissenspolitiken der Forschungsförderung eingebunden, die nicht unbedingt die allgemeine Zugänglichkeit mit den vergeschlechtlichten Produktionsbedingungen von Wissen abgleichen.

Die Digitalisierung unserer Gesellschaften verschiebt damit auch bekannte Parameter in der Wissensproduktion. Allein ein kurzer Blick auf diese Dimension verdeutlicht, wie weitreichend die Herausforderungen für feministische Wissenspolitiken sind, die sich aus den digitalen Entwicklungen ergeben.

Baustelle Digitalisierung

Digitalisierung ist, so haben diese Spuren durch feministische Forschung gezeigt, ein weites Terrain für herrschaftskritische Auseinandersetzungen. In diesem Sinne kann hier folgende Aussage von Chun verstanden werden: „cyberspace alters space, cybernetics, and reality“ (Chun 2006, 43). Das Digitale auf eine Virtualität zu reduzieren greift zu kurz. Eine feministische Politikwissenschaft ist mit einem veränderten politischen Raum konfrontiert, mit sich wandelnden Denklagen sowie Konzeptionen und Praxen politischer Subjektivität, die nicht nur ein neues soziales Kampffeld gefunden haben, sondern sich weitreichend rekonfigurieren. Feministische Denklinien und Praxen – in der Problemanalyse ebenso wie in deren politisch-theoretischer Bearbeitung – bieten ein kritisches und konstruktives Werkzeug für diese Baustellen.

Anmerkungen

- 1 Ich bedanke mich bei Brigitte Bargetz und Jana Günther für ihre mitdenkende Kommentierung dieser Einleitung.
- 2 Vgl. <http://dtj-online.de/akif-pirincci-shitstorm-mordaufruf-32794> (7.9.2014). Die öffentlich auf Blogs und Facebook verbreitete Solidarisierungsschrift mit Tuider folgten persönliche Beleidigungen und Drohungen über soziale Netzwerke.

Literatur

Alaimo, Stacy/Hekman, Susan J. (Hg.), 2008: *Material Feminisms*. Bloomington.

Allhutter, Doris, 2012: *Mind Scripting: A Method for Deconstructive Design*. In: *Science Technology Human Values*. 37 (6), 684-707.

Angerer, Marie-Luise, 2007: *Vom Begehren Nach Dem Affekt*. Zürich, Berlin.

Bublitz, Hannelore/Kaldrack, Irina/Röhle, Theo/Zeman, Mirna, 2013: *Einleitung*. In: Bublitz, Hannelore/Kaldrack, Irina/Röhle, Theo/Zeman, Mirna (Hg.): *Automatismen – Selbst-Technologien*. München, 9-41.

boyd, danah/Crawford, Kate, 2012: *Critical Questions for Big Data. Provocations for a Cultural, Technological, and Scholarly Phenomenon*. In: *Information, Communication & Society*. 15 (5), 662-679.

Brown, Sarah, 2010: *The Cyborg Returns*. In: *dpi*, 2. Internet: <http://dpi.studioxx.org/demo/index.php?q=en/no/02/retour-du-cyborg-by-sarah-brown> (5.9.2014).

Carstensen, Tanja, 2009: *Agender – Bigender – Genderqueer. Feministische Auseinandersetzungen um das Internet*. In: *iz3W*, 315. Internet: <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/altern/iz3w-203.html> (5.9.2014).

Chatterjee, Sandra/Lee, Cynthia Ling, 2012: *Choreographing Coalition in Cyber-Space: Post Natyam's Politico-Aesthetic Negotiations*. In: *Drüeke, Ricarda/Zobl, Elke* (Hg.): *Feminist Media: Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship*. Bielefeld, 146-158.

Chun, Wendy Hui Kyong, 2006: *Control and Freedom: Power and Paranoia in the Age of Fiber Optics*. Cambridge.

Dibell, Julian, 1993: *A Rape in Cyberspace*. In: *The Village Voice*, 23.12.1993. Internet: <http://www.villagevoice.com/2005-10-18/specials/a-rape-in-cyberspace/> (5.9.2014).

Dragona, Daphne, 2014: *Counter-Gamification: Emerging Tactics and Practices Against the Rule of Numbers*. In: *Fuchs, Mathias/Fizek, Sonia/Ruffino, Paolo/Schrage, Niklas* (Hg.): *Rethinking Gamification*. Lüneburg, 227-250.

Hamilton, Sheryl N., 2010: *Many Happy Returns!* In: *dpi*, 2. Internet: <http://dpi.studioxx.org/demo/?q=fr/no/02/many-happy-returns-par-sheryl-hamilton> (5.9.2014).

Haraway, Donna, 2004/1985: *A Manifesto for Cyborgs: Science, Technology, and Socialist Feminism in the 1980s*. In: *Haraway, Donna: The Haraway Reader*. New York, 7-45.

Hayles, N. Kathrine, 2012: *How We Think. Digital Media and Contemporary Technogenesis*. Chicago.

Hogan, Mél/Luka, M.E., 2014: *Polluted and Predictive, in 133 Words*. In: *König, René/Rasch, Miriam* (Hg.): *Society of the Query Reader. Reflections on Web Search*. Amsterdam, 239-255.

Kannengießer, Sigrid, 2012: *Digital Storytelling as a Feminist Practice*. Internet: <http://www.w.genderit.org/es/node/3657> (5.9.2014).

- Kannengießer**, Sigrid, 2014: Feminismen in translokalen Frauennetzwerken. In: *Femina Politica*. 23 (1), 77-89.
- Keller**, Jessalynn, 2012: 'It's a Hard Job Being an Indian Feminist'. Mapping Girls' Feminist Identities and 'Close Encounters' on the Feminist Blogosphere. In: Drüeke, Ricarda/Zobl, Elke: *Feminist Media: Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship*. Bielefeld: 136-145.
- McGonigal**, Jane, 2011: *Reality Is Broken. Why Games Make Us Better and How They Can Change the World*. New York.
- McLean**, Nyx (im Erscheinen): Considering the Internet as Enabling Queer Publics/Counter Publics. In: *Spheres*. 1 (1).
- Mitra-Kahn**, Trishima, 2012: Offline Issues, Online Lives? The Emerging Cyberlife of Feminist Politics in Urban India. In: Roy, Srila (Hg.): *New South Asian Feminisms. Paradoxies and Possibilities*. London, 108-130.
- Nakamura**, Lisa, 2002: *Cybertypes: Race, Ethnicity, and Identity on the Internet*. New York, London.
- Nyong'o**, Tavia, 2012: Queer Africa and the Fantasy of Virtual Participation. In: *Women's Studies Quarterly*. 40 (1/2), 40-63.
- Plant**, Sadie, 1998: *Zeros and Ones: Digital Women and the New Technoculture*. London.
- Rouvroy**, Antoinette, 2011: Governmentality in an Age of Autonomic Computing: Technology, Virtuality and Utopia. In: Hildebrandt, Mireille/Rouvroy, Antoinette (Hg.): *Law, Human Agency and Automatic Computing. The Philosophy of Law Meets the Philosophy of Technology*. New York, 119-140.
- Sardenberg**, Cecilia M.B./**Alcantara** Costa, Ana Alice, 2014: Feminisms in Brazil. Voicing and Channelling Women's Diverse Demands. In: Nazneen, Sohela/Sultan, Maheen (Hg.): *Voicing Demands. Feminist Activism in Transitional Contexts*. London, 56-81.
- Shah**, Nishant/**Jansen**, Fieke (Hg.), 2011: *Digital AlterNatives with a Cause*. Bangalore. Internet: http://issuu.com/hivos/docs/book_1_final_print_rev#embed [5.9.2014].
- Tacchi**, Jo/**Kitner**, Kathi R./**Crawford**, Kate, 2012: Meaningful Mobility. Gender, Development, and Mobile Phones. In: *Feminist Media Studies*. 12 (4), 528-537.
- Wajcman**, Judy, 2007: From Women and Technology to Gendered Technoscience. In: *Information, Communication & Society*. 10 (3), 287-298.
- Weber**, Jutta, 2013: From Science and Technology to Feminist Technoscience. In: Wyer, Mary/Barbercheck, Mary/Cookmeyer, Donna/Öztürk, Hatice Örün/Wayne, Marta (Hg.): *Women, Science, and Technology. A Reader in Feminist Science Studies*. Hoboken, 543-554.
- Wiedemann**, Carolin (im Erscheinen): Digital Swarming and Affective Infrastructures. A New Materialist Approach to 4chan. In: Vehlken, Sebastian/Harks, Tobias (Hg.): *Neighbourhood Technologies*. New York, Zürich.
- Youngs**, Gillian, 2002: Globalisierung und neue Kommunikationstechnologien: Geschlechterspezifische Perspektiven. In: Heinrich-Böll-Stiftung/ Feministisches Institut (Hg.): *Feminist_spaces. Frauen Im Netz*. Königstein/Ts, 11-25.
- Zobl**, Elke/**Reitsamer**, Elke, 2012: *Feminist Media Production in Europe: A Research Report*. In: Drüeke, Ricarda/Zobl, Elke (Hg.): *Feminist Media: Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship*. Bielefeld, 21-54.

Autonome Fahrzeuge und hegemoniale Männlichkeit in der Automobilkultur

ANNA-LENA BERSCHIED

Einleitung

Glaukt man zahlreichen Medienberichten, so liegt die Zukunft der Mobilität in den Händen von sogenannten „Geisterfahrern“ (Blaube 2007), denn Forschungsgruppen und Autohersteller arbeiten bereits seit Jahren an der Entwicklung autonomer Fahrzeuge, welche in der Lage sein sollen, sich selbst zu steuern (Grundhoff 2013). Sowohl Politik als auch Automobilindustrie sehen in der Automatisierung des Individualverkehrs eine Schlüsseltechnologie, die aktuelle Probleme unseres Automobilitätssystems lösen kann (Both/Weber 2014). In diesem System stellt das Auto ein wirkmächtiges Symbol individuellen Konsums, der Statuspflege (Urry 2004) sowie hegemonialer Männlichkeit¹ dar (Schuhen 2013). Das Auto repräsentiert die global vorherrschende Form privater Mobilität, welche den Rahmen für die Aushandlung von Lebensbereichen wie Arbeit, Familie oder Freizeit vorgibt (Urry 2004). Gleichwohl ist das Auto auch Hauptursache für Umweltverschmutzung, Ressourcen- sowie Raumverschwendung (ebd.).

Die Vision vom selbststeuernden Auto könnte dieses System auf den Kopf stellen. Nicht nur, dass die bislang aktiv agierenden FahrerInnen ihre Handlungsmacht an das Auto abgeben sollen; mit dem autonomen Fahrzeug könnte möglicherweise sogar eine Entprivatisierung des Pkw einhergehen, wie sie beispielsweise in Car Sharing-Visionen des Berliner Informatikers Raúl Rojas (2012) formuliert wird. Potenziale liegen nicht nur im Bereich verbesserter Sicherheit oder Ressourcenschonung; autonome Fahrzeuge können auch für Menschen, die bislang aufgrund ihres Alters oder ihrer körperlichen Verfassung vom Individualverkehr ausgeschlossen waren, eine Möglichkeit der automobilen und damit sozialen Inklusion darstellen. Angesichts dieser Versprechungen ist es relevant, sich auch über die gesellschaftspolitische Bedeutung autonomer Fahrzeuge Gedanken zu machen. Dabei interessiert mich konkret, ob sich Interdependenzen zwischen der Automatisierung des Fahrens und der Vergeschlechtlichung unserer Automobilkultur ergeben.

Durch die Umverteilung der Handlungsmacht im autonomen Fahrzeug verändern sich, so meine Annahme, sowohl die (vergeschlechtlichten) Rollen von Autos und ihren FahrerInnen als auch ihr Verhältnis zueinander. Im Rahmen einer Analyse des Mediendiskurses über autonome Fahrzeuge möchte ich ergründen, wie deren NutzerInnen imaginiert bzw. (re)konfiguriert werden, welche Rollen ihnen zugeordnet werden und was diese für den Status des Autos als Symbol hegemonialer Männlichkeit bedeuten können. Dieser Frage nachgehend befasse ich mich mit dem

deutschsprachigen Diskurs über autonome Fahrzeuge, insbesondere auf den Online-Plattformen bürgerlicher Mainstream-Medien (DER SPIEGEL, DIE ZEIT, FOCUS und der Süddeutschen Zeitung), in autoaffinen (Online-)Magazinen sowie auf dem technikbezogenen Online-Portal heise.de. Die Auswahl der Medien erfolgte zum einen hinsichtlich ihrer Popularität, zum anderen aber auch vor dem Hintergrund ihrer Fokussierung auf Technik bzw. Automobilität.

Zu Beginn möchte ich erläutern, was sich hinter dem Begriff des autonomen Fahrzeugs verbirgt. Anschließend soll aufgezeigt werden, inwiefern das Auto als Symbol hegemonialer Männlichkeit gehandelt wird und wie sich darum Stereotype von Männlichkeit und Weiblichkeit ranken. In der anschließenden Analyse erarbeite ich die im Diskurs vorgebrachten Strategien und Argumentationen zur Legitimation autonomer Fahrzeuge sowie auftretende Bedenken und Abwehrmechanismen, um diese dann vor dem Hintergrund von Theorien zu hegemonialer Männlichkeit in der Automobilkultur sowie zum Verhältnis zwischen Mensch und Maschine zu analysieren.

Der Mediendiskurs ist als Schnittmenge des gesamtgesellschaftlichen Diskurses zu sehen, der „Applikationsvorgaben für die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit“ (Jäger 2004, 158) enthält. Medien spielen eine wichtige Rolle im „Framing“ (Redshaw 2008, 35) von Erwartungen und Einstellungen und geben so den Rahmen vor, in welchem autonome Fahrzeuge imaginiert und diskutiert werden. Es liegt also nahe, dass mediale Rekonstruktionen der Rollenverteilung zwischen Auto und PassagierIn einen Einfluss auf die bestehende Autokultur und die mit ihr verbundenen Geschlechterstereotype nehmen können.

Autonome Fahrzeuge

Es existieren zwei grundsätzlich unterschiedliche Formen autonomen Fahrens: Insbesondere deutsche Forschungsgruppen formulieren, erstens, die Vorstellung eines individuell nutzbaren „fahrerlose(n) Taxi(s)“ (Rettberg 2010). Informationen zum Straßenverlauf, der Verkehrssituation etc. erhält der Steuerungscomputer zum einen über Sensoren und Kameras, die das Umfeld ‚erkennen‘, zum anderen durch Datenaustausch zwischen verschiedenen Fahrzeugen bzw. dem Fahrzeug und der Verkehrsinfrastruktur. Dieses Taxi-Prinzip wird zumeist für den Privatbereich imaginiert: Das Privatauto transportiert seine BesitzerInnen an den jeweils gewünschten Ort. Auf diesem Prinzip baut die sogenannte „Autopie“ von Raúl Rojas auf, der von autonomem Car-Sharing träumt, um so Umwelt- und Platzprobleme insbesondere in Großstädten zu lösen (vgl. Rojas 2012; Rettberg 2010; Strassmann 2009). Autos sind dann nicht länger Privatbesitz, sondern als permanent auf den Straßen kursierende Leihobjekte im Bedarfsfall verfügbar.

Darüber hinaus wird Forschung, zweitens, am sogenannten Kolonnenfahren auf Autobahnen betrieben, wie beispielsweise im EU-Projekt „Safe Road Trains for the Environment“ (SARTRE). Hierbei fährt ein vom Menschen gesteuertes Fahrzeug voraus, automatisierte Autos ‚klinken‘ sich dahinter ein und folgen den Fahrbewe-

gungen des ‚Anführers‘, bis sie die Autobahn verlassen und der/die FahrerIn wieder übernimmt.

Die Forschung an autonomen Fahrzeugen dient, laut Aussage einiger ExpertInnen, in erster Linie der Weiterentwicklung sogenannter Assistenzsysteme, etwa Notbrems- oder Einparkhilfen, aber auch der autonomen Steuerung im Stop-and-Go-Verkehr (vgl. Byczkowksi 2013b; Parbel 2010). Diese können zwar selbständig Fahrmanöver ausführen, müssen aber stets von ihren FahrerInnen überwacht werden. Insbesondere Vertreter² der Automobilindustrie fokussieren stark auf die Vermarktung von Assistenzsystemen. Aufgrund der Unterscheidung zwischen einer gänzlichen Übernahme der Steuergewalt und dem partiellen Eingriff durch Assistenzsysteme wird auch von Voll- bzw. Teilautomatisierung gesprochen (Both/Weber 2014).

Die Prognosen für die Markteinführung des ersten vollautomatisierten Fahrzeugs bewegen sich auf einer Zeitleiste zwischen fünf, wie es beispielsweise Google-Car-Forschungsleiter Sebastian Thrun formulierte (Wüst 2013), und hundert Jahren. Diese Prognose bezieht sich auf die Umsetzung der bereits zuvor erwähnten ‚Autopie‘ von Rojas (Rettberg 2010). Die bislang geltende Wiener Konvention³, die vorsah, dass Fahrzeuge von Menschenhand geführt werden müssen, wurde laut Medienberichten jüngst gelockert und erlaubt es nun auch Computern, die Steuerung zu übernehmen. Bedingung hierfür ist jedoch, dass ein Mensch im Notfall eingreifen kann.⁴ Erste Schritte in Richtung autonomes Fahren wurden nun also auch von der rechtlichen Seite aus getan.

Das Auto als Symbol hegemonialer Männlichkeit

Das Auto, welches von Menschen aufgrund divergenter Rollenverteilungen in Bezug auf Geschlecht unterschiedlich genutzt wird (Urry 2004), ist mit kulturellen, emotionalen und sozialen Bedeutungsmustern aufgeladen und wird nicht umsonst als ‚der Deutschen ‚liebstes Kind‘‘ (Stockburger 2013) bezeichnet. Wie alle technischen Artefakte ist auch das Auto nicht als ‚neutrale‘ Technologie zu sehen und verfügt über einen ‚grundlegend vergeschlechtlichten Charakter‘ (Wajcman 1994, 12): Es verkörpert Flexibilität, Unabhängigkeit, Fahrspaß, Macht, aber auch Risiko und Geschwindigkeitsrausch – Eigenschaften, die gemeinhin als Performativität von Männlichkeit aufgefasst werden (vgl. Balkmar 2007; Connell 1996; Redshaw 2008; Vick 2003), weshalb das Auto laut dem Literaturwissenschaftler Gregor Schuhen ‚seit seiner Erfindung als festes Statussymbol bei der Konstruktion hegemonialer Männlichkeit dient‘ (Schuhen 2013, 246). Der Begriff der hegemonialen Männlichkeit wurde von Raewyn Connell (1996) geprägt. Gemeint ist damit ein kulturell dominantes Ideal, welches seine Vormachtstellung durch ‚die Organisation des Privatlebens und kulturelle Prozesse errungen‘ (Wajcman 1994, 174) hat. Die Konstruktion dieses Ideals von Männlichkeit im Artefakt des Autos erfolgt insofern in Kontrast dazu, dass Frauen Eigenschaften wie Übervorsichtigkeit und defensives Fahren nachgesagt werden (vgl. Petersen 2003; Eisch 1999). Darüber hinaus wird

das Auto als (Liebes-)Objekt – einer Partnerin gleich – feminisiert und fetischisiert (vgl. Mellström 2004; Rojas 2012; Sheller 2004).

Technologie ist ein Schlüsselfaktor in der Konstruktion von Geschlechtsstereotypen. Männlichkeit wird durch das Beherrschen, Formen und Gebrauchen von Technologie performiert – von Frauen wird hingegen erwartet, dass sie sich weniger dafür interessieren und auch weniger davon verstehen (vgl. Mellström 2004; Redshaw 2008; Wajcman 1994). Die Stereotypisierung von Weiblichkeit bzw. Männlichkeit ist für „die westliche Kultur“ (Wajcman 1994, 176) von zentraler Bedeutung, basiert zu meist auf biologistischen Annahmen, wonach das ‚Wesen‘ einer Person maßgeblich durch deren Geschlecht bestimmt wird, und erfolgt stets in Abgrenzung zueinander (Connell 1996). Im kulturellen Artefakt des Autos wird diese durch die Konfiguration von Männern als aktiv und progressiv Handelnde in Abgrenzung zu passiven, als Objekt gedachten Frauen reproduziert.

Der Mediendiskurs zu autonomen Fahrzeugen – Themenfelder und AkteurInnen

Der Mediendiskurs rund um autonome Fahrzeuge bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen Heilsversprechen und Bedrohungsszenarien: Während auf der einen Seite die Vorzüge des autonomen Fahrens genannt werden – darunter verbesserte Sicherheit, Entlastung des/der FahrerIn, Ressourcenschonung und soziale Inklusion – werden andererseits Bedenken geäußert, die insbesondere das (mangelnde) Vertrauen in die Technologie, die bereits benannten rechtlichen Voraussetzungen sowie den Unwillen, die eigene Handlungsmacht und damit auch die positiven Aspekte des aktiven Fahrens aufzugeben, beinhalten.

Oftmals wird im Aufbau der Artikel nach sehr ähnlichen Mustern verfahren. AutorInnen rahmen ihre Erzählungen mit Science Fiction-Metaphern, um darauf hinzuweisen, dass diese Zukunft kurz bevorsteht, aber auch, um darzustellen, dass viele Menschen autonome Fahrzeuge noch für Wunschdenken halten (vgl. Biermann 2012; Blaube 2007; Läscher 2013; Pander 2012; Strassmann 2009; Wüst 2013; ZEIT ONLINE 2011). Die Nacherzählung einer Probefahrt mit dem autonomen Fahrzeug stellt eine beliebte Strategie dar, um den LeserInnen zu schildern, wie sie sich diese für sie noch unbekannt Technologie vorzustellen haben (vgl. u.a. Blaube 2007; Grünweg 2013). Die AutorInnen beschreiben dabei ihre Empfindungen und Beobachtungen, aber auch das Aussehen des Autos, insbesondere in Hinblick auf die bereits optisch sehr auffällige Technik, die für die Steuerung benötigt wird (vgl. etwa Grundhoff 2013; Heitmüller 2010; Rees 2011).

Der Mediendiskurs wird nicht nur von den Meinungen der für die jeweiligen Medien tätigen AutorInnen geprägt, sondern auch von ExpertInnen und VertreterInnen der Branche. Bemerkenswert ist, dass insgesamt nur ein Bruchteil der analysierten Artikel von Frauen verfasst wurde. Dies lässt vermuten, dass die Ressorts „Auto“ bzw. „Technik“, in denen die meisten Dokumente veröffentlicht wurden, gängige

Stereotypen reproduzieren, da eine überwiegend männliche AutorInnenschaft für ihr männliches Publikum schreibt.

Darüber hinaus sind von den zahlreich zitierten ExpertInnen aus der Branche bzw. dem Forschungsumfeld lediglich zwei weiblich. Dabei handelt es sich um Linda Wahlström, Volvo-Projektmanagerin und verantwortlich für das SARTRE-Projekt, sowie um Alexandra Neukum, die die Geschäftsführerin des Würzburger Instituts für Verkehrswissenschaften ist und in lediglich einem Interview auf zeit.de zu Wort kommt. Diese Diskrepanz in der geschlechtlichen Verteilung der SprecherInnen gibt einen Hinweis darauf, dass nur wenige Frauen in der Automobilbranche und -forschung vertreten sind.⁵

Zudem kommen einige Akteure besonders häufig zu Wort, darunter Sebastian Thrun, verantwortlich für die Entwicklung des Google-Car, Raúl Rojas vom Berliner Projekt AutoNOMOS Lab sowie Markus Maurer vom Braunschweiger Projekt Stadtpilot. Angesichts der Häufigkeit, mit der diese drei Männer zitiert werden, lässt sich von einer Wortführerschaft sprechen. Dies führt dazu, dass oftmals ähnlich lautende Aussagen, Prognosen und Argumentationen zu finden sind, da sich viele AutorInnen auf Presseaussendungen und Informationen der im Forschungsfeld führenden Gruppen bzw. Laboratorien beziehen.

Der Mensch als Unsicherheitsfaktor

Eine zentrale Argumentation zur Legitimation des autonomen Fahrens ist die Konstruktion der FahrerInnen als „Unsicherheitsquelle(n)“ (Rees 2011). Die Ursache dafür, dass das Auto wie „keine andere Erfindung der zivilen Technikgeschichte (...) so viel Unheil angerichtet“ (Wüst 2013, 99) hat, ist laut Aussage vieler AutorInnen „menschliches Versagen“ (ebd.). Um diese Behauptung zu untermauern, werden Unfallstatistiken herangezogen, die in 90% der (Un)Fälle menschliches Fehlverhalten als Ursache identifizieren. Der Mensch stellt ein Risiko dar, weil er müde, unkonzentriert oder von Emotionen geleitet Auto fährt (vgl. etwa Bolduan/Stieler 2008; Pander 2012; Rötzer 2012, 2013; Stockburger 2013) – einer Maschine könne das nicht passieren, weshalb diese dem Menschen in puncto Fahrsicherheit überlegen sei (vgl. etwa Rojas 2012). Rojas geht sogar so weit zu behaupten, dass „in einigen Jahrzehnten, wenn autonome Systeme so weit sind, (...) man das eigene manuelle Fahren als zu gefährlich für die Gesellschaft ansehen“ (ebd.) wird. Dieses Konzept wird in vielen Medienartikeln arglos reproduziert und es lässt sich nur vereinzelt Kritik daran ausmachen. Hervorzuheben ist dabei Alexandra Neukum vom Würzburger Institut für Verkehrswissenschaften. Sie findet es „unseriös, damit zu werben, dass der Mensch der unsichere Faktor ist, den es auszumerzen gilt“ (Byczkowski 2013b). Sie merkt an, dass es sich bei dieser Argumentation, die die Maschine über den Menschen erhebt, um eine längst überkommene Technikgläubigkeit handle.

In die Typologie von Fahrweisen sind geschlechtliche Stereotype eingewoben (Eisch 1999), jedoch ist das Verhalten am Steuer auch von anderen Faktoren, etwa der

Größe und PS-Stärke des jeweiligen Autos, abhängig (Redshaw 2008). Im Bild des/der AutofahrerIn als Risikofaktor subsumieren sich männlich konnotierte Vorstellungen eines waghalsigen Rasers, der seine Fahrkünste überschätzt und somit ein Risiko für sich und seine Umwelt darstellt, allerdings auch jene einer weiblichen, zu zaghaften und inkompetenten FahrerIn. Idealisiert wird aus diesem Grund eine Fahrweise, die durch die Steuerung des Computers vorgegeben ist, sich externen Eingriffen entzieht und somit ‚neutral‘ ist.

Im Folgenden möchte ich zeigen, dass diese Idealvorstellung des automatisierten Fahrens im Diskurs nur eingeschränkt zu Akzeptanz auf Seiten vieler JournalistInnen führt, da die vollkommene Aufgabe der Handlungs- und Kontrollmacht weder erwünscht noch denkmöglich scheint.

Die (Re)konfiguration von FahrerIn und Auto

Wie dargestellt, wird der Mensch zur Legitimation von autonomen Fahrzeugen als zu entmachtender Risikofaktor konstruiert. Zugleich wird das autonome Auto auf sprachlicher Ebene zum Akteur erhoben. Es „entscheidet“, „reagiert“, „registriert“ (Rettberg 2010) und es „muss genauso denken können wie ein Autofahrer“ (Byczkowski 2013a). Kurz: „Das Auto sieht, denkt und handelt selbständig“ (Blaube 2007) – es wird durch die Nutzung aktiver Verben als autark handelnd dargestellt. Darüber hinaus werden anthropomorphisierende Adjektive genutzt: Es ist die Rede vom „intelligenten“ (Kröger 2012), gar „superschlaun“ (Stockburger 2013) Auto, welches „logisch, flexibel und kommunikativ“ (Löwer 2011) und zudem niemals müde, unkonzentriert oder abgelenkt sei. Das autonome Fahrzeug wird dadurch nicht nur als dem Menschen ebenbürtig konstruiert, seine positiven Eigenschaften übertreffen ihn sogar und machen es so zum idealen Fahrer (Rojas 2012).

Die Abgabe der Steuergewalt an das autonome Fahrzeug macht aus dem/der FahrerIn einen „Fahrgast“ (Rettberg 2010) des Steuerungscomputers. Der/die FahrerIn wird darüber hinaus explizit in Anführungszeichen gesetzt (Parbel 2010), um die Umverteilung von Handlungsmacht zu verdeutlichen. Auch die ‚Arbeitslosigkeit‘ des/der FahrerIn wird thematisiert (Grünweg 2013). Dadurch wird das trostlose Bild von tatenlosen, handlungsunfähigen PassagierInnen erschaffen, die den Entscheidungen des Steuerungscomputers ausgeliefert sind. Die einzige sinnvolle bzw. wünschenswerte Tätigkeit im Auto scheint das aktive Fahren zu sein, obwohl durchaus Handlungsalternativen wie Lesen, Schlafen oder Arbeiten (vgl. Läscher 2013; Rötzer 2013) angeboten werden, deren tatsächliche Umsetzbarkeit jedoch bezweifelt werden darf. Denn dass der Mensch trotz allem weiterhin als „Entscheider“ (Lamparter 2013) in brenzligen Situationen gebraucht wird, sehen sowohl AutorInnen als auch ExpertInnen als selbstverständlich an (vgl. Byczkowski 2013b; Grundhoff 2013; Grünweg 2013). Eine permanente Abkehr von der Beobachtung des Verkehrsgeschehens scheint nicht denkmöglich zu sein, da mensch stets in der Lage sein müsse, im Falle eines Irrtums des Computers einzugreifen, um Schlimmeres zu verhindern.

Science Fiction-Metaphern als Erzählungen von Unterwerfung, Identitätsverlust und Emanzipation

Aus diesem Grund wird wohl vor einer Degradierung des/der FahrerIn zum „unmündigen Passagier“ (Wüst 2013, 99; vgl. auch Grundhoff 2008; Strassmann 2009) gewarnt, die mit der Emanzipation des Autos einhergehe (Wüst 2013). Damit werden Parallelen zu Science Fiction-Werken gezogen, die vom Aufbegehren der Roboter und der Unterwerfung der Menschheit erzählen. Bemerkenswert dabei ist, dass je nach Aussageabsicht unterschiedliche Szenarien entworfen werden: So zeichnet SPIEGEL-Autor Christian Wüst ein eher düsteres Bild einer Zukunft mit autonomen Fahrzeugen, benutzt dabei wiederholt Metaphern des Wettstreites bzw. des Krieges und prophezeit so die Erhebung des Fahrzeugs über den Menschen. Diesen Gedanken teilt auch Florian Rötzer von Telepolis. Er vermutet, dass „es sich auch um eine Entmündigung des Menschen“ handeln könne, „der als minderwertig, weil fehleranfällig gilt, vielleicht auch um eine Machergreifung (sic!) der nichtbiologischen Nachkommen der Menschen“ (Rötzer 2012). Auf der anderen Seite bemüht sich Raúl Rojas, seine „Autopie“ (Rojas 2012) möglichst ansprechend als erstrebenswerte Befreiung des Menschen aus der „Knechtschaft“ (ebd.) des Autos und den damit verbundenen Belastungen, etwa in Stau-Situationen, zu präsentieren.

Die Kontrolle von Technologie stellt einen wichtigen Marker für die Performanz von Männlichkeit dar (vgl. Mellström 2004; Redshaw 2008; Wajcman 1994). Die geäußerte Angst vor Kontrollverlust, die in Szenarien der Unterwerfung durch Roboter gipfelt, scheint also auch eine Angst vor dem Verlust männlicher Identität zu bedeuten. Dies ist wohl auch einer der Gründe für die eher spärlichen Aktivitäten vieler Automobilhersteller im Bereich des vollautomatisierten Fahrens. Christian Wüst schreibt dazu:

„Bevormundung“ ist der große Horrorbegriff der Entwickler, die Angst, dem Automobil seinen archaischen Zauber zu rauben, indem sie den einst allmächtigen Fahrer zum unmündigen Passagier degradieren (Wüst 2013, 99).

VertreterInnen der Branche begründen ihre Forschungsaktivitäten damit, effektive Assistenzsysteme entwickeln zu wollen, die die FahrerInnen in belastenden Situationen unterstützen, jedoch niemals vollständig ersetzen sollen. Dies wird durch entsprechende Rhetorik untermauert: Der Automobilhersteller AUDI spricht beispielsweise bewusst vom „pilotierten“ (Bloch 2013, 123) Fahren, um die Unterstützungsabsicht zu verdeutlichen und die FahrerInnen nicht aus der Verantwortung zu nehmen. Dies stellt eine verbreitete Strategie dar, um potentiellen NutzerInnen die Ängste und Bedenken zu nehmen, die sie autonomen Fahrzeugen entgegenbringen. Gleichzeitig wird versucht, wie ich im Folgenden darstellen werde, LeserInnen mit den Vorteilen des autonomen Fahrens zu locken.

Die Ambivalenz des Konzepts „Fahrspaß“

Die Akzeptanz von autonomen Fahrzeugen durch die Medienöffentlichkeit bezieht sich in der Regel nur auf jene Ausnahmesituationen, in denen diese die FahrerInnen entlasten können. Dementsprechend gestalten sich auch die Legitimationsstrategien. Dabei ist die Rede von der Erledigung der „schnöde(n) Alltagsarbeit“ (Grundhoff 2013) durch das autonome Fahrzeug und der Übernahme „lästige(r) Fahraufgaben“ (Bloch 2013, 123), beispielsweise in Staus (vgl. Bloch 2013; Byczkowski 2013a; Lamparter 2013; Rees 2011) oder anderen Situationen, die schlicht keinen Spaß machen (vgl. Grundhoff 2008; Gulde 2013; Wüst 2013). Dies verdeutlicht, dass Fahrspaß, der sich – glaubt man vielen Diskursbeteiligten – in der Kontrolle über das Fahrzeug (autobild.de 2008), dem „Jonglieren mit Risiken“ (Rötzer 2013) oder dem Fahren mit hoher Geschwindigkeit auf freier Strecke (Lamparter 2013) manifestiert, einen wesentlichen Reiz am Autofahren ausmacht.⁶ Das Konzept des Fahrspaßes setzt sich demnach aus Verhaltensweisen und Empfindungen zusammen, die, wie erwähnt, als stereotyp männlich deklariert sind. Zudem subsumieren sich unter dem Begriff des Fahrspaßes zahlreiche jener Eigenschaften, die für die Unsicherheit im Straßenverkehr verantwortlich gemacht werden und deshalb zu ‚neutralisieren‘ sind. Die Rede vom Fahrspaß konterkariert daher die zuvor angeführte Sicherheitsargumentation, da dieser zwar Freude für den Einzelnen, aber durchaus auch Gefahr für andere bedeuten kann.

Den Fahrspaß aufzugeben, sind dennoch viele Autoren⁷ nicht gewillt, weshalb autonome Fahrzeuge vielfach nur dann als akzeptabel erachtet werden, wenn sich ihre Autonomie wieder abschalten lässt, um sich dem Fahrspaß wieder hingeben zu können (vgl. Blaube 2007; Lamparter 2013), dessen Ausleben wohl wesentlich für die Konstruktion und Erhaltung eines autonomen und männlichen Subjekts ist. Auch diesen Ablehnungstendenzen wird entgegenzuwirken versucht, indem der Fokus auf Fahrassistenzsysteme gelenkt wird, die die FahrerInnen allenfalls in unliebsamen Situationen unterstützen.

Das Verhältnis von Mensch und Auto im Spannungsverhältnis zwischen Versklavung und Partnerschaft

Ein weiterer Schlüsselbegriff für den Umgang mit dem autonomen Auto ist das Vertrauen, welches viele AutorInnen der für sie neuen Technologie nicht oder nur unter Vorbehalten entgegenbringen. In einem Erlebnisbericht über seine erste Fahrt mit einem autonomen Fahrzeug beschreibt Wolfgang Blaube etwa seine „Verkrampfung“ (Blaube 2007), bis er erst nach einigen Runden auf der Teststrecke „Vertrauen gefasst habe“ (ebd.). Auch andere berichten davon, zunächst Probleme damit gehabt zu haben, sich und ihr Schicksal dem Computer zu überlassen (vgl. etwa Böhringer 2013). Auch für die gesamtgesellschaftliche Ebene wird das fehlende Vertrauen in die fremde Technologie als Schwachpunkt ausgemacht, der neben finanziellen⁸ und

rechtlichen Problemen sowie den bereits formulierten Ängsten dafür sorgen könnte, dass autonome Fahrzeuge vom Zielpublikum abgelehnt werden. Die Einschätzung möglicher gesellschaftlicher Reaktionen auf dieses Thema geht an dieser Stelle auseinander. Während etwa Michael Kröger behauptet, dass „die Autofahrer von heute jedenfalls (...) den Autopiloten in der Mehrzahl“ (Kröger 2012) ablehnen würden, zeigt sich ein Artikel auf autobild.de über die „Akzeptanz überrascht“ (autobild.de, 2012), die eine Studie eines Marktforschungsunternehmens über autonome Fahrzeuge ermittelt hat und insbesondere junge Menschen als empfänglich dafür sieht. Diese Tendenz wird an anderer Stelle von Stefan Bratzel von der FH für Wirtschaft in Bergisch-Gladbach mit der sogenannten „Entemotionalisierung der Automobilität“ (zit.n. Wüst 2013, 102) begründet, denn insbesondere in Städten besäßen immer weniger junge Menschen ein Auto oder gar eine Fahrerlaubnis. Letztendlich wird jedoch auch hier deutlich, dass die Vollautomatisierung des Automobils eher nicht gewünscht ist, denn Fahrassistenzsysteme erreichen zumindest in der von autobild.de zitierten Studie wesentlich höhere Akzeptanzwerte.

Zur Durchsetzung einer neuen Technologie benötigt die Branche das Vertrauen der NutzerInnen. Tom Gasser von der Bundesanstalt für Straßenwesen äußert etwa: „Die Hoch- und Vollautomatisierung bricht ja nicht über uns herein, (...) sie wird schrittweise erfolgen“ (zit. n. Stockburger 2013). „Schrittweise“ ist hier als eine Annäherung an die Vollautomatisierung über Fahrassistenzsysteme zu verstehen.

Durch die beschriebene Setzung von FahrerInnen als Risiko und die damit einhergehende ‚Verbannung‘ in den PassagierInnenstatus sowie der Verleihung eines Subjektstatus an das Auto verändert sich das Verhältnis zwischen Mensch und Fahrzeug. Bislang wurden Kraftfahrzeuge überwiegend als die „technische Verstärkung“ (Both/Weber 2014) des autonomen Subjekts verstanden, welche in „soldatischer Ergebenheit“ (Christaller/Wehner 2003, 14) dessen Befehle ausführen.

Die Weiterentwicklung des Automobils über Fahrassistenzsysteme hin zur Vollautomatisierung verändert diese Beziehung jedoch entscheidend. Je nach Automatisierungsgrad kann von einer Wechselseitigkeit hinsichtlich der Handlungsmacht bis hin zur Umkehr der Rollenverteilung ausgegangen werden (Both/Weber 2014). Der Diskurs rund um die Ängste, vom autonomen Fahrzeug entmündigt und des Fahrspaßes beraubt zu werden, macht deutlich, dass zumindest von Seiten vieler JournalistInnen ein ‚partnerschaftliches‘ Verhältnis zwischen FahrerIn und Auto gewünscht wird, in welchem der Computer dem Menschen als „Kopilot“ (Rojas 2012) bzw. als assistierender „Beifahrer“ (Löwer 2011) dient. Vor dem Hintergrund, dass Autos von Männern oftmals wie eine Geliebte behandelt werden, tun sich hier neue Bilder einer ‚Beziehung‘ zwischen Auto und Besitzer auf und es bleibt offen, wie sich das bisherige ‚Liebesverhältnis‘ entwickeln wird, wenn das Fahrzeug nicht mehr nur ‚sklavisch‘ den Anordnungen seines ‚Meisters‘ folgt⁹, sondern nach ‚Gleichberechtigung‘ strebt.

Fazit und Ausblick

Ich habe dargestellt, dass sich der Mediendiskurs zu autonomen Fahrzeugen in einem Meinungsfeld zwischen Heilsversprechen und Bedrohungsszenarien bewegt. Zur Legitimierung der Technologie wird versucht, FahrerInnen als nicht mehr verantwortbares Unfallrisiko zu konstruieren, denen das autonome Fahrzeug in puncto Sicherheit und Zuverlässigkeit überlegen ist, weshalb man zur Verbesserung der Verkehrssicherheit den Menschen als FahrerIn ‚entmündigen‘ und dem autonomen Fahrzeug die Steuerung überlassen sollte. Diese Umkehr von Subjekt- und Objektstatus vor Augen wird jedoch der Verlust von Kontrolle, Selbstbestimmtheit und Fahrspaß befürchtet, also jene Aspekte, die als stereotyp männlich gelten und dazu beitragen, das Auto als Symbol hegemonialer Männlichkeit zu konstruieren. Mit dem Verlust dieser Privilegien ginge eine Einschränkung in den Möglichkeiten zur Performativität von Männlichkeit einher. Die häufig von Branchenseite kolportierten Fahrassistenzsysteme scheinen daher einen versöhnlichen Mittelweg zwischen herkömmlichen Pkw und Vollautomatisierung darzustellen, da sie die FahrerInnen lediglich unterstützen, aber nicht bevormunden und ihnen die Möglichkeit lassen, den vielfach gewünschten Fahrspaß auch weiterhin auszuleben. Die Möglichkeit zur Performanz von Männlichkeit wird so nicht in Frage gestellt.

Autonome Fahrzeuge können also durchaus eine ‚Gefahr‘ für hegemoniale Männlichkeitsbilder darstellen. Bemerkenswert ist außerdem, dass sich die vorgebrachten Argumente widersprechen: Zwar gilt der Mensch als nicht zu verantwortendes Risiko, gleichzeitig scheint aber das Vertrauen in angeblich überlegene Technologie nicht gegeben, was sich in der Forderung äußert, dass der Mensch als Kontrollinstanz möglichst unabgelenkt dem Straßengeschehen folgen können müsse. Ebenso paradox ist der Wunsch, den vielfach geliebten Fahrspaß zu erhalten, der untrennbar mit sicherheitsgefährdenden Aspekten verbunden ist. In diesen widersprüchlichen Aussagen zeigt sich, dass mit autonomen Fahrzeugen recht diffuse Ängste und Vorstellungen verbunden sind, die dazu führen, dass man(n) sich noch nicht auf sie einlassen möchte. Da autonome Fahrzeuge allerdings immer noch Zukunftsmusik sind, lässt sich nur darüber spekulieren, welche faktischen Auswirkungen diese sowohl auf die Automobilkultur als auch auf darin eingewobene Geschlechtsstereotype haben werden.

Anmerkungen

- 1 Auf die Ausgestaltung dieses Konzepts gehe ich weiter unten genauer ein. Für zahlreiche hilfreiche Anregungen und Hinweise danke ich Jutta Weber, Samuel Müller, Katrin M. Kämpf sowie Katharina Schoenes.
- 2 Ich nutze hier bewusst das Maskulinum, da die zitierten Branchen-Experten ausnahmslos männlich sind.
- 3 Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr: <https://beck-online.beck.de/default.aspx?bcid=Y-100-G-StVUeb> (18.6.2014)

- 4 Vgl. <http://www.motor-talk.de/news/autos-duerfen-bald-selbststaendig-fahren-t4946028.html> (18.6.2014)
- 5 Laut einer Studie von Hoppenstedt und der Hochschule Osnabrück sind beispielsweise nur 18,3% der ManagerInnen im Automobilsektor Frauen, vgl. <http://www.automobil-industrie.vogel.de/management/articles/382437/> (19.3.2014) und laut dem trendence Graduate Barometer sind 87% der in der Branche allgemein beschäftigten Menschen Männer, vgl. <https://www.deutschlands100.de/beruf-karriere/schwerpunkthemen/automobil/eine-maennerdomaene.html> (19.3.2014).
- 6 Wohl nicht umsonst wurde dieses Konzept in Werbeslogans wie „Aus Freude am Fahren“ des Autoherstellers BMW verwendet.
- 7 Hier nutze ich ebenfalls bewusst das Maskulinum, da ausschließlich männliche Autoren dies formulieren.
- 8 Autonome Fahrzeuge wären aufgrund ihrer massiven technischen Ausrüstung zunächst nur in der Luxusklasse denkbar (Lamparter 2013).
- 9 Dies bezieht sich auf das „Slave/Master“-Modell, welches bislang das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine bezeichnete (Both/Weber 2014).

Literatur

Balkmar, Dag, 2007: Men, Cars and Dangerous Driving: Affordances and Driver-car Interaction from a Gender Perspective. Umeå.

Both, Göde/Weber, Jutta, 2014: Hands-Free Driving? Automatisiertes Fahren und Mensch-Maschine Interaktion. In: Hilgendorf, Eric (Hg.): Robotik im Kontext von Recht und Moral. Wiesbaden, 171-188.

Christaller, Thomas/**Wehner**, Josef, 2003: Autonomie der Maschine – Einführung in die Diskussion. In: Christaller, Thomas/Wehner, Josef (Hg.): Autonome Maschinen. Wiesbaden, 9-37.

Connell, Raewyn, 1996: Masculinities. Cambridge.

Eisch, Katharina, 1999: Auto, Männlichkeit, Tod. Zur Geschlechtsspezifität in der Rede vom Auto. In: Köhle-Hezinger, Christel/Scharfe, Martin/Brednich, Rolf Wilhelm (Hg.): Männlich. Weiblich. Zur Bedeutung der Kategorie Geschlecht in der Kultur. Münster, 444-455.

Jäger, Siegfried, 2004: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster.

Mellström, Ulf, 2004: Machines and Masculine Subjectivity: Technology as an Integral Part of Men's Life Experiences. In: Men and Masculinities. 4, 368-382.

Petersen, Alan, 2003: Research on Men and Masculinity – Some Implications of Recent Theory on Future Work. In: Men and Masculinities. 6, 54-69.

Redshaw, Sarah, 2008: In the Company of Cars. Driving as Social and Cultural Practice. Burlington.

Schuh, Gregor, 2013: „Frau am Steuer, Ungeheuer!“ Autofahren und Gender Trouble von Proust über Tarantino bis Madonna. In: Felten, Uta/Küchler, Kerstin (Hg.): Kino und Automobil. Tübingen, 231-246.

Sheller, Mimi, 2004: Automotive Emotions. Feeling the Car. In: Theory, Culture and Society. 21 (4/5), 221-242.

Urry, John, 2004: The System of Automobility. In: Theory, Culture and Society. 21 (4/5), 25-39.

Vick, Malcolm, 2003: Danger on the Roads. Masculinity, the Car, and Safety. In: Youth Studies Australia. 22 (1), 32-37.

Wajcman, Judy, 1994: Technik und Geschlecht. Die feministische Technikdebatte. Frankfurt/M.

Quellenmaterial

- autobild.de**, 2012: Akzeptanz überrascht. Internet: <http://www.autobild.de/artikel/selbststeuernde-autos-umfrage-3666506.html> [29.1.2014].
- Biermann, Kai**, 2012: Kalifornien lässt autonome Autos auf die Straße. Internet: <http://www.zeit.de/digital/mobil/2012-09/google-autonome-autos> [29.1.2014].
- Blaube, Wolfgang**, 2007: Diesem Geisterfahrer können Sie trauen. Internet: <http://www.autobild.de/artikel/autonomes-fahren-220397.html> [29.1.2014].
- Bloch, Alexander**, 2013: Mein Auto fährt selbst. In: Auto, Motor und Sport, Nr. 3, 122-124.
- Böhringer, Christine**, 2013: Fahr mich in die Zukunft. Internet: <http://www.zeit.de/2013/16/C-Ing-Auto> [29.1.2014].
- Bolduan, Gordon/Stieler, Wolfgang**, 2008: Computer am Steuer. Internet: <http://www.heise.de/tr/artikel/Computer-am-Steuer-275200.html> [29.1.2014].
- Byczkowski, Thomas**, 2013a: „Im Stau drücke ich dann einen Knopf“. Internet: <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2013/03/autonomes-auto-google-fahrzeugindustrie> [29.1.2014].
- Byczkowski, Thomas**, 2013b: Computer am Steuer. Internet: <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2013/03/autonomes-auto-interview-alexandra-neukum> [29.1.2014].
- Gulde, Dirk**, 2013: Das Auto denkt, das Auto lenkt. Internet: <http://www.auto-motor-und-sport.de/testbericht/autonomes-fahren-das-auto-denkt-das-auto-lenkt-7252672.html> [29.1.2014].
- Grünweg, Tom**, 2013: Selbststeuernder Wagen: Ausfahrt mit Autopilot. Internet: <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/autonomes-fahren-unterwegs-mit-einer-s-klasse-auf-autopilot-a-920803.html> [29.1.2014].
- Grundhoff, Stefan**, 2013: In fünf Jahren fahren unsere Autos ohne Fahrer. Internet: http://www.focus.de/auto/ratgeber/autonomesfahren/tid-29647/autonomes-fahren-in-fuenf-jahren-fahren-unsere-autos-ohne-fahrer_aid_924084.html [29.1.2014].
- Grundhoff, Stefan/press-Inform**, 2008: Wenn der Wagen von alleine fährt. Internet: <http://www.auto-motor-und-sport.de/news/vision-autopilot-wenn-der-wagen-von-alleine-faehrt-872214.html> [29.1.2014].
- Heitmüller, Stefanie**, 2010: Führerloses Forschungsfahrzeug: „Leonie“ rollt durch Braunschweig [29.1.2014].
- Kröger, Michael**, 2012: Autonomes Auto: Der Mensch denkt, das Auto lenkt. Internet: <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/fu-berlin-stellt-selbstfahrendes-elektroauto-vor-a-855918.html> [29.1.2014].
- Läsker, Kristina**, 2013: Die Geisterflotte. Internet: <http://www.sueddeutsche.de/auto/autonomes-fahren-die-geisterflotte-1.1688629> [29.1.2014].
- Lamparter, Dietmar H.**, 2013: „Damit keiner Unfug treibt“. Internet: <http://www.zeit.de/2013/24/thomas-weber-mercedes-s-klasse> [29.1.2014].
- Löwer, Chris**, 2011: Lenken durch Denken. Internet: <http://www.heise.de/tr/artikel/Lenken-durch-Denken-1260237.html> [29.1.2014].
- Pander, Jürgen**, 2012: Projekt „Sartre“: Hände weg vom Steuer! Internet: <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/sartre-projekt-autonome-autokolonne-auf-oeffentlicher-autobahn-a-837307.html> [29.1.2014].
- Parbel, Matthias**, 2010: Von Street View zum „Street Drive“ – Autonome Fahrzeuge. Internet: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Von-Street-View-zum-Street-Drive-Autonome-Fahrzeuge-1104961.html> [29.1.2014].
- Rees, Jürgen**, 2011: Hände weg vom Steuer. Internet: <http://www.zeit.de/auto/2011-11/autonomes-fahren> [29.1.2014].

Rettberg, Felix, 2010: Autonome Autos: Knight Rider in Berlin. Internet: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/autonome-autos-knight-rider-in-berlin-a-691605.html> [29.1.2014].

Rötzer, Florian, 2012: Kalifornien öffnet die Straßen für autonome Autos. Internet: <http://www.heise.de/tp/blogs/3/152705> [29.1.2014].

Rötzer, Florian, 2013: Die Robotfahrzeuge kommen. Internet: <http://www.heise.de/tp/artikel/38/38897/1.html> [29.1.2014].

Rojas, Raúl, 2012: Autopie: Autonome Fahrzeuge für Car-Sharing. Internet: <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36836/1.html> [29.1.2014].

Stockburger, Christoph, 2013: Automatisiertes Fahren: Mensch gegen Maschine. Internet: <http://www.spiegel.de/auto/fahrkultur/rechtliche-und-ethische-fragen-zum-automatisierten-fahren-a-905181.html> [29.1.2014].

Strassmann, Burkhard, 2009: Auto geht auch anders. Internet: <http://www.zeit.de/2009/39/T-IAA> [29.1.2014].

Wüst, Christian, 2013: Fahren ohne Fahrer. In: DER SPIEGEL, Nr. 5, 98-102.

ZEIT ONLINE, 2011: Land der Geisterfahrer. Internet: <http://www.zeit.de/digital/2011-05/google-autonomes-auto> [29.1.2014].

Was bleibt? Grenzen und Möglichkeiten eines queer-feministischen Archivs im Internet

ULRIKE KOCH. ANNA ZSCHOKKE

Wir bloggen, tweeten, stellen Fotos online, diskutieren, argumentieren, freuen und ärgern uns, machen uns gegenseitig Mut und geben Widerspruch. Doch wer ist dieses Wir? Unter diesem Wir fassen wir Menschen, die sich in den diversen (queer-)feministischen Spektren verorten und sich auf einer oder mehreren Plattformen im Internet treffen, diese mit Inhalten füllen und das bereits über einen längeren Zeitraum. Wie lang genau lässt sich jedoch nicht mehr exakt feststellen, da entgegen der Annahme, dass alles sich im Netz Befindliche ohne Einschränkung abrufbar ist, das Internet sehr wohl „vergisst“ bzw. Seiten offline genommen, nicht von Suchmaschinen indiziert oder auf der Liste der Suchergebnisse weit hinten gelistet werden. Gegenwärtige (queer-)feministische Wissensproduktionen sowie künstlerische Auseinandersetzungen können zwar im Gegensatz zu ihren Vorläufer_innen relativ einfach gefunden werden – doch wie lange noch?

Eine Chronik dieser Wissensproduktionen im Internet existiert derzeit nicht, genau so wenig eine zentrale Plattform, die diese speichert und weitläufig zugänglich macht. Ein wenig polemisch formuliert, kann daher von einem ungehobenen Wissensschatz im Internet gesprochen werden, der sich nicht auf nationale Grenzziehungen beschränkt. Vielmehr ist er international ausgerichtet, greift gegenwärtige

gesellschaftspolitische Diskussionen auf, setzt diese auch in Bewegung und nimmt Rekurs auf historische Kontexte und Entwicklungen. Die dabei entstehende und sich beständig erweiternde, verschiebende und neu-konstituierende Community produziert, rezipiert und diskutiert das so entstehende Wissen, das wir, die Schreibenden¹ dieses Beitrags, nun nicht mehr dem Vergessen oder den Machtmechanismen von Suchmaschinen überlassen wollen. Wir argumentieren daher für die Erstellung eines Webarchivs, das (queer-)feministische Wissensproduktionen im Internet aufnimmt, diese kuratiert und somit bewahrt.

Eine Utopie, wie ein solches Metaarchiv im Internet aussehen könnte, und welche Herausforderungen dabei auftreten, beschreiben wir in Folge. Zuvor widmen wir uns der Frage, wieso die Aufgabe der Speicherung von sich im (Queer-)Feminismus verorteten Personen übernommen werden sollte. Um die Notwendigkeit eines solchen Archivs sichtbar zu machen, werden wir konkreter auf die Wissensproduktionen sowie deren Verflechtungen eingehen und beschreiben, welche Archivierungsbestrebungen es derzeit gibt und aufbauend darauf unsere Archivutopie errichten. Wir stellen dabei ein Gedankenexperiment in den Raum, das eine Möglichkeit unter vielen aufzeigt, auch noch nicht abgeschlossen ist, aber, so hoffen wir, zum Nachdenken über digitale Speicherbedingungen und deren gesellschaftspolitische Bedeutung anregt.

Wer, wenn nicht wir? Eine Frage nach Aufmerksamkeitsökonomien

Als analoge Pendant zu den vorher erwähnten Blogposts, Tweets und digitalen Bildern sind Zeitschriften, Flugblätter, Fotografien, Buttons, Transparente und vieles mehr als wesentliche Medien des (Queer-)Feminismus zu nennen. (Queer-)Feminismus verstehen wir als soziale Bewegung, die gesellschaftliche Macht- und Unterdrückungsverhältnisse kritisiert und durch die u.a. genannten Materialien diese Kritik in die Öffentlichkeit trägt. Auf den Entstehungskontext der Bewegung bezogen, handelt es sich um Materialien, die in gängigen Speichereinrichtungen wie Bibliotheken und Archiven keinen oder nur sehr unzureichenden Platz zugesprochen bekommen. Daraus hat sich bereits in den 1970er-Jahren die Forderung und Praxis entwickelt, dass diese Materialien in eigenen Archiven und Bibliotheken systematisch gesammelt und zugänglich gemacht werden. Im deutschsprachigen Raum gibt es beispielsweise das STICHWORT – Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung in Wien, den FrauenMedienTurm in Köln, die Frauenbibliothek Basel oder das FFBIZ Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum in Berlin.²

Aufgenommen werden nicht nur Bewegungsmaterialien selbst, sondern diese stehen gleichberechtigt neben wissenschaftlichen Analysen und spiegeln so die gesamte Breite der Bewegung wider. Wie Bernd Hüttner (2003, 9) in diesem Zusammenhang festhält, handelt es sich hierbei um Dokumente der kulturellen und politischen Opposition. Diese Bibliotheken und Archive liefern Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen Informationen, die für die politische Arbeit genutzt und eingesetzt wer-

den können (Bacia 2013, 74). Besonders im feministischen Kontext folgen diese Projekte einem politisch-emanzipatorischen Auftrag, spezifisches Wissen weiterzugeben und damit Frauen* sowohl in ihrem Handeln zu bestärken als auch ihre Handlungsoptionen zu erweitern (Zirngast 2001, 140). Die gleichzeitige Berücksichtigung von aktivistischen und wissenschaftlichen Materialien reichert die politische Praxis mit theoretischen Analysen an und vice versa wird Theorie in politische Praxis umgesetzt und diskutiert (Hark 2005, 253). Materialien in analoger als auch digitaler Form sind demnach politische Artefakte, die auch politische Macht und damit auch gesellschaftspolitisches Veränderungspotential in sich tragen (ebd., 35-37). Dieses widerständige Wissen wird jedoch nicht nur wegen seiner materiellen Diversität von „klassischen“ Bibliotheken und Archiven unzureichend aufgenommen, sondern es wird auch selten mit umfassender Dokumentation versehen, also Erfassung, Verschlagwortung und Einbettung in historische sowie (queer-)feministische Kontexte. Zudem greifen auf mehreren Ebenen Mechanismen einer hegemonial strukturierten Auswahlpolitik. Sammlungseinrichtungen, die hegemonial strukturiert sind, geben marginalisierten Stimmen nur selten entsprechend Raum oder provokanter formuliert, besteht hier wenig Interesse daran, diese Stimmen überhaupt aufzunehmen. Wenn marginalisierte Stimmen archiviert werden, so handelt es sich dabei überwiegend um solche, die vom Mainstream aufgegriffen wurden und aufgrund dieser Popularität einen Sammlungswert erhalten. Der Kanon wird von jenen dominiert, die die notwendige Legitimation und Integrität zugesprochen bekommen. Dies hängt, wie Clare Hemmings (2005, 118) betont, immer mit Marginalisierungsprozessen sowie Machtfragen zusammen, ein Mechanismus, der nicht nur in „klassischen“ Archiven und Bibliotheken greift, sondern auch in Einrichtungen der Bewegung selbst.

Virulent wird die Frage nach solchen Aufmerksamkeitsökonomien besonders im Hinblick auf digitale Wissensproduktionen, da der verhältnismäßig niederschwellige Zugang eine breite Teilnahme ermöglicht – ein Blog ist schnell erstellt und mit Inhalten befüllt, ob er aber auch Aufmerksamkeit von der digitalen und/oder akademischen Community bzw. Medien erhält, ist eine andere Frage. Diese Aufmerksamkeitsökonomie basiert auf sexistischen, androzentrischen, ableistischen, cis-genderten, heterosexistischen, rassistischen und klassistischen Strukturen. Um diese Aufmerksamkeitsökonomie und die hegemonialen Strukturen zu durchbrechen, war bzw. ist es notwendig, dass die Akteur_innen der Bewegung diese dokumentieren und in einen (queer-)feministischen Kontext setzen. Aus diesem Gedanken entstanden die bereits angeführten Einrichtungen und die vorliegenden Überlegungen zu einem digitalen Archiv.

Vor den zuvor beschriebenen Mechanismen und Ausschlüssen sind aber auch (queer-)feministische Wissensproduktionen nicht gefeit, denn auch hier dominieren *weiße*, akademisch geprägte (Queer-)Feminismen aus der Mittelschicht. Bei diesen Mechanismen handelt es sich um „Politiken, die regulieren, wer welche Geschichte(n) erzählen kann und welchen Geschichten die Autorität zukommt, das Feld ‚angemes-

sen‘ zu repräsentieren“ (Hark 2005, 37) und damit auch in das kollektive (queer-)feministische Bewusstsein aufgenommen werden. Ein (queer-)feministisches digitales Archiv muss daher diese Ausschlüsse permanent reflektieren und gewährleisten, dass Ausschlussmechanismen nicht reproduziert werden. Dies wird – wie wir noch konkreter ausführen werden – durch eine partizipative Teilnahme und eine plurale Organisationsstruktur erreicht, die ein (queer-)feministisches Grundverständnis und damit ein notwendiges Kontextualisierungsvermögen voraussetzt.

Wissensproduktionen im Netz

Neben der Kritik an den Ausschlussmechanismen innerhalb der (queer-)feministischen Szenen im Internet spiegeln die hier verhandelten und diskutierten Wissensproduktionen jedoch den lebendigen inner(queer-)feministischen Diskurs wider. Dabei werden gesellschaftspolitische Themen aufgegriffen und (queer-)feministische Erkenntnisse sowohl präsentiert als auch aktualisiert und diskutiert. Allgemein und mit Barbara Thiessen (2008, 37) gesprochen, bedarf es eines Zugangs zu Wissensbeständen, um ein (queer-)feministisches Bewusstsein zu entwickeln. Unter diesen Wissensbeständen verstehen wir sowohl wissenschaftliches als auch popkulturell aufbereitetes Wissen sowie persönliche Erfahrungsberichte, also prinzipiell alle (queer-)feministischen Wissensproduktionen. Durch die Aneignung von Wissen erfolgt eine kritische Auseinandersetzung mit Lebensrealitäten sowie mit alltäglichen Erfahrungen von Ausgrenzung und Diskriminierung (ebd.). Dadurch eröffnen sich Kommunikationsräume, in denen allen Personen, ob sie nun schon über (queer-)feministisches Grundwissen verfügen oder nicht, Wissen zur Verfügung gestellt wird und es ihnen so erlaubt, sich auch neues Wissen zu erarbeiten und bestehendes Wissen zu erweitern (Duvall 2005, 231).

Zugleich bietet das Internet aber auch Themen Raum, die nicht in den massenmedialen Settings des Mainstreams verhandelt werden (Drüeke 2013, 100). Es entsteht ein Raum für Widerspruch. Die schnelle Kommunikation zwischen größeren Personengruppen ermöglicht grenzübergreifend Themen quasi in Echtzeit zu kommentieren, in direkten Kontakt mit den Inhalte produzierenden Personen zu treten und dabei in einem hierarchiearmen Setting zu diskutieren. Wie Ricarda Drüeke festhält, werden in den diversen Online-Kommunikationsformen gesellschaftliche Regeln und Normen diskutiert sowie Wirklichkeitskonstruktionen in Frage gestellt. Die verstärkte Verhandlung von privaten Themen und deren Verortung innerhalb von gesellschaftspolitischen Analysen ermöglicht zudem die Sichtbarkeit von alternativen Lebensentwürfen und marginalisierten Themen (ebd., 98).

Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang aktivistische Momente, die einerseits im Internet selbst und andererseits durch deren Übersetzung in aktivistische Handlungen außerhalb der digitalen Sphäre gesellschaftspolitische Verhandlungen aufgreifen und auch in Bewegung setzen. So werden im Internet gestartete Aktionen, Petitionen, kritische Blogposts und Tweets zum Teil von „klassischen“ Medien auf-

gegriffen, wobei vor allem breit geführte Debatten wahrgenommen werden, während anderen keine Aufmerksamkeit zugesprochen wird. Demnach kann auch von einer zunehmenden Verschränkung von digitaler und analoger Diskussion gesellschaftspolitischer Themen ausgegangen werden, die zum Teil auch (queer-)feministische Anliegen umfassen. Als aktuelles Beispiel sei der von Kaye M. (@gildespine) initiierte Twitter-Hashtag #yesallwomen sowie dessen mediale Verhandlung genannt, der als Reaktion auf den misogyn und rassistisch motivierten Amoklauf in Santa Barbara, USA am 23.05.2014 entstand und dabei die Gewalt, der Frauen* täglich ausgesetzt sind thematisierte.³

Die Produktion von digitalem (queer-)feministischem Wissen und die Beschäftigung damit zeigt, wo sich die Lücken, Schwächen und Barrieren in dem ebenfalls von hegemonialen Strukturen dominierten Internet auftun. Jedes produzierte Wissen und jeder erkämpfte Raum ist zudem nicht vor dem derzeit verstärkt auftretenden antifeministischen und misogynen Backlash gefeit, der umso stärker ausfällt, je marginalisierter und exponierter die im Internet agierende Person ist.

Die vielfältigen Wissensproduktionen ermöglichen es, ein Thema aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Verstärkt wird dies, so Gabriele Winker (2005, 23-24), durch die gegenseitigen Verlinkungen. Dadurch erhöht sich auch die Partizipation einzelner Personen und Gruppen sowie die Möglichkeit andere Perspektiven einzunehmen und andere Lebensrealitäten wahrzunehmen. Verlinkungen sind jedoch fragil, werden nicht immer gesetzt, nachträglich geändert oder der verlinkte Inhalt ist nicht mehr abrufbar. Ein (queer-)feministisches Internetarchiv speichert hingegen diese Verlinkungen und deren Inhalte dauerhaft ab. Da zudem die einzelnen Wissensproduktionen derzeit dezentral gespeichert sind und somit auch eine Kontextualisierung nicht in jedem Fall gegeben ist, kann dies dazu führen, dass das Nachvollziehen eines Diskurses sowie seiner Brüche für Interessierte nicht möglich ist, was ebenso für die Etablierung eines (queer-)feministischen Internetarchivs spricht.

Die mit Verlinkungen und ihrer Speicherung einhergehende Betrachtung eines Themas aus verschiedenen Perspektiven, die, wie zuvor mit Verweis auf Sabine Hark erläutert, von einer Verwobenheit praktischer sowie theoretischer Erkenntnis und Handlung gestützt wird, eröffnet einen Raum, um die Genealogie von Diskursen nachvollziehbar zu machen, die nicht nur nach der Herkunftsgeschichte eines Phänomens fragen, sondern, so Petra Gehring, auch die dabei wirkenden Machtstrukturen und Verbindungen mit Macht offenlegen (Gehring 2004, 131). Darunter ist jedoch nicht die Suche nach der Wurzel eines Phänomens gemeint, vielmehr ermöglicht dieses Vorgehen Konflikte, Kontroversen und Brüche eines Diskurses sichtbar zu machen und produktiv zu nutzen (Eichhorn 2013, 8-9). (Queer-)Feminismus erscheint so auch nicht als eine lineare Abfolge von Diskursen und Strömungen, sondern als „a series of ongoing contexts and relationships rather than a process of imagined linear displacement“ (Hemmings 2005, 131).

Bestehende Speichereinrichtungen

Um wieder zu der Frage zurück zu kehren, welches Wissen im Internet gespeichert wird, seien an dieser Stelle einige Bestrebungen genannt, die sich als Ziel gesetzt haben, dieses Wissen zu speichern. Diese sind entweder spezifisch ausgerichtet, zum Beispiel auf einzelne Plattformen, oder haben das Ziel, alle verfügbaren Websites im Internet zu speichern. Zu einer der wohl bekanntesten Sammelzentren dieser Art gehört die Seite archive.org, die Dokumente, Bilder, Audiodateien und Videos unter dem Label „Universal access to all knowledge“ sammelt und zentral speichert. Wesentlicher Bestandteil von archive.org ist die sogenannte „Way Back Machine“, die, von einem mehrköpfigen Team betrieben, alle im Internet abrufbaren Websites systematisch speichert und sie, selbst nachdem sie offline genommen wurden, zugänglich macht (<https://archive.org/web/>). Dabei handelt es sich jedoch um Momentaufnahmen, die nicht die ursprüngliche Funktionalität der Website erreichen. So sind teilweise Links nicht mehr abrufbar bzw. führen ins Nichts und auch Bilder und eingefügte Videos werden nicht zwangsläufig geladen. Zudem muss die genaue Adresse der Website bekannt sein, da keine Suchfunktion zur Verfügung steht. Fragwürdig ist des Weiteren die Speicherfrequenz, die sehr unregelmäßig ist.⁴

Einzelne Nationalbibliotheken verfolgen ebenfalls das Ziel, Websites aus dem jeweiligen Land zu speichern. Die Österreichische Nationalbibliothek erfasst mit einem sogenannten Webcrawler automatisch alle Websites, die mit der Domainendung .at enden, und ergänzt diese mit Websites zu Themen wie Kultur, Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Spezifisch erfasst werden ebenso Seiten zu speziellen Anlässen wie Nationalratswahlen. Es besteht die Möglichkeit via eines Onlineformulars auch einzelne Websites zu nominieren. Zugänglich sind diese Inhalte jedoch nur bei eigens eingerichteten Terminals in der Bibliothek mit der gleichen Einschränkung wie bei der Way Back Machine, dass nämlich die Adresse der gesuchten Website bekannt sein muss (<http://www.onb.ac.at/about/webarchivierung.htm>).

Obwohl beide vorgestellten Archivierungsbestrebungen dem Anspruch folgen, so viele Informationen wie möglich abzuspeichern, lässt sich aufgrund der Datenflut nur beschränkt auf diese zugreifen. Die fehlenden Suchfunktionen und Verschlagwortungen bergen die Gefahr, dass einzelne Inhaltskomplexe nicht mehr auffindbar sind und ungeklärte Fragen des Urheber_innenrechts weiter bestehen bleiben. Fehlende Kontextualisierungen, wie Verlinkungen, Inhaltsangaben sowie Informationen über hinter den Websites stehende Institutionen und Personen, erschweren zudem die Suchauswertung.

Im Gegensatz zum Versuch ein Abbild des Internets zur Verfügung zu stellen, widmet sich ein Projekt der Library of Congress einer einzelnen Plattform, nämlich Twitter. Twitter hat dabei der Library of Congress die kompletten Tweets, die von 2006 bis 2010, also seit Existenz der Plattform, getweetet wurden, zur Verfügung gestellt und es werden laufend alle neuen Tweets erfasst. Noch unklar ist derzeit, wie

diese Datenmenge welcher Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll (Osterberg 2013).

Eine andere Strategie verfolgen Repositorien, wie beispielsweise das an der Universität Wien eingesetzte Langzeitarchivierungsprojekt Phaidra (Permanent Hosting, Archiving and Indexing of Digital Resources and Assets, <http://phaidraservice.univie.ac.at>). Dieses und ähnliche Lösungen können themenspezifisch oder übergreifend konstituiert sein und dabei eine Vielzahl digitaler Materialien speichern, die von Bildern, Videos, Forschungskonzepten und -daten, 3D-Architekturmodellen bis hin zu klassischen Dokumenten reichen. Diese Repositorien werden jedoch nicht von den Betreiber_innen bestückt, sondern im Idealfall von jenen Personen, die für die Erstellung der Dokumente verantwortlich sind, da diese über die meisten Informationen zu den Dokumenten verfügen. Diese verfügen in den meisten Fällen nicht über eine bibliothekarische/informationswissenschaftliche Vorbildung, weswegen die Beschlagwortung und Bestückung nicht zwangsläufig den derzeitigen Standards entsprechen muss.⁵ Zudem erfolgt das Bestücken der Repositorien meist auf freiwilliger Basis, was entsprechende Lücken zur Folge hat.

In Phaidra kann beispielsweise definiert werden, welche Dokumente öffentlich zugänglich sein sollen. Ein Dokument kann aus dem Repository nicht mehr gelöscht werden, sondern bleibt nach Upload auf dem Server gespeichert. Die Dokumente können mit einer Creative Commons-Lizenz versehen werden und sind mit European⁶ verknüpft (Blumesberger 2010, 198). Phaidra erlaubt auch das Erstellen von Sammlungen, bei denen mehrere Materialien unter einem Permalink abrufbar sind (ebd., 200).

Ein Vorteil solcher Projekte, die zumeist übergreifend von einer zentralen Stelle technisch betreut werden, liegt in der automatischen Konvertierung der Daten, die eine Überführung in die aktuellsten Dateiformate garantiert – vorausgesetzt die Projekte werden auch entsprechend langfristig finanziert. Dabei muss gewährleistet werden, dass Schlagworte, Systematisierungen und andere Metadaten migriert werden, da sonst die Gefahr besteht, dass Materialien nicht mehr auffindbar sind. Ein Vorteil großer Repositorien bzw. digitaler Sammlungsprojekte liegt darin, dass sie aus ihrer Metaperspektive heraus einen Überblick über die einzelnen Projekte haben und so Querverlinkungen setzen können. Durch die Inklusion von Übersetzungs- und Vorlesesoftware kann eine zunehmende Barrierefreiheit im Internet erreicht werden. So können beispielsweise Texte relativ schnell in Brailleschrift übersetzt oder durch Sprachcomputer vorgelesen werden.

Das von der Europäischen Kommission finanzierte und dem Department of Informatics der Aristotle University of Thessaloniki mit elf weiteren Partnern durchgeführte Projekt BlogForever hat sich mit der Speicherung und Sammlung von Blogs und deren Inhalten mit dem Ziel „to harvest, preserve, manage and reuse blog content“ befasst (<http://blogforever.eu/>). Dieses Projekt funktioniert nicht als ein simpler RSS Reader, vielmehr wird die HTML-Version des Blogs kopiert und somit werden auch vorhandene Bilder, Videos und Verlinkungen in das Archiv übernommen. Dieses

Projekt verfolgt die Idee, dass Blogs und die dort produzierten Inhalte für die Nachwelt konserviert werden sollen – oder wie das Projekt bei einer Präsentation für die CeBIT 2013 schreibt „Preserving blogs: taking care of today’s stories for tomorrow’s history“ (Blog Forever video for CeBIT 2013). Allerdings ist die Finanzierung des Projekts 2013 ausgelaufen. Seitdem steht es still, es lässt sich nicht genau nachvollziehen, ob bereits Blogs gespeichert wurden und falls ja, welche.

Die Frage der Finanzierung aufgreifend eröffnen sich hier zwei Ebenen: Zunächst sind viele Projekte, die sich der Speicherung digitaler Materialien widmen, nicht langfristig ausgerichtet und finanziert. Dies führt dazu, dass viele (Einzel-)Initiativen und Projekte zwar mit Engagement gestartet werden, nach Ablauf der Finanzierung jedoch nicht weiter betrieben werden können. Daran schließt die zweite Ebene an, die allgemein als Initiativen für alternative Archiv- und Bibliotheksprojekte zu fassen sind, die ebenfalls keine oder eine nur sehr eingeschränkte finanzielle Subventionierung erfahren und demnach auch keinen gesicherten Status haben. Diese beiden Aspekte berücksichtigend bedarf es daher bei der Etablierung eines (queer-)feministischen Internetarchivs der Zusicherung einer langfristigen Finanzierung auf internationaler Basis.

Ein (queer-)feministisches Metaarchiv im Internet

Jedes der vorgestellten Projekte, die sich der Speicherung von digitalen Wissensproduktionen widmen, beinhaltet einen oder mehrere Aspekte bzw. Techniken, die auch für ein (queer-)feministisches Metaarchiv relevant sind. Unter einem Metaarchiv verstehen wir ein Archiv, das sowohl andere Archive als auch Blogs, Websites, Tweets, etc. zentral speichert, suchbar und zugänglich macht. Wie ein solches Archiv aussehen könnte, was hier zu beachten ist und welche Herausforderungen dabei entstehen, werden wir nachfolgend beschreiben. Es handelt sich hier um einen utopischen Entwurf, der nicht jede Herausforderung und auch nicht alle technischen Aspekte umfasst.

Als Metaarchiv sollte unsere Utopie eine zentrale Plattform bieten, auf der die technischen Komponenten zur Verfügung gestellt werden, die die Basis für ein (queer-)feministisches Archiv bilden und einheitliche Angaben zu Metadaten (Titel, Autor_in, Schlagworte, etc.) umfassen. Eine solche Plattform sorgt nicht nur für eine Bündelung der im Internet existierenden (queer-)feministische Wissensproduktionen, vielmehr ermöglicht dies die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle für Interessierte. Da (queer-)feministische Wissensproduktionen im Internet grenzübergreifend erfolgen und die gegenseitigen Verlinkungen nicht an nationale Grenzkonstrukte gebunden sind, ist das Metaarchiv international ausgerichtet. Die durch die internationale Ausrichtung entstehende Flut an Daten, kann nur mit entsprechendem Personalaufwand bewältigt werden.

Bezogen auf die zuvor gestellte Frage nach Aufmerksamkeitsökonomien bedeutet die Kuratierung eines (queer-)feministischen Metaarchivs auch, Positionen zu be-

rücksichtigen, die innerhalb des (queer-)feministischen Diskurses marginalisiert werden. Daher gilt es sich der Mechanismen, die Aufmerksamkeit verteilen, in einer beständigen Selbstreflexion zu stellen und gegenläufige Maßnahmen zu ergreifen, indem z.B. bei der Zusammenstellung des Projektteams auf Diversität geachtet wird. Die Organisation des Metaarchivs folgt einer hierarchiearmen Ordnung. Es setzt sich aus sich selbst vorschlagenden oder nominierten Gruppierungen und Einzelpersonen zusammen, die sich untereinander ebenfalls z.B. auf regionaler und/oder Interessensbasis zusammenschließen können. Zu regelmäßig stattfindenden Konferenzen werden Vertreter_innen entsandt, die gemeinsam Standards festlegen, Entwicklungen besprechen und Strategien diskutieren. Abseits von diesen Konferenzen sind die Teilnehmenden via sozialer Netzwerke miteinander verbunden und können sich so in die Entscheidungsfindung einbringen.

Um eine barrierefreie Kommunikation zu erreichen, werden Übersetzer_innen angestellt, die sowohl gesprochene als auch geschriebene oder gebärdete Sprache übersetzen, bzw. es wird Übersetzungssoftware angekauft und weiterentwickelt. Programme zur Übertragung in Brailleschrift und Vorlesesoftware werden zur Verfügung gestellt. All dies dient jedoch nicht nur zur Kommunikation untereinander, sondern wird auch den Nutzenden kostenlos angeboten. Am Metaarchiv teilnehmende Personen haben die Möglichkeit Fortbildungen zu (queer-)feministischen Inhalten und bibliothekarischem/informationswissenschaftlichem Grundwissen zu besuchen. Ziel ist es, die Inhalte einschätzen zu können und für deren notwendige Kontextualisierung zu sorgen.

Zur Frage der technischen Lösung bietet es sich aus derzeitiger Sicht an, auf Ansätze zur digitalen Langzeitarchivierung zurückzugreifen. Darunter werden Aktivitäten verstanden, die der „Absicherung der Benutzbarkeit digitaler Objekte über einen langen Zeitraum hinweg dienen“ (Altenhöner 2012, 173). Dies umfasst die Aktualisierung und Migration auf die jeweils notwendigen Endgeräte und die Konvertierung in das aktuelle Datenformat bzw. ggf. die Emulation von älteren Umgebungen.⁷ Bei der Archivierung der einzelnen Wissensproduktionen erfolgen die Abläufe überwiegend automatisch. Das beinhaltet die Übernahme von Metadaten in Form von Tags und Schlagworten sowie die automatische Hinzufügung neuer Inhalte, die anschließend eingearbeitet werden. Zur Absicherung der gespeicherten Inhalte bedarf es einer „redundanten Datenhaltung“. Darunter wird das mehrfache Abspeichern von Daten an unterschiedlichen Orten verstanden, wobei die benutzten Speicherorte internationalen Standards entsprechen sollten⁸ (Wallaszkovits 2010, 89).

Eine offene Frage ist, wie viel Serverleistung und -speicherplatz für dieses Projekt benötigt wird und ob dies pro Region oder durch eine zentrale Serverfarm gewährleistet werden kann. Eine Zentrierung auf einen Ort kommt einer Monopolstellung gleich und ist anfällig für Unfälle und Angriffe. Die Frage nach dem Standort der Server muss auch deswegen offen bleiben, da hier selbst die schönste Utopie an der Realität scheitert: Werden die Server auf nationalem Grund abgestellt, kann nicht garantiert werden, dass kein Zugriff von Seiten des Staates erfolgt. Server verbrauchen

zudem viel Energie, produzieren selber auch viel Wärmeleistung und würden in der benötigten großen Anzahl jedes Ökosystem⁹ beeinträchtigen.

Um der Diversität der einzelnen Wissensproduktionen gerecht zu werden und sowohl textliche als auch visuelle etc. Inhalte aufgreifen zu können, braucht es technische Möglichkeiten unterschiedliche Datenformate abzuspeichern, diese entsprechend darstellen zu können und somit beispielsweise Tweets, Blogposts und Comics gleichberechtigt zugänglich zu machen. Die gespeicherten Inhalte selbst dürfen dabei nicht auf rein (queer-)feministische Wissensproduktionen beschränkt sein, sondern müssen auch die Wissensproduktionen speichern, auf die Bezug genommen wird, damit Nutzer_innen anhand der Originalquellen die (queer-)feministischen Diskurse nachvollziehen können. Das bedeutet auch, Inhalte zu speichern, die rassistische, ableistische, cis-gegenderte, heterosexistische, klassistische und andere Diskriminierungsformen enthalten, die (queer-)feministisch diskutiert und kritisiert werden. Dasselbe gilt für Inhalte, die nicht dem eigenen (queer-)feministischen Verständnis folgen. Durch die Parallelsetzung der Wissensproduktionen, Verlinkungen und entsprechend durchdachter Beschlagwortung kann die Breite eines Diskurses sowie die einzelnen Strömungen, die ineinander fließen, sichtbar gemacht werden. Dabei werden sowohl Diskontinuitäten als auch Brüche erkennbar und somit auch Potentiale und Anknüpfungspunkte für weitere Überlegungen.

Ein wesentlicher Aspekt des Metaarchivs stellt die Sammlungspolitik dar. Hierbei ergeben sich drei einander ergänzende Zugänge: Erstens können Personen sich und ihre Inhalte selbst nominieren. Zweitens recherchieren und nominieren die Teilnehmenden potentielle Archivinhalte. Drittens werden auch andere Repositorien, wie z.B. Europeana sowie Digitalisierungsprojekte¹⁰ nach (queer-)feministischen und in diesem Zusammenhang interessanten Dokumenten abgesucht und aufgenommen bzw. Inhalte bereits bestehender (queer-)feministischer Archive und Bibliotheken digitalisiert, damit das Metaarchiv auch eine historische Tiefe erlangt. Das ist deswegen notwendig, weil durch eine lange fehlende und weiterhin lückenhafte (queer-)feministische Geschichtsschreibung Diskurse und Diskussionen wiederholt werden, was durch die Absenz (queer-)feministischer Geschichtsvermittlung noch weiter verstärkt wird. Erst durch die Sichtbarmachung von Personen, Abläufen, Diskursen und Praktiken – auch jenseits des US-Eurozentrismus – entsteht die Möglichkeit, auf Identifikationsfiguren und Vorbilder zurückgreifen zu können, eine historische Perspektive einzunehmen und das eigene Bewusstsein zu schärfen. Grundsätzlich ergibt sich aus der so formulierten Aufgabe bzw. dem Ziel des Metaarchivs eine Diskrepanz zur (queer-)feministischen Haltung des Consent: Wenn das Ziel lautet, die digitale (queer-)feministische Wissensproduktion möglichst umfassend zu speichern, wie wird dann auf Personen oder Plattformen reagiert, die einer Speicherung ihrer Inhalte nicht zustimmen bzw. technische Mittel einsetzen, die ein automatisches Erfassen verunmöglichen? Hier gilt es für die Archivierenden den Dialog zu suchen, unter welchen Bedingungen Inhalte trotzdem erfasst werden können. Trotzdem besteht die Gefahr, dass Positionen so unsichtbar (gemacht) werden und es ist eine der

Hauptaufgaben der Öffentlichkeitsarbeit des Metaarchivs, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass diese Inhalte wichtig sind.

Ebenfalls erläutert und transparent gemacht werden muss, warum, wie oben beschrieben, auch anti(queer-)feministische und innerhalb der (Queer-)Feminismen umstrittene Positionen gespeichert werden. Durch die Speicherung und damit Sichtbarmachung von gewissen, personenbezogenen (queer-)feministischen Inhalten ergibt sich jedoch das Problem, dass Sichtbarmachung nicht nur positive Aspekte hat, sondern das Metaarchiv im schlimmsten Fall dem Backlash und seinen Protagonist_innen bzw. staatlichen Organen eine optimal gebündelte Sammlung von potentiellen Zielen und Angriffsflächen zur Verfügung stellt. Kann und soll daher der Zugang zum Metaarchiv sinnvoll beschränkt werden? Doch welche Grenzen können dabei gezogen werden? Und widerspricht es nicht einem (queer-)feministischen Projekt solche Grenzen zu ziehen? Widerspricht dies nicht dem Ansatz (queer-)feministisches Wissen gesammelt und möglichst umfassend und barrierefrei zur Verfügung zu stellen?

Fazit

Wie unsere Ausführungen dargelegt haben, stellt sich inzwischen nicht mehr die Frage, ob (queer-)feministische Wissensproduktionen im Internet gespeichert werden sollen, sondern wesentlich konkreter, wie ein (queer-)feministisches Metaarchiv auf Basis bisher verfügbarer Maßstäbe zur Langzeitarchivierung technisch umgesetzt und anschließend mit Inhalten befüllt werden kann. Unser Entwurf eines Metaarchivs hat dabei gezeigt, dass die Realisierung eines solchen Projekts der Zusammenarbeit vieler Menschen auf internationaler Ebene bedarf, die durch Übersetzungsleistungen in der von ihnen gewünschten Sprache kommunizieren. Das Metaarchiv wird langfristig und ausreichend finanziert, hierarchiearm organisiert sowie durch Fortbildungen, Übersetzung und unterstützende Software barrierefrei gestaltet. Inhaltlich muss so umfassend wie möglich gearbeitet werden, um bisher marginalisierten Positionen Raum zu geben, was eine beständige Reflexion von Ausschlussmechanismen voraussetzt. Weiterhin wird über Öffentlichkeitsarbeit vermittelt, warum problematische Inhalte gespeichert werden müssen, und Dialoge geführt, um auch dem Projekt gegenüber kritischen Positionen die Notwendigkeit der Speicherung näherzubringen.

Das Ziel ist also eine gleichberechtigte, zentrale Speicherungsmöglichkeit für alle (noch) verfügbaren, (queer-)feministischen, digitalen Wissensproduktionen, die zudem alle Formen dieser Wissensproduktion, wie Tweets, Blogposts, Bilder, Videos etc. umfasst. Ergänzt werden diese Wissensproduktionen um recherchierte Beiträge sowie für das Metaarchiv digitalisierte Artefakte und solche aus anderen Repositorien. Uns erscheint ein solches Metaarchiv unbedingt notwendig, um die Inhalte und Diskurse nicht dem Vergessen anheim fallen zu lassen und (queer-)feministisch interessierten Menschen eine Basis für zukünftige Argumentationen und Auseinan-

dersetzungen und einen breiten und dabei doch möglichst niederschweligen Zugang zu ihrer Geschichte zu liefern.

Anmerkungen

- 1 Die hier vorgestellten Überlegungen gehen auf eine Blogserie zurück, die wir 2013 konzipiert und initiiert haben und die auf „Die Töchter Regalias“ (<http://toechterregalias.wordpress.com/>) sowie „Unregelmäßige Gedankensplitter“ (<http://ullikoch.wordpress.com/>) veröffentlicht wird.
- 2 Eine ausführliche Liste an Einrichtungen im deutschsprachigen Raum findet sich auf der Website von i.d.a. Dachverband deutschsprachiger Frauen/Lesbenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen <http://www.ida-dachverband.de/>.
- 3 Als Korrektiv dazu entstand #yesallwhitewomen, initiiert von Jenn M. Jackson (@JennMJack), um darauf hinzuweisen, dass Women* of Color und Trans*personen in viel höherem Maß und ohne dieselbe Medienaufmerksamkeit zu erreichen von (cis-)sexistisch motivierter Gewalt betroffen sind.
- 4 Eine Stichprobensuche, durchgeführt mit der Webadresse des im Kollektiv geführten Blogs „Mädchenmannschaft“ (<http://maedchenmannschaft.net/>) hat ergeben, dass diese Seite seit 2008 194 Mal indiziert wurde, im Stichprobenjahr 2009 die Seite jedoch nur im Jänner, Februar, August und Dezember erfasst, wobei ausschließlich im Februar und August die Seite mehrmals gespeichert wurde. Die Stichprobe wurde am 02.4.2014 um 20:50 Uhr gezogen.
- 5 Der gesamte Komplex rund um Beschlagwortung, die Frage nach Dateiformaten und allgemein das Arbeiten mit Repositorien sind jene Bereiche, in denen Bibliotheken in der Zukunft eine wichtige Rolle als Schnittstelle zwischen Forschung und Archivierung darstellen müssen, damit Repositorien sinnvoll eingerichtet und von User_innen effektiv genutzt werden können.
- 6 Europeana hat den Anspruch, digitalisierte Quellen und Artefakte aus dem gesamten wissenschaftlichen und kulturellen Erbe Europas zugänglich zu machen. Die Speicherung umfasst bildliche, textliche sowie Ton- und Video-Dokumente. Für nähere Informationen siehe <http://www.europeana.eu/portal/>
- 7 Unter Emulation wird das Nachbilden von nicht mehr fortgeführten technischen Umgebungen verstanden, die für die Wiedergabe von Datenformaten zuständig sind und diese so abrufbar machen.
- 8 Damit einher geht jedoch auch die Problematik, definieren zu müssen, was internationale Standards sind und wer diese überhaupt definieren kann. Zudem birgt eine Fokussierung auf vermeintliche Standards die Gefahr Unternehmungen zu bevorzugen, die durch ihre Monopolstellung die Zuschreibung, Standard zu sein, erst erhalten, sowie dass die damit einhergehenden Dominanz- und Machtmechanismen nicht entsprechend berücksichtigt werden.
- 9 Denkbar wäre in diesem Fall die entstehende Wärmeleistung zur Turbinenantreibung zu nutzen und die so gewonnene Energie in die Server einzuspeisen.
- 10 Bestehende Digitalisierungsprojekte beschäftigen sich u.a. mit der Historie. So greift die Abteilung Ariadne der Österreichischen Nationalbibliothek auf historische Dokumente der Frauen*bewegung um 1900 zurück und präsentiert diese in einem eigenen Portal (<http://www.fraueninbewegung.onb.ac.at/>). Ein anderes Projekt, das mehrere Einrichtungen in Europa umfasst, hat Dokumente aus der Frauen*bewegung der 1970er-Jahre und später digitalisiert und zugänglich gemacht (<http://www.fragen.nu/atria/fragen/>)

Literatur

- Altenhöner**, Reinhard, 2012: Digitale Langzeitarchivierung. In: Umlauf, Konrad/Gradmann, Stefan (Hg.): Handbuch Bibliothek. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven. Stuttgart, Weimar, 173-186.
- Bacia**, Jürgen, 2013: Politisch engagierte Archivarbeit. In: Hering, Rainer/Schenk, Dietmar (Hg.): Wie mächtig sind Archive? Perspektiven der Archivwissenschaft. Hamburg, 65-82.
- Blumesberger**, Susanne, 2010: Sicher archivieren – grenzenlos recherchieren – intelligent nutzen. Phaidra – Digitale Langzeitarchivierung an der Universität Wien. In: Bergner, Ute/Göbel, Erhard (Hg.): The Ne(x)t Generation – Das Angebot der Bibliotheken. 30. Österreichischer Bibliothekartag in Graz, 15.-18.9.2009. Graz, 197-203.
- Drüeke**, Ricarda, 2013: Öffentlichkeiten im Umbruch – theoretische Überlegungen zu Online-Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnissen. In: Riegraf, Brigitte/Hacker, Hanna/Kahlert, Heike/Liebig, Brigitte/Peitz, Martina/Reitsamer, Rosa (Hg.): Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven. Münster, 92-111.
- Duval**, Bettina, 2005: Virtuelle Mädchen- und Frauennetze als Kooperations- und Empowerment-Räume. In: Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hg.): Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten. Frauennetze im Internet. Frankfurt/M., New York, 219-237.
- Eichhorn**, Kate, 2013: The Archival Turn in Feminisms: Outrage in Order. Philadelphia.
- Gehring**, Petra, 2004: Foucault – Die Philosophie im Archiv. Frankfurt/M., New York.
- Hark**, Sabine, 2005: Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt/M.
- Hemmings**, Clare, 2005: Telling Feminist Stories. In: Feminist Theory. 6, 115-139.
- Hüttner**, Bernd, 2003: Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände. Neu-Ulm.
- Osterberg**, Gayle, 2013: Update in the Twitter Archive at the Library of Congress. Internet: <http://blogs.loc.gov/loc/2013/01/update-on-the-twitter-archive-at-the-library-of-congress/> [2.4.2014].
- Thiessen**, Barbara, 2008: Feminismus: Differenzen und Kontroversen. In: Becker, Ruth/Kortendieck, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorien, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 37-44.
- Wallaszkovits**, Nadja, 2010: Qualitätsaspekte der Langzeitarchivierung von Archiven im Web. In: Fennesz-Juhász, Christiane/Fröschl, Gabriele/Hubert, Rainer/Leichleitner, Gerda/Steinlechner, Siegfried (Hg.): Digitale Verfügbarkeit von audiovisuellen Archiven im Internet-Zeitalter. Beiträge zur Tagung der Medien Archive Austria und des Phonogrammarchivs der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wien, Berlin, 85-93.
- Winker**, Gabriele, 2005: E-Empowerment – Vielfalt und Integration frauenpolitischer Aktivitäten im Internet. In: Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hg.): Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten. Frauennetze im Internet. Frankfurt/M., New York, 21-30.
- Zirngast**, Waltraud, 2001: Entwicklung des frauenrelevanten/feministischen Informationswesens in Österreich. Unter Mitarbeit von Helga Klösch-Melliwa. In: frida. Verein zur Förderung und Vernetzung frauenspezifischer Informations- und Dokumentationsarbeit in Österreich/Klösch-Melliwa, Helga: kolloquiA: frauenbezogene, feministische Dokumentation und Informationsarbeit in Österreich. Wien, 113-176.

Nerd-Pride, Privilegien und Post-Privacy: Eine intersektional-hegemonietheoretische Betrachtung der Netzbewegung

KATHRIN GANZ

Spätestens seit Beginn der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung steht die Kommunikationspolitik des digitalen Zeitalters auf der politischen Agenda. Dass Themen wie Netzneutralität, Urheber*innenrecht und Datenschutz heute öffentlich diskutiert werden, liegt nicht zuletzt auch an den erfolgreichen Protesten von außerparlamentarischen Akteur*innen anlässlich des Zugangserschwerungsgesetzes (ZugErschwG) oder des Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA). Netzpolitik-Aktivismus hat sich, „vom Außenseiter der politischen Verhandlungsarenen zum akzeptierten politischen Akteur gewandelt“ (Wendelin/Löblich 2013, 58). Im Rahmen einer empirischen Untersuchung zu den Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher netzpolitischer Akteur*innen identifizieren Manuel Wendelin und Maria Löblich (2013) vier Typen von Netzpolitik-Aktivismus: Neben den netzpolitischen Kernthemen „Privatsphäre und Datenschutz“, „freier Zugang zu Informationen“ und „offene Standards und freie Software“ identifizieren sie als viertes Thema „Gleichberechtigung von Frauen“. Auf den ersten Blick überrascht dies, würde man doch vermuten, dass sich eine netzpolitische Bewegung in erster Linie mit Themen wie der digitalen Spaltung, Zensur und dem Urheber*innenrecht beschäftigt. Die „big issues“ der Netzpolitik (Braman 2011) lassen sich zwar allesamt feministisch ausdeuten (Ganz 2013), bei dem von Wendelin und Löblich ange deuteten Phänomen geht es aber zunächst um das Ziel, „Frauen darin zu bestärken, ihre Stimme zu Internet-Themen zu erheben“ (Wendelin/Löblich 2013, 68) – und damit auch um einen Konflikt innerhalb der Bewegung selbst.

Nicht erst seit dem Tomatenwurf auf dem SDS-Kongress 1968 gehört die Auseinandersetzung mit Differenzen und sozialer Ungleichheit, und dabei insbesondere mit Geschlecht, zum Diskursrepertoire sozialer Bewegungen. Gerade für emanzipatorische Bewegungen, die sich am demokratischen Horizont der Gleichheit orientieren und um Rechte kämpfen (Marchart 2013), liegt es nahe, sich auch mit ihrer eigenen Zusammensetzung auseinanderzusetzen und zu verhandeln, ob sie durch die informelle Verteilung von Arbeit, Sprechpositionen, aber auch mit ihren politischen Forderungen soziale Ungleichheit reproduzieren. Die Diskussionen der Netzbewegung sowie der kulturellen Kontexte, aus denen sie sich entwickelt hat, bewegen sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen der Vorstellung von Informationstechnologie als Männerdomäne und einer Netzutopie, die Differenzen und Herrschaft überwindet (vgl. Tangens 1997; zu den Piraten Siri/Villa 2012). Daraus ergibt sich die Frage, wie Differenzen und Ungleichheit in der deutschen Netzbewegung verhandelt werden. Auf Grundlage

meiner empirischen Auseinandersetzung mit den Subjektpositionen im politischen Diskurs der deutschen Netzbewegung untersuche ich in diesem Beitrag zwei Aspekte: Wer kämpft für das freie Netz? Und auf welche Weise fließen die Positionierungen der Bewegungssubjekte in die Forderungen, die sie artikulieren, ein?

Beginnend mit einer kurzen Diskussion der Netzbewegung, werde ich die hege-monietheoretische Perspektive von Oliver Marchart (2013) auf Protestbewegungen zusammen mit der Intersektionalen Mehrebenenanalyse von Gabriele Winker und Nina Degele (2009) nutzbar machen, um die Subjektivierungs- und Forderungsstruktur der Netzbewegung entlang der Stichworte Nerd-Pride, Privilegien und Post-Privacy darstellen zu können. Dabei zeigt sich, dass feministische Konzepte in diese Form zivilgesellschaftlicher Netzpolitik Eingang gefunden haben.

Netzbewohner*innen in der digitalen Gesellschaft

Die digitale Bürger*innenrechtsbewegung, oder kurz Netzbewegung, ist ein informelles Handlungsnetzwerk, das aus Individuen, Gruppen und Organisationen besteht, das durch eine kollektive Identität verbunden ist und sich mit Mitteln des öffentlichen Protestes in einen Konflikt um gesellschaftlichen Wandel begibt (vgl. Diani 1992; Rucht 1994). Die Netzbewegung kann als eine Allianz aus Hacker*innen, Bürgerrechtler*innen und Internetnutzer*innen charakterisiert werden. Organisationen wie der Chaos Computer Club (CCC), die Digitale Gesellschaft, aber auch die Piratenpartei und Blogs wie netzpolitik.org bilden wichtige Knotenpunkte in diesem Netzwerk und stehen mit europäischen und internationalen netzpolitischen Akteur*innen in Kontakt (Bieber 2012; Hensel/Klecha/Schmitz 2013).

Die Netzbewegung repräsentiert einen Teil der Zivilgesellschaft, der dem Prozess der Digitalisierung nicht grundsätzlich mit Ablehnung begegnet, jedoch scharfe Kritik an Überwachung und einigen Aspekten der Kommerzialisierung des Internets übt. Der Konflikt, den die Netzbewegung artikuliert, bezieht sich auf zwei Ebenen: Erstens geht es um die politische Regulierung des Internets und digitaler Medien. Dies betrifft unter anderem den Datenschutz, den Einsatz von digitalen Technologien zur Strafverfolgung (Vorratsdatenspeicherung), Breitbandausbau und Netzneutralität. Zum zweiten sind die gesellschaftlichen Auswirkungen von Digitalisierung Gegenstand des politischen Diskurses der Netzbewegung. Eine Reform des Urheber*innenrechts, der Schutz von Whistleblower*innen und Transparenz in der öffentlichen Verwaltung sind Anliegen, die über die Regulierung des Internets hinausreichen. Dies zeigt auch ein Begriff wie Plattformneutralität, der ein Element der organischen Theorie (Marchart 2013, 163) der Netzbewegung ist. Plattformneutralität beschreibt gesellschaftliche Institutionen äquivalent zum Internet als Plattformen des Informationsaustauschs. Der Politik kommt in diesem Konzept die Aufgabe zu, den Zugang zu Plattformen diskriminierungsfrei zu gestalten (Seemann 2012a). Damit wird ein genuin netzpolitisches Konzept, die Netzneutralität, auf andere Politikfelder wie etwa die Bildungs- oder Verkehrspolitik übertragen.

Die Netzbewegung entwickelte sich in einem Umfeld von Personen, die sich als Bewohner*innen des Internets sehen, weil ein wichtiger Teil ihrer Alltagspraxen sich dort abspielt. Der Begriff ‚Netzbewohner‘ umfasst sowohl die älteren „Ur-Hacker“ (Interview mit einem Aktivistin, 2012), die seit den 1980er-Jahren mit Computern und Datennetzen experimentieren, als auch die jüngeren Digital Natives, die eine Welt ohne WWW nicht kennen. Er überbrückt Differenzen zwischen den beiden Gruppen und schafft eine kollektive Identität, die sich in Abgrenzung zu Außenseiter*innen und Spätankömmlingen in der digitalen Welt konstituiert. Der „cyberkoloniale“ Diskurs der 1990er-Jahre, durch den sich die Hacker-Subkultur als „indigene Kultur“ des Cyberspace konstruierte, die sich gegen staatliche „Zensur-Expeditionen“ zur Wehr setzt (Marchart 2004, 137), hallt auf diese Weise im heutigen netzpolitischen Diskurs nach.

Die Subjekte der digitalen Gesellschaft fordern, dass die Prinzipien der digitalen Welt verallgemeinert und gesellschaftlich implementiert werden. Während der Cyberspace bei John Perry Barlow (1996) noch als autonomer Ort konzipiert wurde, ist die Unterscheidung zwischen offline und online, Cyberspace und Real Life für die Netzbewohner*innen von heute hinfällig (vgl. Czernski 2012). Wenn Julia Reda, die jüngst für die Piratenpartei ins Europäische Parlament eingezogen ist, auf Twitter schreibt „Europa. Die Plattform ist geil, aber scheiße konfiguriert“,¹ bringt sie das Gesellschaftsverständnis vieler Netzbewohner*innen zum Ausdruck: Gesellschaft als quelloffene Plattform, die von ihren Nutzer*innen konfiguriert werden kann. Open Access, Transparenz, aber auch fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr sind konkrete politische Ideen, die sich aus dieser Denkweise ergeben und, neben der Abwehr von Angriffen auf das Netz, Teil ihres hegemonialen Projektes sind.

Die Netzbewegung im Kampf um hegemoniale Deutungsmacht

Der politische Konflikt, den die Netzbewegung artikuliert, lese ich als gesellschaftlichen Kampf um Hegemonie (Laclau/Mouffe 1985; Laclau 1990, 1996), d.h. um die das Internet im engeren und die Gesellschaft im weiteren Sinne betreffende Deutungs- und Gestaltungshoheit. Aus der Sicht von Aktivist*innen konstituierte sich die Bewegung reaktiv: „Von daher glaub ich, dass dieser gemeinsame Erfahrungshorizont und dieses Bewusstsein, dass es wirklich was Tolles ist, erst durch den Angriff von Außen zu ‘ner Bewegung wurde. Wo man gesagt hat: Okay, jetzt reicht’s! Ihr greift jetzt mein Biotop an, ihr greift mein Zuhause an!“ (Interview mit einer Aktivistin, 2011). Der Antagonismus, der hier zum Ausdruck kommt, bezieht sich auf die Regulierungs- und Kontrollpolitiken staatlicher und privatwirtschaftlicher Akteur*innen. Die Forderungsstruktur der Netzbewegung wird durch die tendenziell leere Forderung nach einem „freien Internet“ repräsentiert. Das freie Internet ist der leere Signifikant einer Äquivalenzkette, die verschiedene Elemente miteinander verknüpft, darunter Zugang zu Infrastruktur, offene Standards, Teilhabe, Zugang zu Wissen und Kultur, Kreativität, freie Meinungsäußerung, informationelle Selbstbe-

stimmung, Datenschutz, Transparenz, Partizipation und Vernetzung. Aus den eigenen Erfahrungen mit den als frei und offen erlebten Strukturen der digitalen Welt leiten die Aktivist*innen eine Verantwortung ab, die Freiheit des Internets zu bewahren und gesellschaftlich weiterzuentwickeln: „wir glauben, dass es unsere Pflicht ist, diese Freiheit zu verteidigen. Das schulden wir den kommenden Generationen, so wie wir es ihnen schulden, die Umwelt zu schützen“ (Czerski 2012). Wenn die Netzbewegung auf diese Weise für eine zukünftige digitale Gesellschaft spricht, unternimmt sie den Versuch, eine hegemoniale Position zu etablieren, in dem sie die eigene partikulare Position universalisiert.

Der Freiheitsbegriff der Netzbewegung unterscheidet sich von jenem neoliberalen Freiheitsbegriff, der seinerseits der leere Signifikant der bestehenden hegemonialen Ordnung ist. Dieser Freiheitsbegriff ist zuvorderst die Freiheit des Homo Oeconomicus, auf Märkten zu agieren, die zu diesem Zweck auch in Bereichen geschaffen werden, die bisher dem Spiel des freien Kapitals noch nicht unterworfen wurden. In dieser hegemonialen Ordnung werden die Bedrohungen durch Terrorismus und organisierte Kriminalität als das antagonistische Außen des neoliberalen Kapitalismus artikuliert. Der „Krieg gegen den Terror“ und Politiken innerer Sicherheit werden in Stellung gebracht, um die Freiheit des neoliberalen Subjekts gegen dieses antagonistische Gegenüber zu verteidigen. Wenn die Aktivist*innen der Netzbewegung unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ gegen Massenüberwachung demonstrieren, widersetzen sie sich den sicherheitspolitischen Anrufungen, die Einschränkung von Bürger*innenrechten im Kampf gegen den Terror hinzunehmen. Aus ihrer Sicht bedrohen Anti-Terror-Politiken, nicht der Terrorismus, die individuelle Handlungsfreiheit. Die Debatte um Netzneutralität macht außerdem deutlich, dass ein möglichst diskriminierungsfreier Zugang zum Internet den Aktivist*innen wichtiger ist als die unternehmerische Freiheit der Provider und Dienstleister*innen. Hier fordern die sonst regulierungskritischen Netzaktivist*innen den Erhalt der Netzneutralität durch staatliche Regulierung.

Der Signifikant Netzbewegung bringt heterogene Subjektpositionen auf einen Namen. Die Aktivist*innen mögen zwar einige Erfahrungen teilen, sie sprechen aber nicht von einer einheitlichen sozialen Position aus, die durch die strukturellen Verhältnisse bestimmt wird, und die eine Bewegung lediglich repräsentieren müsste (Smith 1998, 97). Kollektive politische Akteur*innen konstituieren sich erst durch ihre Aktivitäten (Taylor/Whittier 1992, 110), ohne dabei je eine vollständige Geschlossenheit zu erreichen. Es bildet sich vielmehr eine spezifische Subjektivierungsstruktur, „die für eine Protestbewegung oder ein Bewegungsnetzwerk typische unkämpfte Konstellationen von Subjektpositionen der protagonistischen Kette, die durch (Selbst- und Fremd-)Anrufungen imaginär vereinheitlicht wird und dazu tendiert, sich in einem Subjekt-„Namen“ zu verdichten“ (Marchart 2013, 166). Die Subjektivierungsstruktur einer jeden Protestbewegung ist schon deswegen heterogen, weil sie durch eine Vielzahl anderer diskursiver Formationen überdeterminiert ist. Daraus ergibt sich ein machtgeladenes Spannungsverhältnis, das sich auch auf die

„Konstellation von Forderungen“ und ihr „Gewichtungsverhältnis“ (Marchart 2013, 162), also die Forderungsstruktur der jeweiligen Bewegung, auswirkt. Diese Überlegung öffnet die Möglichkeit für eine intersektionale Perspektive auf die Netzbewegung, die darauf abzielt, die Frage von Gleichheit und Differenz innerhalb der Bewegung in Verbindung zu Macht und Hegemonie zu diskutieren (vgl. Cho/Crenshaw/McCall 2013, 795). Ausgangspunkt meiner hegemonietheoretisch-intersektionalen Analyse der Subjektivierungs- und Forderungsstruktur der Netzbewegung bilden zwölf qualitative Interviews. Die Befragten sind in verschiedenen Bewegungsorganisationen, Parteien und informellen Kontexten aktiv, zwischen 21 und 53 Jahre alt; es positionieren sich jeweils sechs Personen als Frauen und als Männer. Die Interviews wurden mit der Intersektionalen Mehrebenenanalyse (Winker/Degele 2009; Winker 2012) ausgewertet. Mit dieser Methode lassen sich Artikulationen auf den drei Analyseebenen Identität, symbolische Repräsentation und soziale Struktur zu Subjektkonstruktionen verdichten. Anhand der Subjektkonstruktionen möchte ich verdeutlichen, wie sich Positionierungen und Diskurse um Ungleichheit in den Diskurs der Netzbewegung einschreiben.

Nerd-Pride und Privilegien: Zur Subjektivierungsstruktur der Netzbewegung

In der Netzbewegung finden sich konflikthafte Formen von Selbstreflexivität, die sich anhand der zu Subjektkonstruktionen verdichteten Artikulationen nachvollziehen lassen. Im Folgenden greife ich zwei miteinander verschränkte Punkte heraus, an denen Aktivist*innen die Netzbewegung problematisieren: ihre Konstruktion als eine Gemeinschaft von Außenseiter*innen gegenüber dem gesellschaftlichen Mainstream und ihre sozioökonomische und -kulturelle Zusammensetzung, die viele Aktivist*innen als privilegiert beschreiben.

Die erste Problematisierung bezieht sich auf eine vereindeutigende, affirmative Konstruktion kollektiver Identität, wie sie in Teilen der Netzbewegung verbreitet ist. Dort wird die Netzbewegung als „eingeschworene Internetgemeinde“ beschrieben, die eine gemeinsame Sprache spricht und das Internet – im Gegensatz zu den „Internetausdruckern“ – versteht (Interview mit einem Aktivist, 2012). In dieser Selbstkonstruktion stützt sich die kollektive Identität der Netzbewegung auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl von politisierten Nerds, die sich nicht als Teil des gesellschaftlichen Mainstream sehen.

Zwei zentrale Elemente dieser Selbstkonstruktion, die sich im empirischen Material nachvollziehen lassen, sind Offenheit und „Do-ocracy“. Einem Teil der Aktivist*innen gelingt es, sich mit ihren jeweiligen Stärken in die Bewegung einzubringen. Sie nehmen die Bewegung als „offen“ wahr: „Wenn jemand irgendwo Interesse hat und rankommt, wird er eigentlich mit offenen Armen aufgenommen“ (Interview mit einem Aktivist, 2013). Dass Bewegungspolitik vornehmlich in den Netzwerken der „üblichen Verdächtigen“ (ebd.) gestaltet werden, erklären diese

Aktivist*innen damit, dass die Selbstorganisation der Netzbewegung auf dem Prinzip des Einfach-mal-Machens beruhe. In dieser Do-ocracy, wie das Prinzip genannt wird, werden Kontroversen nach dem Motto „Wer macht, hat Recht“ entschieden. Wer sich nicht einbringt, wenn etwas schief läuft, solle darum nach der Ansicht eines Interviewpartners „die Fresse halten“ (ebd).²

Andere Aktivist*innen nehmen die Netzbewegung dagegen als zersplittert wahr. Sie berichten von einer Aufmerksamkeitsökonomie, in der vor allem „Schreihälse“ (Interview mit einer Aktivistin, 2013) wahrgenommen werden. Dies führe zu einer Polarisierung entlang einzelner Themen, die gemeinsame Ziele in den Hintergrund rücken lasse. Darüber hinaus kritisieren sie, dass der Modus der Selbstorganisation verklärt werde: Machtverhältnisse innerhalb der Bewegung seien nicht durch Leistung begründet, sondern werden durch den Mythos der Meritokratie *ex post* legitimiert (vgl. Geuter 2013). Schon in der Begriffswahl zeigt sich die differentielle Sichtweise auf das Phänomen: Die einen sprechen über die demokratische Selbstorganisation autonom Handelnder, die anderen über die Herrschaft einer selbsternannten aktivistischen Leistungselite.

Die zweite Form der Problematisierung bezieht sich auf Privilegien. Der Begriff hat, vermittelt über netzfeministische und Social-Justice-Diskurse, in netzkulturellen Kommunikationsräumen Verbreitung gefunden.³ Er verweist auf die Praxis, sich mit der Positioniertheit von Subjekten entlang verschiedener Herrschaftsverhältnisse auseinanderzusetzen. Ein Teil meiner Interviewpartner*innen setzt sich damit auseinander, inwiefern Geschlecht, „Rasse“, Alter sowie soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital die Netzbewegung prägen. In solchen Interviewpassagen wird konstatiert, dass sich die Netzbewegung aus technikaffinen, überwiegend männlichen und weißen Personen zusammensetzt, die typischerweise zwischen 20 und 40 Jahre alt sind und über einen hohen Bildungsstand sowie materielle und zeitliche Ressourcen verfügen. Davon ausgehend entspannen sich unterschiedliche Auseinandersetzungen mit der Netzbewegung, ihren Defiziten, Ausschlüssen und Schwierigkeiten in der Interaktion mit gesellschaftlichen Akteur*innen.

So beschreibt eine Aktivistin die Netzbewegung als ein Netzwerk von gut situierten Menschen, die nach ihrer Auffassung in Bezug auf Digitalisierung und Gesellschaft eine Avantgarde bilden. Durch ihren Elitarismus scheitere die Netzbewegung daran, sich anderen gegenüber verständlich zu machen und deren Probleme nachzuvollziehen. Trotzdem könne es der Gesellschaft nur gut tun „wenn Menschen (...) mit ’nem Mindset, das durch’s Internet geprägt ist auch, so gesellschaftliche Verantwortung übernehmen“ (Interview, 2011). Im Gegensatz zu dieser Aktivistin, die sich letztlich selbst als Teil dieser Avantgarde sieht, grenzen sich andere stärker von der Netzbewegung ab. Hier verschränkt sich die Auseinandersetzung mit Privilegien mit der Kritik an einer als eng und exkludierend wahrgenommenen Selbstkonstruktion der Szene. So fordert eine Aktivistin: „hört auf mit eurem (...) Nerd Pride“ (Interview, 2013). Sie bezieht sich damit auf einen Diskurs, in dem kritisiert wird, dass Nerds sich „in ihr eigenes Klischee zurückziehen“ (Geuter 2012). In Analogie zu „White

Pride“ wird den Nerds unterstellt, sich von einem Gefühl der eigenen Überlegenheit leiten zu lassen, ohne dabei die Herrschaftsverhältnisse in Betracht zu ziehen, durch die sie zur Elite der digitalen Gesellschaft wurden.

Das Nerd-Stereotyp kennzeichnet einen bestimmten Typus des männlichen Außenseiters (vgl. Mertens 2012). Diente es bislang vor allem als Abgrenzungsfolie für hegemoniale Männlichkeiten (Connell 2000), ist es in den letzten Jahren zu einem Kristallisationspunkt ihrer Neuverhandlung geworden. Als Kai Diekmann ins Silicon Valley reiste, um etwas über die digitalen Märkte der Zukunft zu lernen, wurde „aus einem geölten Journalisten ein bärtiger Nerd“ (von Geyer, 2013). Mit dem Aufstieg der Informationstechnologie und der ökonomischen Macht der IT-Konzerne scheinen Nerds an Attraktivität gewonnen zu haben. Das Stereotyp bleibt jedoch, wie auch Jasmin Siri und Paula-Irene Villa (2012) für die Piraten zeigen, Gegenstand der Aushandlung dieser Männlichkeitskonstruktionen. Denn die Repräsentation des technikbegeisterten Sonderlings ist nicht nur männlich, sondern auch weiß: „women and men of color are excluded entirely from this category, protecting the superior economic and technological status of white men“ (Kendall 2011, 519). Dies bedeutet selbstredend nicht, dass es keine selbsternannten weiblichen Nerds, Nerds of Color und female Nerds of Color gibt. Diese werden allerdings innerhalb der Nerd-Subkultur als Ausnahme wahrgenommen oder als „fake“ diskreditiert (Berlatsky 2013). Schließlich durchkreuzen sich auch Nerd-Sein und Klasse: Sich bereits in jungen Jahren mit Computern beschäftigen zu können, setzt in der Regel voraus, dass die Familie über die entsprechenden materiellen Ressourcen verfügt. Dagegen steht die Erzählung einer Interviewpartnerin, deren Familie sich erst Ende der Neunzigerjahre einen Discount-PC leisten konnte. Diese Gegenerzählung macht deutlich, dass die sozialen Praxen der Nerds wie auch das Nerd-Stereotyp durch das strukturelle Herrschaftsverhältnis Klasse mitkonstruiert werden.

Im Bild des Nerds verschränken sich gesellschaftliche Normen und soziale Strukturen. Für einen Teil der Netzbewegung stellt das Außenseitertum der Nerds einen zentralen Bezugspunkt dar. Sie artikulieren einen Wunsch nach Zusammengehörigkeit. Kritische Aktivist*innen interpretieren diese Affirmation von Marginalität als eine Immunisierung gegenüber der Auseinandersetzung mit Privilegien und den Folgen, die diese Positionierung für die Interaktion der Netzbewegung mit ihrem politischen Umfeld hat. Die Netzbewegung verschließe sich erstens gegenüber Akteur*innen, denen das Digitale noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist. Geprägt von Hybris und Berührungängsten verspiele sie die Chance auf Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Multiplikator*innen. Durch die Arroganz, die zu Tage trete, wenn Menschen ihren „hochintellektuellen Debatten“ (Interview mit einer Aktivistin, 2013) nicht folgen können, verliere sie zweitens ganze Milieus. Drittens berichten insbesondere jüngere Aktivistinnen, die sich noch nicht durch jahrelange Arbeit im Hacker- oder IT-Umfeld ihre Meriten verdienen konnten, über konkrete Ausgrenzungserfahrungen, die sie in netzpolitischen Zusammenhängen gemacht haben. Sie nehmen die Bewegung als „Men’s Club“ wahr und vertreten

die Forderung nach mehr Diversität in der Bewegung mit besonderer Verve. Sie fordern einen stärkeren Blick ins Ausland, ein Zusammendenken von Netzpolitik mit postkolonialen Diskursen und wehren sich gegen sexistische Zuschreibungen: „Es geht ja auch teilweise ins Sexistische, also immer dieses ‚ja, deine Oma, deine Großmutter muss das verstehen‘, das nervt mich ziemlich“ (Interview mit einer Aktivistin, 2013).⁴ Ein zentrales Anliegen dieser Aktivist*innen ist das Thema digitale Spaltung, auf das die Netzbewegung aus ihrer Sicht zu wenig Gewicht legt. Sie beschäftigen sich kaum mit dem verzögerten Breitbandausbau in ländlichen Regionen und vernachlässigen auch beim Thema Netzneutralität, dass es hier im Kern um eine Verschärfung der sozialen Spaltung beim Zugang zu Internetangeboten gehe. Der Mainstream der Netzbewegung vernachlässigt aus der Sicht dieser Aktivist*innen die Gerechtigkeitsdimension, während Bürger*innenrechte und Freiheit überbetont werden.

Datenschutz und Post-Privacy: Zur Forderungsstruktur der Netzbewegung

Die Beschäftigung mit Differenzen und sozialer Ungleichheit fließt auch in Auseinandersetzungen um die Forderungen der Netzbewegung ein. Der Signifikant *freies Internet* repräsentiert hier eine Kette von zum Teil widersprüchlichen partikularen Forderungen – einer Konstellation von Forderungen (Marchart 2013, 162), die selbst jedoch umkämpft bleibt. Ein Beispiel ist die Auseinandersetzung mit Datenschutz und Privatsphäre im digitalen Zeitalter. Die Netzbewegung wird als Befürworterin des Datenschutzes wahrgenommen. Tatsächlich ist die Wahrung der informationellen Selbstbestimmung für die meisten Aktivist*innen ein zentrales Ziel. Innerhalb der Netzbewegung hat sich allerdings auch ein datenschutzkritischer Diskurs um das Stichwort Post-Privacy herausgebildet. Im Februar 2011 formierte sich die Datenschutzkritische Spackeria, ein informelles Diskussionsnetzwerk, in dem Netzaktivist*innen über das Ende der Privatsphäre diskutieren.⁵ Vertreter*innen der Post-Privacy-Denkweise interessieren sich für die emanzipatorischen Potentiale radikaler Transparenz. Post-Privacy steht für eine gesellschaftliche Utopie, in der Menschen zur Sicherung individueller Freiheit nicht mehr auf Privatsphäre angewiesen sind (vgl. Heller 2011, Seemann 2012b, dazu kritisch Sanczny 2013). Der Spackeria ist es gelungen, einen Kontrapunkt in den Datenschutzdiskurs der Netzbewegung einzufügen. Dies wurde in meinen Interviews deutlich: Die Aktivist*innen nehmen alle Bezug auf Post-Privacy – häufig sowohl in Form einer Abgrenzung von den „radikalen“ Position der Spackeria als auch von der „dogmatischen“ Haltung zum Datenschutz, die die Spackeria dem Mainstream der Netzbewegung unterstellt. Auf der Pro-Datenschutz-Seite unterscheide ich zwei Positionen. Neben den *policy-orientierten Datenschützer*innen*, die sich aktuell vor allem für eine Stärkung des Datenschutzstandards auf EU-Ebene einsetzen, bezieht sich ein großer Teil der Aktivist*innen vornehmlich auf technosoziale Alltagspraxen. Als *Realos der technosozialen Praxis* setzen sie voraus, dass viele Menschen Internetdienste nutzen,

ohne sich über Gefahren bewusst zu sein. Während die Datenschützer*innen die Rechte der Nutzer*innen gestärkt sehen wollen, sprechen sie sich dafür aus, Eigenverantwortung durch Bildung zu erweitern. Beide verbindet die Annahme, dass Nutzer*innen nicht über ausreichende Kompetenzen hinsichtlich der Gefahren der Datenauswertung verfügen: „die Leute sind halt nicht so aufgeklärt, die wissen nicht, was mit ihren Daten passiert bei Facebook, die wissen nicht, was man mit Aggregation von Daten machen kann, was Stalking bedeutet, wenn ich ’n bisschen technische Skills habe und so weiter“ (Interview mit einem Aktivist*in, 2013). In Abgrenzung zu anderen Anwender*innen konstruieren sich die Befragten als besonders kompetente Nutzer*innen, die verantwortlich mit privaten Daten umgehen können. Einige sehen sich darüber hinaus als Hacker, die in die Privatsphäre anderer eindringen könnten, wenn sie wollten.⁶ Die Aktivist*innen gehen also nicht von ihren eigenen Schutzbedürfnissen aus, sondern von den Bedürfnissen derer, die weniger gebildet und medienkompetent sind. Die Konstruktion von Schutzbedürftigkeit ist wiederum mit Kategorien wie Geschlecht, Klasse und Alter verwoben.

Demgegenüber sind die *Post-Privacy-Vertreter*innen* der Ansicht, dass Datenschutzgesetze in einer vernetzten Welt zum Scheitern verurteilt sind. Auch die Prämisse, dass es den durchschnittlichen Anwender*innen an Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien mangelt, weisen sie ab. Dass sich das Konzept von Privatheit in den letzten Jahrzehnten verändert habe, sei nicht „bösen Playern von außen“ (Interview mit einem Aktivist*in, 2013) zuzuschreiben, sondern der Tatsache, dass sich Menschen über das Internet mit andern vernetzen wollen und deshalb ein Interesse daran haben, im Internet sichtbar zu sein. Die Post-Privacy-Vertreter*innen betonen zwar, dass diese Sichtbarkeit nicht für alle Menschen in gleichem Maße erstrebenswert sei. Statt daraus eine Forderung nach Datenschutz abzuleiten, verweisen sie auf soziale Ungleichheit und Diskriminierung: „Weil warum sollen denn meine Daten denn geschützt werden? Damit ich meinen Job nicht verliere, damit die Krankenkasse mich nicht üben Tisch zieht. Das sind ja ganz konkrete Probleme, die mir drohen“ (Interview mit einer Aktivist*in, 2011). Die Grundlage individueller Freiheit ist aus ihrer Sicht nicht der Schutz der Privatsphäre, sondern der Zugang zur Öffentlichkeit als Sphäre der Selbstverwirklichung im Sinne der Möglichkeit, sich öffentlich äußern zu können, ohne mit Diskriminierung und Hass konfrontiert zu werden. Im Zuge dessen kritisieren sie den Datenschutz als bürgerliche Ideologie, welche die Ursachen von Diskriminierung verschleierte. Herrschaft solle nicht der Rückzug in die Privatsphäre entgegen gesetzt werden, sondern eine radikale Transparenz, die zur Solidarisierung der Beherrschten führen kann, und sich als Forderung auch an Staaten und Unternehmen richten müsse.

Die intersektionale Analyse zeigt, wie Herrschaftsverhältnisse den Diskurs der Netzbewegung destabilisieren. Mit Datenschutz und Post-Privacy konkurrieren zwei Forderungen um die Ausdeutung des leeren Signifikanten *freies Internet*. Diese sind nicht durch die soziale Positionierung oder die Erfahrungen ihrer Vertreter*innen determiniert, denn weder benennen die Datenschützer*innen ein größeres Bedürf-

nis nach einem Schutz ihrer privaten Daten, noch behaupten die Post-Privacy-Aktivist*innen, sich in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen unbedingte Transparenz leisten zu können. Vielmehr beziehen sich beide auf gefährdete Subjekte. Die Datenschützer*innen verallgemeinern deren Schutzbedürfnis zu einer Forderung nach wirksameren Gesetzen. Die Post-Privacy-Vertreter*innen dagegen fordern ein „Recht zur Verbreitung eigener Daten“ (Heller 2011: 88). In einer Netzwerkgesellschaft, in der das Knüpfen von Kontakten eine wichtige Fähigkeit ist (vgl. Boltanski/Chiapello 2001, 158), kämpfen sie – wie ich es in Anlehnung an Foucault (2005) formulieren möchte und womit zugleich auf deren gouvernementale Hervorbringung verwiesen sei – für die Anerkennung post-privater Technologien des Selbst.

Fazit

Eine hegemonietheoretische und intersektionale Analyse des politischen Diskurses der Netzbewegung zeigt die Komplexität der Auseinandersetzung mit den Differenzen sozialer Positionierung und Ungleichheit in der Netzbewegung. In diesen geht es um mehr als das Empowerment von Frauen in einem technikaffinen Bewegungskontext. Vielmehr geht es um die Auseinandersetzung mit einer Selbstkonstruktion entlang einer intersektional verorteten Figur des nerdigen Außenseiters, der das Internet zu seinem Lebensraum erklärt hat und darüber Deutungshoheit einfordert. Ein Teil der Aktivist*innen wehrt sich dagegen, dass genau diese Subjektposition den Subjekt-Namen Netzbewegung beherrscht, und fordern eine verstärkte Auseinandersetzung mit verschiedenen Herrschaftsverhältnissen ein. Neben Geschlecht wird hier vor allem Klasse, daneben in geringerem Ausmaß auch Weißsein und Formen von Bodyismus verhandelt. Wenn Aktivist*innen eine Auseinandersetzung mit privilegierten sozialen Positionierungen einfordern, stärken sie die Selbstreflexion der Bewegung. Damit wird auch die Netzbewegung ein Stück weit zur post-identitären Bewegung, die „ihre Identität, die Ziele ihrer Politik und die Subjektivierungsform ihrer Akteure einem konstanten Prozess der (Selbst-)Befragung“ (Marchart 2013, 220) unterwirft. Das post-identitäre Element ist in der Netzbewegung zwar deutlich schwächer ausgeprägt als beispielsweise in der Euromayday-Bewegung oder in queer-feministischen Politiken, wo die Kritik an Ausschlüssen und ein Nachdenken über die machtdurchzogene Heterogenität von Positionen konstitutiv für die kollektive Identität selbst ist. Entlang der dargestellten Auseinandersetzungen wird jedoch deutlich, dass sich auch die Netzbewegung dieser Dynamik nicht verschließen kann. Hier zeigt sich der Einfluss feministischer und intersektionaler Politiken auf netzkulturelle Räume. Sie stellen Konzepte zur Verfügung, die eine Auseinandersetzung mit der Subjektivierungsstruktur der Bewegung sowie ihren politischen Positionen herausfordern und ausschließende Identitätskonstruktionen in Frage stellen.⁷

Wie am Beispiel der Debatte um Datenschutz gezeigt, schreibt sich die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit auf diese Weise auch in die Forderungen der

Netzbewegung ein. Die Frage, ob es der Netzbewegung letztlich nur um eine bürgerrechtliche Absicherung der informationellen Privatsphäre geht, oder um ein weitergehendes Recht auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu den digitalen Öffentlichkeiten der Netzwerkgesellschaft, ist innerhalb der Bewegung umstritten. Die Tatsache, dass eine Freiheit, die auf Bürger*innenrechten basiert, nicht für alle gilt, unterläuft den politischen Diskurs der Netzbewegung mit ihrem leeren Signifikanten des freien Internets fortlaufend.

Anmerkungen

- 1 <http://twitter.com/Senficon/status/449318472691253248> (4.4.2014).
- 2 Für eine Beschreibung des Organisationsprinzips vgl. das Wiki von Noisebridge, einem Hackerspace in San Francisco, CA: <https://www.noisebridge.net/wiki/Do-ocracy> (21.5.2014).
- 3 Auf der Website „know your meme“, die sich mit netzkulturellen Phänomenen beschäftigt, ist beispielsweise ein Eintrag zur Aufforderung „Check your privilege“ zu finden: <http://knowyourmeme.com/memes/check-your-privilege> (3.4.2014).
- 4 Feminist*innen kritisieren, dass (Groß-)Mütter oft stellvertretend für unbedarfte User*innen stehen: „So simple your mother could do it“ (siehe http://geekfeminism.wikia.com/wiki/So_simple,_your_mother_could_do_it, 21.5.2014).
- 5 Der Name ist eine Aneignung des Ausdrucks „Post-Privacy-Spacken“, den die CCC-Specherin Constanze Kurz in einem Vortrag beim Chaos Communication Congress verwendet hatte.
- 6 Die Hacker im Sample verweisen jedoch auch darauf, dass es als Ehrensache gilt, Personen zu verschonen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu schützen – gemäß der „Hackerethik“, die besagt: „Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen“ (Chaos Computer Club o. J.).
- 7 Ein Blick in andere Bereiche der Netzbewegung würde allerdings zeigen, dass sich auch ein Backlash gegen die Erfolge (netz-|feministischer und antirassistischer Politiken in den netzpolitischen Diskurs einschreibt.

Literatur

Barlow, John Perry, 1996: A Declaration of the Independence of Cyberspace, Internet: <https://projects.eff.org/~barlow/Declaration-Final.html> [4.4.2014].

Berlatsky, Noah, 2013: ‚Fake Geek Girls‘ Paranoia Is About Male Insecurity, Not Female Duplicity. In: The Atlantic, 22.1.2013. Internet: <http://www.theatlantic.com/saxes/archive/2013/01/fake-geek-girls-paranoia-is-about-male-insecurity-not-female-duplicity/267402/> [4.4.2014].

Bieber, Christoph, 2012: Die Piratenpartei als neue Akteurin im Parteiensystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 62 (7), 27-33.

Braman, Sandra, 2011: Internet Policy. In: Consalvo, Mia/Ess, Charles (Hg.): Handbook of Internet Studies. Chichester/West Sussex, 137-167.

Boltanski, Luc/**Chiapello**, Ève, 2001: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.

Chaos Computer Club, o. J.: hackerethics. Internet: <http://www.ccc.de/hackerethics> [4.4.2014].

Cho, Sumi/**Crenshaw**, Kimberlé Williams/**McCall**, Leslie, 2013: Toward a Field of Intersectionality Studies: Theory, Applications, and Praxis. In: Signs. 38 (4), 785-810.

- Connell**, Raewyn, 2000: Der gemachte Mann: Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. 2. Auflage. Opladen.
- Czerski**, Piotr, 2012: Wir, die Netz-Kinder. In: Zeit Online, 23.2.2012. Internet: <http://www.zeit.de/digital/internet/2012-02/wir-die-netz-kinder> (4.4.2014).
- Diani**, Mario, 1992: The Concept of Social Movement. In: The Sociological Review. 40 (1), 1-25.
- Foucault**, Michel, 2005: Technologien des Selbst. In: Defert, Daniel/Ewald, Françoise (Hg.): Dits et Ecrits. Vierter Band. Frankfurt/M., 966-999.
- Ganz**, Kathrin, 2013: Feministische Netzpolitik – Perspektiven und Handlungsfelder. Internet: http://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2013/04/ganz_feministische_netzpolitik_web.pdf (4.4.2014).
- Geuter**, Jürgen „tante“, 2012: ‚Good Night Nerd Pride‘ Kommentare. Internet: <http://tante.cc/2012/11/26/good-night-nerd-pride-kommentare/> (4.4.2014).
- Geuter**, Jürgen „tante“, 2013: Meritokratie als Selbstaufwertung. Internet: <http://tante.cc/2013/06/07/meritokratie-als-selbstaufwertung/> (4.4.2014).
- Von Geyer**, Matthias, 2013: Der Lehrling. In: Der Spiegel, Nr. 13. Internet: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-91675481.html> (4.4.2014).
- Heller**, Christian, 2011: Post Privacy: Prima Leben ohne Privatsphäre. München.
- Hensel**, Alexander/**Klecha**, Stephan/**Schmitz**, Christopher, 2012: ‚Vernetzt euch – das ist die einzige Waffe, die man hat‘ Internetproteste. In: Walter, Franz/Butzlaff, Felix/Geiges, Lars (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen. Reinbek bei Hamburg, 267-300.
- Kendall**, Lori, 2011: ‚White and Nerdy‘: Computers, Race, and the Nerd Stereotype. In: The Journal of Popular Culture. 44 (3), 505-524.
- Laclau**, Ernesto, 1990: New Reflections On The Revolutions Of Our Time. London, New York.
- Laclau**, Ernesto, 1996: Emancipation(s). London, New York.
- Laclau**, Ernesto/**Mouffe**, Chantal, 1985: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London, New York.
- Marchart**, Oliver, 2004: Techno-Kolonialismus. Theorie und imaginäre Kartographie von Kultur und Medien. Wien.
- Marchart**, Oliver, 2013: Die Prekarisierungsgesellschaft I: Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. Bielefeld.
- Mertens**, Mathias, 2012: Nerds. Computer. Piraten. Die kulturgeschichtliche Erklärung eines Syllogismus. In: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena. Bielefeld, 53-65.
- Rucht**, Dieter, 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen – Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/M.
- Sanczny**, 2013: Das Postprivate ist politisch. Internet: <http://sanczny.blogspot.eu/2013/11/21/das-postprivate-ist-politisch/> (4.4.2014).
- Seemann**, Michael, 2012a: Lasst die Daten, schützt die Menschen! In: Schmidt, Jan-Hinrick/Weichert, Thilo (Hg.): Datenschutz. Grundlagen, Entwicklungen und Kontroversen. Bonn, 243-248.
- Seemann**, Michael, 2012b: Plattformneutralität: Das politische Denken der Piraten. In: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena. Bielefeld, 91-99.
- Siri**, Jasmin/**Villa**, Paula-Irene, 2012: Piratinnen: Fehlanzeige Gender? In: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten: Erkundungen in einer neuen politischen Arena. Bielefeld, 145-171.
- Smith**, Anna Marie, 1998: Laclau and Mouffe: The Radical Democratic Imaginary. New York.

Tangens, Rena, 1997: Netzwesen – Macht kommt von Machen. In: Hooffacker, Gabriele/Tangens, Rena (Hg.): Online-Guide Frauen & Netze. Findig reisen in den Netzen. Reinbek bei Hamburg, 120-135.

Taylor, Verta/**Whittier**, Nancy E., 1992: Collective Identity in Social Movement Communities: Lesbian Feminist Mobilization. In: Morris, Aldon D./Mueller, Carol McClurg (Hg.): Frontiers in Social Movement Theory. New Haven, 104-129.

Wendelin, Manuel/**Löblich**, Maria, 2013: Netzpolitik-Aktivismus in Deutschland. Deutungen, Erwartungen und Konstellationen zivilgesellschaftlicher Akteure. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 61 (1), 58-75.

Winker, Gabriele, 2012: Intersektionalität als Gesellschaftskritik. In: Widersprüche. 126 (4), 13-26.

Winker, Gabriele/**Degele**, Nina, 2009: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Münster.

Öffentlichkeiten im Internet: Zwischen Feminismus und Antifeminismus

RICARDA DRÜEKE. ELISABETH KLAUS

Einleitung: Zur Aktualität von Öffentlichkeitstheorien

Öffentlichkeit gehört zu den zentralen Konzepten der Gender Studies – in Auseinandersetzung mit vorliegenden Öffentlichkeitstheorien wurden diese unter dem Blick feministischer Herrschaftskritik analysiert, verworfen oder weiterentwickelt (z.B. Fraser 2001; Pateman 1988; Sauer 2001). Insbesondere erfuhr die hegemoniale bzw. tradierte Sichtweise auf Öffentlichkeit als massenmediale Öffentlichkeit eine Erweiterung, indem vielfältige Foren, Räume, Institutionen oder Alternativmedien als bedeutend für den öffentlichen Diskurs identifiziert wurden (vgl. Geiger 2002, 81). Öffentlichkeit ist als komplexer und dynamischer Prozess nicht an bestimmte Räume oder Foren gebunden und kann damit auch private Alltagspraxen umfassen (vgl. ebd.).

Öffentlichkeitstheorien werden seit der Jahrtausendwende insbesondere durch das Internet herausgefordert, ihre Annahmen und Vorstellungen zu überdenken, da sich Theorien, etwa zunächst bei Jürgen Habermas (1995), auf einer weitgehenden Gleichsetzung von Massenmedien und Öffentlichkeit bei gleichzeitiger Ausgrenzung anderer medial vermittelter oder interpersoneller Kommunikationsformen gründeten. Die feministische Forschung hat dabei das Potenzial des neuen Mediums zur Neukonstruktion von Identitäten und Subjektivitäten sowie zur Vernetzung

betont, da sich durch das Internet Beteiligungs- bzw. Partizipationsmöglichkeiten an Öffentlichkeit verändert haben (z.B. Haraway 1995; Shade 2002). Im Internet sind zahlreiche Frauen- und Mädchennetzwerke entstanden, die neue Formen von Öffentlichkeiten herausbilden und teilweise subversive Strategien und gegenhegemoniale Diskurse ermöglichen (vgl. Drüeke/Winker 2005; Schachtner 2005). Demgegenüber zeigen sich im Internet allerdings auch gegenläufige Entwicklungen, wie die Dominanz elitärer Akteur_innen, rechtsextremistische und antifeministische Tendenzen sowie die Verstärkung sozialer Ungleichheiten (vgl. Gruber 2012; Zillien/Hargittai 2009). Darüber hinaus werden weiterhin Geschlechterdifferenzen geschaffen bzw. reorganisiert (vgl. Wischermann 2004, Royal 2008).

Im Folgenden zeichnen wir zunächst die Veränderungen von Öffentlichkeiten im Internet nach. Als theoretischer Rahmen dient das Öffentlichkeitsmodell von Elisabeth Klaus (2005), das Formen und Ebenen von Öffentlichkeit benennt, die für den Selbstverständigungsprozess einer Gesellschaft bedeutsam sind. Anschließend zeigen wir anhand der Antisexismus-Debatte #aufschrei auf Twitter die Potenziale alternativer Formen des Politischen und die Chancen feministischer Protestartikulationen durch das Internet auf, verweisen aber auch auf die damit verbundenen Schwierigkeiten. Anhand antifeministischer Online-Netzwerke werden die Risiken neuer Öffentlichkeiten für feministische Anliegen deutlich. Maskulinistische Seiten wie WikiMANNia (www.wikimannia.org) und wgvd.com („Wieviel Gleichberechtigung verträgt das Land?“) zeichnen sich durch einen aggressiven Antifeminismus aus und nehmen, wie auch zahlreiche antifeministische Blogs und Hashtags, Bezug auf die #aufschrei-Debatte.

Theoretische Verortung: Das Drei-Ebenen-Modell von Öffentlichkeit

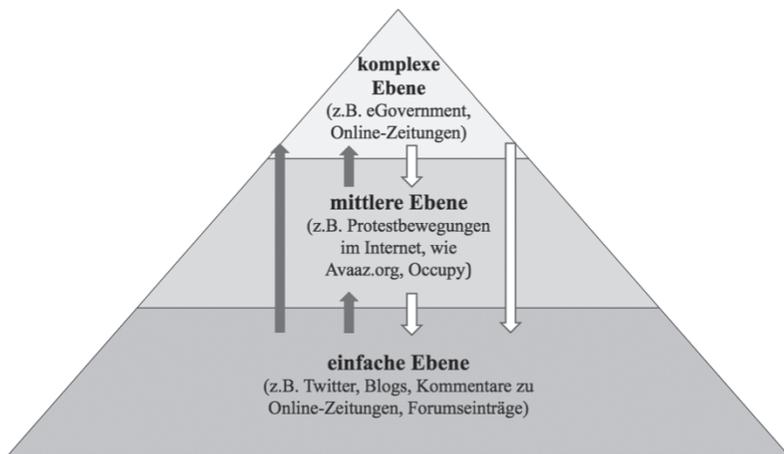
Das Internet kann Räume und Diskurse pluralisieren und abweichende Positionen zur Geltung bringen. Verschiedene Öffentlichkeiten ermöglichen marginalisierten Gruppen gemeinsame Interessen zu bündeln und dafür zu mobilisieren. Eine solche Sicht auf heterogene Öffentlichkeiten widerspricht dem ursprünglichen Habermas'schen Entwurf einer relativ homogenen bürgerlichen Öffentlichkeit (vgl. Habermas 1995). Insbesondere Nancy Fraser (2001) hat darauf hingewiesen, dass zivilgesellschaftliche Bewegungen und Gegenöffentlichkeiten ungeachtet ihrer Teilhabe an diskursiven Prozessen im Modell der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht inkludiert sind. Fraser (ebd.) betont, dass neben einer hegemonialen Öffentlichkeit zahlreiche Gegenöffentlichkeiten bzw. subalterne Öffentlichkeiten die öffentliche Sphäre prägen. Normen und Werte, aber auch Themen, die keinen Platz in der hegemonialen politischen Öffentlichkeit gefunden haben, können dann grundsätzlich öffentlich debattiert werden.

Chantal Mouffe (2007) hat, dabei ebenfalls auf Habermas Bezug nehmend, den Begriff der „agonistischen Öffentlichkeit“ geprägt. Im Zentrum ihres Konzepts steht ein Aspekt, der in bisherigen Öffentlichkeitskonzepten vernachlässigt wurde, näm-

lich der des Konflikts, da die „Bedeutung des Dissenses für die demokratische Gesellschaft“ im Glauben an eine „gute Gesellschaft“ übersehen wird (Mouffe 2007, 42). Damit werden Machtbeziehungen als Grundbestandteil demokratischer Gesellschaften anerkannt und der permanente Widerstreit zwischen verschiedenen sozialen und kulturellen Positionen hervorgehoben. Angewendet auf das Internet bedeutet dies, dass die verschiedenen Teilöffentlichkeiten, die von zivilgesellschaftlichen, staatlichen und ökonomischen Akteur_innen gebildet werden, in ständigem Konflikt miteinander stehen, aber auch innerhalb von Öffentlichkeiten nicht nur deliberative, sondern auch agonistische Formen der Kommunikation möglich sind. Damit wird das Internet zum Kampffeld für hegemoniale und gegenhegemoniale Kommunikationen.

An die Ausführungen von Fraser hat Elisabeth Klaus (2005) theoretisch angeknüpft und Öffentlichkeit als einen gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess beschrieben, der auf verschiedenen Ebenen von Öffentlichkeit stattfindet. Ricarda Drüeke (2013) hat diese Ausführungen mit Raumkonzepten verbunden und theoretisch wie empirisch gezeigt, dass es auch für die Analyse politischer Kommunikation im Internet eine geeignete Analyseperspektive bietet. Wenn Öffentlichkeit als Selbstverständigungsprozess einer Gesellschaft gefasst wird, der mittels Deliberation vonstatten geht, verweist dies auf verschiedene sich gegenseitig durchdringende Diskursphären. Öffentlichkeiten können in unserer Konzeption nach der Komplexität der Kommunikationsforen differenziert werden; entsprechend unterscheiden wir zwischen drei Ebenen, auf denen Öffentlichkeit entsteht und gesellschaftliche Selbstverständigungsprozesse stattfinden. Diese drei Ebenen sind nicht überschneidungsfrei, sondern stellen idealtypische Beschreibungen des Öffentlichkeitsprozesses dar (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Ebenen von Internet-Öffentlichkeiten



Die einfache, mittlere und komplexe Ebene von Öffentlichkeit weisen ihre je eigenen Kommunikationsformen und -foren auf. Die Ebene der einfachen Öffentlichkeit stellt sich durch spontane Begegnungen her und zeichnet sich durch direkte und egalitäre Kommunikationsformen aus. Ihren Prototyp bilden Alltagskommunikationen. Abbildung 1 verdeutlicht, welche Internetforen den jeweiligen Ebenen zugeordnet werden können und wie diese miteinander in Verbindung stehen. Auf der einfachen Öffentlichkeitsebene sind Forumseinträge, Äußerungen auf Twitter, Kommentare zu Medienberichten in Online-Zeitungen und Blogs angesiedelt (vgl. Drüeke 2013, 125ff.; auch Katzenbach 2008). Vor allem Letztere stellen eine Erweiterung der einfachen Öffentlichkeitsebene im Internet dar, da Verfasser_innen von Blogs mehr Menschen adressieren können, als das im persönlichen Gespräch möglich ist. Im Kontext von Protestbewegungen können gut vernetzte Blogs auch als mittlere Öffentlichkeit fungieren. Auf der mittleren Ebene von Öffentlichkeit ist weiterhin die interpersonelle Kommunikation bedeutend, es findet aber eine erste Rollendifferenzierung in Sprecher_innen und Zuhörer_innen, in bedeutende und einfache Mitglieder, statt. Prototypen mittlerer Öffentlichkeiten stellen Bürger_inneninitiativen und Vereine dar. Mittlere Öffentlichkeiten haben eine Übersetzungsfunktion, insofern sie Themen und Positionen, die auf der einfachen Ebene der Öffentlichkeit diskutiert werden, bündeln und verallgemeinern. Im Internet liefern die Seiten von Protestbewegungen wie etwa Avaaz oder Occupy Beispiele für mittlere Öffentlichkeiten (vgl. Drüeke 2013, 127; Winter 2010). Auf der komplexen Ebene von Öffentlichkeit wird die Kommunikation weitergehend professionalisiert und die Rollen zwischen Kommunikator_innen und ihrem Publikum sind nicht mehr umkehrbar festgelegt. Die hier agierenden Rollenträger_innen, z.B. Minister_innen oder Journalist_innen, sind Mitglieder hoch komplexer und funktional ausdifferenzierter Institutionen und handeln stellvertretend für andere. Weil das Publikum zugleich immer abstrakter und in seinen Handlungsmöglichkeiten beschränkter wird, kann keine Deliberation stattfinden, sodass eine direkte soziale Kontrolle und Korrektur verhindert wird. Im Internet agieren auf dieser Ebene Regierungen und die in ihrer Reichweite besonders erfolgreichen traditionellen Massenmedien. Aufgrund der Kommentarmöglichkeit etwa bei Online-Zeitungen erhalten allerdings einfache Öffentlichkeiten eine Möglichkeit, sich auf diesen Seiten direkt zu Wort zu melden. So findet zwar kein Wechsel zwischen Kommunikator_innen und Publikum statt, wohl aber können Positionen, die auf der einfachen Öffentlichkeitsebene existieren, auf den medieninitiierten Internet-Seiten artikuliert und damit sichtbar werden. Manche dieser Kommentare werden wiederum in den Artikeln der Online- und Printzeitungen aufgegriffen. Im Vergleich zu reinen Offline-Öffentlichkeiten treffen im Internet dementsprechend unterschiedliche Öffentlichkeitsebenen in vielfältigeren Konstellationen aufeinander, was den durchlässigen und fluiden Charakter des Internets unterstreicht. Insbesondere ist im virtuellen Raum auch eine wechselseitige Bezugnahme zwischen einfachen und komplexen Öffentlichkeiten möglich. Dass zwischen den einzelnen Öffentlichkeitsebenen vielfältige Verbindungen entstehen, visualisieren

die Pfeile in Abbildung 1. Trotz dieser größeren Dynamik gilt weiterhin, dass die Wirkmächtigkeit von einfachen über mittlere hin zu komplexen Öffentlichkeiten deutlich zunimmt. Um die damit verbundene unterschiedliche Rückbezüglichkeit zu kennzeichnen, haben wir die Pfeile entsprechend anders akzentuiert. Das von uns vorgeschlagene Drei-Ebenen-Modell ermöglicht es, die gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozesse im Internet, und darüber hinaus ihre Verbindung zu Offline-Öffentlichkeiten, systematisch zu analysieren. Das wollen wir anhand von zwei gegenläufigen Diskursen, die im Feminismus bzw. Antifeminismus verwurzelt sind, weitergehend erläutern.

#aufschrei – eine antisexistische und feministische Gegenöffentlichkeit

„(W)ir sollten diese erfahrungen unter einem hashtag sammeln. ich schlage #aufschrei vor“ – mit diesem Tweet begann im Januar 2013 auf Twitter die Debatte um Alltagssexismus im deutschsprachigen Raum. Auf Twitter können durch so genannte Hashtags (#) Tweets verschlagwortet werden, die damit auffindbar und zum Teil eines Diskurssystems werden (vgl. Thimm/Dang-Anh/Einspänner 2012). Über #aufschrei – so die Aufforderung der Initiator_innen – sollten Erlebnisse rund um das Thema Sexismus gesammelt und geteilt werden. Allein am Tag nach dem Start der Meldung wurde in 38.387 Tweets geantwortet. Mittlerweile hat #aufschrei den Grimme Online-Preis erhalten; in der Preisverleihung wurde ihm die Wirkung zugesprochen, die „zuvor noch kein Hashtag in Deutschland hatte“ (vgl. Der Standard. at, 24.6.2013). Doch steht dieses Ereignis nicht singulär, sondern reiht sich in eine schon lange – vor allem online – stattfindende Debatte über Sexismus ein. Sowohl der Blog „kleinerdrei“ im Januar 2013 sowie im englischsprachigen Raum die Hash-tags #shouting back und #EverydaySexism thematisierten alltäglichen Sexismus. Wesentliche Impulsgeberinnen dieser Debatte waren also Meinungsäußerungen auf Twitter und in Blogs, aufgegriffen wurde die Debatte dann auch in den traditionellen Massenmedien.

Im Folgenden beschreiben wir den gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess über Alltagssexismus auf Twitter sowie die Verhandlungen des Themas in feministischen Blogs und weiteren Hashtags. Die jeweiligen Formen und Funktionen lassen sich auf verschiedenen Öffentlichkeitsebenen verorten.

Die spontanen Begegnungen verschiedener Akteur_innen auf Twitter zeichnen sich durch direkte Kommunikationsformen aus, die Austausch und wechselseitige Bezugnahmen ermöglichen. Allein in den ersten vier Tagen stammten die Tweets auf #aufschrei von 16.664 verschiedenen Personen (vgl. Marco 2013). Inhaltlich standen zu Beginn Schilderungen eigener Erfahrungen von Alltagssexismus in den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereichen im Mittelpunkt. Am Beispiel #aufschrei wird deutlich, dass Sexismus und Gewalterfahrungen im Alltag vieler Frauen vorhanden sind und diese durch die Verhandlungen auf einer alltagspraktischen Ebene, wie sie Twitter ermöglicht, als kollektive Erfahrungen einer Gruppe sicht-

bar werden können. Damit können strukturelle Ungleichheiten deutlich werden und ihre Thematisierung ermöglicht zugleich die Neuauhandlung kultureller Werte und Normen, wie etwa von Geschlechternormen und -stereotypen sowie Geschlechtskonstruktionen. Im weiteren Verlauf der Debatte in #aufschrei gingen die persönlichen Schilderungen zurück, während die gesellschaftliche Relevanz von Alltagssexismus stärker betont wurde. Ab der zweiten Woche nahmen antifeministische Tweets kontinuierlich zu. Die Kritik des Hashtags an patriarchalen Strukturen wurde in weiteren Hashtags aufgegriffen, wie #queeraufschrei, die die Sexismus-Debatte vor dem Hintergrund heteronormativer Strukturen reflektierten. Ähnliche Hashtags, wie #ichbrauchefeminismus, der von dem Blog „Wer braucht Feminismus?“ (www.werbraucht feminismus.de) bereits im Herbst 2012 initiiert wurde, wurden oft gleichzeitig mit dem Hashtag #aufschrei verwendet. #scham entstand im Kontext von #aufschrei und enthält Tweets, die Schamgefühle angesichts der Fülle sexistischer Übergriffe ausdrücken. Unter dem Hashtag #schauhin wurden Tweets veröffentlicht, die sich gegen – vorwiegend rassistische – Diskriminierungsformen richteten; ein Twitter-Protest, der auf der Konferenz „Rassismus und Sexismus abbloggen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung nach dem Vorbild von #aufschrei initiiert wurde (vgl. schauhin o.J.).

Twitter stellt somit einen eigenständigen Diskursraum dar, der Kennzeichen einer einfachen Öffentlichkeitsebene aufweist. Die meisten Akteur_innen debattierten auf #aufschrei ein in der hegemonialen Öffentlichkeit marginalisiertes Thema, dadurch werden partiell kritische Positionen zu gesellschaftlichen Ungleichheiten entwickelt und Kritik formuliert. Teile dieser feministischen Protestartikulationen wurden in der komplexen Ebene von Öffentlichkeit wie den traditionellen Massenmedien wahrgenommen. In feministischen Blogs, wie z.B. „Mädchenmannschaft“ (<http://maedchenmannschaft.net>) oder „kleinerdrei“ (www.kleinerdrei.org), finden sich neben Bezügen zu #aufschrei zahlreiche vertiefende Beiträge, die sich auch mit der Berichterstattung in den traditionellen Massenmedien kritisch auseinandersetzen. Damit übernehmen feministische Blogs eine vermittelnde Funktion, insofern sie Themen und Positionen, die auf der einfachen Ebene von Öffentlichkeit diskutiert werden, bündeln und verallgemeinern. Feministische Blogs beziehen Stellung und sind auf Mobilisierung ausgerichtet, sie können nach Frasers (2001) Lesart als subalterne Gegenöffentlichkeiten gelten. Sie sind untereinander verbunden und verfügen über eine gewisse Organisationsstruktur – so weisen feministische Blogs durch ihre Vernetzung und zahlreichen Verlinkungen Elemente der mittleren Öffentlichkeitsebene auf.

Die Entwicklung von #aufschrei zeigt, dass es für eine Mobilisierung notwendig ist, verschiedene Ebenen von Öffentlichkeit zu erreichen. Diese Ebenen umfassen zunächst innerhalb einer Protestbewegung die „Bewegungskultur“, also die Netzwerke, Räume und persönlichen Beziehungen der Akteur_innen, als auch die „Bewegungsöffentlichkeit“, die sich als Gegenöffentlichkeit mit autonomen Kommunikationsstrukturen, Mobilisierungsressourcen, Organisations- und Versamm-

lungsöffentlichkeiten sowie bewegungseigenen Medien konstituiert – mit dem Ziel die hegemoniale Öffentlichkeit zu erreichen (vgl. Wischermann 2003). #aufschrei bildet eine Plattform des Erfahrungsaustauschs auf einer einfachen Öffentlichkeits-ebene, die jedoch gleichzeitig mit einer „Bewegungsöffentlichkeit“ verbunden ist, die sich über weitere Hashtags, feministische Blogs und feministische Printmedien formiert. Durch den Erfahrungsaustausch auf der einfachen Öffentlichkeitsebene und der Bündelung von Themen und Positionen findet eine Mobilisierung statt, die verschiedene Öffentlichkeitsebenen erreichen kann. So wird #aufschrei auch in der hegemonialen Öffentlichkeit, vor allem in den traditionellen Massenmedien wahrgenommen. Doch ist diese Sichtbarkeit ambivalent: In der massenmedialen Berichterstattung zeigen sich Verkürzungen und Vereinnahmungen. Durch eine Fokussierung auf wenige – als zentral erachtete – Personen wird die große Zahl der beteiligten Akteur_innen verdeckt. Damit stellt sich in der massenmedialen Berichterstattung insbesondere die Frage: „Wer spricht und über wen?“. Darüber hinaus geht die mediale Thematisierung mit einer Stereotypisierung einher, die verhindert, dass aus den gesammelten persönlichen Erfahrungen gesellschaftliche Strukturen und Muster erkennbar werden – ähnlich hat dies Flicker (2008) für die Thematisierung der Frauenbewegung in den Medien herausgearbeitet. Diese (De-)Thematisierung stützt normalisierte Deutungsmuster und entledigt sich damit kritischer Momente. Sichtbarkeit bedeutet also nicht gleich Anerkennung, sondern kann auch eine Einbindung in normative Identitätsvorgaben und eine Disziplinierung im Sinne einer hegemonialen Kanalisierung der Debatte nach sich ziehen (vgl. Schaffer 2008).

Die Kritik an patriarchalen Strukturen und heteronormativen Mustern, die durch #aufschrei eine größere Öffentlichkeit erreichte, blieb nicht ohne Widerspruch. Explizit zeigt sich dies in den antifeministischen und sexistischen Tweets auf #aufschrei. Diese sind eingebunden in ein Netzwerk sich zunehmend artikulierender antifeministischer und maskulinistischer Öffentlichkeiten, wie wir in den folgenden Ausführungen zeigen.

Antifeminismus online – maskulinistische Gegenöffentlichkeiten

Antifeministische und maskulinistische Positionen sind kein neues Phänomen (vgl. Planert 1998); sie haben durch das Internet jedoch neue Agitations-, Verbreitungs- und Vernetzungsformen gefunden. Rolf Pohl (2011, 111) sieht die sich oft aggressiv zu Wort meldenden maskulinistischen Positionen als eine Antwort auf die Krise der Männlichkeit: „Ein Amalgam aus Antikommunismus, Antisozialismus, Antifeminismus und 68er-Bashing scheint zusammen mit einer konservativen Familienideologie zum Gründungsfundament der propagierten Befreiungsbewegung für Männer zu gehören“. Die Organisationen der so genannten Männer- und Väterrechtsbewegung sind meist klein, dafür aber sehr gut vernetzt (vgl. Klaus 2008). Weil sie eine Reihe prominenter Fürsprecher_innen haben, ist es der Männer- und Väterrechtsbewegung auch gelungen, sich in den bürgerlichen Nachrichtenmedien und Qualitätszeitungen

Gehör zu verschaffen (vgl. Gesterkamp 2010; Hammer 2000). Hauptsächlich aber agieren die Maskulinist_innen über das Internet. Auch in der #aufschrei-Debatte und als Reaktion darauf formierten sich entsprechende Positionen, wie wir hier beispielhaft darlegen.

Auf der einfachen Ebene von Öffentlichkeit haben wir Twitter, Kommentare zu Medienberichten und Blogs, die aufgrund von Verlinkungen und Vernetzung teilweise auch Kennzeichen mittlerer Öffentlichkeiten aufweisen, positioniert. In jeder dieser Anwendungen finden sich vehemente Meinungsäußerungen gegen die feministische Protestbewegung. Auf Twitter wurden mit #gegenschrei und #tittenbonus nicht nur sexistische Hashtags als direkte Reaktion ins Leben gerufen, insbesondere finden sich zahlreiche antifeministische, sexistische Tweets auf #aufschrei selbst. Mit aller Vorsicht sei hier auf eine nicht repräsentative Analyse im maskulinistischen Blog „Maninthemiddle“ verwiesen, die knapp 17% antifeministischer Tweets ausweist (o.A.: o.J.). Dieser Artikel wird im Blog „genderama“ von Arne Hoffmann (2013) unter dem Titel „Analyse: Die Wahrheit über die #Aufschreikampagne – und wie die Medien sie verzerrten“ in Gänze abgedruckt und ist auch auf WikiMANNia verlinkt. In „genderama“ finden sich 19 Blogeinträge zu #aufschrei, nur ein Teil davon stammt allerdings von Hoffmann selbst, der insgesamt drei Blogs unterhält und Vorstandmitglied der antifeministischen Organisation agens e.V. ist. So veröffentlichte Hoffmann auch Auszüge eines Beitrags aus dem Sexismus-Schwerpunktheft der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)“ von Ralf Bönt (2014), der durch sein Buch „Das entehrte Geschlecht“ (2012) zu einem der Vorreiter für die maskulinistische Bewegung wurde (vgl. Hoffmann 2014). Insbesondere die Verlinkungs- und Vernetzungsstrukturen sowie die Verweise auf Bücher, Zeitschriften und die traditionellen Massenmedien zeigen, dass die maskulinistische Bewegung im Internet nicht nur Kennzeichen einer einfachen Öffentlichkeit aufweist, sondern durch ihren Organisationsgrad auch die mittlere Öffentlichkeitsebene erreicht.

Zwei Webseiten sind für die maskulinistische Bewegung dabei besonders wichtig: WikiMANNia und „Wieviel ‚Gleichberechtigung‘ verträgt das Land? (wgvdl)“. Die Betreiber_innen und zumeist auch die Autor_innen beider Webseiten bleiben anonym und haben Hosts im Ausland. WikiMANNia wurde 2009 ins Leben gerufen, weist mittlerweile knapp 2.000 Einträge auf und wird auf Deutsch, Englisch, Spanisch und Italienisch angeboten. Seit April 2014 besteht ein Austausch zwischen WikiMANNia und der amerikanischen Plattform „A Voice for Men“ (WikiMANNia 2014).

Das Online-Netzwerk versteht sich als „Antithese zur feministischen Opfer- und Hassideologie“. Der Eintrag „Aufschrei“ erklärt den #aufschrei-Protest als „eine Art ‚Shitstorm‘ (...). Um Frauen als Opfer zu inszenieren, nutzten Feministinnen diesmal ‚Twitter‘ als Aktionsplattform“ (WikiMANNia o.J.). Inhaltlich besteht der Artikel vor allem aus Verweisen auf maskulinistische Blogs. Daneben werden aber auch „Spiegel Online“ und das Handelsblatt zitiert. Dabei handelt es sich nicht um Auszüge aus den dort veröffentlichten Artikeln über die Grimme-Preis-Verleihung

an #aufschrei, sondern um einzelne Kommentare von Leser_innen zu diesen Artikeln. Möglicherweise deutet das auf eine wichtige Funktion solcher Beiträge in den Onlineforen etablierter Medien hin: Einzelmeinungen, gerade auch sexistischer oder rassistischer Provenienz, könnten durch Verweise auf Massenmedien und komplexe Öffentlichkeiten als relevante gesellschaftliche Positionen erscheinen.

Auf „Wieviel Gleichberechtigung verträgt das Land? (wgvdI)“ ist WikiMANNia, die „Wissens-Datenbank über Benachteiligungen von Jungen und Männern“ (wgvdI o.J.) gleich mehrfach verlinkt. Wgdl, die „bestbesuchte Seite“ der antifeministischen Männerbewegung, bewertet Rosenbrock (2012, 12) wie folgt: „wgvdI.com bildet eine extreme Gruppierung im Kernbereich der antifeministischen Männerrechtsbewegung. Es gibt jedoch noch wesentlich extremere und militantere Webseiten, die aber nicht ganz so gut vernetzt sind. wgvdI.com dient der Kanonisierung der antifeministischen Argumentationen und der emotionalen Selbstbestätigung und Vergemeinschaftung.“ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Laura Gruber (2012) in ihrer empirischen Analyse der auf wgdl.com veröffentlichten Positionen. Auch auf wgvdI.com findet sich ein Beitrag zu #aufschrei. Der Artikel von Lassahn (2013) ist ein Nachdruck aus dem Blog „Die Achse des Guten“, der als Autoren u.a. Henryk M. Broder, Hans-Olaf Henkel und Matthias Matussek listet. Unter der Überschrift „Vergewaltigungen, Witze, Wanderwege, Juden, Attacken, Ölweiber, Strickmuster – und die Gitarre von James Bond“ schreibt Lassahn u.a.: „Die Sexismus-Debatte wird angezettelt von Leuten, die selber Sexisten sind, bei denen die geschlechtliche Zugehörigkeit im Mittelpunkt ihrer Selbst- und Fremdbilder steht und die ihr Geschlecht für das bessere halten. (...) Der Artikel von Frau Himmelreich ist selber ein einziger sexistischer Witz, über den man nicht lachen kann. Damit wird ein Mann – ein ‚Herr‘ – pauschal mit der Wucht, wie wir sie von rassistischen und von sexistischen Witzen kennen, verdammt, ohne dass es dafür eine Berechtigung gibt. Es ist reine Hetze.“ Das Zitat zeigt exemplarisch die Inszenierung der maskulinistischen Bewegung als Opfer und die Aneignung, Umdeutung und Pervertierung von Begriffen wie Sexismus und Rassismus.

Was zeichnet diese maskulinistischen Öffentlichkeiten im Internet aus? Inwiefern sind sie neu? Obwohl die maskulinistischen Gruppen oft sehr klein sind, findet eine intensive Netzwerkbildung im Internet mittels der Verlinkungsmöglichkeiten statt. Dabei werden alle Ebenen von Öffentlichkeit genutzt – von den Foreneinträgen über die Internetseiten und Vereinsgründungen bis hin zu Auftritten in den Massenmedien. In der Anonymität des Internets können Positionen verbreitet werden, die anderswo nicht (mehr) als akzeptabel gelten, teilweise auch einen kriminellen Straftatbestand erfüllen – etwa wenn sie rechtsradikales Mannestum verherrlichen oder zu Gewalttaten aufrufen. Auf den maskulinistischen Internetseiten müssen die vielfältigen Behauptungen männlicher Diskriminierung, weiblicher Bevorzugung und feministischer Übermacht nicht belegt werden. Zwar findet man solche Behauptungen auch im Journalismus und in den traditionellen Massenmedien, wie etwa der mediale Hype um Eva Hermans Buch „Das Eva-Prinzip. Für eine neue Weib-

lichkeit“ (2006) exemplarisch gezeigt hat, auf den maskulinistischen Seiten werden solche Positionen aber wesentlich homogener und im Ton aggressiver formuliert und bleiben unwidersprochen. Die bessere Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Öffentlichkeitsebenen wird, vor allem durch die zahlreichen Verlinkungen, geschickt genutzt, um aggressiv antifeministische Positionen mehr Gewicht zu verleihen. Durch maskulinistische Äußerungen in den Online-Foren großer Printmedien kann nicht nur die Sichtbarkeit und Reichweite von Minoritätenpositionen vergrößert werden, durch ihre intensive Vernetzung mit Blogs und Seiten von maskulinistischen Initiativen, hinter denen häufig dieselben Personen stehen, können deren Verfasser_innen zusätzlich als Sprachrohr einer vermeintlich starken sozialen Bewegung erscheinen. Ohne Zweifel hat dies Spuren im öffentlichen Selbstverständigungsprozess hinterlassen und Rückwirkungen auf die klassischen Medien und den Journalismus, wo eine De-Thematisierung des Feminismus ebenso beobachtet werden kann wie eine neue Fokussierung auf die vermeintliche Benachteiligung von Jungen und Männern.

Resümee

Die Beispiele demonstrieren, dass antisexistische und feministische Inhalte im öffentlichen Selbstverständigungsprozess umkämpft sind. Dabei fallen Deutungen gerade auf der einfachen Öffentlichkeitsebene besonders vielstimmig und widersprüchlich aus und verlaufen entlang der gesellschaftlichen Konfliktlinien zwischen hegemonialen und gegenhegemonialen Positionen sowie zwischen emanzipatorischen Entwürfen und reaktionären Positionierungen. Twitter eröffnet damit einerseits Räume, die eine kritische Auseinandersetzung mit Sexismus und damit eine Intervention in die hegemoniale Öffentlichkeit ermöglichen. In den einfachen Internetöffentlichkeiten zeigen sich jedoch auch die Pole der gesellschaftlichen Konfliktlinien: Auf der einen Seite werden feministische Protestartikulationen sichtbar, auf der anderen Seite stehen diesen direkt antifeministische und sexistische Inhalte antagonistisch gegenüber. Denn im Internet formieren sich auch Öffentlichkeiten, die sich durch rassistische und sexistische Kommentare in den Foren, durch eine zunehmende Zahl von rechtsradikalen Webseiten und eine intensive Vernetzung untereinander auszeichnen. Darin zeigen sich neben Ambivalenzen vor allem die Gefahren gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozesse, denn der von Mouffe (2007, 158) postulierte „konfliktuale Konsens“, d.h. ein Konsens über ethisch-politische Werte der Freiheit und Gleichheit aller, ein Dissens aber über die Interpretation dieser Werte, wird zunehmend in Frage gestellt. Die Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozesse auf den verschiedenen Öffentlichkeitsebenen hinsichtlich der Debatte um Sexismus und Geschlechterkonstruktionen kann dazu führen, dass der von Mouffe beschriebene demokratische Prozess als Umwandlung von antagonistischen in agonistische Positionen nachgerade umgekehrt wird.

Literatur

- Bönt**, Ralf, 2012: Das entehrte Geschlecht. Ein notwendiges Manifest für den Mann. München.
- Bönt**, Ralf, 2014: Tausendschön im Neopatriarchat. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 64 (8), 12-16. Internet: <http://www.bpb.de/apuz/178666/tausendschoen-im-neopatriarchat> (14.4.2014).
- DerStandard.at**, 24.6.2013: #aufschrei gewinnt Grimme Online Award. Internet: <http://derstandard.at/1371170418289/aufschrei-gewinnt-Grimme-Online-Award> (14.4.2014).
- Drüeke**, Ricarda, 2013: Politische Kommunikationsräume im Internet. Zum Verhältnis von Raum und Öffentlichkeit. Bielefeld.
- Drüeke**, Ricarda/**Winker**, Gabriele, 2005: Neue Öffentlichkeiten durch frauenpolitische Internetauftritte. In: Schachtner, Christina/Winker, Gabriele (Hg.): Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten. Frauennetze im Internet. Frankfurt/M., New York, 31-49.
- Flicker**, Eva, 2008: Der Diskurs „Frauenbewegung“ in den Medien. In: Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte/Köpl, Regina (Hg.): Medien – Politik – Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. Wiesbaden, 124-139.
- Fraser**, Nancy, 2001: Öffentliche Sphären, Genealogien und symbolische Ordnungen. In: Fraser, Nancy: Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt/M., 107-250.
- Geiger**, Brigitte, 2002: Feministische Öffentlichkeiten. Ansätze, Strukturen und aktuelle Herausforderungen. In: Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte (Hg.): Feministische Kommunikations- und Medienwissenschaft. Ansätze, Befunde und Perspektiven der aktuellen Entwicklung. Wiesbaden, 80-97.
- Gesterkamp**, Thomas, 2010: Geschlechterkampf von rechts. Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalisieren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik. Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07054.pdf> (14.4.2013).
- Gruber**, Laura, 2012: Maskulinität im Internet. In: Maier, Tanja/Thiele, Martina/Linke, Christine (Hg.): Medien, Öffentlichkeit und Geschlecht in Bewegung. Forschungsperspektiven der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Bielefeld, 163-176.
- Habermas**, Jürgen, 1995: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einem Kriterium der bürgerlichen Gesellschaft. 4. Auflage. Frankfurt/M.
- Hammer**, Rhonda, 2000: AntiFeminists as Media Celebrities. In: Review of Education, Pedagogy, and Cultural Studies. 22 (3), 207-225.
- Haraway**, Donna, 1995: Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Frankfurt/M.
- Herman**, Eva, 2006: Das Eva-Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit. Unter Mitarbeit von Christine Eichel. München, Zürich.
- Hoffmann**, Arne, 2013: Analyse: Die Wahrheit über die #Aufschreikampagne – und wie die Medien sie verzerrten. Internet: <http://genderama.blogspot.co.at/2013/02/analyse-die-wahrheit-uber-die-aufschrei.html?m=0> (14.4.2014).
- Hoffmann**, Arne, 2014: Sexismusdebatte: Bundeszentrale für politische Bildung lässt Männerrechtler zu Wort kommen. Internet: <http://genderama.blogspot.co.at/2014/02/sexismusdebatte-bundeszentrale-fur.html> (14.4.2014).
- Katzenbach**, Christian, 2008: Weblogs und ihre Öffentlichkeiten. Motive und Strukturen der Kommunikation im Web 2.0. München.
- Klaus**, Elisabeth, 2005: Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus. 2. Auflage. Wien.
- Klaus**, Elisabeth, 2008: Antifeminismus und Elitefeminismus. Eine Intervention. In: Feministische Studien. 26 (2), 176-186. Internet: http://www.feministische-studien.de/fileadmin/download/pdf/Fem08_02_Klaus.pdf (13.4.2014).

kleinerdrei (2013): Normal ist das nicht! Internet: <http://kleinerdrei.org/2013/01/normal-ist-das-nicht/> (30.5.2014).

Lassahn, Bernhard, 2013: Vergewaltigungen, Witze, Wanderwege, Juden, Attacken, Ölweiber, Strickmuster – und die Gitarre von James Bond. Internet: <http://www.wgvd.com/vergewaltigungen-witze-wanderwege-juden-attacken-oelweiber-strickmuster-und-die-gitarre-von-james-bond#more-3151> (13.4.2014) ursprünglich dsb., 2013 in: Die Achse des Guten. http://www.achgut.com/dadgd/index.php/dadgd/article/vergewaltigungen_witze_wanderwege_juden_attacken_oelweiber_und_strickmuster/ (13.4.2014).

man in the middle, 2013: Virtuelle Maskulisten und das Image des Maskulismus. Internet: <http://maninthemiddle.blogspot.co.at/2013/09/virtuelle-maskulisten-und-das-image-des.html> (14.4.2014).

Marco, 2013: Der #Aufschrei – Daten-Dump. Internet: <http://www.soviet.tv/blog/2013/01/der-aufschrei-daten-dump/> (14.4.2014).

Mouffe, Chantal, 2007: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In: Nonhoff, Martin (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld, 41-53.

o.A., o.J.: #Aufschrei – eine Kurzanalyse. In: Maskulismus für Anfänger – A Guys' Guide to Masculism. Internet: <http://maninthemiddle.blogspot.de/p/aufschrei.html> (13.4.2014).

Pateman, Carole, 1988: The Sexual Contract. Stanford.

Planert, Ute, 1998: Antifeminismus im Kaiserreich. Göttingen.

Pohl, Rolf, 2011: Männer – das benachteiligte Geschlecht? Weiblichkeitsabwehr und Antifeminismus im Diskurs über die Krise der Männlichkeit. In: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.): In der Krise? Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster, 104-135.

Rosenbrock, Hinrich, 2012: Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung. Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 8. Berlin. Internet: http://www.boell.de/sites/default/files/antifeministische_maennerrechtsbewegung.pdf (1.9.2014).

Royal, Cindy, 2008: Framing the Internet: A Comparison of Gendered Spaces Social. In: Science Computer Review. 26 (2), 152-169.

Sauer, Birgit, 2001: Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M., New York.

Schachtner, Christina, 2005: Virtuelle Mädchen- und Frauennetze als Kommunikationsräume. In: Schachtner Christina/Winker, Gabriele (Hg.): Virtuelle Räume – Neue Öffentlichkeiten, Frauennetze im Internet. Frankfurt/M., New York, 167-218.

Schaffer, Johanna, 2008: Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung. Bielefeld.

schauhin, o.J.: Internet: <http://schauhin.tumblr.com/about%20> (30.5.2014).

Shade, Leslie Regan, 2002: Gender and Community in the Social Construction of the Internet. New York.

Thimm, Caja/**Einspänner**, Jessica/**Dang-Anh**, Mark, 2012: Politische Deliberation online – Twitter als Element des politischen Diskurses. In: Hepp, Andreas/Krotz, Friedrich (Hg.): Mediatisierte Welten: Forschungsfelder und Beschreibungsansätze. Wiesbaden, 95-117.

Wgvd, o.J.: WikiMANNia Wissens-Datenbank über Benachteiligungen von Jungen und Männern. Internet: <http://www.wgvd.com/linkliste> (4.6.2014).

WikiMANNia, o.J.: aufschrei. Internet: <http://de.wikimannia.org/Aufschrei> (14.4.2014).

WikiMANNia, 2014: WikiMANNia: Männer erstmals international organisiert. Internet: <http://wikimannia.org/presse/partnerschaft-avfm-201404.htm> (4.6.2014).

Winter, Carsten, 2010: Widerstand im Netz. Bielefeld.

Wischermann, Ulla, 2003: Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke – Gegenöffentlichkeiten – Protestinszenierungen. Königstein.

Wischermann, Ulla, 2004: Der Kommunikationsraum Internet als Gendered Space. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 52 (2), 214-229.

Zillien, Nicole/**Hargittai**, Eszter, 2009: Digital Distinction. Status-specific Types of Internet Usage. In: Social Science Quarterly. 90 (2), 274-291.

Safe Spaces, Self-Care & Empowerment – Netzfeminismus im Sicherheitsdispositiv¹

KATRIN M. KÄMPF

#*SAFECYBERSPACES* lautete der Titel eines Panels der Veranstaltungsreihe »Persönlichkeitsrecht 2.0 – Entfaltung und Verletzung im Internet« der Humboldt Law Clinic im November 2013, das sich den Erfahrungen von Feministinnen mit Diffamierungen im Netz und den juristischen Möglichkeiten gegen ebensolche vorzugehen widmete. Sicherheit hat sich zu einem der ebenso umkämpften wie schwammigen Leitbegriffe der westlichen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts entwickelt (Daase 2010). Sicherheitsdiskurse definieren, wer oder was als Gefahr wahrgenommen wird und ermöglichen die nahezu unbegrenzte Ausweitung von »Kontroll- und Überwachungs-, Regulierungs- und Normalisierungstechniken« auf immer weitere Lebensbereiche (Krasmann 2013). Sicherheitsforscher_innen betonen, dass Prozesse der Securitization, der Versicherheitlichung, bereits in den späten achtziger Jahren virulent geworden sind und Sicherheit heute im Rahmen einer Techno-Security-Kultur zunehmend als High-Tech-Sicherheit verstanden wird, die mit Hilfe von Überwachungstechnologien durchgesetzt werden müsse (Haggerty/Ericson 2006; Kämpf/Weber 2014). Neben Terrorismus wird vor allem Datensicherheit und Sicherheit vor Überwachung im Netz aktuell breit diskutiert.

Wie eingangs angedeutet, fokussieren auch netzfeministische² Debatten verstärkt auf Sicherheit, allerdings mit etwas anderer Ausrichtung. In feministischen Blogs oder auf Konferenzen war weniger der Schutz vor Terrorismus oder Überwachung, als vielmehr die Schaffung sogenannter *Safe(r) Spaces* dominierendes Thema. Leitende Motive dieser Diskussionen sind der Schutz vor Hasskommentaren, Gewaltandrohungen, Trolling oder emotional belastendem Material. In vielen Beiträgen wurden u.a. technologische Lösungsansätze wie automatisierte Triggerwarnungen, Nicht-Freischalten von Kommentaren oder auch das präventive Blocken potentieller Hasskommentator_innen vorgeschlagen. Parallel dazu wurden Selbstermächtigung (*Empowerment*) und Selbstfürsorge (*Self-Care*) als für feministische

Aktivistinnen wichtige Strategien, sich gegen Anfeindungen im Netz zu wappnen, diskutiert.

So regiert werden...?

Bezugnehmend auf Michel Foucaults Theorien zur Gouvernementalität und ihrem vorwiegenden Regierungsmechanismus, den Sicherheitsdispositiven, weisen Wissenschaftlerinnen wie Susanne Krasmann oder Patricia Purtschert darauf hin, dass Sicherheitsdispositive machtvolle Technologien der Selbst- und Fremdführung darstellen, die auf individuelles und kollektives Leben abzielen, einer zunehmenden Ökonomisierung unterliegen und mit einem »tendenziellen Ausbau staatlicher Repressionsmechanismen« verbunden sind (Purtschert/Meyer/Winter 2008, 7). Dominanter Rationalitätstypus innerhalb dieser Dispositive ist die Prämediation, ein Gewappnetsein für alle nur erdenklichen und unerdenklichen Ereignisse angesichts einer zunehmend als bedrohlich wahrgenommenen Welt (Krasmann 2013; Grusin 2010). Kollektive wie Individuen sind in dieser Logik angehalten, sich als widerstandsfähig und auf alle zukünftigen Widrigkeiten eingestellt zu erweisen (Krasmann 2013). Isabell Lorey bringt dieses nicht allein auf staatlicher Ebene stattfindende Navigieren von Sicherheits-/ Unsicherheits-Dynamiken mit neoliberalen Regierungstechniken und Subjektivierungsweisen zusammen. Im Neoliberalismus befinde sich Prekarisierung in einem Normalisierungsprozess, der ein „Regieren durch Unsicherheit“ ermögliche (Lorey 2012, 25). Prekarisierung, verstanden als Prozess, der Verunsicherung, Verletzbarkeit und Gefährdung produziert, betreffe nicht allein den Arbeitsmarkt, sondern umfasse „die gesamte Existenz“ und bringe „ein Leben mit dem Unvorhersehbaren, mit der Kontingenz“ mit sich (Lorey 2012, 13). Dabei gebe es drei Dimensionen des Prekären: Prekärsein, „eine nicht hintergehbare und damit nicht zu sichernde Gefährdetheit von Körpern, nicht nur weil sie sterblich, sondern gerade weil sie sozial sind.“ (Lorey 2012, 25f.). Prekarität, die Aufspaltung des Prekärseins in Ungleichheitsverhältnisse (ebd., 26). Und die gouvernementale Prekarisierung, die auch „eine Verunsicherung der Lebensführung und damit der Körper und Subjektivierungsweisen“ beinhalte (ebd., 27).

Ich werde im Folgenden untersuchen, ob und inwiefern sich diese Logiken und Prekarisierungsdynamiken in gegenwärtigen netzfeministischen Debatten um Safe(r) Spaces, Self-Care und Empowerment im Netz wiederfinden. Verbleiben die Diskussionen innerhalb hegemonialer Logiken, stellen sie Verhandlungen gouvernementaler Prekarisierung dar oder gibt es Versuche, sich aus der Sicherheits-/Unsicherheits-Dichotomie zu lösen oder sie zumindest zu problematisieren? Erweisen sich die Empowerment- und Self-Care-Strategien als Form der Selbstregierung, die eher das Funktionieren innerhalb der bestehenden Ordnung übt, als den Widerstand gegen gegenwärtige Verhältnisse? Und was bedeutet es gegebenenfalls für das herrschaftskritische Potential feministischer Bewegungen, wenn gegenwärtige Regie-

rungsmechanismen reproduziert werden und »die Kunst, nicht so regiert zu werden« (Foucault 1992) aus dem Blick gerät?

Safe Spaces, Self-Care und Empowerment

Neben Themen wie Sexismus, Diskriminierung, Homophobie oder Rassismus haben in den letzten Jahren Debatten um Safe/r Spaces in feministischen Blogs an Bedeutung gewonnen. Während Versuche, Schutzräume für Frauen, Lesben oder Queers zu schaffen, schon seit langem feministischen und queeren Aktivismus prägen und häufig mit heftigen Kontroversen einhergingen (Hanhardt 2013, Cvetkovich 2003), hat die Diskussion durch die sozialen Medien inhärente Prämediationslogik eine neue Brisanz gewonnen. Wie Richard Grusin zeigt, sind soziale Medien ein historisch spezifisches Phänomen des frühen 21. Jahrhunderts, das von Securitization- und Prämediationsdynamiken geprägt ist (Grusin 2010, 125-126). Innerhalb sozialer Medien findet auf technologischer Ebene eine Prämediation von Konnektivität selbst statt (ebd., 128). So trägt jede Social Media-Aktion die Erwartung einer – wie auch immer gearteten – Interaktion in sich: Jeder Tweet materialisiert einen Antwort-Button, Blogpostings ihre Kommentarkästen, Facebook-Posts den Like-Button etc. – und damit wiederum die Antizipation einer weiteren Interaktion (ebd., 128-130). Prämediation befördere einerseits kollektive Unsicherheiten bezüglich Terrorismus oder ökonomischer Krisen, schaffe aber im Rahmen sozialer Medien auch ein „network of reassurance“, da die wiederholte affektgeladene Antizipation von Interaktion mit dem eigenen sozialen Netzwerk auch Gefühle von Sicherheit produzieren könne (ebd., 141).

So sind auch die Blogs oder Twitteraccounts, auf bzw. zwischen denen netzfeministische Diskussionen stattfinden, grundsätzlich von einer Prämediationslogik durchdrungen. Wer bloggt, muss sich nahezu zwangsläufig mit der Frage befassen, wie mit Kommentaren umgegangen werden soll. Es soll im Folgenden also nicht darum gehen, die Sinnhaftigkeit von Kommentarmoderation in Frage zu stellen, sondern darum, die den Safe/r Space-Diskussionen zugrunde liegenden Logiken zu ergründen und ihre Verknüpfung mit hegemonialen Diskursmustern zu analysieren.

Safe/r Spaces

Allgemein orientieren sich die Debatten um Safe/r Spaces an älteren Diskussionen zu Schutzräumen im Allgemeinen. In den Beiträgen wird nicht immer klar differenziert, ob es sich um On- oder Offline-Schutzräume handeln soll, auch da dank Smartphones & Co *meatspace*³- und Online-Leben kaum noch scharf zu trennen sind. Auf dem Blog Mädchenmannschaft definiert Helga Hansen in einem Bericht über einen Workshop in Anlehnung an die US-amerikanischen „Advocates for Youth“ einen Safe Space wie folgt: „Ein Platz, wo alle sich entspannen und sie selbst sein können, ohne Angst, sich unkomfortabel, unwillkommen oder bedroht zu fühlen,

aufgrund ihres biologischen Geschlechts, race/Ethnizität, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, kulturellem Hintergrund, Alters oder physischer oder geistigen Fähigkeiten“ (Hansen 2012). Es ginge darum, Aktivismus möglichst „sicher und barrierefrei“ zu gestalten und so möglichst viele Aktivist_innen anzusprechen. Auch Momente von Prämediation bzw. deren Scheitern spricht Hansen an: „Klar, wer keine Glaskugel hat, kann leider nicht alle Probleme voraussehen, die andere Aktivist_innen haben – oder die sie davon abhalten, sich zu engagieren“ (Hansen 2012). Sicherheit scheint sie primär auf ein diffuses Gefühl von Sicherheit zu beziehen, das vor allem Marginalisierten ermöglicht werden soll und im weitesten Sinne als Schutz vor Diskriminierung gedeutet werden kann. Für die Bloggerin Lena Schimmel sind Safe Spaces „Orte, an denen Angehörige von Minderheiten (...) sich aufhalten können ohne Angst vor den (leider) üblichen Diskriminierungen (...) haben zu müssen. Sie können (...) sich frei und sicher fühlen. Dazu gehört, dass den ‚Feinden‘ der Zutritt strengstens verwehrt ist.“ (Schimmel 2012). Die Plattform Hollaback! Berlin, auf der User_innen ihre Erlebnisse mit sexualisierter Gewalt anonym veröffentlichen können, definiert sich als „sicherer Raum für Alle*“ (Meyer/Adler 2014), „besonders für alle von Diskriminierung betroffene Menschen (sic)“ (Hollaback! Berlin o.J.). Konkret bedeute dies, dass auf der Plattform gegebenenfalls Textpassagen gestrichen oder Postings nicht veröffentlicht würden (Hollaback! Berlin o.J.). Auch hier bleibt undefiniert, was genau unter Sicherheit verstanden wird, sie scheint mit einer Idee von weitestgehender Diskriminierungsfreiheit assoziiert zu werden. Mit ähnlichen Verknüpfungen arbeitet auch Nadine Lantzsch in einem Beitrag zum Berliner Slutwalk. Safe Spaces sollen „ein Schutzraum sein. Für Betroffene und alle, die sich frei von Diskriminierungen, Dominanz und Gewalt bewegen wollen“ (Lantzsch 2011). Außerdem bringt sie Aspekte von Herrschaftskritik ins Spiel: Es ginge darum, gesamtgesellschaftliche Herrschaftsmechanismen nicht zu reproduzieren. Daraus folgen für sie Verhaltensregeln für Safe/r Spaces: Es gebe „keine herrschaftsfreien Räume“, nur solche, „die sich kritisch mit Herrschaft auseinandersetzen.“ Dazu gehöre, „Kritik an der Gesellschaft konsequent auch gegen sich selbst zu richten“ (Lantzsch 2011).

Insgesamt schwanken die Definitionen von Safe/r Spaces zwischen einer diffus bleibenden Forderung nach gefühlter Sicherheit und der etwas konkreteren nach Schutz vor Diskriminierung. Als Maßnahmen, wie diese jeweils zu erreichen seien, sind einerseits Ausschlüsse im Gespräch: Leute, „die Grenzen überschreiten“ (Lantzsch 2011) müssten draußen bleiben. Andererseits gibt es die Forderung, verantwortungsbewusst und herrschaftskritisch zu agieren. Im weitesten Sinne geht es beim Konzept der Safe/r Spaces also – wie die US-amerikanische Kulturwissenschaftlerin Andrea Smith beobachtet – primär um den interpersonellen Umgang, also um Verhaltensregeln, welche die Reproduktion gesamtgesellschaftlicher Diskriminierungsmuster regulieren sollen (Smith 2013, 277). Der Fokus verschiebe sich somit von der Betrachtung von „larger systems that make the entire world unsafe, to interpersonal conduct“ (Smith 2013, 277).

Triggerwarnungen

Online werden diese Verhaltensregeln meist in einer Netiquette festgehalten, über die auch viele feministische Blogs verfügen. Auf der Seite der Mädchenmannschaft werden z.B. „Sexistische, rassistische, homophobe, transphobe, lookistische und sonst wie diskriminierende Kommentare“ nicht geduldet. Ähnliches gilt auf Femgeeks oder A++Ranting (Mädchenmannschaft, o.J.; Femgeeks o.J.; A++Ranting o.J.). Bei ersteren werden außerdem „keine Kommentare mit potentiell triggernden Inhalten“ freigeschaltet, außer sie sind mit einer Warnung versehen. Triggerwarnungen sind oft Teil der Debatten um Sicherheit im Netz, Trigger werden z.B. beim Blog Puzzlestücke wie folgt definiert: „Wenn ich das Wort ‚Trigger‘ verwende, meine ich (...) einen Auslöser für extrem belastende Erinnerungen wie z. B. M+ssbr++ch/V+rg+w+lt+g+ng, S++z+d, M+bb+ng etc.“ (Paula 2012). Gerade für Triggerwarnungen wird häufig nach technologischen Lösungen gesucht und sie sind eng verknüpft mit einer Prämediationslogik, in der versucht wird, alle nur erdenklichen Zukünfte zu antizipieren. Eine Idee, die sich in der Regel als unmöglich erweist, wie auch Paula auf der Seite Puzzlestücke betont: „Ich werde hier Wörter, die eventuell triggern könnten, im Schriftbild verändern – ich kenne aber nicht alle problematischen Wörter und kann nicht für hundertprozentige Sicherheit garantieren!“ (Paula 2012). Ein Versuch einer technologischen Lösung findet sich auch auf der Seite Hatr.org, die Hasskommentare, die auf feministischen Blogs veröffentlicht wurden, dokumentiert. Wer die Seite besuchen will, muss erst per Klick bestätigen, eine Triggerwarnung bezüglich der Seiteninhalte wahrgenommen zu haben, sonst bleibt die Seite gesperrt. Die Seite Triggy (derzeit offline) forderte die User_innen auf, mit Hilfe von automatisierten Triggerwarnungen ihre „Filterblase zu einem sicheren Raum“ zu machen (<http://tr.gy/>). Auf der Kurznachrichtenplattform Twitter betrieben einige Netzfeministinnen Ende 2013 den Account @blockempfehlung, der unter dem Motto „Keinen Bock auf Maskus, Nazis, Macker, Derailing, Rechtsstaatmeinungs-freiheitgeschrei und Diskriminierung? Hier gibt’s die Blockempfehlung“ Vorschläge anbot, welche User_innen zu blockieren seien (d.h. zu Spamblocken, was dazu führt, dass deren Tweets nicht mehr ohne Weiteres lesbar sind). Es ginge darum, diskriminierende oder „derailende(...)/*istische(...)/... Kommentare“ nicht lesen zu müssen (Tofutastisch 2013).

Gerade dieser Versuch wurde scharf diskutiert und es gibt auf netzfeministischen Blogs durchaus Kritik an der Idee, technologische Lösungen für soziale Probleme zu finden. So warnt Helga in Bezug auf eine Petition, die Twitter dazu aufforderte, eine Software-Lösung zu schaffen, mit deren Hilfe sich Missbrauch leichter melden lässt: „Ein Button alleine hilft ohne Bewußtseinswandel nämlich nicht“ (Helga 2013). Die Rechtswissenschaftlerin Maria Wersig bemerkt in ihrem Beitrag zur eingangs erwähnten #safecyberspaces-Diskussion der Mädchenmannschaft, dass die Überlegungen zu Sicherheit im Netz verknüpft „mit dem Anspruch, nicht mehr Kontrolle und Überwachung zuzulassen“, seien. Die feministische Perspektive sei hier durch-

aus ambivalent, sie wolle zwar „die Freiheit im Netz nicht beschränken“, dennoch sei ihr an einer „Gesellschaft ohne Diskriminierung und mit Partizipation für alle“ gelegen (Wersig 2013).

Insgesamt findet also einerseits eine Reproduktion von Techno-Security-Culture-Logiken statt: Geprägt von den Prämediationsmechanismen sozialer Medien befassten sich die Blogger_innen zukunftsorientiert mit Sicherheit, es wird versucht, künftige mögliche Verletzungen und Bedrohungen zu antizipieren und ihnen – teilweise mit Hilfe technologischer Lösungen – zu begegnen. Andererseits aber werden Prämediationslogiken als zum Scheitern verurteilt diskutiert und Sicherheit entgegen hegemonialer Definitionen primär als möglichst weitgehende Freiheit von Diskriminierungen definiert. Außerdem gibt es – wie ich im Folgenden zeigen werde – Versuche, gewappnet zu sein und sich zum widerstandsfähigen Subjekt angesichts einer von Unsicherheiten geprägten Zukunft zu formen. Wie Krasmann in Bezug auf den gesamtgesellschaftlichen Umgang mit Sicherheitsdiskursen schreibt, richtet sich diese Widerstandsfähigkeit allerdings nicht gegen eine politische Ordnung, sondern ist eine „Form des Empowerment, die uns auf eine prekäre Ordnung ausrichtet – und uns zugleich auf uns selbst verweist. Wir sollen aktiv Verantwortung für unsere eigene Sicherheit und das Wohl unserer unmittelbaren Umwelt übernehmen, während wir Ungewissheit zugleich hinnehmen müssen“ (Krasmann 2013).

Self-Care und Empowerment

Empowerment oder Selbstermächtigung sind allerdings auch Begriffe mit langer antirassistischer wie feministischer Tradition. Im Zeitalter gouvernementaler Prekarisierung vermischen sich in den netzfeministischen Debatten Empowerment-Diskurse mit Selbstfürsorge-Diskussionen und schwanken zwischen Versuchen, trotz widriger Umstände handlungsfähig zu bleiben einerseits und einer (Selbst-)Zurichtung auf eine prekäre Ordnung andererseits. So definiert die AG Feministisch Sprachhandeln Empowerment als „Selbst_Ermächtigung und (...) Zurück_Gewinnung einer Handlungsoption in gewaltvollen diskriminierenden Situationen und Lebensrealitäten“ (AG Feministisch Sprachhandeln, o.J.), es ginge um ein „Über_Leben in Machtverhältnissen.“ (Lantzsich 2013).

2013/14 begann in diversen feministischen Blogs eine Self-Care-Debatte, in der sich etliche Blogger_innen, teilweise affirmativ, teilweise kritisch mit Selbstfürsorge für Aktivist_innen auseinandersetzten. Hier wird Self-Care als Weg, eigenverantwortlich mit den eigenen physischen und psychischen Ressourcen zu wirtschaften, und als „empowernder“ Bestandteil aktivistischer Arbeit verhandelt. Die einzelnen Definitionen dazu schwanken zwischen Stressbewältigung, Selbstoptimierung, Wellness-Diskursen, Alltagsmanagement und ansatzweise einer Debatte um Care-Work im allgemeinen.

Selbstfürsorge habe zum Inhalt „auf sich zu achten und sich zu pflegen. (...) regelmäßig ausreichend essen, trinken und schlafen.“ Es gehe darum, die eigenen Grenzen

zu erkennen (High on Clichés 2013). „Selfcare ist, dass ich bestimme, was ich wann benötige, und die Verantwortung übernehme für mich selbst und mein Wohlbefinden“, so die Bloggerin Distelfliege. Es handle sich dabei um eine „selbstermächtigende, proaktive Praxis“ und „nachhaltige(n) Aktivismus“, denn er ermögliche es, auch in Zukunft noch politisch aktiv sein zu können (Distelfliege 2013). Häufig wird Self-Care im Vokabular neoliberaler Selbsttechniken diskutiert, so schlägt die Bloggerin Anne vor, Selbstfürsorgemaßnahmen doch in „To-Do-Listen“ aufzunehmen: „Mittlerweile trage ich auf meiner To-Do-Liste aber auch ein, was ich mir an dem jeweiligen Tag Gutes tun möchte. Spaziergehen? Check! Weiter im Buch lesen? Check! Doctor Who gucken? Geronimo! Check!“ (Anne 2013).

Allerdings stießen Ausführungen wie diese auf heftige Kritik innerhalb der feministischen Blogosphäre. Besonders die mangelnde Reflexion der hinter der Idee von Selbstfürsorge stehenden Konzepte, die zum Beispiel von der Bloggerin Steinmädchen als pathologisierend und tief verwurzelt in „eine(m) normativen Gesundheitsdiskurs“, in christlichen oder psychiatrischen „Herrschaftspraxen“ beschrieben werden (Steinmädchen 2013), wurden hinterfragt. In den Self-Care-Texten würden „gewaltvolle“, „herrschaftliche Praxen“ bedient, anstatt mit ihnen zu brechen (Steinmädchen 2013; Unter der Glasglocke 2013). Außerdem, so die Bloggerin Antonia, sei bei dieser Fürsorge in ihrer Selbstbezüglichkeit „die Grenze zur neoliberalen ‚Selbstoptimierung‘ sehr schmal.“ Sie Sorge dafür, dass „ich klar komme in den mir zugewiesenen Strukturen, (...) aber bitte nicht aufbegehren, nicht mehr oder etwas anderes wollen“. Dabei sei es doch die „kapitalistische, patriarchale Gesellschaftsordnung“, die erschöpft und müde mache (Antonia 2014). Auf dem Blog Denkwerkstatt kritisiert brigittethe die fehlende Auseinandersetzung mit Arbeits- und Lebensverhältnissen, es werde zu stark in Logiken von Zeitmanagement und einer Trennung von Arbeit/Leben/Aktivismus diskutiert: „Ich möchte über Arbeitsverhältnisse und Arbeitsgestaltung sprechen – nicht über Work-Life-Balance“ (brigittethe 2014).

Im Verlauf der Debatte wird allerdings deutlich, dass es den Bloggerinnen nicht allein um Selbstoptimierungspraktiken oder um Wellness für Aktivistinnen geht, sondern um ein Ausloten des Feldes vom Leben in immer unsichereren Verhältnissen. So betont Distelfliege, dass Selbstfürsorge für viele unabdingbar sei: „Gerade bei Menschen, für die Aktivismus eben genau nicht gelaufen ist, wenn sie die Tür zu ihrer Organisation zumachen und ins ‚Private‘ zurückkehren, „sei das Thema wichtig. Es gebe keine Pause von der „eigenen Betroffenheit“. „Menschen werden auf Selbstfürsorge (...) zurückgeworfen“, deswegen sei das Konzept als „empowernd“ zu verstehen (Distelfliege 2014). Es müsse überlegt werden, „wer sie aufgrund welcher ökonomischen Zwänge wie leistet und wie eigentlich Belastungen und Unterstützung, und Hilfe und Erholung verteilt und zugänglich sind.“ Sozialabbau, Privatisierung des Gesundheitssektors und Neoliberalismus müssten thematisiert werden – es ginge schließlich um Praktiken von Menschen, für die es kaum Alternativen gebe (Distelfliege 2014). Hier zeichnet sich eine Tendenz ab, Prekarisierung bzw. Verunsicherung anhand von Privilegierungen zu hierarchisieren und den weniger

Privilegierten die Möglichkeit, Selbstfürsorgepraktiken in Frage stellen zu können, abzusprechen. So schreibt High on Clichés: „Aktivismus oder Selbstfürsorge‘ kann man sich also nur wirklich fragen, wenn man ausreichend privilegiert ist. Ich schreibe aus einer weißen und ausreichend privilegierten Perspektive, um mir die Frage tatsächlich meist stellen zu können.“ (High on Clichés 2013)

Prekarisierung als (Selbst)Regierungstechnologie

Wie Lorey beschreibt, funktioniert die neoliberale Forderung nach möglichst viel Eigenverantwortlichkeit verknüpft mit der Idee von einer „sichernden Gestaltbarkeit des ‚eigenen‘ Prekäreseins gemäß klassen- und geschlechterspezifischer Positionierungen sowie ethnischer, rassifizierter, sexualisierter und religiöser Zuschreibungen – ausgehend von und im Verhältnis zu einer nationalen, männlich heterosexuellen Norm“ (Lorey 2012, 46) als Selbstregierungstechnologie, als Selbst-Prekarisierung (ebd., 93). „Die Einzelnen sollen sich und ihr Leben auf einem immer wieder gesenkten Mindestmaß an Absicherung selbst gestalten, aktiv modulieren und demgemäß regierbar machen.“ (ebd., 93) Das Motiv der Sicherheit verschaffenden Gestaltbarkeit des eigenen Prekäreseins findet sich auch in den Beiträgen der Bloggerinnen wieder, Selbstfürsorge wird als aufgrund mangelnder Alternativen notwendige Praxis dargestellt, auf welche – besonders marginalisierte – Aktivistinnen angewiesen seien. Analysiert bzw. kritisiert werden diese Praktiken allerdings primär wegen ihrer Nähe zu pathologisierenden Diskursen und zu Selbstoptimierungspraktiken und nicht, weil sie, gerade in ihrer vermeintlichen Unabdingbarkeit, Selbst-Prekarisierungspraktiken darstellen. Letzterer Ansatz würde es hingegen erlauben, die zugrundeliegenden (Selbst)Regierungsmechanismen stärker in die Analyse einzubeziehen und die eigene Beteiligung an der Aufrechterhaltung gesamtgesellschaftlicher prekarisierender Strukturen unter die Lupe zu nehmen.

Auch in der Diskussion um Safe/r Spaces spielen Verunsicherung und das Streben nach gefühlter Sicherheit, aber auch ein Anerkennen der Verletzbarkeit des Selbst und der Anderen eine Rolle. Wie Lorey beschreibt, ist das neoliberale „Regieren durch Prekarisierung als Verunsicherung“ verbunden mit einer „Subjektivierungsweise der Angst“. Die „abstrakte Angst“ existentiellen Prekäreseins werde zunehmend ununterscheidbar von einer konkreteren Furcht im Rahmen allgemeiner Prekarität (Lorey 2012, 112) (z.B. die von Distelfliege erwähnte Privatisierung des Gesundheitssystems): Im Zusammenspiel mit sozialer, politischer, ökonomischer Prekarisierung bedeute „die Privatisierung von Risiken und deren Prävention für viele nichts anderes als die Individualisierung des Prekäreseins“, dabei werde ausgeblendet, dass „ein nachhaltig besseres Leben keine individuelle Angelegenheit“ sein könne (Lorey 2012, 114).

In der Anerkennung, dass der Kampf um ein besseres Leben nicht allein im Nahfeld gelöst werden kann, könnte eine der Stärken der netzfeministischen Diskussionen liegen. Wie in der Safe Space-Debatte deutlich wird, geht es den Bloggerinnen

um potentielle Mitstreiter_innen, die z.B. bei Hansen im Rahmen von Prämediationslogiken als zukünftige verletzte und zu schützende Teile der aktivistischen Community diskutiert werden (Hansen 2012). Hier zeichnet sich eine Tendenz zu kollektiven Maßnahmen ab, Hansen fragt z.B. ob ein „Caring Space“, verstanden als „mitfühlender und vorsorglicher Ort“, eine Alternative zu Safe Spaces darstellen könne (Hansen 2012). Auch in den – bislang – letzten Blogposts der Self-Care-Debatte spielen kollektive Strategien eine größere Rolle. So weist z.B. Steinmädchen darauf hin, dass die Diskussion zu individualisiert geführt werde, und stellt die Frage, ob solidarische Praktiken eine Alternative zur Selbstfürsorge darstellen könnten (Steinmädchen 2014). Jay stellt auf dem Blog Virtual Retreat Center „Caring Communities“ als Alternative vor (Jay 2013). In einem Text auf der Seite der Mädchenmannschaft führt Jay die Idee weiter aus und verbindet sie mit einer impliziten Kritik an älteren Safe Space-Konzepten. In Caring Communities werde „das Interesse an queer-feministischen Themen und die Zuneigung füreinander und für sich selbst als wechselseitig und verbunden wahrgenommen“. Sie seien „keine geschützten Räume“, denn auch queer-feministische Räume könnten gar nicht diskriminierungsfrei sein, es gehe darum, „verantwortungsvollere Communities“ aufzubauen (Jay 2014). Allerdings löst sich Jay nicht ganz von Sicherheitslogiken und betont, wie wichtig das Interesse an Sicherheit auch hier sei (ebd.). Wie der britische Soziologe Nikolas Rose herausgearbeitet hat, kann allerdings auch das Konzept der Community selbst ein machtvolleres (Selbst)Regierungsinstrument darstellen, das wiederum Mechanismen der Privatisierung von Sorgearbeit zugute kommt, indem die Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Probleme kleinen Kollektiven übertragen wird (Rose 2000).

Die netzfeministischen Debatten um Safe/r Spaces, Empowerment und Self-Care sind also einerseits geprägt von den Prämediationslogiken sozialer Medien, befassen sich zukunftsorientiert mit Sicherheit, suchen teilweise nach technologischen Lösungen sozialer Probleme, fokussieren tendenziell stärker auf die Regulation interpersonellen Umgangs als gesamtgesellschaftliche Diskriminierungsmuster anzugreifen und bleiben in der Analyse der eigenen Verwobenheit in prekarisierende bzw. selbst-prekarisierende Strukturen vage. Andererseits zeichnen sich die Diskussionen durch grundsätzlich herrschaftskritische Ansätze aus, in denen großer Wert auf die Vermeidung von Verletzungen und Diskriminierungen gelegt wird.

Nicht so regiert werden.

Was auf den ersten Blick allein als Versuch, sich in prekären Bedingungen einzurichten und unter Affirmation von Sicherheitslogiken auf eine herrschende Ordnung zuzurichten, gelesen werden könnte, erweist sich durchaus als eine komplexere Verhandlung gouvernementaler Prekarisierungsmechanismen, die – vor allem in der Verhandlung von Self-Care – durchaus das Potential birgt, die Foucault'sche Frage nach dem „nicht so regiert werden“ nicht komplett aus dem Blick zu verlieren. Ins-

gesamt spiegeln sich in den Debatten Kämpfe darum, im Neoliberalismus politisch handlungsfähig zu bleiben. Allerdings stecken die Debatten in Sicherheitslogiken fest, wobei hier Sicherheit teilweise in eins zu fallen scheint mit Diskriminierungsfreiheit, die freilich ähnlich unerreichbar und diffus ist wie die „Sicherheit“ hegemonialer Diskurse. Außerdem werden (Selbst-)Prekarisierungsmechanismen in den meisten Beiträgen kaum als Regierungsweisen erkannt, somit bleibt die eigene Involviertheit in selbige eine Leerstelle der Texte. Wie Lorey für linke politische Kontexte schreibt, werden stattdessen auch hier tendenziell eher „Diskussionen darum geführt, wer noch dazu gehört und wer nicht mehr, wer luxus- und wer armutsprekär ist. Noch immer scheint es unabdingbar, zunächst das betroffene, zu politisierende Kollektiv festmachen zu müssen, welches meistens in irgendeiner Weise die anderen sind.“ (Lorey 2008) Wie auch Smith beschreibt, erschwert ein zu starker Fokus auf individuelle Privilegierungen die Bildung politischer Bündnisse, da er dazu führen könne, die gemeinsame Arbeit gegen diejenigen Strukturen, die selbige schaffen, zugunsten von individuellen, immunisierenden Privilegierungsbekenntnissen außer Acht zu lassen (Smith 2013, 263). Vielleicht könnte es die netzfeministischen Debatten bereichern, wenn diskutiert würde, ob in der sich zwar individuell verschieden materialisierenden, aber grundsätzlich geteilten Unsicherheit ein widerständiges, für Bündnisse nutzbares Potential liegen könnte. Die spanische feministische Gruppe *Precarias a la deriva* zum Beispiel setzt, manchen Ansätzen aus der Self-Care-Debatte nicht unähnlich, Logiken von Individualisierung und Sicherheit eine „Logik der Sorge“ entgegen und fordert eine radikale Aufwertung von Sorgearbeit (Lorey 2012, 120-123). Ähnlich wurde kürzlich von feministischen Gruppen in Berlin eine „Care Revolution“ als feministische soziale Bewegung und breite Bündnisstrategie diskutiert (Care Revolution 2014, Gruppe Kitchen Politics 2014).

Hier könnte ein Anknüpfungspunkt für die netzfeministischen Debatten liegen, der ihre Stärken, wie z.B. den Fokus auf die Anerkennung der Differenzen untereinander oder die Sensibilisierung gegenüber Verletzbarkeiten auch in herrschaftskritischen Gruppen, mit neuen Bündnisstrategien, die auf einer geteilten Verunsicherung basieren, und der Forderung nach einer Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse verbindet. Für Lorey liegt in der Flucht, im Exodus,⁴ verstanden als Bewegung innerhalb bestehender Machtverhältnisse, die Selbstregierungsmechanismen zurückweist und in sich konstituierenden temporären Bündnissen Aushandlungsräume für widerständige Lebensweisen und neue Interventionsstrategien schafft, eine Möglichkeit der kollektiven Verweigerung neoliberaler Regierungsmechanismen (Lorey 2012, 130). Vielleicht bietet gerade das queer-feministische Netz einen Raum, in dem ein solcher ‚Exodus‘ praktiziert werden könnte, in dem eine Organisation diverser Akteur_innen in ihrer Verschiedenartigkeit gelingen könnte, um neue Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln und sie in die bestehende Ordnung ‚zurück‘ zu tragen, um sie dadurch zu verändern. Hier könnte ein „Beginn der Auseinandersetzungen und Kämpfe darum, nicht mehr auf diese Weise, nicht mehr um diesen Preis regiert zu werden und sich selbst zu regieren“ liegen (Lorey 2012, 130).

Anmerkungen

- 1 Mit bestem Dank den Herausgeberinnen und dem Berliner Donnerstagscolloquium für Anregungen und Feedback.
- 2 Netzfeminismus hier verstanden als loses Netzwerk von Blogs, Twitter- und anderen Social Media-Accounts, die sich als feministisch oder queer-feministisch verstehen und unter anderem zu Feminismus im Netz schreiben.
- 3 Gemeint ist damit die Welt außerhalb des Internet bzw. des .Cyberspace.
- 4 In *Figures des Immunen* definiert Lorey den Exodus in Anlehnung an die antiken Kämpfe der Plebejer, respektive an ihren Auszug aus der Stadt, ihre Konstituierung als Bündnis und ihre anschließende Rückkehr, als Versuch, durch Entziehung, Konstituierung und Rückkehr einen Bruch in bestehende Herrschaftsverhältnisse zu schlagen, der neue Interventionsmöglichkeiten eröffnen könne (Lorey 2011, 93-313).

Literatur

A++ranting, o.J.: Wenn Du willst, dass Dein Kommentar freigeschaltet wird, dann... Internet: <http://aplusplusranting.wordpress.com/wenn-du-willst-dass-dein-kommentar-freigeschaltet-wird-dann> (5.4.2014).

AG Feministisch Sprachhandeln, o.J.: Glossar. Internet: <http://feministisch-sprachhandeln.org/glossar/> (4.4.2014).

Anne, 2013: Take care – Ein paar Ideen zur Selbstfürsorge. Internet: <http://kleinerdrei.org/2013/11/take-care-ein-paar-ideen-zur-selbstfursorge/> (4.4.2014).

Antonia, 2014: Mutterschaft, Feminismus und Erschöpfung. Internet: <http://umstandslos.com/2014/02/28/mutterschaft-feminismus-und-erschopfung-in-einer-patriarchalen-kapitalistischen-gesellschaftsordnung/> (4.4.2014).

brigitthe, 2014: Keine Lust auf Yoga. Internet: <http://www.denkwerkstattblog.net/2014/03/keine-lust-auf-yoga> (4.4.2014).

Care Revolution, 2014: Einladung. Internet: <http://care-revolution.site36.net/programm/einladung/> (8.4.2014).

Cvetkovich, Anne, 2003: Sexual Trauma/QueerMemory: Incest, Lesbianism, and Therapeutic Culture. In: Cvetkovich, Anne: *An Archive of Feelings. Trauma, Sexuality, And Lesbian Public Culture*. Durham, 83-117.

Daase, Christoph, 2010: Der erweiterte Sicherheitsbegriff. Working paper Nr. 1. Internet: www.sicherheitskultur.org/WorkingPapers/01_Daase.pdf (10.8.13).

Distelliege, 2013: Selbstfürsorge – I did it my way! Internet: <http://distels.wordpress.com/2013/10/26/selbstfursorge-i-did-it-my-way> (4.4.2014).

Distelliege, 2014: Self-Care Kritik und Praxis. Internet: <http://distels.wordpress.com/2014/03/19/selfcarekritik-und-praxis/> (4.4.2014).

Femgeeks, o.J.: Netiquette. Internet: <http://femgeeks.de/netiquette/> (5.4.2014).

Foucault, Michel, 1992: *Was ist Kritik?* Berlin.

Gruppe Kitchen Politics, 2014: Bottom up! Ein Plädoyer gegen verkürzte und mangelnde Staatskritik in der neuen Feminismusdebatte und für neue Bündnisse in der Arbeit. In: *Jungle World*, Nr. 14. Internet: <http://jungle-world.com/artikel/2014/14/49620.html> (8.4.2014).

- Grusin**, Richard, 2010: *Premediation: Affect and Mediality After 9/11*. New York.
- Hanhardt**, Christine B., 2013: *Safe Space. Gay Neighbourhood History and the Politics of Violence*. Durham, London.
- Hansen**, Helga, 2012: Von der #rp12: How to Make your Activist Space a Safe Space. Internet: <http://maedchenmannschaft.net/von-der-rp12-how-to-make-your-activist-space-a-safe-space/> (4.4.2014).
- Haggerty**, Kevin D./**Ericson**, Richard V., 2006: *The New Politics of Surveillance and Visibility*. In: Haggerty, Kevin D./Ericson, Richard V. (Hg.): *The New Politics of Surveillance and Visibility*. Toronto, 3-34.
- Hatr.org**, o.J.: Triggerwarnung. Internet: <http://www.hatr.org> (5.4.2014).
- Helga**, 2013: Eine feministische Perspektive auf die Kämpfe im Internet und um das Internet. Internet: <http://femgeeks.de/eine-feministische-perspektive-auf-die-kampfe-im-internet-und-um-das-internet/> (5.4.2014).
- Hollaback** Berlin, o.J.: Anti-Diskriminierungs Richtlinie. Internet: <http://berlin.ihollaback.org/share-your-story/anti-diskriminierungs-richtlinie/> (5.4.2014).
- High on Clichés**, 2013: Aktivismus vs. Self-care. Internet: <https://higioncliches.wordpress.com/2013/10/07/aktivismus-vs-self-care/> (4.4.2014).
- Jay**, 2013: Was Selbst_Fürsorge für mich NICHT ist. Internet: <http://virtualretreatcenter.blogspot.de/2013/12/was-selbstfursorge-fur-mich-nicht-ist.html> (4.4.2014).
- Jay**, 2014: Was sind queer-feministische caring* Communities? Internet: <http://maedchenmannschaft.net/queer-feministische-caring-communities/> (4.4.2014).
- Kämpf**, Katrin M./**Weber**, Jutta, 2014 (im Erscheinen): Never Being Alone Again? Entertwining Serious and Playful Surveillance. In: *Surveillance & Society*. 2.
- Krasmann**, Susanne, 2013: Die Regierung der Sicherheit – Über das Mögliche und das Fiktive. Internet: www.fsw.uzh.ch/foucaultblog/blog/30/die-regierung-der-sicherheit-ueber-das-moegliche-und-das-fiktive (8.1.2014).
- Lantzsch**, Nadine, 2011: Safe/r Spaces – Redebeitrag beim Berliner Slutwalk. Internet: <http://medienelite.de/safer-spaces-redebeitrag-beim-berliner-slutwalk/> (5.4.2014).
- Lantzsch**, Nadine, 2013: Macht und Selbstermächtigung. Internet: <http://medienelite.de/macht-und-selbst-ermächtigung/> (8.4.2014).
- Lorey**, Isabell, 2008: VirtuosInnen der Freiheit. Zur Implosion von politischer Virtuosität und produktiver Arbeit. Internet: <http://eipcp.net/transversal/0207/lorey/de> (9.4.2014).
- Lorey**, Isabell, 2011: *Figuren des Immunen. Elemente einer politischen Theorie*. Zürich.
- Lorey**, Isabell, 2012: *Die Regierung der Prekären*. Wien.
- Mädchenmannschaft**, o.J.: Netiquette. Internet: <http://maedchenmannschaft.net/netiquette/> (5.4.2014).
- Meyer**, Britta/**Adler**, Sharon, 2014: Interview mit den Macherinnen von Hollaback Berlin. Internet: <http://www.aviva-berlin.de/aviva/Druck.php?id=12064> (5.4.2014).
- Paula**, 2012: Zum Thema „Triggerwarnungen“. Internet: <http://puzzlestuecke.wordpress.com/2012/06/10/zum-thema-triggerwarnungen/> (20.3.2014).
- Purtschert**, Patricia/**Meyer**, Katrin/**Winter**, Yves, 2008: Einleitung. In: Purtschert, Patricia/Meyer, Katrin/Winter, Yves (Hg.): *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*. Bielefeld, 7-18.
- Rose**, Nicolas, 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt/M., 72-109.

Schimmel, Lena, 2012: Meine Rechte und die Rechte anderer Frauen in safe spaces – wenn es sowas denn überhaupt gibt. Internet: <http://lenaschimmel.de/wordpress/index.php/2012/meine-rechte-und-die-rechte-anderer-frauen-in-safe-spaces-wenn-es-sowas-denn-uberhaupt-gibt/> (6.4.2014).

Smith, Andrea, 2013: Unsettling the Privilege of Self-Reflexivity. In: Winddance Twine, France/ Gardener, Bradley (Hg.): Geographies of Privilege. New York, 263-280.

Steinmädchen, 2013: Kritik der Selbst-Fürsorge. Plädoyer für einen kämpferischen Feminismus. Internet: <http://www.identitaetskritik.de/kritik-der-selbst-fuersorge-plaedoyer-fuer-einen-kaempferischen-feminismus/> (4.4.2014).

Steinmädchen, 2014: Runde 3, the last one. Warum ich nicht mehr zu Selbstfürsorge(kritik) bloggen werde. Internet: <http://www.identitaetskritik.de/runde-3-the-last-one-warum-ich-nicht-mehr-zu-selbstfuersorgekritik-bloggen-werde/> (4.4.2014).

Tofutastisch, 2013: Blockempfehlungen und Solidarität. Internet: <http://aplusplusranting.wordpress.com/2013/12/28/blockempfehlungen-und-solidaritat/> (5.4.2014).

Unter der Glasglocke, 2013: Selbst-Fürsorge? Gedankensalat! Internet: <http://glasglocke.tumblr.com/post/64011561013/selbst-fursorge-gedankensalat> (4.4.2014).

Wersig, Maria, 2013: Ist das Netz unser Bahnhof? Internet: <http://maedchenmannschaft.net/ist-das-netz-unser-bahnhof/> (4.4.2014).

Regulierung gewaltvoller Online-Kommunikation. Perspektiven feministischer Netzpolitik auf gewaltvolle Kommunikation im Internet

GITTI HENTSCHEL. FRANCESCA SCHMIDT

„For men, it’s a toy, for women it’s a tool“ (Hentschel/Keeding 2002, 7). So lässt sich der Start und globale Erfolg des World Wide Web aus geschlechterpolitischer Sicht vor rund zwanzig Jahren kennzeichnen. Damit verbunden waren Hoffnung und Erwartung der noch relativ kleinen feministischen, geschlechterpolitisch sensibilisierten Internet-Community, sich neue Räume und Möglichkeiten zur Innovation, Kooperation und Vernetzung zu erschließen. Jedoch konstatierte Gillian Youngs schon 2002: „Die Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Perspektiven im Rahmen von Globalisierung und neuen Kommunikationstechnologien wirft wesentlich mehr Fragen auf, als sie Antworten bietet“ (Youngs 2002, 11). Eine differenziertere und realistischere Sicht auf die Chancen, aber auch Probleme und Widersprüche des Internets hat sich entwickelt. Eine der zentralen Fragen, die zu beantworten ist, bezieht sich auf Regulierungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten im Netz. Denn die neuen Möglichkeiten einer selbstbestimmten Netzkommunikation bedeuteten zwar, verlegerische Besitzverhältnisse und Meinungsführerschaften bis hin zu Kon-

troll- und Zensurinstanzen aushebeln, neue Informationswege und Meinungsforen erschließen und Gegen-Öffentlichkeiten organisieren zu können. Aber damit wurden nicht nur neue Wege für gleichberechtigte Aushandlung und Diskussion eröffnet. Zugleich starteten sogenannte „Trolle“ „Shitstorms“ in ungeahntem Maße, verbale An- und Übergriffe mit persönlichen Beleidigungen bis hin zu Denunziation und gewaltförmiger Kommunikation, die sich in besonderem Maße gegen queer-feministische Aktivist_innen, die geschlechterpolitisch unpopuläre Informationen und Minderheitsmeinungen vertreten. Wir möchten uns hier auf folgende Fragen konzentrieren: Wie kann gewaltförmige Kommunikation, im Netz verhindert und unterbunden werden? Welche Mittel der Regulierung stehen dafür in demokratisch verfassten Staaten bzw. international bereits zur Verfügung? Inwiefern kann an feministische Errungenschaften der 1970/80er-Jahre angeknüpft werden?

Word Wide Web – Chancen, Grenzen und Bedingungen für queer-feministische Kommunikation

Das Internet kann dazu beitragen, eine Vielzahl von unterschiedlichen Lebensrealitäten und Visionen darzustellen und neue Nutzungs- und Aneignungsweisen zu erproben. Dazu gehören auch queer-feministische Strategien, welche beispielsweise mit Geschlechtsidentitäten spielen oder Geschlecht dekonstruieren (vgl. Draude o.J.).

Im Bereich der Medienentwicklung und -nutzung haben zunehmend Blogs, Vlogs (Videoblogs), Podcasts oder andere Webpublishing-Formate relevante Funktionen im öffentlichen und gegenöffentlichen Diskurs übernommen, die von Einzelnen, zivilgesellschaftlich und politisch engagierten Gruppen und Institutionen produziert und veröffentlicht werden. Jede_r kann demnach potentiell Produzent_in von Nachrichten werden, Meinungen öffentlich vertreten und in einem gewissen Maße davon ausgehen, dass diese Meinung von anderen wahrgenommen, geteilt oder kritisiert wird (vgl. Toffler 1980; Blättel-Mink/Hellmann 2010). Dadurch werden unterschiedliche Teilöffentlichkeiten im Sinne von Nancy Faser (1994) hergestellt, die unterschiedlich wirkungsmächtig sind und sich im günstigsten Fall ergänzen, verstärken und damit zu einer kommunikativen Macht werden können. Auf diese Weise kann der digitale Raum zu einer Form politischer Intervention und Einflussnahme von organisiertem Protest führen und durchaus auf politische Entscheidungsfindungen einwirken.

Im globalen Kontext haben die gesellschaftlichen Umbrüche und Bewegungen zum Beispiel in der MENA-Region¹ diese politischen Möglichkeiten der Internetkommunikation, der Informationsverbreitung, Meinungsbildung und Vernetzung durch zivilgesellschaftliche Aktivist_innen deutlich gemacht. In der ersten Aufbruchphase konnten dadurch gerade frauenpolitische Aktivist_innen in Erscheinung treten und nicht zuletzt durch die internationale Aufmerksamkeit, die sie erreichten, in ihren eigenen Ländern Wirkungsmacht entfalten.

Auch in Deutschland und westlichen Ländern haben Feminist_innen diese Chancen produktiv genutzt. Beispielhaft sind hierfür Online-Proteste wie #schauhin, #aufschrei, #fbrape (USA). Der Hashtag #schauhin steht für eine Debatte über Alltagsrassismus im deutschsprachigen Raum (Maya 2013), #aufschrei dokumentiert und kritisiert Alltagssexismen. (Drücke/Zobl 2013; von Horst 2013) Unter #fbrape wird die Kapitalisierung sexualisierter Gewalt gegen Frauen auf Facebook verhandelt. Diese Debatten begannen teilweise als individuelle Erfahrungsberichte bzw. Kritiken und erreichten eine organisierende Funktion durch die Reaktionen der User_innen. Die Diskussionen und Kritiken wurden in Blogs (vgl. map 2013) fortgesetzt und entwickelten sich teilweise zu Protestaktionen auf der Straße und/oder in Veranstaltungen. Diese fanden wiederum Aufmerksamkeit in traditionellen Medien und bei (staatlichen) Unterstützungseinrichtungen, z.B. bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS).

Nicht nur in der MENA-Region oder autoritären Staaten wie China und Syrien sind zugleich die Grenzen der freien Web-Kommunikation sichtbar. Spätestens die Enthüllungen durch Edward Snowden haben gezeigt, wie weitreichend staatliche Ausspähung, Kontrolle und Zensur auch in demokratisch legitimierten Gesellschaften sind und welche Verschränkungen zwischen staatlich-politisch-militärischer und ökonomischer Nutzung und Kontrolle bestehen.

Die anfängliche Vorstellung, das Internet könne mit einer Art Gesellschaftsvertrag durch die User_innen reguliert werden, stellt sich damit als nicht mehr durchführbar dar (vgl. Barlow 1996). Neue Konzepte zu einer weitgehend von politischer Zensur und ökonomischen Verwertungsinteressen freien Internetnutzung bzw. zur diskriminierungsfreien Selbstregulierung sind gefordert, die den Staat, aber auch supranationale politische Institutionen wie EU und UNO einerseits in die Pflicht nehmen, andererseits deren Interessen einbeziehen.² Das bedeutet eine Herausforderung für Netzaktivist_innen und Communities weltweit, die gegenüber politischen Entscheidungsträger_innen auf nationaler Ebene und im internationalen Kontext ihre Forderungen und Interessen geltend machen müssen. Queer-feministische Communities und Aktivist_innen sind besonders gefordert, denn sie verfügen bereits über Ansätze für Frei- und Gestaltungsräume, die diskriminierungs- und angstfreie Teilhabe sowie kommunikative Macht im Sinne einer Gegenöffentlichkeit³ im Netz ermöglichen und gesellschaftliches Veränderungspotential haben. Allerdings sind diese im Kontext der Netzcommunities neu auszutarieren bzw. zu erkämpfen.

Die zweite Seite der Medaille – gewaltförmige Internetkommunikation

Wie beschrieben, bietet das Internet gerade für (queer)-feministisches Engagement neue Möglichkeiten zur regionalen und transnationalen Meinungsbildung, Vernetzung und Einflussnahme. Doch als Struktur und Organisationseinheit ist Netzkommunikation Teil der gesamten Gesellschaft und spiegelt gesellschaftliche Prozesse und Verhältnisse wider. Das heißt auch, sie reproduziert bestehende Machtverhält-

nisse und kann im ungünstigsten Fall auch zu deren Verschärfung beitragen oder neue Formen von Unterdrückung, Diskriminierung und Ausgrenzung hervorrufen oder zumindest begünstigen.⁴

Eklatantes Beispiel für die Reproduktion gesellschaftlicher Unterdrückungsmechanismen auch in Demokratien wie der BRD ist gewaltförmige Online-Kommunikation. Rassismus, Antifeminismus und Sexismus gespeist aus sexualisierter Gewalt, Homo- und Transphobie, sowie zahlreichen Stereotypen, die oft miteinander verbunden sind, sind strukturierende Elemente gewaltförmiger Web-Kommunikation. Die Gefahr, zum Objekt dieser Art repressiver und denunziatorischer Kommunikation gemacht zu werden, ist hier ungleich höher als in der direkten, personalen Kommunikation. Anonymität, die (physische) Unsichtbarkeit der Schreibenden wie auch der Angegriffenen und der Wegfall sozialer Kontrolle sind hierfür anscheinend wesentliche Faktoren (vgl. Brodnig 2014). Besonders bedrohliche Formen sind harassment, virtual rape (virtuelle Vergewaltigung, z.B. in Online-Spielen) oder revenge porn (sexuell explizite Videos/Fotos, die im Internet ohne Zustimmung der abgebildeten Personen verbreitet werden). Generell können damit alle User_innen getroffen werden. Verstärkt treffen sie Menschen, die von hegemonialen Diskursen ausgegrenzt werden und/oder sich selbst außerhalb verorten (Ganz 2013, 33). In besonderem Maße rufen queer-feministische Aktivist_innen bei anderen User_innen ablehnende Reaktionen und Kommentare hervor – wie sich auch aus Kommentarspalten von Mainstream-Online-Medien ablesen lässt. Zudem sind sie Zielscheibe der anti-feministischen sogenannten Männerrechtsbewegung (vgl. Rosenbrock 2012), die gut vernetzt und sehr aggressiv gegen sie agiert. Obwohl es sich bei diesen Männerrechtler_innen um eine relativ kleine Gruppe handelt, erzielen sie in etablierten Online- und auch Offline-Medien (FAZ/Zeit/Spiegel) eine sich viral potenzierende Wirkung.⁵

Oft in der Verschränkung von sexistischer, nationalistischer und rassistischer Kommunikation bis hin zu Äußerungen von sexualisierten Gewaltphantasien versuchen die Angreifer_innen, die Teilhabe der Attackierten zu hintertreiben. Susan Herring bezeichnet diese so angegriffenen und diskriminierten Gruppen als verletzlich. „Such groups can be considered vulnerable populations, in that they tend to be stigmatized and discriminated again by mainstream society“ (Herring et al. 2002, 371). Aufgrund der vermeintlich größeren Anonymität setzen Menschen mit diskriminierenden bis hin zu menschenverachtenden Haltungen allgemeine Regeln der Kommunikation bzw. des gesellschaftlichen Miteinanders leichter außer Kraft. Anonymität heißt zwar physische Unsichtbarkeit (vgl. Brodnig 2014, 24), aber nicht generelle Unidentifizierbarkeit. Tatsächlich sind User_innen nur bedingt anonym, wie unter anderem die Überwachungsskandale des letzten Jahres gezeigt haben. Gründe für Online-Harassment und hate speech sind, dass einerseits das direkte Gegenüber als mögliches Korrektiv und soziale Kontrollinstanz im Internet fehlt, andererseits die Angreifer_innen sich in ihrem sozialen Umfeld oft bestätigt sehen und keine Sanktionierungen fürchten. Daher geben sie teilweise sogar ihre persönliche Identität preis.

Gewaltförmige Kommunikation führt dazu, dass queer-feministisch engagierte Aktivist_innen, gerade Blogger_innen, die Zielscheibe solcher Attacken werden, davor zurückschrecken, das Internet weiterhin aktiv mitzugestalten. Immer wieder berichten sie, zum Beispiel auf öffentlichen Veranstaltungen – etwa Katrin Rönnicke und andere Netzaktivistinnen auf dem taz-lab 2013⁶, aber auch in geschützten Räumen –, dass sie sich nicht mehr beteiligen können oder wollen und sich auf die Position von Konsument_innen zurückziehen.⁷ Grund hierfür sind die massiven Gewaltandrohungen und Diffamierungen sowie Erfahrungen direkter Gewalt.

Manche beschränken sich in der Folge auf Teilöffentlichkeiten oder *safe spaces*, in denen sie Kommunikation und Diskussion neu, anders, diskriminierungsfrei zu gestalten versuchen. Damit verzichten sie darauf, (gesellschafts-)politisch Einfluss in so genannten relevanten Öffentlichkeiten auszuüben, die ein Ergebnis von Aushandlungsprozessen ressourcenstarker Akteur_innen (z.B. klassische Online-Medien oder andere Multiplikator_innen) sind. Die Aggressor_innen setzen sich durch.

Wer reguliert wen? Feministische Dilemmata und Widersprüche

In Deutschland und in vielen anderen Ländern existieren klare Regeln bis hin zu Gesetzen und damit Möglichkeiten auch zur juristischen Ahndung von Diffamierungen, Verleumdungen und der Verletzung von Persönlichkeitsrechten. Zwar gibt es bisher keine eigenen Gesetze zum Beispiel gegen „Cybermobbing“, aber die bestehenden Gesetze gelten auch für die virtuelle Realität. Allerdings herrscht in einer breiten Online-Community die Meinung, die viele queer-feministische Online-Aktivist_innen teilen, dass jede Form staatlicher Einmischung und Regulierung die Gefahr von Zensur und den Verlust von freier Kommunikation beinhalte. Daher setzt die Online-Community auf ‚Selbstregulierung‘ der User_innen. Die Aktivist_innen verweisen zum Teil auf das grundgesetzlich geschützte Recht auf Meinungsfreiheit und das vom Bundesverfassungsgericht 1983 formulierte „Grundrecht auf Schutz informationeller Selbstbestimmung“. Der immanente Widerspruch aus unserer Sicht ist: Die Aktivist_innen verkennen oder ignorieren, dass gerade durch digitale Hass-Kommunikation freie Online-Kommunikation und Gegenöffentlichkeiten eingeschränkt sind.

Feministische Selbstregulierung gegen ökonomische Verwertungsinteressen

Es zeichnet sich zunehmend ab, dass ressourcen- und vor allem finanzstarke Plattformanbieter_innen und Internet-Akteur_innen die Online-Regeln zu dominieren versuchen – mit erheblichen Auswirkungen auf geschlechterpolitisch emanzipative Errungenschaften. Die großen, kapitalistisch ausgerichteten, v.a. in den USA ansässigen Online-Unternehmen sind darauf bedacht, Kommunikation in ihrem Sinne zu ‚steuern‘, d.h. an ökonomischen Verwertungsinteressen zu orientieren. Sie versuchen, eine möglichst breite User_innen-Community zu erreichen, die traditionellen

westlichen und postindustriellen Wert- und Moralvorstellungen zugeneigt ist. Dazu gehören wesentlich dualistische Geschlechterbilder und hegemoniale Über- und Unterordnungsverhältnisse. Die Folge ist, dass gesellschaftskritische Gegenöffentlichkeiten Einschränkungen z.B. durch reduzierte und kanalisierte Partizipationsmöglichkeiten erfahren.

Herausragendes Beispiel ist Facebook, nicht nur durch seine redundanten Like-Anwendungen, sondern auch durch den Zwang zu Klarnamen und eindeutiger Geschlechtsangabe bei der Anmeldung.⁸ Das zeigen des Weiteren Debatten und Auseinandersetzungen auf Facebook um diskriminierende Darstellungen weiblicher Nacktheit und Verharmlosung von Gewalt gegen Frauen.

Facebook als Community-Plattform suggeriert Nutzer_innen, Teil von Selbstregulierung zu sein, indem es einen Melde-Button für ‚anstößige‘ Inhalte bzw. Spam bereitstellt. Die Standards der ‚Facebook-Gemeinschaft‘ sind aber unpräzise und vage: „Darüber hinaus legen wir Grenzen für die Darstellung von Nacktheit fest.“ Oder zu Gewalt und Drohung: „Wir entfernen die entsprechenden Inhalte und ergreifen gegebenenfalls rechtliche Maßnahmen, wenn wir ein echtes Risiko physischer Gewalt oder eine Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wahrnehmen“ (Facebook 2014). Welche Grenzen Facebook nach welchen Kriterien bei Nacktheit zieht, bleibt ebenso unklar wie der Umgang mit Gewalt. Wann ist ein Risiko für physische Gewalt „echt“? Nutzer_innen können zwar Inhalte als unangemessen melden, aber ohne Anspruch auf dessen Entfernung und ohne Möglichkeit der Community zur Beteiligung an solchen Entscheidungen. Denn „aufgrund der Vielfalt unter unseren Mitgliedern ist es möglich, dass du Inhalte als beunruhigend empfindest, diese aber gleichzeitig nicht unter unsere Kriterien für Inhalte, die entfernt oder blockiert werden, fallen“ (ebd.). Gleichberechtigte Kommunikation erweist sich damit als Schein: Durch unpräzise Definitionen versucht das Unternehmen zum einen, den gesellschaftlichen Mainstream zu bedienen und abzubilden, zum anderen aber auch engagierte Aktivist_innengruppen zu befrieden. Denn relevant sind für Facebook in erster Linie die personenbezogenen Daten, die generiert werden, um finanzielle Gewinne zu erzielen. Mit Felix Stalder gesprochen: „Wäre Facebook nicht um sein Image besorgt, würde es sich aus dem, worüber und wie sich seine Nutzer unterhalten, ganz heraushalten. Denn egal was ausgetauscht wird, alles generiert verwertbare Daten“ (Stalder 2014).

Dass feministische Proteste und Interventionen Wirkung entfalten, zeigt die Kampagne #fbrape⁹ von „Women, Action & the Media“ und 100 weiteren feministischen und geschlechterpolitischen Organisationen. Dadurch wurde 2013 mit großer Unterstützung – mit über 60.000 Tweets und über 5.000 E-Mails an die jeweiligen Firmen (z.B. audible.com, American Express oder Dove) (Newsom 2013) – Facebook dazu gebracht, die – bis dahin untauglichen – Systeme, die Hate Speech und Gewalt gegen Frauen identifizieren und löschen sollen, zu überprüfen und zu überarbeiten (Levine 2013). Diese Kampagne ist damit ein erfolgreiches Beispiel für die Möglichkeit von Selbstorganisation und Selbstregulierung von Aktivist_innen im Netz.

Feministische Selbstregulierung gegen hegemoniale Männlichkeitsvorstellungen

Ein Beispiel für eine große und selbstorganisierte Netz-Community, die nicht kommerziell ausgerichtet ist, ist Wikipedia. Die aus ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen bestehende Community hat das Ziel, eine „frei lizenzierte und qualitativ hochstehende Enzyklopädie zu schaffen und zu verbreiten. Jeder Internetnutzer kann Wikipedia nicht nur lesen, sondern auch als Autor daran mitwirken“ (Wikipedia 2014). Die Inhalte dieser Wissensplattform werden kollaborativ von den Nutzer_innen erarbeitet. Kommunikation untereinander ist dabei unerlässliche Bedingung und auf den Diskussionsseiten zu den einzelnen Artikeln nachzuvollziehen. Die in Wikipedia aufgenommenen Inhalte unterliegen „Relevanzkriterien“, die von der Wikipedia-Community gemeinschaftlich erarbeitet und abgestimmt wurden und ihr Wissen und ihre Einstellungen widerspiegeln. In der Mehrzahl (ca. 90%) sind es gut gebildete (weiße) Männer mittleren Alters aus der Mittelschicht, die im Projekt Wikipedia schreiben (Doyle 2009). Das zeigt sich unter anderem in der männlich-hegemonialen Sprachanwendung, insbesondere aber in dem Spektrum und den Perspektiven der publizierten Inhalte. Perspektiven oder Themen jenseits des Erkenntnis- und Wahrnehmungsrasters der vorherrschenden Wikipedia-Autor_innen sind gefährdet, diesen Relevanzkriterien zum Opfer zu fallen.¹⁰ Die Diskussionsseiten zu den Artikeln zeigen, dass Beiträge von Frauen in der Community oft anders behandelt werden als die von Männern. Ihr Wissen und ihre Perspektiven werden schneller in Frage gestellt. Zudem werden sich beteiligende Frauen mit sexuellen Anspielungen und Geschlechterstereotypen konfrontiert, um sowohl die Autorin als auch das Thema abzuwerten (Lam et al. 2011; Femgeeks 2012). Bestrebungen, solche Diskussionen öffentlich zu machen und für solche Diskriminierungen zu sensibilisieren, zeigen bisher keine Wirkung, obwohl im letzten Jahr Vertreter_innen von Wikipedia offensiv und öffentlich Sexismus und die Unterrepräsentanz von Frauen in ihrer Community problematisiert haben.

Wikimedia Deutschland versucht mit dem Projekt „Diversität in der Wikipedia“ die Selbstregulierung neu zu steuern. Es will ein Konzept für Gender/Diversity entwickeln, um die Vielfalt in der Wikipedia zu stärken. Verschiedene Maßnahmen werden jetzt innerhalb der deutschen und internationalen Community diskutiert und erprobt.¹¹ Dass dies zur generellen Gender-Sensibilisierung der Wikipedia-Community und der Anerkennung der Bedeutung von geschlechterpolitischen Themen und Zugängen führt, erscheint bisher unwahrscheinlich. So verweist der Begriff „Diversität“ als Überordnungskategorie darauf, dass die gesellschaftliche Relevanz von Gender als strukturbildender Kategorie, die zugleich Machtverhältnisse charakterisiert, nicht erfasst wird.

Die Beispiele Facebook einerseits, Wikipedia andererseits zeigen, wie schwierig gewalt- und diskriminierungsfreie Kommunikation in Mainstream-Online-Medien ist, die (nur) auf Selbstregulierung setzen, wenn eine Community keinen Regulierungsbedarf gegen gewaltförmige Kommunikationsstrukturen erkennt.

Rechtliche Möglichkeiten, feministische Dilemmata und Widersprüche¹²

Beleidigungen, Verleumdungen, üble Nachrede, Drohung, Erpressung, Nötigung und jede Verletzung des Persönlichkeitsrechts können in Deutschland auch in Bezug auf virtuelle Kommunikation juristisch verfolgt und geahndet werden. Im Folgenden werden zunächst die gesetzlichen Möglichkeiten, gegen gewaltförmige Webkommunikation vorzugehen aufgezeigt und dann die Widersprüche aus feministischer Sicht erörtert.

Rechtliche Möglichkeiten

Grundsätzlich besteht eine staatliche Verpflichtung, allen Bürger_innen gleichermaßen Schutzmöglichkeiten vor jeder Form gewaltförmiger Übergriffe zu gewähren. Nach deutschem Recht können User_innnen auf drei Ebenen versuchen, sich gegen sexualisierte Gewalt, Gewaltandrohungen oder andere Formen der Bedrohung und Diskriminierung im Netz juristisch zu wehren: auf der Ebene des Strafrechts, des Zivilrechts und des Öffentlichen Rechts.

Im Strafrecht, bei dem staatliche Organe die Rolle des Ermittlenden und Anklagenden einnehmen, sind im Wesentlichen Paragraphen zur Volksverhetzung (§130 StGB), Nachstellung (§238 StGB), Beleidigung (§185 StGB), Verleumdung (§187 StGB) und zur üblen Nachrede (§186 StGB) Grundlage für Anzeigen bei den Strafverfolgungsbehörden. Es zielt auf strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung und in der Konsequenz auf Bestrafung der Angreifer_in ab. Im Zivilrecht geht es um Konflikte natürlicher oder juristischer Personen untereinander. User_innen können im Rahmen einer Klage vor dem Zivilgericht Schadensersatz fordern, etwa nach Paragraph §823 BGB, wenn vorsätzlich oder fahrlässig Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt wird. Hier geht es nicht um die Bestrafung des_der Täter_in, sondern um Kompensation und Genugtuung für das Opfer. Zudem kann das Zivilrecht insofern ermächtigend wirken, als die Betroffenen selbst ein zivilrechtliches Verfahren in Gang setzen können. Doch wie im Strafrecht bleibt die Beweislast schwierig, da sie bei der_dem Kläger_in liegt. Das Öffentliche Recht bis hin zum Grundgesetz reguliert das Verhältnis von Bürger_innen und Staat, u.a. in Artikel 1 des Grundgesetzes („Die Würde des Menschen ist unantastbar“ Art. 1 I GG) und Artikel 2 („Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“, Art. 2 I GG). Bei Delikten wie Online-Harassment wird das allgemeine Persönlichkeitsrecht angegriffen, und hierbei hat der Staat den Bürger_innen gegenüber eine Schutzpflicht. Durchzusetzen ist es jedoch nur über den Weg vor das Bundesverfassungsgericht. Ein Verfassungsgerichtsurteil erzielt einerseits große Aufmerksamkeit, hat hohe Symbolkraft und eine verbindliche Rechtswirkung. Andererseits stehen bei einer Verurteilung keine Zwangsmittel oder Sanktionen zur Verfügung. Zudem ist dieser Weg extrem zeit- und ressourcenaufwändig.

Dies gilt auch für andere Verfahren nach öffentlichem Recht wie nach europäischen Gesetzen und Regelungen (Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Europäische Menschenrechtskonvention), internationalen Rechten auf UN-Ebene (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) sowie von der internationalen Frauenbewegung erkämpfte Rechtsvorschriften wie CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women) oder ICERD (International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination), zu deren Umsetzung sich Deutschland verpflichtet hat.

Feministische Widersprüche und Dilemmata

Die bisher geringe Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten liegt zum einen daran, dass viele Netzaktivist_innen die grundsätzliche Haltung haben, dass das Internet als freier Kommunikationsraum, auch im Sinne der Netzneutralität von staatlichen Regulierungen und Überprüfungen frei zu halten ist. Zudem wird Online-Harassment oft nicht als Form von Gewalt wahrgenommen, der eine gesellschaftliche Gewaltstruktur zugrunde liegt, die es grundsätzlich zu bekämpfen gilt. Hinzu kommen Unklarheiten und Unkenntnis in Bezug auf die rechtlichen Anwendungsmöglichkeiten, aber auch generelle Vorbehalte gegenüber einem Rechtssystem, in dem noch immer von Männern geprägte Werte und Normen dominieren (vgl. Schrupp 2011). Oft werden Verfahren wegen geschlechtsbasierter Gewalt eingestellt oder die Täter_innen erhalten ein geringes Strafmaß.¹³ Solche Entscheidungen wirken bagatellisierend und können Vorbehalte gegenüber rechtstaatlichen Wegen verstärken. Indem Online-Aktivist_innen dann individuell Wege des Umgangs mit Internetbedrohungen und -diskriminierungen suchen¹⁴, wiederholt sich ein grundsätzliches Dilemma, das schon die Frauenbewegung der 1970er-Jahre bei sexualisierter Gewalt hatte. Ein Teil feministischer Aktivist_innen, darunter auch viele Jurist_innen, lehnte es lange ab, die Justiz für die Verfolgung sexualisierter Gewaltverbrechen in Anspruch zu nehmen. Dies entsprach dem grundsätzlichen Autonomie-Verständnis der Mehrheit in der damaligen Frauenbewegung in einem patriarchal-hegemonial männlich ausgerichteten Staat. Gleichzeitig bestand Misstrauen gegenüber staatlichen Ein- und Übergriffen, auch aus weit verbreiteten negativen Erfahrungen vor allem im Bereich der Strafjustiz, wenn es um Gewalt gegen Frauen ging.¹⁵ Dennoch: Damals wie heute stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit solcher Strafen, d.h. inwiefern strafrechtliche Verurteilungen überhaupt zu Einsicht und Veränderung führen können, wenn solche Angriffe aus Rassismus und Sexismus gespeist werden. Außerdem ist in der öffentlichen Debatte wieder ein verstärktes „victim blaming“ feststellbar.¹⁶ Daher argumentieren Kritiker_innen der Inanspruchnahme staatlicher Strafverfolgungsbehörden auch mit der Gefahr eines gesellschaftlichen Backlashs, der sich auch auf die seit den 1970er-Jahren erkämpften Rechtsgrundlagen bzw. deren Anwendung auswirken könnte. Sie fürchten im Zusammenhang mit

dem rechtspopulistischen, gesellschaftlichen Roll-Back, den verstärkt artikulierten anti-feministischen und rassistischen Ressentiments und Vorurteilen gegenüber Vergewaltigten, wie sie etwa im Diskurs über das Kachelmann-Urteil seit 2011 deutlich wurden, dass juristische Standards zum Schutz vor sexistischen Diskriminierungen und sexualisierten Gewaltandrohungen im Kontext des ‚neuen‘ Mediums in Frage gestellt und neu verhandelt werden könnten.

Verantwortungsvolle Regulierung von Kommunikation

Für queer-feministische Diskurse und Aktivitäten ist es wichtig, die Parallelen heutiger Auseinandersetzungen zu den früheren feministischen Diskursen, aber auch die Differenzen zu erkennen. Nur dann können damals erkämpfte Errungenschaften – auch die inzwischen vorhandenen juristischen Möglichkeiten – produktiv genutzt werden. Probleme des Online-Harassment müssen kollektiviert werden. Dazu gehört, dass feministische Online-Aktivist_innen sich nicht auf private Räume zurück ziehen sondern gemeinsam offensiv etwa dem „Blaming the victim“ ein Zur-Verantwortung-Ziehen der Täter entgegen setzen.

Dies setzt voraus, dass sich feministische Netzaktivist_innen miteinander systematisch vernetzen und Bündnis-Partner_innen in anderen, auch Offline-Szenen suchen. Dazu gehören an erster Stelle feministische Expert_innen aus dem „Offline-Bereich“, wie Jurist_innen und Journalist_innen, Berater_innen in der Anti-Gewaltarbeit, die alle oft seit Jahrzehnten spezifische Expertise aufgebaut, sich bisher aber selten mit den Spezifika der Online-Gewalt auseinander gesetzt haben. Dazu gehört auch, den Intergenerationen-Dialog unter Feministinnen auszubauen. Im Austausch der verschiedenen Blickwinkel und unterschiedlichen Erfahrungen und Zugänge von verschiedenen Alters- und Expert_innengruppen kann neue Expertise und auch eine größere Schlagkraft gegen jede Form von anti-feministischer und rassistischer Gewalt aufgebaut werden.

Im Bereich der Selbstregulierung geht es dann darum, klare Vorgaben und Regeln in der Netzkommunikation als verbindlich durchzusetzen, die jede Form abwertender und gewaltförmiger Kommunikation ausschließen.

Für ein gemeinsames und gesellschaftlich wirkungsvolles Vorgehen ist es außerdem notwendig, systematisch mehr Erkenntnisse und Wissen aufzubauen, d.h. Wissenschaftler_innen sind gefordert, Untersuchungen und Studien zur Problematik von sexistischer und rassistischer Gewalt auf den Bereich der Online-Kommunikation auszuweiten und gezielt Expertise dafür aufzubauen. Noch fehlen gut ausgestattete und angemessen qualifizierte Beratungsstrukturen für Betroffene.

Das gilt erst recht für staatliche Instanzen, wie Polizei und Justiz, aber auch für Jurist_innen. Auch wenn die Inanspruchnahme juristischer Möglichkeiten umstritten bleiben wird, müssen die zuständigen Rechtsinstanzen dennoch zum weiteren Kompetenzaufbau in Bezug auf die Problematik von geschlechtsspezifischer und rassistischer Gewalt für den spezifischen Bereich der Netzkommunikation sensibili-

siert werden. Gefordert sind deshalb nicht zuletzt die Politiker_innen, die bisher die gewaltförmige Netz-Kommunikation so gut wie nicht beachtet haben. Doch auch hier muss zunächst der Druck von der queer-feministischen Community und ihren Bündnispartner_innen selbst kommen.

Anmerkungen

- 1 Middle East and North Africa, Naher Osten und Nordafrika.
- 2 vgl. Beschluss des EU-Parlaments vom 3. April 2014 zur Verordnung über die Netzneutralität (EP 2014) und (Pressemitteilung - Informationsgesellschaft 2014).
- 3 Für eine Erläuterung zum Verhältnis von Bewegungen und (Gegen-)Öffentlichkeiten vgl. Mischerikow 2009.
- 4 Dabei beziehen wir uns besonders auf demokratisch verfasste Gesellschaften, da in autoritären Staaten noch andere Formen von Repression und gewaltförmiger Kommunikation eine wichtige Rolle spielen.
- 5 vgl. Medienbeobachtungen wie NDR 2013.
- 6 Inzwischen ist Katrin Rönnicke wieder aktiv an der Online-Kommunikation beteiligt.
- 7 Hier fehlen bisher wissenschaftlich fundierte Untersuchungen. Für den Kinder- und Jugendbereich gibt es eine Vielzahl an Studien und Aufsätzen zu Cybermobbing oder Harassment, aber es häufen sich auch Einzelberichte, gerade von Frauen, die sich zurückziehen.
- 8 Nutzer_innen in den USA und Großbritannien können seit 2014 aus rund 50 Alternativen bei der Geschlechtsangabe auswählen.
- 9 Mehr zur Kampagne unter www.womenactionmedia.org/facebookaction/open-letter-to-facebook/
- 10 Wir gehen nicht davon aus, dass Männer qua Geschlecht nicht über frauenrelevante Themen/ Inhalte entscheiden können. Die Bedingung sollte generell – auch bei Frauen – sein, dass sie über einschlägig geschlechterpolitische Kompetenz und Wissen verfügen.
- 11 Mehr zu dem Projekt und den entsprechenden Maßnahmen: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Arbeitspapier-Wikipedia-Diversity_V05.pdf
- 12 Die folgenden Ausführungen stützen sich z.T. auf einen Vortrag von Lucy Chebout beim 43. Green Ladies Lunch der Heinrich-Böll-Stiftung am 25. Oktober 2013 in Berlin zu: „Digitale Öffentlichkeit und Kommunikationskultur – Perspektiven feministischer Netzpolitik“ sowie auf das nicht-öffentliche Protokoll von Nora Fritzsche. In der AG Feministische Netzpolitik, die daraufhin initiiert wurde, entwickeln wir dieses Thema weiter.
- 13 Presseerklärung des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e.V.. Danach gibt es einen signifikanten Rückgang der Verurteilung von Täter_innen im Falle einer Vergewaltigungsklage. (http://www.kfn.de/home/Presseerklaerung_Vergewaltigung.htm, 13.7.2014).
- 14 In Ansätzen wurde dies unter der Überschrift „Politik des Schlafs: Freiheit, Schutz, Ent-Netzung“ auf der Konferenz „Einbruch der Dunkelheit. Theorie und Praxis der Selbstermächtigung in Zeiten digitaler Kontrolle.“ 25./26. Januar 2014, in Berlin, diskutiert. (<http://www.einbruch-der-dunkelheit.de>).
- 15 vgl. hierzu die Analyse des „Gynäkologenprozesses“ der Rechtsanwältin Alexandra Goy, http://www.kj.nomos.de/fileadmin/kj/doc/1987/19873Goy_S_313.pdf.
- 16 <http://www.merkur-online.de/aktuelles/welt/vergewaltigungs-urteil-sorgt-empowerung-maedchen-sich-nicht-genug-gewehrt-zr-2501809.html>.

Literatur

Barlow, John Perry, 1996: A Cyberspace Independence Declaration. Internet: https://w2.eff.org/Censorship/Internet_censorship_bills/barlow_0296.declaration (4.6.2014).

Blättel-Mink, Birgit/**Hellmann**, Kai Uwe, 2010: Prosumer Revisited. Zur Aktualität einer Debatte. Wiesbaden.

Brodnig, Ingrid, 2014: Der unsichtbare Mensch. Wie die Anonymität im Internet unsere Gesellschaft verändert. Wien.

Doyle, Sady, 2009: Wikipedia: It's a Man's World. Internet: <http://www.salon.com/2009/09/04/wiki/> (9.4.2014).

Draude, Claude, o.J.: Introducing Cyberfeminism. Internet: http://www.obn.org/reading_room/writings/html/intro.html (17.3.2014).

Drüeke, Ricarda/**Zobl**, Elke, 2013: #aufschrei als Gegenöffentlichkeit – eine feministische Intervention in den Alltagssexismus? In: *Femina Politica*. 22 (2), 125-128.

Facebook, 2014: Standards der Facebook-Gemeinschaft. Internet: <https://www.facebook.com/communitystandards> (24.3.2014).

Femgeeks, 2012: Die deutsche Wikipedia unter der Lupe. Internet: <http://femgeeks.de/die-deutsche-wikipedia-unter-der-lupe/> (9.4.2014).

Fraser, Nancy, 1994: Widerspenstige Praktiken: Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt/M.

Ganz, Kathrin, 2013: Feministische Netzpolitik – Perspektiven und Handlungsfelder. Berlin. Internet: <http://www.gwi-boell.de/web/denkraeume-feministische-netzpolitik-4881.html> (24.7.2013).

Goy, Alexandra, 1987: Der Berliner Gynäkologenprozeß. In: *Kritische Justiz*. 3, 313-321.

Hentschel, Gitti/**Keeding**, Patricia, 2002: Vorwort zu: *Feminist_spaces*. Frauen im Netz: Diskurse – Communities – Visionen. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Feminist_spaces*. Frauen im Netz: Diskurse – Communities – Visionen. Königstein/Taunus, 7-10.

Herring, Susan/**Job-Sluder**, Kirk/**Scheckler**, Rebecca/**Barab**, Sascha, 2002: Searching for Safety Online: Managing „Trolling“ in a Feminist Forum. In: *The Information Society*. 5 (18), 371-384.

Lam, Shyong (Tony) K./**Uduwage**, Anuradha/**Dong**, Zhenhua/**Sen**, Shilad/**Musican**, David R./**Terveen**, Loren/**Riedl**, John, 2011: WP:clubhouse?: an Exploration of Wikipedia's Gender Imbalance. New York, N.Y. Internet: <http://dl.acm.org/citation.cfm?doid=2038558.2038560> (27.3.2014).

Levine, Marne, 2013: Controversial, Harmful and Hateful Speech on Facebook. Internet: <https://www.facebook.com/notes/facebook-safety/controversial-harmful-and-hateful-speech-on-facebook/574430655911054> (24.3.2014).

map, 2013: #aufschrei – eine kurze Bestandsaufnahme | Kleinerdrei. Internet: <http://kleinerdrei.org/2013/01/aufschrei-blogschau/> (16.6.2014).

Maya, 2013: #SchauHin – ein Hashtag, um Rassismus sichtbar zu machen. Internet: <http://femgeeks.de/schauhin-ein-hashtag-um-rassismus-sichtbar-zu-machen/> (15.4.2014).

Mischerikow, Andrej, 2009: Aneignung und Umnutzung. Medientechnik und soziale Bewegungen. In: Schönberger, Klaus/Sutt, Ove (Hg.): *Kommt herunter, reißt euch ein ... eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin, Hamburg.

NDR, 2013: Besuch vom Antifeministen. Internet: http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/feminismus141.html (14.7.2014).

Newsom, Jennifer Siebel, 2013: How Corporations Dropped the Ball on the #FBrape Campaign. Internet: http://www.huffingtonpost.com/jennifer-siebel-newsom/how-corporations-dropped-b_3366950.html (9.4.2014).

Pfeiffer, Christian/Hellmann, Deborah, 2014: KFN-Presseerklärung Vergewaltigung. Die Schwächen der Strafverfolgung – das Leiden der Opfer. Internet: http://www.kfn.de/home/Presseerklarung_Vergewaltigung.htm (27.7.2014).

pie, 2012: Vergewaltigungs-Urteil sorgt für Empörung. Internet: <http://www.merkur-online.de> , <http://www.merkur-online.de/aktuelles/welt/vergewaltigungs-urteil-sorgt-empoeerung-maedchen-sich-nicht-genug-gewehrt-zr-2501809.html> (27.7.2014).

Pressemitteilung-Informationsgesellschaft, 2014: Parlament fordert Ende der Roaminggebühren. In: Europäisches Parlament. Internet: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20140331PR41232> (9.4.2014).

Rosenbrock, Hinrich, 2012: Die Anti-feministische Männerrechtsbewegung – Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung. Internet: <http://www.gwi-boell.de/de/2013/11/20/die-antifeministische-maennerrechtsbewegung-denkweisen-netzwerke-und-onlinemobilisierung> (27.7.2014).

Schrupp, Antje, 2011: Einige Gedanken zum Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Internet: <http://antjeschrupp.com/2011/07/15/einige-gedanken-zum-prinzip-der-rechtsstaatlichkeit/> (27.7.2014).

Stalder, Felix, 2014: In der zweiten digitalen Phase: Daten versus Kommunikation. In: Le Monde diplomatique Nr. 10336. Internet: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/02/14.monde-Text.artikel,a0040.idx,5> (27.3.2014).

Toffler, Alvin, 1980: The Third Wave. New York.

Von Horst, Nicole, 2013: Aufschreien gegen Sexismus. Internet: <http://alltagssexismus.de/> (15.4.2014).

Wikipedia, 2014: Wikipedia. Internet: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Wikipedia&oldid=130992291> (16.6.2014).

Youngs, Gillian, 2002: Globalisierung und neue Kommunikationstechnologien: Geschlechtsspezifische Perspektiven. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Feministisches Institut (Hg.): feminist_spaces – Frauen im Netz. Diskurse – Communities – Visionen. Königstein/Ts., 11-25.

.

Sehnsucht nach Unmittelbarkeit. Zur Konjunktur des politischen Vitalismus

SUSANNE LETTOW

In letzter Zeit ist nicht nur viel vom „neuen“ Materialismus die Rede, sondern auch – in engem Zusammenhang damit – von der Vitalität und dem Leben an sich. Waren es zunächst die Theorien der Biopolitik, die „das Leben“ in die politische Theorie einführten und damit implizit vitalistischen Denkformen Vorschub leisteten (vgl. Lettow 2012a), sind es gegenwärtig vor allem Auseinandersetzungen um den Status von Dingen und die Bedeutung der nicht-menschlichen Welt. Sowohl in der Wissenschafts- und Technikforschung als auch in der politischen feministischen Theorie wird die Einbeziehung von anderen Lebewesen, technischen Artefakten und Dingen überhaupt angemahnt und mit einer Kritik des Anthropozentrismus verbunden. In diesem Sinne verstehen sich die meisten dieser Ansätze als „posthuman“. Einige Positionen, die in diesem Zusammenhang formuliert werden, rekurrieren auf die Vorstellung vom „Leben an sich“ oder von einer vitalen Materie, aus der heraus gesellschaftliche Prozesse zu verstehen seien. So argumentiert Jane Bennett für eine Überwindung des Anthropozentrismus in der Demokratietheorie. Statt allein von menschlichen Akteur_innen auszugehen, schlägt sie vor, die „Welt als Schwarm vibrierender Materialien“ zu betrachten, die „agentielle Verbindungen eingehen und verlassen“ (2010, 107) (Übers. SL). „Personen, Würmer, Blätter, Bakterien, Metalle und Hurrikane“, heißt es dann, verfügten zwar über „unterschiedliche Arten und Grade von Macht“ – ebenso wie unterschiedliche Personen und unterschiedliche Würmer über verschiedene Formen von Macht verfügten.

Eine weitere Vertreterin vitalistischer Positionen ist Rosi Braidotti, die von der „selbstorganisierenden oder ‚intelligenten‘ Struktur lebendiger Materie“ ausgeht (2014, 62). Braidotti geht es um einen „zoézentrierten Egalitarismus“, d.h. einen Egalitarismus, der das Gleichheitspostulat nicht allein auf Menschen, sondern auf das Leben (zoé) insgesamt bezieht. Dieser Egalitarismus soll die „fruchtbare Vitalität“ alles Lebendigen zur Geltung kommen lassen (ebd., 66).¹

Ich halte den politischen Vitalismus jedoch für problematisch – letztlich für getrieben durch eine „Sehnsucht nach Unmittelbarkeit“. Gemeint ist damit, dass der Rekurs auf ein a-historisches und prä-soziales „Leben“ mit einer Ausblendung von gesellschaftlichen, institutionell sedimentierten Macht- und Herrschaftsverhältnissen einhergeht und von der Auseinandersetzung mit der Komplexität und Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Erfahrungen und Problematiken entlastet. Dem

Materie- und Lebensstrom folgen, sich „posthuman“ als Teil einer umfassenden „vibrierenden Materie“ oder „des Lebens“ zu verstehen, ist meines Erachtens geprägt von einer unausgesprochenen Sehnsucht nach Sicherheit und Geborgenheit in einem über-historischen Geschehen.

Der politische Vitalismus ist dabei keineswegs neu, sondern erfährt in der Gegenwart eine neue Konjunktur. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts und insbesondere in der Zeit zwischen den Weltkriegen erlebten vitalistische Denkformen, damals unter dem Titel „Lebensphilosophie“, ebenfalls eine Konjunktur. In Frankreich formulierte Henri Bergson das gegenwärtig zumeist über den Umweg der Lektüre der Schriften von Gilles Deleuze rezipierte Konzept des *élan vital*. In Deutschland zirkulierten lebensphilosophische Positionen vor allem im Kontext der so genannten Konservativen Revolution, also unter den Rechtsintellektuellen in der Weimarer Republik wie Ludwig Klages oder Oswald Spengler. Dass diese Konstruktionen eines ursprünglichen „Lebens“ und der „Ganzheit“, die dem „Mechanismus“ entgegengestellt wurden, nur allzu oft mit den Phantasmen der Gemeinschaft als homogenen Lebenszusammenhang verbunden waren und anti-demokratisch, anti-feministisch und antisemitisch aufgeladen waren, haben viele Untersuchungen zum Diskurs der Konservativen Revolution aufgezeigt (z.B. Breuer 1995).

Mir geht es allerdings nicht um die Behauptung einer politischen Kontinuität dieses „alten“ Vitalismus mit neuen Spielarten des politischen Vitalismus. Die Positionen, um die es mir im Folgenden geht, verorten sich schließlich alle im Spektrum feministischer Theorie und kritischer Perspektiven. Das Problem des politischen Vitalismus liegt vielmehr auf einer strukturellen Ebene, also darin, dass „das Leben“ oder „die Vitalität“ als anonyme Grundkräfte der politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse angesetzt werden. Das führt dazu, dass diese immer schon vielfach vermittelten Verhältnisse auf ein solches Ur-Geschehen zurückgeführt werden und damit letztlich dem Begreifen, der Kritik und der Veränderung entzogen werden. Auf einer erkenntnistheoretischen Ebene fällt dies mit einer Ausblendung der Situiertheit der Erkenntnissubjekte zusammen. Das Verlangen, „dem Leben“ und „der Materie an sich“ Gehör zu verschaffen, basiert auch auf der erkenntnistheoretischen Ebene auf einer Sehnsucht nach Unmittelbarkeit, nach einem unmittelbaren und daher privilegierten Zugriff auf das Reale oder Ansicht der Dinge – letztlich auch einer Sehnsucht nach Offenbarung, die die eigene Positionierung verleugnet. Dies reproduziert den „falschen Universalismus“, der aus einer Ausblendung privilegierter Standpunkte und Perspektiven resultiert, und steigert ihn ins Planetarische oder gar Kosmische (vgl. Braidotti 2014, 86), sofern es nun um die Erfassung grundsätzlich aller menschlichen und nichtmenschlichen Lebensformen geht.

Vor diesem Hintergrund ist meines Erachtens eine kurze Bemerkung des Wissenschaftshistorikers Georges Canguilhem aus dem Jahr 1952 bedeutsam. In „Aspekte des Vitalismus“ schreibt er, es sei interessant,

die offensiven oder defensiven Renaissancen des Vitalismus in Verbindung mit den Vertrauenskrisen der bürgerlichen Gesellschaft bezüglich der Wirksamkeit der kapitalistischen Institutionen zu betrachten (2009, 179).

Obwohl Canguilhem, der die vitalistische Tradition innerhalb der Biologiegeschichte rekonstruiert, die politische Analyse nicht vertieft, ist diese Passage interessant. Denn sie macht deutlich, dass Canguilhem, dessen Studien für Foucaults Auseinandersetzung mit der Biologie maßgeblich waren, die Problematik des politischen Vitalismus durchaus wahrnimmt und von seinem eigenen, wissenschaftshistorischen Projekt abgrenzt. Dafür sprechen übrigens auch weitere Bemerkungen, z.B. zur Faschisierung der Biologie bei Hans Driesch, den wiederum Jane Bennett zusammen mit Henri Bergson schlicht als „critical vitalist“ adressiert.² Mit Blick auf die neue Konjunktur des politischen Vitalismus zeichnet sich hier ein blinder Fleck ab: Fragen nach den gesellschaftlichen und theoriepolitischen Bedingungen der Attraktivität vitalistischer Argumentationen werden ausgeblendet.

Da vitalistische Positionen in der neueren politischen Theorie sich zu einem großen Teil auf die dynamisch-vitalistische Materiekonzeption von Gilles Deleuze und Félix Guattari beziehen, werde ich Folgenden kurz skizzieren, inwiefern dieser Materiebegriff maskulinistisch artikuliert ist. Anschließend diskutiere ich dann verschiedene Positionen des „material feminism“ daraufhin, inwieweit sich Ansatzpunkte für einen gesellschaftstheoretischen Materialismus jenseits des Vitalismus finden lassen.

Dem Materiestrom folgen. Zum Materialismus und Maskulinismus von Deleuze und Guattari

Für den gegenwärtigen politischen Vitalismus spielt die Materie-Konzeption von Gilles Deleuze und Félix Guattari eine zentrale Rolle. Diese geht nicht nur auf die Bergson-Lektüre von Deleuze zurück, sondern verweist auf die systematische Überführung von biologischen Konzepten in die philosophische Sprache. Bereits in „Differenz und Wiederholung“ (1968) arbeitet Deleuze einen biologischen Subtext in seinen philosophischen Entwurf durch Rückgriff auf Darwin ein – etwa indem er den Begriff der Differenz mit dem der Selektion zusammenschließt und den Begriff der Wiederholung mit den Begriffen der Fortpflanzung und der Vererbung (vgl. ausführlich Lettow 2011). In den später mit Guattari verfassten Schriften spielen dann vor allem die Genetik und Mikrobiologie eine zentrale Rolle. So verknüpfen Deleuze und Guattari „Decodierung“ mit dem Begriff des genetischen Codes und gehen davon aus, dass „gerade die Ambiguität dessen, was die Biologen genetischen Code nennen“ (1972/1977, 424), das Zusammenspiel von Codierung und Decodierung, von Strukturierung und Entstrukturierung verständlich macht. Denn, so heißt es mit Blick auf die Molekülketten der DNA:

wenn die entsprechende Kette wirklich Codes bildet, insoweit sie sich in exklusiven molekularen Konfigurationen aufrollt, so zerstört sie sie, insoweit sie einer molekularen Ader folgend, die alle möglichen Figuren einschließt, abrollt. (...) Man könnte sagen, daß der genetische Code auf eine genetische Decodierung verweist (ebd.).

Offensichtlich werden hier biologische Begriffe zu theorieleitenden Metaphern, die einer auf Dynamik und Prozesshaftigkeit ausgerichteten Perspektive Evidenz verschaffen sollen. Diese Perspektive ist dabei auch für die Materie-Konzeption konstitutiv, auf die sich eine ganze Reihe von Vertretern und Vertreterinnen des gegenwärtigen politischen Vitalismus beziehen.

Explizit wenden Deleuze und Guattari sich gegen den Dualismus von Form und Materie, der in der Geschichte der Philosophie mit den Gegensätzen männlich-weiblich und aktiv-passiv belegt ist. Ihre Intervention besteht in einer – mit Nietzsche gesprochen – „Umwertung“ des Dualismus, also einer Verkehrung der traditionellen Zuordnungen von aktiv/passiv, männlich/weiblich. In der Folge wird die Seite der (weiblichen) Materie bei ihnen mit Aktivität assoziiert und positiv bewertet.

Schon bei Aristoteles war die Trennung von Form und Materie mit patriarchaler Herrschaft artikuliert. Sie stand im Zentrum seiner Zeugungstheorie, der zufolge das Weibliche die Materie, das Männliche die Form zur Fortpflanzung beisteuert. Mit diesem Dualismus von Form und Stoff oder Idee und Materie aber brechen Deleuze und Guattari. Sie kritisieren, dass dieses traditionelle Modell „viele aktive und affektive Dinge außer Acht läßt“ (1980/1992, 564). Stattdessen, so betonen sie, müsse man

der geformten und formbaren Materie eine sich bewegende energetische Materialität hinzufügen (...). Andererseits muss man den wesentlichen Eigenheiten, die in der Materie aus dem formalen Wesen entstehen, intensive variable Affekte hinzufügen (ebd.).

Dementsprechend kann es dann nicht darum gehen, „einer Materie eine Form aufzuzwingen“. Der Prozess des Form-Gebens muss vielmehr der Eigendynamik der Materie folgen und den qualitativen Unterschieden von Materialien entsprechen. Deleuze und Guattari erläutern das am Beispiel der Bearbeitung von Holz. Die Materie, so heißt es, ist

zum Beispiel ein mehr oder weniger poröses, mehr oder weniger elastisches und widerständiges Holz. Jedenfalls geht es darum, dem Holz nachzugeben und dem Holz zu folgen, indem man Bearbeitungsvorgänge mit einer Materialität verbindet (...): man wendet sich weniger an eine Materie, die Gesetzen unterworfen ist, als an eine Materialität, die einen *Nomos* besitzt. Man wendet sich weniger an eine Form, die in der Lage ist, der Materie Eigenheiten aufzuzwingen, als an materielle Ausdrucksmerkmale, die Affekte bilden (ebd.).

Aus dieser neuen Auffassung von Materie als einer „sich bewegenden, dahinströmenden und sich variierenden Materie“ ergibt sich eine neue Haltung ihr gegenüber:

Ganz klar wird hier mit dem Modell der aktiven Beherrschung einer passiven Materie gebrochen. Denn: „dem Materie-Strom kann man nur folgen“ (ebd.). Allerdings bleibt das Subjekt, das Deleuze und Guattari entwerfen, ein männliches. Insofern „dem Materie-Strom zu folgen bedeutet, umherzuziehen, umherzuwandern“ (ebd., 565), geht es in der Figur des Nomaden auf (der verschiedene männliche Figuren vom IBM-Programmierer bis zum Krieger entsprechen). Das Vorbild dieses Nomaden aber ist der Handwerker – eine Figur, die in Abgrenzung zum Jäger, zum Ackerbauern, Viehzüchter, Korbmacher und Töpfer als besonders männlich erscheint. Denn er ist für Deleuze und Guattari „kein Mann der Erde oder des Bodens, sondern ein Mann des Unterirdischen“ (ebd.). Seine Tätigkeit ist also weitestgehend von der in der symbolischen Ordnung „weiblichen“ Erde entfernt.³

Dieser Maskulinismus, der auf einer symbolischen Aufwertung von Weiblichkeit basiert, ist dabei nicht auf die Materiekonzeption von Deleuze und Guattari beschränkt. Er kommt auch im Konzept des Frau-Werdens zum Tragen. Denn „Frau-Werden“ ist in erster Linie eine Anrufung, die an Männer, genauer an heterosexuelle Männer, ergeht. „Frau-Werden heißt nicht“, so Deleuze und Guattari, „diese Entität zu imitieren oder sich gar in sie zu verwandeln“ (ebd., 375), auch wenn „bestimmte männliche Homosexuelle“ oder „bestimmte Transvestiten“ diese Strategien verfolgen. Gesprochen wird hier aus der Perspektive einer hegemonialen Männlichkeit, die sich bisher über die Abgrenzung von allem Weiblichen definierte. Nur aus dieser Perspektive ist es sinnvoll, dazu aufzurufen „eine molekulare Frau in uns zu produzieren, die molekulare Frau zu erschaffen“ (ebd.). Diese imaginäre Selbstverweiblichung sollen Frauen unterstützen. So hat „die Frau als molare Entität ‚Frau zu werden‘, damit auch der Mann es wird“ (ebd.) – ein Vorgang, der mit Sicherheit nicht von jenen Frauen zu erwarten ist, die Deleuze und Guattari als trocken, kalt und getrieben vom Willen der Macht beschreiben wie die „molaren“ Feministinnen.⁴

Die Konstruktion einer Post-68er-Männlichkeit, die der Materiekonzeption von Deleuze und Guattari eingeschrieben ist, wird in der gegenwärtigen Rezeption übrigens kaum beachtet. Auch dies, die Ausblendung der geschlechtlichen Konnotationen des Materiebegriffs, die Luce Irigaray und Judith Butler zum Ausgangspunkt ihrer theoretischen Überlegungen zu Materie bzw. Materialität gemacht hatten (Irigaray 1980, 203-211; Butler 1995, 51-84), ist eine weitere zentrale theoretische Leerstelle des neuen Materialismus, sofern dieser das ontologische Projekt verfolgt, „Materie als solche“ zu fassen.

Material Feminism – Gesellschaftstheoretische Perspektiven jenseits des Vitalismus?

Unter dem Namen „material feminism“ werden unterschiedliche Positionen diskutiert, denen eine kritische Haltung gegenüber dem Konstruktivismus und eine Hinwendung zur Welt der nicht-menschlichen Lebewesen, der Artefakte oder allgemein der Dinge gemein ist. Dabei spielen vitalistische Positionen eine zentrale Rolle.

Dies ist zum Beispiel bei Elisabeth Grosz der Fall, die schon Ende der 1990er-Jahre für eine „Rückkehr zu Darwin“ plädiert hat, um das „Spiel der Wiederholung und die reine Differenz“ zu denken. Grosz (2004, 2011) geht davon aus, dass es eine der vordringlichsten Aufgaben feministischer Theorie sei, die Bedeutung des „Lebens“ und des biologischen Körpers, die bislang „vergessen“ wurden, anzuerkennen. Biologie fasst sie dabei in Anschluss an Deleuze nicht als etwas Statisches, sondern als dynamische Prozessualität auf. In der Tat besteht hier eine Differenz zum „alten“ Biologismus, der sich auf fixe „angeborene“ Gegebenheiten berief. Dennoch wird hier erneut die Evolutionsbiologie zu einer Art Erstem Wissen, das einen privilegierten Zugang zum Körper verspricht. Der Status, der hier dem biologischen Wissen zugesprochen wird, und die Konstruktion eines dem Sozialen vorgängigen „Lebens“ bleiben dabei unhinterfragt. Daher hat zum Beispiel Claire Colebrook zu Recht kritisiert, dass Grosz eine traditionelle Metaphysik bediene: „beyond distinct and determined beings there is the one life that is pure act and brings those beings into existence“ (2008, 75).

Auch Braidottis vitalistischer Materialismus rekurriert auf Deleuze und Guattari. Dabei folgt sie ihnen in der Unterstellung, dass Mikrobiologie und Genetik einen privilegierten Zugang zur Dynamik und Flexibilität von Körpern darstellen. Explizit nimmt sie sie gegen den Vorwurf des Biologismus – der hier mit biologischem Determinismus gleichgesetzt wird – in Schutz.

By interpreting contemporary biology with reference to the ‚enchanted materialism‘ of empirical philosophies of immanence Deleuze attempts to disengage biology from structural functionalism and neo-determinism of DNA-driven linearity and to veer it instead towards the zigzagging patterns of nomadic becoming (Braidotti 2002, 136).

Doch auch wenn es nun um biologische Konzepte geht, die die Dynamik und Unvorhersehbarkeit biologischer Prozesse betonen, stellt der methodische Biologismus – die Überführung von biologischen Konzepten in den Bereich von Politischer Theorie – ein Problem dar. Evoziert wird ein biologisches Grundgeschehen, das nicht durch gesellschaftliche und politische Praxen vermittelt ist.

Trotz dieser Kritik aber verweisen die neo-vitalistischen und neo-materialistischen Positionen allerdings auf eine ungelöste Frage, nämlich wie Körper- und Naturverhältnisse jenseits sozialkonstruktivistischer Verengungen begriffen werden können. Dabei erweisen sich im Kontext der gegenwärtigen Debatte um den *material turn* jene Positionen als fruchtbar für eine feministische Politische Theorie, die einen implizit praxeologischen Ansatz verfolgen. So erlaubt es beispielsweise der von Stacy Alaimo formulierte Begriff der *transcorporeality*, die materiell-naturhaften Beziehungsgeflechte, in denen Menschen, nicht-menschliche Lebewesen und andere Formen von Materie zusammenwirken, zu thematisieren ohne dass dabei menschliche Praxis in einem vorgängigen Lebensprozess verschwindet und „posthumanistisch“ aufgelöst wird. Alaimo, die aus der Perspektive der *environmental justice*-Bewegung

schreibt, hat dabei die oft unvorhergesehenen, zum Teil auch unerwünschten Prozesse vor Augen, die aus der Verbindung von menschlichen Körpern, nicht-menschlichen Kreaturen, ökologischen Systemen, chemischen Substanzen und anderen Akteuren hervorgehen. Sie hebt die materiellen Prozesse hervor, die menschliche Körper durchziehen und sie mit anderen Körpern verbinden, wenn sie betont, dass „the human is always enmeshed with the more-than-human-world“ (2010, 2). Insgesamt orientiert sie damit auf eine erweiterte Auffassung von Handlungsfähigkeit, die von der Situiertheit in gesellschaftlichen Naturverhältnissen ausgeht. Im Gegensatz zu einer vitalistischen Perspektive, die ein naturhaftes, jedenfalls immer schon gegebenes „Leben an sich“ voraussetzt, geht es hier um die jeweils spezifischen Verhältnisse, die Individuen und Gesellschaften zur belebten und nichtbelebten Natur eingehen und immer wieder neu herstellen.

Dies ist etwa auch bei Mel Y. Chen (2011) der Fall, die ähnlich wie Alaimo die Durchlässigkeit menschlicher Körper für toxische Stoffe thematisiert. In ihrer Analyse von Blei, das in Spielzeug gefunden wurde, welches in China hergestellt und in den USA vor allem für Jungen aus Mittelklassefamilien vertrieben wurde, zeigt sie, dass die „Aktivität“ der toxischen Substanz keinesfalls schlicht aus „Materie“ resultiert, sondern Resultat und Element einer komplexen Verflechtung von ökonomischen, historischen, kulturellen und politischen Geschlechterverhältnissen ist. Menschliche Körper sind demzufolge zwar immer schon mit Stoffen und Materialien verbunden, doch ist diese Verbunden- und Bezogenheit immer auch gesellschaftlich und politisch vermittelt. Schließlich plädiert auch Donna Haraway für ein relationales und prozessuales Körperverständnis, das unser Verständnis von Gesellschaft und Politik erweitert. Beispiele für politische Mensch-Tier-Verhältnisse und die „politische Natur“ der Tiere bzw. die „Tier-Dimension des Politischen“ sind bei Haraway zum einen Kampfhunde, die vom Apartheidsregime in Südafrika importiert und gezüchtet wurden, zum anderen das Verhältnis von israelischen Wachhunden und syrischen Wölfen auf den besetzten Golan-Höhen (2008, 36-39). Es gibt allerdings bei all diesen Autorinnen keine Aktivität der belebten oder unbelebten Materie als solcher. Vielmehr gehen sie von je spezifischen materiellen Praxen aus, so dass ihre theoretischen Perspektiven gesellschaftstheoretisch anschlussfähig sind und den Rekurs auf ahistorische Gewissheiten der Ontologie vermeiden.

Diese Analysen, welche die Verhältnisse zwischen menschlichen Körpern und nicht-menschlichen Lebewesen und Stoffen in gesellschaftlich spezifischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen thematisieren, vermeiden drei theoretische Problematiken, die den politischen Vitalismus wie überhaupt jeden ontologischen Materialismus prägen. Diese sind erstens die Problematik der anthropologischen Reduktion, d.h. die Reduktion komplexer gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Rede von „dem Menschen“ im Singular, wobei insbesondere Geschlechterverhältnisse entnannt werden. In der Figur des Posthumanismus und des posthumanen „Wir“ taucht diese problematische Figur des Menschen wieder auf, wenn auch mit negativen Vorzeichen. Die zweite Problematik ist die der epistemologischen Entnennung. Das bedeutet,

dass sich im metaphysisch-ontologischen Anspruch, „das Leben“ oder „die Materie“ in ihrer Eigendynamik zu erfassen, die Subjekte der Erkenntnis mit ihren partialen Perspektiven und spezifischen Erkenntnis- und Theorieprojekten enttrent. In diametralem Gegensatz zu Haraways Plädoyer, von der Situietheit jeglichen Wissens auszugehen und durch Auseinandersetzung zwischen heterogenen, auch konfliktgeladenen partialen Perspektiven gemeinsame Einsichten und Projekte zu entwickeln, wird hier erneut ein „Blick von Nirgendwo“ inszeniert. Diese beiden Problematiken korrelieren mit einer gesellschaftstheoretischen Problematik, nämlich der Ausblendung gesellschaftlicher Strukturzusammenhänge und dem Fehlen einer Theorie des Politischen, die ausgehend von konkreten gesellschaftlichen Konstellationen und Geschlechterverhältnissen, politische Regulationsprozesse sowie soziale Kämpfe und Auseinandersetzungen begreifbar macht.

Vor diesem Hintergrund möchte ich abschließend noch einmal auf das Canguilhem-Zitat eingehen, das auf den Zusammenhang von politischem Vitalismus und gesellschaftlichen und politischen Krisenerfahrungen anspielt. Auch dieser Zusammenhang ist natürlich nicht als unmittelbar aufzufassen, doch was den „alten“ und „neuen“ Vitalismus verbindet, scheint eine Sehnsucht nach Gewissheit und Unmittelbarkeit zu sein, die einerseits mit theoretischen und praktischen Erfahrungen von Unsicherheit und Ungewissheit korreliert und andererseits mit einer Kritik liberaler bzw. neoliberaler Denkformen, die jedoch nicht gesellschaftstheoretisch rückgebunden ist. Für feministische Politische Theorie stellt der gegenwärtige *material turn* vor allgemeine theoretische Herausforderung dar, indem er auf die Notwendigkeit verweist Zusammenhänge zwischen Körper- und Naturverhältnissen, von menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren gesellschaftstheoretisch zu fassen. Denn obwohl die Kritik an der Trennung von Kultur und Natur ein Gemeinplatz feministischer Theorie ist, fehlt es nach wie vor an Begriffen, die diesen Gegensatz weder naturalistisch noch kulturalistisch auflösen.⁵ Für eine integrale Politische Theorie, die die Stofflichkeit und die Naturbezüge politischen Handelns – sei es in Bezug auf Tiere, Pflanzen oder andere Lebewesen, sei es in Bezug auf Stoffe wie Wasser, Erde und Luft – ernst nimmt und in ihrer Vermittlung mit Geschlechterverhältnissen begreift, scheint dies unabdingbar.

Anmerkungen

- 1 Dass es sich beim „Leben“ um ein unverfügbares, metahistorisches Geschehen handelt, kommt in folgendem Zitat besonders deutlich zum Ausdruck. „Das Leben äußert sich, einfach indem es Leben ist, in der Verwirklichung von Energieflüssen durch biologische Datencodes über komplexe somatische, kulturelle und technisch vernetzte Systeme. Ich vertrete daher die Idee eines amor fati, der uns die Möglichkeit gibt, lebendige Vorgänge und die expressive Intensität eines Lebens zu akzeptieren, das wir mit vielfältigen Anderen hier und jetzt teilen“ (Braidotti 2014, 192). Die „Liebe zum Schicksal“ (amor fati) ist eine Denkfigur, die Braidotti von Nietzsche übernimmt.
- 2 „Sicherlich“, so Canguilhem, „stellt das Denken Drieschs einen typischen Fall der Übertragung des biologischen Begriffs organischer Totalität auf das politische Terrain dar. Nach 1933 ist aus der Entele-

- chie (der Kraft eines Organismus, die auf dessen Vollendung hin wirkt/SL) ein Führer des Organismus geworden“ (2009, 176).
- 3 Deleuze und Guattari zufolge ist „der erste und wichtigste Umherziehende [...] der Handwerker. Und der Handwerker ist weder Jäger, noch Ackerbauer oder Viehzüchter. Er ist auch kein Korbmacher oder Töpfer, die sich nur nebenher mit hand-werklicher Tätigkeit beschäftigen. Er ist derjenige, der dem Materie-Strom als reiner Produktivität folgt, das heißt in seiner mineralischen und nicht in pflanzlicher oder tierischer Form“ (1980/1992, 569).
 - 4 Feministinnen verfolgen Deleuze und Guattari zufolge eine „molare“ Politik, die dem „molekularen“ Frau-Werden entgegensteht. Es handelt sich, wie sie schreiben, häufig um „ausgesprochen trockene Frauen [...], die vom Ressentiment, vom Willen zur Macht und von kalter Mütterlichkeit angetrieben werden“ (1980/1992, 375).
 - 5 Eine wichtige Ausnahme stellen hier allerdings die Überlegungen zum Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Kontext des Frankfurter Instituts für sozialökologische Forschung dar. Aus geschlechtertheoretischer Sicht problematisch erscheint mir dabei allerdings der Rekurs auf die Philosophische Anthropologie (Lettow 2012b).

Literatur

- Alaimo, Stacy**, 2010: *Bodily Natures. Science, Environment, and the Material Self*. Bloomington, Indianapolis.
- Bennett, Jane**, 2010: *Vibrant Matter. A Political Ecology of Things*. Durham.
- Braidotti, Rosi**, 2002: *Metamorphoses. Towards a Materialist Theory of Becoming*. Cambridge.
- Braidotti, Rosi**, 2014: *Posthumanismus. Leben jenseits des Menschen*. Frankfurt/M., New York.
- Breuer, Stefan**, 1995: *Anatomie der Konservativen Revolution*. Darmstadt.
- Butler, Judith**, 1995: *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Berlin.
- Canguilhem, Georges**, 2009: Aspekte des Vitalismus. In: Canguilhem, Georges: *Die Erkenntnis des Lebens*. Berlin, 149-182.
- Chen, Mel Y.**, 2011: Toxic Animacies, Inanimate Affections. In: *GLQ: A Journal of Lesbian and Gay Studies*. 17 (2/3), 265-286.
- Colebrook, Claire**, 2008: On Not Becoming Man: The Material Politics of Unactualized Potential. In: Hekman, Susan/Alaimo, Stacy (Hg.): *Material Feminisms*. Bloomington, 52-84.
- Deleuze, Gilles**, 1992: *Differenz und Wiederholung (1968)*. München.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix**, 1977: *Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie*. Bd. 1 (1972). Frankfurt/M.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Félix**, 1992: *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie*. Bd. 2 (1980). Berlin.
- Grosz, Elizabeth**, 2004: *The Nick of Time. Politics, Evolution, and the Untimely*. Durham, London.
- Grosz, Elizabeth**, 2011: *Becoming Undone. Darwinian Reflections on Life, Politics and Arts*. Durham.
- Haraway, Donna**, 2008: *When Species Meet*. Minneapolis.
- Irigaray, Luce**, 1980: *Speculum. Spiegel des anderen Geschlechts*. Frankfurt/M.
- Lettow, Susanne**, 2011: *Biophilosophien. Wissenschaft, Technologie und Geschlecht im philosophischen Diskurs der Gegenwart*. Frankfurt/M., New York.

Lettow, Susanne, 2012a: Von der Biopolitik zur Bioökonomie. Das Problem des Vitalismus. In: Rödel, Malaika/Sänger, Eva (Hg.): Biopolitik und Geschlechterverhältnisse. Münster, 26-43.

Lettow, Susanne, 2012b: Materialität/Naturalität. Elemente einer feministischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: /Çağlar, Gülay/do Mar Castro Varela, María/Schwenken, Helen (Hg.): Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit. Opladen, Farmington Hills, 167-176.

Von der Romantik imaginärer Verluste: Bringing the material back in?

HANNA MEISSNER

Seit einiger Zeit melden sich verstärkt Stimmen zu Wort, die unter der Bezeichnung *new materialism* eine „radically non-anthropocentric (...) ontology“ (Coole 2013, 4) vertreten. Es geht dabei um eine grundsätzliche Infragestellung der besonderen Rolle des Menschen in der Welt und insbesondere um eine Kritik anthropozentrischer Konzeptionen, die transformative Wirkmächtigkeit nur oder vor allem in menschlicher Handlungsfähigkeit verorten. Beklagt wird der Verlust von Materialität in diskurstheoretischen Perspektiven; gegenüber vermeintlichen Exzessen eines konstruktivistischen linguistischen Monismus, „a tendency to become imprisoned within self-referential circles of language“ (Coole 2013, 14), wird das Anliegen formuliert, die Wirkmächtigkeit des Materiellen anzuerkennen: „to give matter its due“ (ebd.) – „to move beyond discursive construction and to grapple with materiality“ (Alaimo/Hekman 2008, 6).¹

Ich habe viel Sympathie für dieses Anliegen, das sich in meinen Augen mit feministischer und postkolonialer Kritik an andro- und eurozentrischen Konfigurationen des modernen Subjekts verknüpfen lässt (vgl. de Lauretis 1990; Yeğenoğlu 1998; Venn 2002). Allerdings weist genau diese mögliche Verknüpfung zugleich auf einen neuralgischen Punkt der derzeitigen Debatten des *new materialism* hin: Die Frage, wer dieser Mensch ist, gegen den sich die Kritik des Anthropozentrismus richtet, bleibt vielfach nicht nur unbeantwortet, sondern sogar ungestellt. In Proklamationen der Überwindung des Primats menschlicher Subjektivität erscheint das menschliche Subjekt als analytische Leerstelle.

Der überschwängliche, teilweise geradezu euphorische Tenor in vielen dieser posthumanistischen oder nicht-anthropozentrischen Bestrebungen macht mich nachdenklich. Soll nicht in geradezu idealistischer Weise „Ballast“ (diskurstheoretische, auf soziale Strukturen rekurrierende Erklärungen) abgeworfen werden, um endlich (wieder) zur Sache selbst vorzudringen? Um dieser Frage nachzugehen, will ich im ersten Schritt die subjektanalytische Leerstelle etwas genauer betrachten und die These vorbringen, dass sich das im *new materialism* zum Ausdruck gebrachte Verlangen nach Unmittel-

barkeit im Bezug zu Materialität als melancholische Verhaftung an den Verlust einer idealisierten Ursprünglichkeit deuten lässt. Im Begehren einer Überwindung des Primats des Menschlichen wird so in eigentümlicher Weise ein spezifisches Subjekt als Mensch schlechthin verallgemeinert und letztlich reaktualisiert. Im zweiten Schritt skizziere ich den Menschen an Michel Foucault anschließend als historische Figur, um so das Begehren nach einer eigenen Wirkmächtigkeit des Materiellen, als das Begehren eines bestimmten, historisch situierten Subjekts begreifen zu können. Im dritten Schritt greife ich Judith Butlers Hinweis auf, dass überschwängliche Gesten der Überwindung gar politisch gefährlich sind, um das Argument zu untermauern, dass wir die Suche nach anderen Zugängen zu Materialitäten jenseits des Menschlichen als emanzipatorische *menschliche* Gestaltungsaufgabe begreifen sollten.

Jenseits des menschlichen Subjekts?

Die Debatten des *new materialism* fordern dazu auf, die privilegierte Stellung des Menschen radikal in Frage zu stellen. Das Anliegen sollte ernstgenommen werden, sofern es darum geht, ein Verständnis von Verantwortung und Ethik zu entwickeln, das nicht um menschliche Intentionalität und souveräne Subjektivität zentriert ist. So situiert Karen Barad, eine der Autor_innen, auf die sich viele Beiträge im Rahmen des *new (feminist) materialism* beziehen, ihre Texte explizit in einer feministischen Tradition, „that focuses on the possibilities of making a better world, a livable world, a world based on values of co-flourishing and mutuality“ (2011, 450).

Dies ist ein ethisches und politisches Anliegen – *making a better world*. Mit der Problematisierung menschlicher Intentionalität wird also nicht notwendigerweise jeder Begriff von Verantwortung über Bord geworfen, vielmehr wird nach anderen Konfigurationen von Verantwortung jenseits humanistischer Implikationen von Vernunft und Kontrolle gefragt:

Responsibility, and accountability take on entirely new valences. (...) Responsibility is not ours alone. (...) Responsibility entails an ongoing responsiveness to the entanglements of self and other, here and there, now and then (Barad 2007, 394).

Es geht darum, neue Möglichkeiten zu finden, wie wir uns dem Materiellen, dem Jenseits-des-Menschlichen zuwenden, indem wir uns als Teil der materiellen Welt begreifen und diese Welt nicht als unsere äußerliche Umwelt sehen, in der wir unsere Intentionen umsetzen, über die wir verfügen oder die wir gar beherrschen könnten:

Learning how to intra-act responsibly within and as part of the world means understanding that we are not the only active beings – though this is never justification for deflecting that responsibility onto other entities. The acknowledgement of ‚nonhuman agency‘ does not lessen human accountability; on the contrary, it means that accountability requires that much more attentiveness to existing power asymmetries (Barad 2007, 218f.).

In diesem Zitat wird eine grundsätzliche Spannung erkennbar zwischen der Annahme, dass das Werden der Welt nicht nur oder in erster Linie auf menschliches Handeln zurückzuführen ist und der Annahme, dass ganz wesentliche Momente der bestehenden Verhältnisse in den Zuständigkeitsbereich menschlicher Verantwortung fallen: Adressat_in und Akteur_in dieser Ethik und Verantwortung ist eben jenes Subjekt, das grundsätzlich in Frage gestellt wird. Ethische Forderungen nach Verantwortung, ebenso wie Konzeptionen des Politischen, können – zumindest in dem epistemischen Kontext, in dem wir dies hier verhandeln – einer Erzählung in der ersten Person – wir tragen Verantwortung, wir sollen uns ethisch angemessen verhalten – nicht entkommen. Diese Erzählperspektive ist einerseits ein Problem, da sie nicht nur Aktivität und Verfügungsmacht einseitig zuschreibt, sondern auch ein bestimmtes ‚wir‘ voraussetzen scheint. Sie ist andererseits aber auch eine historische Notwendigkeit, wollen wir uns nicht einem überschwänglichen Optimismus hingeben, der sich in idealistischen Gesten der Überwindung von Grenzziehungen zwischen Menschlichem und Nicht-Menschlichem ergeht und dabei zugleich die Kategorie des Menschlichen in eigentümlicher Weise totalisiert.

In den derzeitigen Debatten der *new materialisms* besteht allerdings die Tendenz, gerade diese Spannung zu schnell in Erzählungen der Überwindung aufzulösen. So argumentiert beispielsweise Stacy Alaimo:

For our purposes here (gemeint ist eine Rekonzeptualisierung von *agency* als ‚agency without subjects‘; Anmerk. HM) it is important to note that one of the reasons Barad’s theory offers such a far-reaching and potent reconceptualization of materiality is that it does not sever nature from culture, human from non-human (Alaimo 2008, 249).

Alaimo interpretiert dies als *Überwindung* der Differenz: „Barad’s ontology (...) renders distinctions between ‚nature‘ and ‚culture‘ nonsensical“ (Alaimo 2008, 249). In der Tat hinterfragt Barad diese Unterscheidung von Natur und Kultur. Wenn sie aber schreibt, „To begin analysis with the nature/culture dichotomy already in place is to begin too late“ (Barad 2011, 449), dann scheint mir dies weniger darauf hinaus zu laufen, diese Dichotomie für *unsinnig* zu erklären. In Barads Formulierung ist vielmehr die Möglichkeit angelegt, dies als eine Frage nach den spezifischen Modalitäten und Effekten einer solchen Grenzziehung zu begreifen: Wie gehen wir analytisch und politisch mit dieser Grenzziehung um?

I use the terms ‚posthumanist‘ and ‚posthumanism‘ to mark a commitment to accounting for the boundary practices through which the ‚human‘ and its others are differentially constituted (Barad 2008, 172).

In ihrer Kritik am Allmachtsanspruch des Menschen und ihrem Anliegen, die Wirkmächtigkeit des Nicht-Menschlichen hervorzuheben, bleibt Alaimo ihrerseits in eigen-

artiger Weise diesem Dualismus verhaftet; dem von zerstörerischen Allmachtsphantasien geschlagenen Menschen steht die Natur als menschenfreie Wildnis gegenüber:

It may be dangerous, from an environmental perspective, to dwell within the interface between human and nature, since that is the very site of environmental devastation wrought by (over)consumption, dumping, and trampling. In short, it may still be best to embrace environmental ideals of wilderness, (...) which work to establish boundaries that would protect nature from human exploitation and degradation“ (Alaimo 2008, 258).

Auffällig ist, dass der Mensch hier als Subjekt gesetzt wird, das auf seine Umwelt als ausbeutbare Ressource zurückgreift, die es in verschwenderischer und zerstörerischer Weise konsumiert. Zwar weist Alaimo darauf hin, dass die hier implizierte Idealisierung unberührter *wilderness* problematisch ist, „both because of its pernicious ideological legacy of erasing the presence of indigenous peoples and because it promotes a devaluation of the various ‚natures‘ that most of us actually inhabit“ (Alaimo 2008, 258). Allerdings bleibt unklar, welchen kategorischen Ort *indigenous peoples* in diesem Zusammenhang einnehmen; auch stellt sich die Frage, was die ‚natures‘, in denen wir leben, von der Natur als *wilderness* unterscheidet. Einen Schlüssel zur Klärung dieser Inkonsistenzen sehe ich in einer stärkeren Aufmerksamkeit für das, was Neel Ahuja als „effortless use of the ‚we‘“ (Ahuja 2010, 131) bezeichnet. Die beiläufige Selbstverständlichkeit, wer dieses ‚wir‘ ist, lässt eine Leerstelle deutlich werden: Indem die historische Situiertheit des menschlichen Subjekts nicht thematisiert wird, wird unter der Hand ein Subjekt als Mensch schlechthin eingeführt, das sich im Anschluss an subjektkritische Debatten als ein historisch spezifisches, als abendländisch-bürgerliches, männliches Subjekt erweist (vgl. de Lauretis 1990; Yeğenoğlu 1998). Zugleich wird damit auch der für dieses Subjekt konstitutive Dualismus von Kultur und Natur weiter mittransportiert, ohne dass dieser als Bestandteil der diskursiven Ökonomie thematisiert wird, in der sich auch die Kritik an diesem Subjekt notwendigerweise bewegt. Eine solche Festschreibung des Menschlichen findet sich auch bei Diane Coole:

Although humans have always interacted with technologies in order to dominate nature, (...) in an era referred to as the anthropocene, nature may be said to have become so thoroughly imprinted with and destroyed by human projects – projects that are altering the very geology and biosphere of the planet – that it no longer makes sense to refer to any relatively independent domain (Coole 2013, 4).

Die hier implizierte ahistorische Geschichtlichkeit, die menschliches Agieren in der Welt als Streben nach technologischer Naturbeherrschung universalisiert und zugleich mit dem Bezug auf den Begriff des Anthropozän² einen erdgeschichtlichen Umschlagpunkt setzt, an dem der Mensch zum zentralen Akteur in allen Teilsystemen der Erde wird, will ich als melancholischen Bezug auf eine verlorene idealisierte Ursprünglichkeit deuten, „a melancholic configuration that mistakes a discursively

produced absence for a loss“ (Ball 2006, 50): Das, was verloren scheint – „unser“ Bezug zu einer reinen Materialität –, ist eine imaginäre und idealisierte ursprüngliche Unmittelbarkeit. Imaginär insofern, als etwas in eine Vergangenheit (vor der Moderne oder vor dem Anthropozän) projiziert wird, das eher, wie ich im nächsten Schritt mit Bezug auf Michel Foucaults Analysen moderner Subjektivität skizzieren will, als konstitutives Moment einer Diskursökonomie³ zu fassen ist, die eine spezifische Unterscheidung zwischen einem menschlichen Cogito und einer äußeren Welt hervorbringt. Eine Diskursökonomie, die auch die Bedingung der Möglichkeit für Versuche darstellt, derartige Dualismen zu überwinden.

Foucault: Das Zeitalter des Menschen

Mit Foucault lässt sich ‚der Mensch‘ als historische Figur fassen, die mit dem ‚Zeitalter des Menschen‘ überhaupt erst die Bühne des Weltgeschehens betritt. Foucault macht bestimmte historische Möglichkeitsbedingungen erkennbar, die in einer besonderen Weise eine Differenz zwischen einem menschlichen Subjekt und einer objekthaften Materialität hervorbringen und dadurch auch erst einen Anspruch auf Kontrolle oder gar Beherrschung dieser Materialität in spezifischer Weise ermöglichen. Das menschliche Streben nach technologischer Naturbeherrschung lässt sich somit in historischen Dispositiven situieren. Der Mensch, der sich als abgrenzbares und intentionales Individuum begreift, das auf eine äußere Umwelt als passive Ressource zurückgreifen kann, die es (in verschwenderischer und zerstörerischer Weise) nutzt und konsumiert, ist das moderne abendländische Subjekt, zu dessen Entstehungsbedingungen nicht zuletzt die kapitalistische Produktionsweise, eine patriarchale Ordnung und koloniale Eroberungen gehören (vgl. Stoler 2002; Meißner 2010).

Als zentrales Moment dieser Bedingungen macht Foucault eine spezifische Macht-Wissen-Ordnung erkennbar, die um den Menschen zentriert ist, in der der Mensch Subjekt und Objekt von Erkenntnis und Handeln ist. In einem epistemischen Bruch gegen Ende des 18. Jahrhunderts habe der Mensch eine privilegierte Stellung „an den Grenzen der Welt“ (Foucault 1974, 375) erhalten: Er schaut als Subjekt des Wissens von diesem privilegierten Ort auf eine Welt, deren (Natur-)Gesetzmäßigkeiten er erkennen und sich zunutze machen kann.⁴ Zugleich ist der Mensch ebenfalls diesen Gesetzmäßigkeiten unterworfen, er existiert selbst als Objekt in dieser Welt und muss daher beständig begründen, unter welchen Bedingungen er erkenntnisfähig ist. Der Mensch ist als Subjekt der Erkenntnis also immer mit dem konfrontiert, was er aufgrund seiner innerweltlichen Objekthaftigkeit nicht denken kann.

„Unsere“ historische Macht-Wissen-Ordnung operiert insofern mit einer spezifischen Differenz von diskursiv Verfügbarem und nichtdiskursivem Anderen. Dieses Andere des erkennenden Denkens ist, so Foucault, die notwendige Begleiterscheinung des modernen Menschen und beständiger Antrieb eines Begehrens diese Kluft zu überwinden: „Das ganze moderne Denken ist von dem Gesetz durchdrungen, das Ungedachte zu denken, in der Form des *Für sich* die Inhalte

des *An sich* zu reflektieren“ (Foucault 1974, 394). Diese Dynamik des Denkens verschränkt sich mit spezifischen Machtverhältnissen und bringt nicht zuletzt mit dem imaginären Ideal der *Seele* einen Ort und Modus der Subjektivität als spezifische Differenz zum Körper hervor (Foucault 1977, 33ff.). Mit dem Begriff der „Seele“ bezeichnet Foucault ein historisches Phänomen, das keine überhistorische Konstante darstellt, zugleich aber weder bloße Illusion noch ideologischer Begriff sei (vgl. Foucault 1977, 41), sondern der wirkliche Effekt einer spezifischen, diskursiven Grenzziehung. Die Seele

ist das Element, in welchem sich die Wirkungen einer bestimmten Macht und der Gegenstandsbezug eines Wissens miteinander verschränken (...). Über diese Verzahnung von Machtwirklichkeit und Wissensgegenstand hat man verschiedene Begriffe und Untersuchungsbereiche konstruiert; Psyche, Subjektivität, Persönlichkeit, Bewusstsein, Gewissen usw. (Foucault 1977, 42).

Die Seele, ist, so Foucault, als Effekt und Instrument einer politischen Anatomie das Gefängnis des Körpers (ebd.).

Dies ist ein recht gewaltvolles Bild, das ein hierarchisches Verhältnis von Seele und Körper impliziert. Zudem könnte es scheinen, als affirmiere Foucault die moderne Dichotomie von Geist und Körper, gegen die sich die Kritik des *new materialism* wendet. Aber Foucaults Ausführungen sind hier nicht als einfache Bestätigung einer ontologischen Dichotomie zu lesen, sondern im Sinne einer historischen Ontologie, die die Unterscheidung von Körper und Seele als Effekt einer spezifischen Macht-Wissen-Ordnung begreift. Über eine historische Konfiguration von disziplinierenden Praktiken werden im Hinblick auf eine bestimmte ökonomische Nützlichkeit „unterworfen und geübte Körper, fügsame und gelehrige Körper (fabriziert)“ (Foucault 1977, 177). Zugleich wirken diese Disziplinierungen nicht in erster Linie über einen äußerlichen körperlichen Zwang, sondern über Zugriffe auf eine subjektive Innerlichkeit; so ist der Körper nicht selber Zielscheibe etwa von Bestrafung oder von pädagogischen Maßnahmen, sondern wird zu einem Vermittler, durch den auf etwas Transzendentes, nämlich das Individuum und seine „Seele“, gezielt wird. Insofern gibt es nicht *den* Körper, den man nun gegenüber der Dominanz der Seele wieder zu seinem Recht kommen lassen könnte, sondern es gibt spezifische historische Dispositive, die Körper und Seele als zwei Elemente des menschlichen Daseins in einem spezifischen hierarchischen Konstitutionsverhältnis *fabrizieren*.

Das im *new materialism* zum Ausdruck gebrachte Begehren, der Materialität des Körpers (wieder) eine eigene Stimme zu geben, kann insofern als das Begehren eines spezifischen Subjekts begriffen werden, das durch die Differenz von Seele und Körper überhaupt erst hervorgebracht wird. „Wir“, die diese Problematisierungen des Subjekts in einem wissenschaftlichen Kontext diskutieren und vorantreiben wollen, sind konstitutiv mit dieser Figur verbunden. Wir können uns als solche Subjekte nicht einfach entscheiden, uns der Materialität (unserer Körper) anders zuzuwenden.

Die Hoffnung, die wir mit Foucaults Analysen aber haben können, ist, dass wir – eben gerade aufgrund der Historizität unserer Subjekthaftigkeit – „andere Formen der Subjektivität zustandebringen“ (Foucault 1983, 250) können, und im Sinne einer solchen Hoffnung sehe ich wichtige Impulse im *new materialism*. Aber um diese Impulse sinnvoll zu nutzen, gilt es die Spannung zu halten; wir müssen als menschliche Subjekte an der Hervorbringung von Subjektivierungsweisen arbeiten, die unsere fundamentale Verflochtenheit in die Welt in weniger hierarchischen und gewaltvollen Verhältnissen ermöglichen und dabei zugleich fundamental zur Disposition stellen, was das Menschliche ausmacht.

Die Euphorie der Überwindung als politisches Problem

Die subjektivierenden Effekte dieses spekulativen, immateriellen Elements rekonstruiert Foucault insbesondere anhand des Dispositivs der Sexualität: „Mit der Schaffung dieses imaginären Elements „Sex“ hat das Sexualitätsdispositiv eines seiner wesentlichsten inneren Funktionsprinzipien zustande gebracht: das Begehren nach Sex“ (Foucault 1983, 186). Foucault versteht „Sex“ als imaginäres Ideal, als „eine komplexe historische Idee“ (Foucault 1983, 181), über die erst ein spezifischer Zusammenhang und eine Dynamik zwischen „Körper(n), Organe(n), somatische(n) Lokalisierungen, Funktionen, anatomisch-physiologische(n) Systeme(n), Empfindungen, Lüste(n)“ (Foucault 1983, 182) ermöglicht werden, an die sich wiederum unterschiedliche diskursive Praktiken (Medizin, Pädagogik, Psychologie, Ethik usw.) anschließen können. Vor allem aber bringt dieses imaginäre Element mit dem Begehren nach Sex einen immateriellen subjektivierenden Effekt mit sich; „Sex“ wird zum konstitutiven Element individueller Intentionalität: „ihn zu haben, zu ihm Zugang zu haben, ihn zu entdecken, ihn zu befreien, ihn zu diskutieren, zu artikulieren, seine Wahrheit zu formulieren“ (Foucault 1983, 186).

Im Schlussteil von „Der Wille zum Wissen“ formuliert Foucault die Hoffnung, dass wir uns von der Macht des Sex-Begehren losmachen könnten:

Und träumen müssen wir davon, daß man eines Tages, in einer anderen Ökonomie der Körper und der Lüste, nicht mehr recht verstehen wird, wie es den Hinterhältigkeiten der Sexualität und der ihr Dispositiv stützenden Macht gelingen konnte, uns dieser kargen Alleinherrschaft des Sexes zu unterwerfen (Foucault 1983, 190).

Wollen wir diesen Traum jedoch nicht als passive Hoffnung begreifen, sondern davon ausgehen, dass es Möglichkeiten des Eingreifens gibt, um eine andere Ökonomie der Körper und der Lüste Wirklichkeit werden zu lassen, stellt sich die Frage, wo die Ansatzpunkte für ein solches Eingreifen sein könnten. Foucault macht diesbezüglich einen Vorschlag, der in gewisser Weise überraschende Parallelen zu der im *new materialism* zum Ausdruck gebrachten Hoffnung auf einen anderen Bezug zur Materialität jenseits des Diskursiven aufweist: „Gegen das Sexualitätsdispositiv

kann der Stützpunkt des Gegenangriffs nicht das Sex-Begehren sein, sondern die Körper und die Lüste“ (Foucault 1983, 187).

Wie Judith Butler in einer kritischen Auseinandersetzung mit dieser Passage deutlich macht, zeigt sich hier die Crux des Spannungsverhältnisses, dass die Träger_innen und Adressat_innen dieser Hoffnung eben diejenigen sind, deren Subjekthaftigkeit durch die idealisierten Elemente „Seele“ und „Sex-Begehren“ konstituiert wird. Foucaults Beschwörung der Körper und der Lüste liest Butler als Ausdruck eines überschwänglichen Utopismus der Überwindung (Butler 1999, 17), den Foucault in späteren Texten selbst Frage stellte. Noch in unserem Bestreben, Sex-Begehren als historisches Diskursregime zu kritisieren, bewegen wir uns innerhalb der diskursiven Parameter dieses Regimes und können keinen absoluten Bruch in Form eines „reinen“ Bezugs auf Körper und Lüste vollziehen. Mehr noch: Die Hoffnung, sich im Bezug auf Körper und Lüste beispielsweise der normativen Regulierung der Heterosexualität entziehen zu können, erweise sich gar als politisch gefährlich:

Indeed, if we claim that ‚sex-desire‘ and the intense teleological and heterosexual normativity that it brings with it is vanquished by the politics based on the rallying point of ‚bodies and pleasures‘, we deprive ourselves of the critical tools we need in order to read the trace and phantom of heteronormativity in the midst of our imagined transcendence (Butler 1999, 18).

Angesichts der Zerstörungen, die mit dem Zeitalter des Menschen und der ihm eigenen Vorstellung technischer Kontrollierbarkeit der Natur verbunden sind, ist eine Erfindungs- und Transformationsarbeit hin zu weniger gewaltsamen Verhältnissen sicherlich notwendig. Wichtiges Element einer solchen Erfindungs- und Transformationsarbeit ist die Frage, wie wir uns der Materialität unserer Bedingungen anders zuwenden können. Hier stimme ich vollkommen mit dem kritischen posthumanistischen Impetus des *new materialism* überein. Um diesen Impetus allerdings im Sinne transformatorischer (politischer) Praktiken aufgreifen zu können, ist es notwendig, dass „wir“ eine solche Zuwendung weiterhin erst mal nur als die eines menschlichen Subjekts verstehen, eines Subjekts, das seine Welt (auch) als historisch konstituiert wahrnimmt und für das genau diese sozialen Dynamiken Ansätze des gestaltenden Handelns bieten. Die Werkzeuge der Machtanalysen, die mit einer solchen Subjektivierung verbunden sind, sollten „wir“ trotz des mit ihnen verbundenen schwierigen Erbes nicht aus der Hand geben. Gerade angesichts der Wirkmächtigkeit neoliberaler Dogmen, in denen Politik weitgehend auf das steuernde Eingreifen in vermeintlich naturwüchsig ablaufende (Markt-)Dynamiken reduziert scheint, ist das Festhalten an einem Subjekt, das die Forderung erheben kann, eine andere, bessere Welt zu wollen, eine emanzipatorische Notwendigkeit. Der Mensch als Subjekt ist das unmögliche Erbe, das wir nicht nicht annehmen können:⁵

Der Punkt ist nur, dass man mit dem Kampf für diese Werte eingesteht, dass die eigene Position nicht ausreicht, um das Spektrum des Menschlichen herauszuarbeiten, dass man

sich in ein kollektives Projekt einbindet, in welchem der eigene Status als ein Subjekt aus demokratischen Gründen eine Verunsicherung erfahren muss, weil es dem ausgesetzt ist, was es nicht weiß (Butler 2009, 63f.).

Eine wichtige Frage im Anschluss an die Debatten des *new materialism* ist, wie wir kollektive Projekte in einer Weise begreifen und praktizieren können, dass sie nicht den Menschen als modernes abendländisches Subjekt voraussetzen und reproduzieren, sondern Räume der Möglichkeit öffnen, in denen wir unsere konstitutiven Abhängigkeiten von anderen Menschen, aber auch von Materialitäten jenseits des Menschlichen möglichst gewaltlos gestalten können. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass wir die Bedingungen, die uns in spezifischer Weise als erkennende und repräsentierende Subjekte hervorbringen, anerkennen. Eine solche Anerkennung eröffnet nämlich überhaupt erst die Möglichkeit, auch die Verluste die mit diesen Bedingungen verbunden sind, wahrnehmen und bearbeiten zu können, statt uns melancholisch an eine imaginierte Ursprünglichkeit zu binden.

Anmerkungen

- 1 Unter der Bezeichnung *new materialism* verorten sich derzeit recht unterschiedliche Ansätze mit heterogenen theoretischen Bezügen; zu den Gemeinsamkeiten gehört unter anderem eine Kritik des Anthropozentrismus sowie der Fokus auf Prozesse des Werdens statt auf strukturelle Verfestigungen (als Überblick vgl. van der Tuin 2011; Coole 2013).
- 2 Der Begriff Anthropozän – das ‚Zeitalter des Menschen‘ – geht auf den Atmosphärenchemiker Paul Crutzen zurück. Er bezeichnet ein neues, etwa um 1800 einsetzendes Erdzeitalter, das durch tiefgreifende Eingriffe des Menschen in die Natur gekennzeichnet ist. Internet: www.nationalgeographic.de/reportagen/anthropozan-das-zeitalter-des-menschen (25.8.14).
- 3 Dieser Begriff verweist auf Foucaults Verständnis einer historisch spezifischen Konstellation von Verfahren und Regeln, nach denen wahre Aussagen gemacht werden können. „[die Gesamtheit von Bedingungen (...), die zu einem gegebenen Zeitpunkt und in einer bestimmten Gesellschaft das Auftreten von Aussagen regieren, ihre Aufbewahrung, die zwischen ihnen errichteten Beziehungen, die Weise, in der man sie zu ordnungsgemäßen Gesamtheiten gruppiert, die Rolle, die sie ausüben, das Spiel der Werte und die Sakralisierungen, von denen sie affiziert werden, die Art und Weise, in der sie in Praktiken und Verhaltensweisen eingebettet sind, die Prinzipien, gemäß deren sie zirkulieren, verdrängt, vergessen, zerstört oder reaktiviert werden“ (Foucault 2001, 902).
- 4 Der Mensch, der diese privilegierte Stellung einnehmen kann, ist in gewisser Weise tatsächlich ein ‚er‘; der für eine solche Sicht von Nirgendwo als Bedingung objektiver Erkenntnis (Donna Haraway nennt dies den ‚god trick‘) notwendige Subjektstatus war in seiner historischen Entstehung an eine weiße, bürgerliche Männlichkeit gekoppelt (Haraway 1988).
- 5 „I think ‚we‘ – that crucial material and rhetorical construction of politics and of history – need something called humanity. It is that kind of thing which Gayatri Spivak called ‚that which we cannot not want‘“ (Haraway 2004, 49).

Literatur

- Ahuja**, Neel, 2010: Rhetorics of Endangerment. Cultural Difference and Development in International Ape Conservation Discourse. In: Roos, Bonnie/Hunt, Alex (Hg.): *Postcolonial Green. Environmental Politics and World Narratives*. Charlottesville, VA, 118-134.
- Alaimo**, Stacy, 2008: Trans-Corporeal Feminisms and the Ethical Space of Nature. In: Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (Hg.): *Material Feminisms*. Bloomington, 237-264.
- Alaimo**, Stacy/**Hekman**, Susan, 2008: Introduction: Emerging Models of Materiality in Feminist Theory. In: Alaimo, Stacy/Hekman, Susan (Hg.): *Material Feminisms*. Bloomington, 1-19.
- Ball**, Karyn, 2006: The Longing for the Material. In: *Differences: A Journal of Feminist Culture Studies*. 17 (1), 47-87.
- Barad**, Karen, 2007: Meeting the Universe Halfway. Quantum Physics and the Entanglement of Matter and Meaning. Durham.
- Barad**, Karen, 2008: Living in a Posthumanist Material World. Lessons from Schrödinger's Cat. In: Smelik, Anneke/Lykke, Nina (Hg.): *Bits of Life. Feminism at the Intersections of Media, Bioscience, and Technology*. Seattle, London, 165-176.
- Barad**, Karen, 2011: Erasers and Erasures: Pinch's Unfortunate 'Uncertainty Principle'. In: *Social Studies of Science*. 41 (3), 443-454.
- Butler**, Judith, 1999: Revisiting Bodies and Pleasures. In: *Theory, Culture & Society*. 16 (2), 11-20.
- Butler**, Judith, 2009: *Die Macht der Geschlechternormen*, Frankfurt/M.
- Coole**, Diane, 2013: Agentic Capacities and Capacious Historical Materialism: Thinking with New Materialisms in the Political Sciences. In: *Millenium: Journal of International Studies*. 41 (3), 451-469.
- Foucault**, Michel, 1974: *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt/M.
- Foucault**, Michel, 1977: *Überwachen und Strafen*. Frankfurt/M.
- Foucault**, Michel, 1983: *Sexualität und Wahrheit*. Bd. I. *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt/M.
- Foucault**, Michel, 2001: Über die Archäologie der Wissenschaften. Antwort auf den Cercle d'épistémologie. In: *Dits et Ecrits – Schriften I*. Frankfurt/M., 887-931.
- Haraway**, Donna, 1988: Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: *Feminist Studies*. 14 (3), 575-599.
- Haraway**, Donna, 2004: *Ecce Homo, Ain't (Ar'n't) I a Woman, and Inappropriate/d Others: The Human in a Post-Humanist Landscape*. In: Haraway, Donna: *The Haraway Reader*. New York, London, 47-61.
- Lauretis**, Teresa de, 1990: Eccentric Subjects: Feminist Theory and Historical Consciousness. In: *Feminist Studies*. 16 (1), 115-150.
- Meißner**, Hanna, 2010: *Jenseits des autonomen Subjekts. Zur gesellschaftlichen Konstitution von Handlungsfähigkeit im Anschluss an Butler, Foucault und Marx*. Bielefeld.
- Stoler**, Ann, 2002: *Carnal Knowledge and Imperial Power. Race and the Intimate in Colonial Rule*. Berkeley, Los Angeles et al.
- Tuin**, Iris van der, 2011: New Feminist Materialisms – Review Essay. In: *Women's Studies International Forum*. 34 (4), 271-277.
- Venn**, Couze, 2002: Refiguring Subjectivity after Modernity. In: Walkerdine, Valerie (Hg.): *Challenging Subjekts. Critical Psychology for a New Millenium*. Basingstoke, New York, 51-71.
- Yeğenoğlu**, Meyda, 1998: *Colonial Fantasies. Towards a Feminist Reading of Orientalism*. Cambridge, New York et al.

„I want the government to legalise prostitution.“

Sexarbeiterinnen in Johannesburg, Südafrika und das Dilemma wissenschaftlichen Arbeitens

SIGRID KANNENGIESSER

Die Geschlechterforschung beschäftigt sich auch mit dem Arbeits- und Lebensalltag von Sexarbeiterinnen sowie ihren politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen (z.B. Schrader 2013; Gunderson 2012; Greif 2012; Le Breton 2011). Sowohl im wissenschaftlichen wie im öffentlichen Diskurs kommen die Sexarbeiterinnen jedoch selten selbst zu Wort, auch, weil sie wenig oder keinen Zugang zu den Diskursen haben oder ihnen dieser verwehrt bleibt.¹ In wissenschaftlichen Studien werden Aussagen von Sexarbeiterinnen meist interpretiert wiedergegeben, so dass Wissenschaftler_innen Repräsentant_innen und Interpretator_innen der Sexarbeiterinnen werden. Dies ist sicherlich ein „wissenschaftliches Dilemma“, ist es doch eine Aufgabe wissenschaftlichen Arbeitens, empirische Daten zu interpretieren.

Durch qualitative Forschungsmethoden können die Perspektiven individueller Akteur_innen und ihre subjektiven Deutungsmuster rekonstruiert werden (vgl. Degele 2008, 135; Kruse 2008, 17). „Qualitative Forschung ist Feldforschung“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014, 39); unter der Anwendung qualitativer Erhebungsmethoden wie z.B. offener Leitfadeninterviews kann auf die Relevanzstrukturen der Interviewpartner_innen eingegangen werden, ohne dass die wissenschaftliche Fragestellung aus dem Blick gerät (siehe ebd., 126; Kruse 2008, 53). Mit Hilfe qualitativer Auswertungsmethoden wie z.B. dem Kodierverfahren der Grounded Theory, die nicht theorieprüfend, sondern theoriegenerierend arbeiten will (Strauss/Corbin 1996, 8f.), können erhobene Daten relativ offen interpretiert werden. Doch auch im Zuge des Kodierens werden die Daten aufgebrochen, konzeptualisiert und auf neue Art zusammengesetzt (ebd., 39), so dass Forschende in das qualitativ erhobene Material eingreifen und diesem „den eigenen Stempel“ aufdrücken. So sind auch qualitativen Forschungsmethoden Grenzen bei der Rekonstruktion der Perspektive sozialer Akteur_innen gesetzt. Besonders problematisch scheint mir dies bei der Erforschung subalternen Personen² zu sein. Versuche einer Subalternen, sich selbst zu repräsentieren, müssen immer wieder scheitern, da sie den institutionalisierten Strukturen der Repräsentation nicht entsprechen (ebd., 37). „Bei Spivaks Frage ‘Can the subaltern speak?’ handelt es sich lediglich um eine rhetorische Frage, denn dem Konzept der Subalternen ist die Unmöglichkeit des Sprechens inhärent“ (ebd., 39). Diese Unmöglichkeit gilt auch für den wissenschaftlichen Diskurs. Denn auch durch die Anwendung qualitativer Methoden bleiben es die Forschenden, welche die Interviewleitfäden erstellen, Daten erheben und auswerten sowie Ergebnisse präsentieren. Eine Lösung dieses Dilemmas scheint nicht möglich, eine Schmäle-

rung des Problems könnte jedoch sein, die sozialen Akteur_innen (und Subalternen) in unkommentierten Interviewpassagen zu Wort kommen zu lassen und damit im (wissenschaftlichen) Diskurs zu platzieren. Zwar wird damit das oben benannte Dilemma des Zugangs zu den Diskursen nicht gelöst und die Forschenden sind weiterhin diejenigen, die die Daten erheben, Interviewpassagen auswählen und über die Publikation entscheiden, doch kann das Eingreifen der Forschenden im Hinblick auf die Interpretation der Daten damit minimiert werden. Damit wird z.B. eine einseitige Lesart des Datenmaterials vermieden. Auch kann der Gefahr einer Objektivierung sozialer Akteur_innen, die beforcht werden, entgegengetreten werden: So können die Akteur_innen unkommentiert für sich sprechen, und es wird nicht mehr über sie gesprochen.

In diesem Forenbeitrag möchte ich dies versuchen und südafrikanische Sexarbeiterinnen unkommentiert für sich sprechen lassen. Durch eine Collage von Interviews, die ich im Februar 2010 mit Sexarbeiterinnen in Johannesburg führte, soll hier die Perspektive der Sexarbeiterinnen in Südafrika abgebildet werden. Die Situation von Sexarbeiterinnen in Südafrika ist politisch insofern sehr prekär und daher politikwissenschaftlich relevant, da Sexarbeit in Südafrika nach dem Sexual Offences Act kriminalisiert ist (SWEAT 2013). Ihr kriminalisierter Status führt zu einer gesellschaftlichen Stigmatisierung der Sexarbeiterinnen und sie können gegen sie verübte Gewalttaten aufgrund ihres Status nicht zur Anzeige bringen. Denn suchen sie Hilfe bei der Polizei, werden sie oftmals Opfer polizeilicher Gewalt (Lalu 2007; Massawe 2010). Ca. 70% aller SexarbeiterInnen in Südafrika haben laut einer Studie Gewalt durch die Polizei erfahren (SISONKE/SWEAT/WLC 2012). So formt sich ein Teufelskreis: Der kriminalisierte Status der Sexarbeiterinnen verstärkt die gesellschaftliche Stigmatisierung, die wiederum zu Gewaltakten gegen die Sexarbeiterinnen führt, welche sie aufgrund ihrer rechtlichen Position nicht anzeigen können.

Im Zeitraum der Interviews, kurz vor der FIFA-Fußballweltmeisterschaft, war die Debatte um die Dekriminalisierung von Sexarbeit neu entfacht. Viele der südafrikanischen Sexarbeiterinnen erhofften sich durch ansteigende Touristenzahlen mehr Einkommen. Sogar der frühere südafrikanische Polizeikommissar Jackie Selebi schlug eine temporäre Legalisierung der Sexarbeit vor, jedoch nicht um die Situation der Sexarbeiterinnen zu verbessern, sondern weil er befürchtete, dass die südafrikanische Polizei nicht über die Kapazitäten verfüge, die (zu erwartende) zunehmende Sexarbeit zu ahnden (vgl. Agbiboa 2010). Die interviewten Sexarbeiterinnen selbst forderten die Dekriminalisierung ihres Status und politisches Handeln vom südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma. Doch Sexarbeit in Südafrika blieb während der Weltmeisterschaft und ist auch weiterhin kriminalisiert.

Die hier ausschnitthaft präsentierten leitfadengestützten qualitativen Interviews führte ich für eine Studie, in der ich einen Workshop für digitales Geschichtenerzählen mit Sexarbeiterinnen analysierte (siehe Kannengießer 2014, 2012). Interpretierte und bewertete ich in der Studie das Interviewmaterial, welches sich auf den Workshop bezog, so möchte ich jetzt meinen Einfluss auf das Material auf eine Auswahl

und Sortierung bestimmter Interviewsequenzen begrenzen: Neben der Schilderung ihrer Erfahrung stehen die politischen Forderungen der Sexarbeiterinnen im Zentrum.

Interviewt wurden folgende Sexarbeiterinnen:³

1. Scarlett Mabuza, 28 Jahre alt
2. Amahle Mushwana, 39 Jahre alt
3. Joy Bhebhe, 30 Jahre alt
4. Mbali Silongo, 32 Jahre alt
5. Delisiwe Shabangu, 38 Jahre alt
6. Genesis Nkosi, 36 Jahre alt
7. Mudiwa Kaleni, 31 Jahre alt

Bis auf Genesis Nkosi, die aus Simbabwe kommt, sind alle anderen Frauen Südafrikanerinnen. Die Namen der Interviewten habe ich zu ihrem Schutz anonymisiert; alle Frauen gaben ihr Einverständnis zur Veröffentlichung der Interviews. Diese wurden aufgenommen und transkribiert, Fehler nicht korrigiert, jedoch punktuell einzelne (fehlende) Wörter eingefügt oder ausgelassen, um die Lesbarkeit zu erleichtern. Die Auswahl und Sortierung des Materials scheinen mir für die Aufbereitung der Interviews zu einem Forenbeitrag unerlässlich, kann das Format eines geschriebenen Artikels, der linear rezipiert wird und über begrenzten Platz verfügt, doch nicht komplett aufgebrochen werden. Abgesehen von diesen Eingriffen sollen die Sexarbeiterinnen im Folgenden für sich selber sprechen und damit einen Einblick in ihren Lebens- und Arbeitsalltag sowie ihre politischen Forderungen geben.

How did you become a sex worker?

Mudiwa Kaleni: If my mother was alive, (I) wouldn't have gone into prostitution and getting infected with HIV and AIDS, and raped by (...) by the client that I've gone with (...). My father is the one who early passed away early in '87 and my mother passed in 1989. So I couldn't go to school because my mother who was paying for my school fees. When my mother passed away I had to leave school and stay with my uncle (in Zimbabwe, SK) (...) He started to abuse me physically and emotionally but I had to run away, I ran away and came back here (nach Südafrika, SK), when I was here, there was no one that I could go to. (...) So from there, I didn't have a place to stay I was sleeping with one guy to another, anyway just to have a place (...) to sleep, until I met another (...) lady (...). I told her my story and then she said 'Okay fine. You'll, you'll stay in my place and then we go together, if you go with a man, he must pay you.' And then that's how I started.

Genesis Nkosi: I was born in a good family and I was married to a good husband. We have three children, two boys and one girl. But God just separated us with death.

Then from there I start to look for a job, I get a job as a receptionist, I work in my home country (Zimbabwe, SK) but economical in my country things were becoming tough. The money I was earning, it was not enough for me to look after my kids and send them to school. So I decided to come here in South Africa to look for the green passes. So when I came here it was difficult for me to get a job because of my papers. When you're looking for a job here in South Africa, you must have a work permit. So I didn't have that work permit and I suffer, living outside at Park Station (Busstation in Johannesburg, SK) for the whole week but just God made me to meet one of my friends. She told me she's working in a hotel. But she didn't even tell me what kind of a job she's doing in the hotel. (...) I said: 'Ya. Let us go together.' So when I get to the hotel, she told me this is the job to be a sex work. I'd no option, I have to take it because no place to go, no shelter, no food. I start to work as a sex worker for three years, providing my children food, clothes and schooling.

Mbali Silongo: My mother passed away and then I was the oldest one. So I have to look (...) after the young ones, my younger sisters. So it's what, it's what is putting me to this job.

Joy Bhebhe: My mother passed away in 1997. So from this time (...) I start to do this job because things was bad after that. (...) I have two brothers and one sister. One sister is married so I was left with two brothers. So I'm supporting him. My father, he get (...) a stepmother. After he get the stepmother the things was start to change. So my stepmother is having the children from outside and was having the children from my father. So after this, my stepmother start to chase us away and my father, he tell us, we must go in the first house. So, we start to move out in, in the other house of my father, we go to the old house. So that house was, was bad because was old house. So after that (there) was nothing I can do, I say we can't stay in this house, I start to meet one of my cousins. I ask him, he must look a job for me. He tell me: 'No, I don't have a job, I offer you now. The only thing I can help with you, you must go to do the business now for sex workers.' I start to do this job, I start to renovate this house (...). I start to build this house, we went to stay with my brothers.

Scarlett Mabuza: My dad passed away in 1994, my mother passed away in 2004. So I lived at home with my three step mum. So they're like strict. They don't want me to do things, if I ask them: 'Can you buy me something?' So, 'No, we don't have money.' 'Can I go to school?'; 'No, we don't have money.' So, I come to Johannesburg, to look some job. Actually, I find a job in 2003, I work as a domestic worker in Gauteng. I think it was two years. And I left there. (...) I find a boyfriend, I got pregnant and I want to stay with him. So, for me to stay with him it was good at the time and the baby was growing. Down the line there was a problem, he was start to beating me, throwing me out of the room. So I had to go. I had to go. Because I was, I was in an abusive relationship and I can't take it anymore. Because I see if I'm continuing

staying with the person, he will end up killing me. So I have to find an option to get out of that house and I did.

Delisiwe Shabangu: The time I start this job it was so difficult to me (...). I was so young to start this job and then in the middle, I left because I (was) born again, (...). (At the) end of the day, you see, if there's no food at home, you've got children, there's no father, you are a single mother you have to pay, all the children they are crying they want this and that and then I go back to this job (...) to be a sex worker.

What do you think about being a sex worker?

Genesis Nkosi: Ya, some they say: sex work, it's bad. But on my side, I can't say it's very bad because it makes me (...) to look after my kids and my family because since from that time they were getting whatever they want and they were living a standard life, different from others. And other people they were not even seeing that they don't have a father, they've only mother, but I was doing everything for them.

Delisiwe Shabangu: There is some people they're enjoying to do this job, but to me, as I'm a Christian, sometimes I feel guilty when I'm in the church. I feel so very guilty when the pastor preaching the bible tell us: 'the body you have is not your body, is belong to god. (...) Why you have two men?' What about me? I don't have two men. I'm sleeping with a hundred men a day or more than a hundred a day and sometimes yes, I feel guilty. Is not a nice job.

Mudiwa Kaleni: It's very risky. To me I don't want to lie, it's, I'm very sick and tired of it. I wouldn't, advice anybody to go there. For example youth, I would advise them to, those who've got the opportunity go to school they must go to school. Because education is the key to success, they must go to school and make sure that they pass. Because if you, you don't have an education you are nothing. That's why I end up being on the street. (...)

You can be killed by your client, you can be raped, you can get infected with HIV/AIDS and STIs. Those are the risks and you can be a victim of drugs, you can, can start taking drugs, abusing drugs because they are a part of (...) coping mechanism, they help you to cope, if you take drugs and alcohol, it's easy, you can do anything because they make you high. (...)

To me it's, it's like a job, just like anybody is doing a job. Because that's where my income is coming from. I don't see anything wrong with doing sex work. Because sex work is a job. My income is coming from there. (Lacht) (...) Besides, I abuse my own body, I don't abuse anybody's body, it's my body, decide what I want to do with it. But that's not what I want now.

Amahle Mushwana: I take my kids to school, I provide food for them, everything in the house. 'Cause I'm a breadwinner. (...) I'd describe myself as a, a brave woman because what I did, I'm proud of it because now my kids are something because of this money. (...) I can do what every woman do, even if we're working at the parliament. I am like, I am like her. Because she's getting money at the end of the month, I am getting money. She's taking her kids to the school, I'm taking my kids to the school, you go to shop to do grocery for her kids, even me, I go to the shop to do grocery for my kids. So, that's why I said I'm proud of myself.

Scarlett Mabuza: Being a sex worker is not a good job at all. It's not a good job. I don't want to lie to myself just because I'm doing this sex working thing. Is not a good job. (But) to me, it's like to get what I want. (...) to fulfil my needs. (...) Clothes, food, paying my rent, being away from home. So I can be independent.

Mbali Silongo: If you're married but you've got man, boyfriend, you sleep with them, you are also a prostitute but (...), you are a prostitute for nothing. At least we, we're getting something.

Do your family and friends know that you are a sex worker?

Amahle Mushwana: They (ihre Familie, SK) don't know (...) what I am doing. Because (...) the job I am doing is not legalized. Is still (...) a bad thing.

Joy Bhebhe: Even my child, (...) if he ask me: 'Mummy where're you working?' I have to lie to tell him, I used to tell him: 'I'm working in the city lodge.' (...) Sometimes he say he want to go with me, I say: 'No, you can't go with me because me, if I'm going to work, I'll start to work,' (...) He (ihr Freund, SK) know I'm a sex worker. (...) He's not fine, he told me. (...) He don't like what I'm doing but he's nothing he can do because he don't have enough money (...). He say (...) he can support me and my child but he can't support my family because even him, he's having his family and their children.

What are your experiences with clients and the police?

Mudiwa Kaleni: I couldn't even go to the police station to report because (...) I got into that guys car. I went into his house, he didn't force me to his car or to his house. So that's, when he showed me his true colours when we were in his house, where he slept with me and came with another guy, coloured guy to come and sleep with me and rape me and the other one in the morning. So in this work, is not easy. You can get killed, raped, infected with HIV and STIs. (...) After being raped, and that baby, because I couldn't, to be honest, I don't believe in abortion. So I couldn't abort the baby, so I wanted to put him on adoption and then, the time when he was growing,

I bonded with him. The time this guys came to me, I've bond with the child and I didn't want to put him on adoption.

Joy Bhebhe: Sometimes people (...) they abuse us, they take advantage. Sometime we can't agree each other with the money, if we arrive there (...), he change his mind he say: 'No, I can't give you the money, you must go.'

Genesis Nkosi: The dangers, it's like, even the client can take you out. At times, you don't even know at his place how many men are still, how many people are there, they'll rape you, all of them. They don't pay you. So you don't have anywhere to tell, even if you go to the police (...), they say you deserve it because you're a prostitute. They don't listen to our problems.

Delisiwe Shabangu: The police outside, they harass us, assault us, taking our money, when we are doing the job.

What do you demand from the South African government?

Mudiwa Kaleni: I want the government to legalise prostitution. If the government can't legalise prostitution then the government must create more jobs and build houses for prostitutes and put them in the houses with their families and then send their kids to school (...). There are many of prostitutes who've got talent who can sew, who are hair dressers, (...) who can bake, do catering, cooking, many things, (...) others they do manicure and pedicure nails (...). So the government must create jobs for them and take those who couldn't afford to go further with their education to schools to finish their education. Those who are willingly because others may not be willingly to go back to school. But I believe many want to go back to school. They didn't leave school, like me I left school when I was very young. (...) I remember every day I used to have a book and a pen I always write but I didn't get a chance to go back to school.

Delisiwe Shabangu: We just ask our government to take care of us, we just tell government: Don't take us as we're animal, we're human being. We don't like to do this job but because of poverty in this country we can't feed us. All of us, to give us whatever we need.

Amahle Mushwana: The government must decriminalise or legalise sex workers so that they can be free,

Genesis Nkosi: If the government just allow decriminalise sex work, I think it will be much better because now (...) even if the people they see you, you're being raped (...) by a client, they won't even help you. So if it is decriminalise, I think it will help everywhere.

Scarlett Mabuza: For those who want to stay in sex work, I want government to help those who want to be a sex worker. From the police, from the community we're living in, in our country because sex workers, they don't have access in the law. (...) When it comes to South African things, when it comes to vote, they want us to vote, I did, I vote. (...) I want sex work to be decriminalise because in South Africa there's no jobs. Really there's no jobs. Because being a sex worker is not like you, you stealing someone's money, you grab a bag, (...) no it's just an agreement between you and your client. I don't think there's a big issue that our president won't allow sex work to be decriminalised.

In den hier präsentierten Interviewsequenzen beschreiben die Sexarbeiterinnen die Beweggründe für ihre Arbeit, ihre Erfahrungen sowie ihre Erwartungen und Forderungen an die politischen Entscheidungsträger_innen in Südafrika. Durch ihre Aussagen kann die Situation von Sexarbeiterinnen in Südafrika sowie der politische Kontext wahrgenommen werden. Ich möchte die Aussagen hier jedoch auch abschließend nicht interpretieren, vielmehr soll durch die Interviewauszüge die Perspektive einiger Sexarbeiterinnen wiedergegeben werden, und es ist an jeder/jedem Leser_in die Aussagen zu rezipieren. Da hier keine Interpretation der Daten vorgenommen wurde, bleiben somit unterschiedliche Lesarten möglich. Inwiefern diese Interpretationsfreiheit auch für Leser_innen hilfreich ist, die sich weniger im hier relevanten Diskurs auskennen, ist zu diskutieren. Dennoch scheint mir eine Vermeidung von Einseitigkeit durch das Auslassen einer Deutung des Materials möglich zu sein. Des Weiteren ist es mir ein Anliegen, durch diese Darstellung des Materials eine Objektivierung der Sexarbeiterinnen zu vermeiden.

Am Beispiel der hier präsentierten Interviewsequenzen möchte ich einen Aspekt des Umgangs mit Daten in der Wissenschaft thematisieren und zur Debatte stellen, inwiefern Beforschte selbst in wissenschaftlichen Diskursen eine Stimme bekommen können, ohne durch die Forschenden (notwendigerweise?) repräsentiert und interpretiert zu werden.

Anmerkungen

- 1 Ein Gegenbeispiel ist die von Leopold, Howe und Dücker herausgegebene Publikation „Sexarbeit. Eine Welt für sich. Erzählstücke aus erster Hand“ (2008), in der Erzählungen von Sexarbeiterinnen in Deutschland veröffentlicht wurden.
- 2 In den Subaltern Studies werden all diejenigen, die keinen Zugang zum öffentlichen Raum haben, als Subalterne bezeichnet (Dhawan 2008, 38). In diesem Sinne verwende ich auch den Begriff der Subalternen in diesem Beitrag und entsprechend sind auch die hier im Fokus stehenden Sexarbeiterinnen Subalterne, da die hier Interviewten keinen Zugang zur Öffentlichkeit haben.
- 3 Die interviewten Sexarbeiterinnen besuchten den Workshop bei der südafrikanischen Nichtregierungsorganisation Women'sNet 2010 in Johannesburg (Kannengießer 2014). Der Workshop selber hatte zum

Ziel, den Sexarbeiterinnen in den von ihnen in diesem Seminar produzierten Filmen eine Stimme zu geben und sich im Hinblick auf die Dekriminalisierung von Sexarbeit zu äußern (Kannengießer 2012). Insofern provozierte u.a. auch der Workshoprahmen die Inhalte der von mir geführten Interviews.

Literatur

Agbibo, Daniel, 2010: World Cup 2010 and the Legalisation of Sex Work: Postulations and Expostulations. Internet: www.ngopulse.org/article/world-cup-2010-and-legalisation-sex-work-postulations-and-expostulations (3.4.2014).

Degele, Nina, 2008: Gender/Queer Studies. Paderborn.

Dhawan, Nikita, 2008: Postkoloniale Feminismen und die Politik der Subalternität: Repräsentationspolitiken. In: Olympe: Feministische Arbeitshefte zur Politik. 27, 36-41.

Greif, Elisabeth, 2012: SexWork(s). Verboten – erlauben – schützen? Linz.

Gunderson, Constance, 2012: Human Trafficking. The Trafficking of Women in Northern Germany for the Purpose of Sexual Exploitation. Systemic Overview of Community Based Responses and Challenges. Münster.

Lalu, Vivienne, 2007: Considering Decriminalization of Sex Work as a Health Issue. The Experience of SWEAT 2007. Internet: www.kit.nl/net/KIT_Publicaties_output/ShowFile2.aspx?e=1280 (3.5.2010).

Le Breton, Maritza, 2011: Sexarbeit als transnationale Zone der Prekarität. Migrierende Sexarbeiterinnen im Spannungsfeld von Gewalterfahrungen und Handlungsoptionen. Wiesbaden.

Leopold, Beate/**Howe**, Christiane/**Dücker**, Elisabeth von (Hg.), 2008: Sexarbeit. Eine Welt für sich. Erzählstücke aus erster Hand. Hamburg.

Kannengießer, Sigrid, 2012: Digital Storytelling to Empower Sex Workers: Warning, Relieving and Liberating. In: Zobel, Elke/Drücke, Ricarda (Hg.): Feminist Media. Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship. Bielefeld, 238-249.

Kannengießer, Sigrid, 2014: Translokale Ermächtigungskommunikation. Medien, Globalisierung, Frauenorganisationen. Wiesbaden.

Kruse, Jan, 2008: Reader. Einführung in die qualitative Interviewforschung. Freiburg.

Massawe, Dianne, 2010: Advocating for Sex Workers' Rights. Internet: www.ngopulse.org/article/advocating-sex-workers%E2%80%99-rights (14.8.2014).

Przyborski, Aglaja/Wohrab-Sahr, Monika, 2014: Qualitative Sozialforschung. München.

Schrader, Kathrin, 2013: Drogenprostitution – Eine intersektionale Betrachtung zur Handlungsfähigkeit drogengebrauchender Sexarbeiterinnen. Bielefeld.

SISONKE/SWEAT/WLC, 2012: A Report on Human Rights Violations by Police Against Sex Workers in South Africa. Internet: www.wlce.co.za/index.php/2013-04-30-11-57-18/press-releases/151-a-report-on-human-rights-violations-by-police-against-sex-workers-in-south-africa (3.4.2014).

Strauss, Anselm L./**Corbin**, Juliet M., 1996: Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim.

SWEAT (Sex Worker Education and Advocacy Taskforce), 2013: It's Time to Decriminalise Sex Work. Internet: www.sweat.org.za/index.php/sweat-press-releases (3.4.2014).

Care Revolution

Eine Care-Bewegung tritt an, um die Lebensverhältnisse zu revolutionieren!

JETTE HAUSOTTER. ANN WIESENTAL

Die Aktionskonferenz Care Revolution

Im März 2014 hat in Berlin die erste Aktionskonferenz Care Revolution stattgefunden. Hier trafen sich 500 Menschen, die in verschiedenen Feldern sozialer Reproduktion in Deutschland, Österreich und der Schweiz politisch aktiv sind. Damit hat die Care-Bewegung im deutschsprachigen Raum deutlich an Sichtbarkeit und Stärke gewonnen.

Drei Tage diskutierten die Teilnehmer_innen, wie eine Gesellschaft gestaltet werden müsste, in der ein gutes Leben für alle möglich ist. Im Zentrum standen Arbeitsbedingungen in bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit und das Recht auf selbstbestimmte Sorgebeziehungen und Lebensweisen. Unterstützt wurde die Aktionskonferenz von einem breiten Spektrum von 60 lokalen Gruppen und kleineren Verbänden: pflegende Angehörige, Interessenvertretungen von Pflegeabhängigen und Menschen mit Behinderung, gewerkschaftliche Betriebsgruppen im Bereich der Pflege, Erziehung und Bildung, Initiativen migrantischer Selbstorganisationen und Unterstützung, Elterninitiativen, Mieter_inneninitiativen, Organisationen von Sexarbeiter_innen sowie verschiedene Gruppen aus dem Spektrum sozialer Bewegungen von queer-feministischen und gesundheitspolitischen Gruppen bis zu Aktivist_innen im Bereich alternativer Ökonomien.

Im Mittelpunkt standen die Vernetzung und der Austausch entlang von Alltagserfahrungen und Ansätzen politischer Organisation. In vielen Workshops ging es um das Verbinden von Perspektiven: von Berufstätigen und gewerkschaftlich Aktiven in Pflege, Erziehung und Bildung, von privat Sorgearbeitenden, von Sorge- und Assistenznehmer_innen, von Kämpfen gegen Diskriminierung und für selbstbestimmte Lebensweisen, Kämpfen um Rechte und um alternative Ökonomien im Hier und Jetzt. Außerdem gingen die Teilnehmer_innen mit der Aktion „Das Unsichtbare sichtbar machen – Care auf die Straße tragen“ in die Öffentlichkeit. Denn es sollte nicht nur geredet, sondern auch interveniert und ausprobiert werden, wie diese Viel-

falt politischer Anliegen gemeinsam auf die Straße getragen werden kann. Die kreative und lebendige Demonstration erlebten viele als Ansporn, mit neuen Aktionsformen und politischen Ausdrucksweisen im Care-Bereich zu experimentieren. Die Diskussionen auf der Konferenz flossen in eine Resolution ein, die im Abschlussplenarium verabschiedet wurde (www.care-revolution.site36.net). Diese markiert den Beginn einer Verständigung über vertiefende gemeinsame Analysen und konkrete Forderungen einer Care-Bewegung im Werden.

Care-Bewegung und Krise sozialer Reproduktion

Knapp zwei Jahre vor der Aktionskonferenz wurde im Juli 2012 auf Einladung des Feministischen Instituts Hamburg der bundesweite „AK Reproduktion“ gegründet. Darin organisierten sich Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen, um gemeinsame Aktivitäten zur Stärkung der Care-Bewegung zu entwickeln. Bald entstand die Idee der Aktionskonferenz mit dem Ziel der Sichtbarmachung und Vernetzung vorhandener lokaler Aktivitäten im Care-Bereich. Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und unter Einbeziehung der kooperierenden Gruppen wurde über Monate hinweg für ein breites Bündnis geworben, die Inhalte und Formen der Konferenz gestaltet und das Projekt dank des Engagements vieler Beteiligten zum Erfolg gebracht.

Der Begriff „Care Revolution“ (Winker 2009) hat sich somit als Kristallisationspunkt für die kollektiven solidarischen Widersetzungen und Alternativprojekte einer Care-Bewegung etabliert. Er markiert „eine feministische Perspektive für eine gesellschaftliche Transformation“ (Winker 2013, 119). Wofür steht er im Einzelnen? Der Care-Begriff entspringt einer feministischen Ökonomiekritik, die analysiert, wie der lebensnotwendige Bereich sozialer Reproduktion in kapitalistischen Ökonomien strukturell abgewertet wird (Brückner 2010; Federici 2012). Aktuell spitzt sich dieser Widerspruch zwischen Profitmaximierung und der Reproduktion von Arbeitskraft auf Kosten der Lebensinteressen der Mehrheit der Menschen zu (Winker 2013). Denn über Jahre hinweg hat eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik den Abbau sozialer Infrastruktur vorangetrieben, gleichzeitig die individuelle Erwerbsabhängigkeit vergrößert und dabei auf die Eigenverantwortung der Menschen für die immer schwerer zu vereinbarenden Anforderungen in Erwerbs- und Reproduktionsarbeit gesetzt. Für die unsichtbar-private genauso wie für die professionelle Care-Arbeit fehlen vielerorts Zeit, Geld und Anerkennung. Die soziale Spaltung entlang der individuellen Reproduktionsmöglichkeiten verschärft sich dadurch zunehmend. Wer für wen sorgt, wie gut jemand für sich und andere sorgen kann und wer wie viel Lohn und Anerkennung für geleistete Sorgearbeit erhält – all das ist entlang von intersektionalen Herrschaftsverhältnissen organisiert. Das europäische Migrationsregime verwehrt vielen Migrant_innen den Zugang zu sozialer Infrastruktur und zu einem selbstbestimmten Leben. Als Einkommensmöglichkeiten bleiben die am schlechtesten bezahlten und schutzlosesten Arbeiten, nicht zuletzt in der informellen

Care-Ökonomie in Privathaushalten. Rassismus und Klassismus strukturieren die ungleiche Verteilung von Einkommen, von Lebensmöglichkeiten und von politischer Teilhabe. Das betrifft auch die Frage, wer im ökonomisierten Bildungssystem an den Rand gedrängt wird, wer sich steigende Mieten überhaupt noch leisten kann und wessen unterstützende Nachbarschaften durch städtische Verdrängungsprozesse zerrissen werden. Für den Bereich der abgewerteten Care-Arbeit spielen nicht zuletzt Geschlechterverhältnisse eine zentrale Rolle. Im Privaten muss ausgeglichen werden, was öffentlich gekürzt wird. In überwiegender Zahl schließen Frauen die Care-Lücken des ökonomisierten Gesundheits- und Bildungswesens. Dafür müssen sie Mehrfachbelastungen und den Verzicht auf eigene Interessen, existenzsichernde Erwerbsarbeit und Sozialversicherungsansprüche in Kauf nehmen. Die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung wird verfestigt, sexualisierte und häusliche Gewalt nehmen zu. Und es sind vielfach Frauen, die in weiblich dominierten Erwerbsbereichen die Unterfinanzierung von Pflegearbeit, Krankenversorgung, Kinderbetreuung und sozialer Arbeit unmittelbar zu spüren bekommen. Im Zuge der Austeritätspolitik zur ökonomischen Bewältigung der Finanzkriseneffekte seit 2008 wird diese neoliberale Regulierung massiv forciert. Hier ist eine Verschärfung der strukturellen Missachtung menschlicher Lebensinteressen im Kapitalismus zu beobachten, die sich aktuell zu einer Krise sozialer Reproduktion zuspitzt (ebd.).

Der Revolutionsbegriff in „Care Revolution“ steht für einen radikalen Perspektivenwechsel und das Ziel grundlegender politisch-ökonomischer Veränderungen. Auch wenn die konkreten Interessen einzelner Akteur_innen zunächst sehr unterschiedlich sind, geht es dennoch um die geteilte Forderung, dass nicht Profitmaximierung, sondern die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen im Zentrum des Wirtschaftens und des politischen Handelns stehen muss (für die feministische Wirtschaftstheorie vgl. Knobloch 2009). Die Debatten auf der Aktionskonferenz verbinden hier verschiedene Perspektiven zu einer Stoßrichtung, für die in der genannten Resolution der Begriff des „gemeinsamen Öffentlichen“ gefunden wurde. Die damit verbundenen Forderungen zielen auf den Ausbau der sozialen Daseinsvorsorge in Form von staatlicher Infrastruktur- und Umverteilungspolitik, die allen Menschen gleichberechtigt zur Verfügung stehen muss. Dies ist verbunden mit einer Vision der Selbstorganisation von Menschen an unterschiedlichen Orten, in der eine Kollektivität entwickelt wird, die bestehende staatliche Praxen von Verwaltung, Individualisierung und sozialer Spaltung überwindet.

Dass Verknüpfungen nötig sind, hat die Vielzahl feministischer Initiativen gezeigt, die im gleichen Zeitraum mit eigenen Manifesten an die Öffentlichkeit gingen: von der Initiative „Gleichstellung – Jetzt“ über „Wissenschaftlerinnen für eine soziale, geschlechtergerechte und offene Gesellschaft“ bis zum „Care.Macht.Mehr-Manifest“. Die fortdauernde Mobilisierung unter dem Motto „Care Revolution“ steht hierbei für die basispolitischen Aktivitäten im Care-Bereich, die gemeinsam eine kraftvolle soziale Bewegung bilden können.

Wie weiter

Die Aktionskonferenz Care Revolution markierte den ersten Höhepunkt des kollektiven Handelns der über 60 Kooperationsgruppen. Des Weiteren gab es in Städten wie Freiburg, Göttingen, Kassel und Berlin Care-Revolution-Blöcke auf den 1.-Mai-Demonstrationen und Beteiligungen an den europaweiten Aktionstagen „Blockupy“ im Mai 2014.

Mittlerweile wurde das bundesweite Netzwerk Care Revolution gegründet, in dem die Zusammenarbeit weitergeführt wird. Das Netzwerk hat einen pluralen Charakter und die Vielfalt der Orte und Themen hat darin ihren Platz. Es soll keine Organisation werden, die stellvertretend auftritt, sondern der Knotenpunkt einer Bewegung, in der sich Care-Aktivist_innen und -gruppen aufeinander beziehen. Die Herausforderung besteht nun darin, lokale Kooperationen anzuregen und zu verfestigen. Aber auch bundesweite Kampagnen sind geplant. So soll 2015 der 1. Mai zum „Tag der unsichtbaren Arbeit“ gemacht werden. Das nächste bundesweite Bündnistreffen wird am 1. November 2014 stattfinden.

Eine Care-Bewegung tritt an, um die Lebensverhältnisse zu revolutionieren! Alle sind zur Beteiligung eingeladen: Neue lokale Care-Revolution-Netzwerke sind genauso willkommen wie Spenden an den Förderverein des Netzwerks.

Kontakt zum Netzwerk Care Revolution: care-revolution@riseup.net

Literatur

Brückner, Margrit, 2010: Entwicklungen der Care-Debatte – Wurzeln und Begrifflichkeiten. In: Apatzsch, Ursula/Schmidbaur, Marianne (Hg.): Care und Migration. Opladen, 43-58.

Federici, Silvia, 2012: Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster.

Knobloch, Ulrike, 2009: Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie. In: Olympe, Feministische Arbeitshefte zur Politik. Care-Ökonomie: Neue Landschaften von feministischen Analysen und Debatten. 30, 27-36.

Winker, Gabriele, 2009: Care Revolution – ein Weg aus der Reproduktionskrise. Internet: <http://www.feministisches-institut.de/carerevolution> (15.7.2014).

Winker, Gabriele, 2013: Zur Krise sozialer Reproduktion. In: Baumann, Hans/Bischel, Iris/Gemperle, Michael/Knobloch, Ulrike/Ringger, Beat/Schatz, Holger (Hg.): Care statt Crash. Sorgeökonomie und die Überwindung des Kapitalismus. Zürich, 119-133.

Ukrainian women in post-soviet Ukrainian politics

When personal and political merge and diverge

OKSANA KIS

Whenever people outside Ukraine think about Ukrainian women and politics, two most powerful images immediately cross their minds: Yulia Tymoshenko and Femen. Their popularity however is of a different nature, and the goals they pursue using their unique images are quite distinctive, too. Tymoshenko represents a type of an ambitious self-made and hard-working woman who developed and used her excessively-feminine political image as another efficient tool in her personal political career. Performing the stereotypical roles of a virtuous Mother-of-the-Nation and an attractive National-Sex-Symbol she aimed to earn popularity among wider groups of ordinary citizens and thus ensure their strong electoral support (Kis 2007). Femen, to the contrary, have adopted an unconventional image of radical feminists, which evoked rather controversial response from the Ukrainian people. Their short-lived but spectacular bare-breast street protests drew great attention of media, while their appearance overshadowed the messages, so Femen's goals remained obscure and confusing. After the release of the documentary "Ukraine is not a brothel" by Kitty Green (2013) however it became clear that women of Femen were not independent activists, but puppets in a kind of social theater: girls have been recruited and manipulated by a certain male mastermind who in fact set up this project and staged all the activities (Macnab 2013). So, paradoxically, Yulia Tymoshenko used conservative gender stereotypes to facilitate her political career, while Femen members experienced gender discrimination under the plausible mask of (fake) feminism.

While Tymoshenko and Femen draw all the attention of media, a great number of women's associations quietly work hard to combat gender-based discrimination in Ukraine. Women's groups vary from several large-scale non-governmental organizations and well-established regional centers and informal grass-roots local initiatives; they deal with all kinds of issues related to women's rights in Ukraine – from drafting and lobbying laws on gender equality to helping victims of domestic violence and trafficking.

Three generations of women-activists

Initially feminism had no popularity among Ukrainians. Distorted by Communist propaganda, and discredited by Soviet practice, feminist ideas hardly resonated in the minds of ordinary Ukrainians. Being isolated from the international women's movement for decades, the activists of fledging women's organizations had little (if any) knowledge of feminism, so most of them perceived feminism as an alien and

irrelevant ideology. An “allergy to feminism” (Einhorn 1993) permeated virtually all the social groups in Ukraine in the 1990s, and that malady manifested itself in stigmatization and demonization of anything feminist.

There were three generations of women-activists who contributed to the progress of women’s movement in modern Ukraine. In 1989-1999 the majority of women-activists were in their forties and fifties (born in the 1940-50s); their political views were based either on communist ideas (as many were former members of the Communist Party and served as high-rank officials in Soviet authorities) or on the nationalist ideas (those who participated in the dissident movement and opposed the communist regime for years). The first post-Soviet women’s organizations positioned themselves as associations of mothers to address the most pressing social problems of the time; they spoke from a maternal standpoint – a culturally legitimized role, allowing them to be heard in the public space. The demands of these groups, rather social than political in nature, resonated well among the general public facing the collapse of the Soviet welfare system; thus, their activities found support among Ukrainian women and ensured mass membership (Hrycak 2002). Although at this point nobody raised the question of gender discrimination or women’s rights, the very fact of women’s mass public activism allowed women to acquire valuable experience of organized public action. These first activists however proved to be unable to change their worldview, so feminist ideology and respective practices remained alien to them.

In 1999-2009 women in their thirties and forties (born in the 1960-70s) took the lead in the Ukrainian women’s movement. At the time of collapse of the USSR this cohort was young enough to be open to new ideologies. The first signs of paradigmatic shifts in the women’s movement – namely progress towards concentrating primarily on discrimination against women – coincided with preparation for the Fourth World Conference of Women in Beijing in 1995 (Hrycak 2010). In the second half of the 1990s witnessed a rise of powerful women’s organizations whose goals, areas, and forms of activity can be defined as feminist. Quite often their leaders came from an academic background; others were professionals in respective spheres. Negative attitudes towards feminism started changing slowly after 2000, when women’s rights advocates and gender scholars learned more about feminist ideas and practices, and finally adopted various versions of liberal feminism(s). These women contributed considerably to whitewashing the very concept of feminism, although they still refrained from identified themselves as feminists.

It must be noticed, that a close cooperation with authorities at all levels is a characteristic feature of women’s movement in Ukraine. This is typical for societies functioning in the conditions of so-called “hybrid” – meaning quasi-democratic – regimes that support elements of partially-controlled civil society to legitimize the dominant authority. Being relatively weak at the beginning and having quite ambitious goals, activists developed many ways to negotiate and coexist with the state, using a strategy of small steps, making many compromises to introduce Ukrainian society to the ideas and practices of gender equality.

A new generation of activists

Since 2009, a new generation of activists stepped in and changed the face of the Ukrainian women's activism dramatically. These women are in their twenties and yearly thirties, so their formative years concurred with Ukraine's independence. They don't share soviet legacy and have no direct bonds to communist or nationalist ideas. Principles of gender equality resonate well in these young (well-educated and professionally-ambitious) women. What is more – they show enough courage and energy to defy discrimination against women openly and unconditionally, as several purely feminist initiatives during the Maydan protests in Kyiv proved.

There is a big paradox in Ukraine: on the one hand, Ukraine can boast about one of the most advanced legislation on ensuring gender equality among the post-socialist countries, on the other hand – glaring gender-based discrimination permeates all spheres.¹ Therefore a huge discrepancy between declared principles and their implementation into practice can be observed, as no efficient mechanism has been elaborated to enforce the laws.

Women's participation in politics and governance

Today women are openly claiming their proper place in the Ukrainian politics and governance. During the Soviet era women constituted approximately 30% in regional and national legislatures (owing to a gender quota), but in a country ruled by the Communist Party such status did not mean real participation in a decision making, while only few women made it to the higher echelons of politics in Soviet Ukraine. After Ukraine obtained its independence the share of women in the Verkhovna Rada dropped drastically (to some 3-4% in the early 1990s), and since then it never exceeded 10%. What is worst, the majority of those few female MPs is rather conservative in their views on women's roles in the society, so cannot be considered as advocates for gender equality. Only recently we received ground for some cautious optimism: in December 2011 15 Ukrainian MPs formed a caucus to strive for equal opportunities for women and men in politics and society. The cabinet of ministers of Ukraine represents an even more desperate picture, as currently it consists of 19 ministers, only one of them female. Ukrainian top-politicians are infamous for their sexist statements (Kis 2013). Women's participation in the politics and governance at the regional and local levels (where there is more work and less resources) is higher: women constitute about 17% in regional legislatures and about 28% in city councils. There are several factors impeding women's entrance and success in politics, but gender-biased socialization of girls discouraging them from leadership and public activities is perhaps the major problem holding women out of politics. Most recent events on the Maydan however proved that there are many strong, charismatic, professional and courageous women who are willing and able to take the responsibility for the country's wellbeing (Lesia Orobets, Olha Mohomolets, Ruslana Lyzhychko).

Women do not want to play a supportive, decorative or symbolic role any longer. Women contributed greatly to the Revolution of Dignity, and their input cannot be ignored. Today, when the country is making a fresh start in all possible terms, women of Ukraine are gaining momentum to make themselves present, visible, heard and fully engaged in the construction of our nation's future.

Note

- 1 After the Fourth World Conference of Women in Beijing (1995) Ukrainian government has adopted a number of laws crucial in terms of counteracting gender-based discrimination and violence: Law of Ukraine on Prevention of Family Violence, 2001; Law of Ukraine on Ensuring Equal Rights and Opportunities for Women and Men, 2005; Law of Ukraine on Counteracting Trafficking in Human Beings, 2012.

References

Einhorn, Barbara, 1993: *An Allergy to Feminism: Women's Movement before and after 1989*. In: Einhorn, Barbara (Ed.): *Cinderella Goes to Market. Citizenship, Gender and Women's Movement in East Central Europe*. New York, 182-215.

Hrycak, Alexandra, 2002: *From Mothers' Rights to Equal Rights: Post-Soviet Grassroots Women's Associations*. In: Naples, Nancy/Desai, Manisha K. (Eds.): *Women's Community Activism and Globalization: Linking the Local and Global for Social Change*. London, 62-79.

Hrycak, Alexandra, 2010: *Transnational Advocacy Campaigns and Domestic Violence Prevention in Ukraine*. In: Fabian, Katalin (Ed.): *Domestic Violence in Post-communist States*. Bloomington, 45-77.

Kis, Oksana, 2007: "Beauty Will Save the World!" Feminine Strategies in Ukrainian Politics and the Case of Yulia Tymoshenko. In: *Spaces of Identity*. 7 (2), 31-75. Internet: http://www.yorku.ca/soi_Vol_7_2/_HTML/Kis.html (31.7.2014).

Kis, Oksana, 2013: *Feminism in Contemporary Ukraine: From "Allergy" to Last Hope*. In: *Cultura Enter*. 3. Internet: <http://en.kulturaenter.pl/feminism-in-contemporary-ukraine/2013/03/> (31.7.2014).

Law of Ukraine On Counteracting Trafficking in Human Beings, 2012. Internet: <http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/3739-17> (31.7.2014).

Law of Ukraine On Ensuring Equal Rights and Opportunities for Women and Men, 2005. Internet: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/2866-15> (31.7.2014).

Law of Ukraine on Prevention of Family Violence, 2001. Internet: <http://zakon2.rada.gov.ua/rada/show/2789-14> (31.7.2014).

Macnab, Geoffrey, 2013: *The man who made Femen: New Film outs Victor Svyatski as the Mastermind behind the Protest Group and its Breast-baring Stunts*. In: *The Independent*, 3.9.2013. Internet: <http://www.independent.co.uk/arts-entertainment/films/news/the-man-who-made-femen-new-film-outs-victor-svyatski-as-the-mastermind-behind-the-protest-group-and-its-breastbaring-stunts-8797042.html> (31.7.2014).

Weibliche Genitalbeschneidung in Somaliland

EVA-MARIA BRUCHHAUS

Weibliche Genitalbeschneidung weltweit und in der somalischen Gesellschaft

Nach Schätzungen der World Health Organization (WHO) sind weltweit zwischen 100 und 140 Millionen Frauen beschnitten, und jedes Jahr werden weiterhin zwei Millionen Mädchen Opfer von FGM/C¹. In Afrika sind Frauen und Mädchen in 28 Ländern betroffen, überwiegend in Ost- und Westafrika. Darüber hinaus wird weibliche Genitalbeschneidung² in einigen arabischen und asiatischen Ländern praktiziert. Der Ursprung dieser Praxis ist unbekannt, es ist jedoch erwiesen, dass sie nicht im Islam begründet ist.

In der Somaligesellschaft³ ist hauptsächlich die als Typ 3 definierte Form der Genitalbeschneidung üblich, die auch von verschiedenen anderen Volksgruppen in den Ländern am Horn von Afrika praktiziert und in Somali als „fircooni“ – pharaonisch – bezeichnet wird. Damit wird deutlich, dass es sich um eine sehr alte und auf jeden Fall vorislamische Tradition handelt. Alle bisher durchgeführten Untersuchungen gehen davon aus, dass 97 bis 99,2 Prozent der somalischen Frauen und Mädchen beschnitten sind. Im Unterschied zu den meisten anderen afrikanischen Gesellschaften, in denen die Beschneidung einen Initiationsritus darstellt, kollektiv vollzogen und von Festlichkeiten begleitet wird, ist die Beschneidung bei den Somali ein individueller Akt, der in der Regel im Alter von sieben oder acht Jahren im Haus der Familie von einer dafür engagierten Beschneiderin durchgeführt wird.⁴ Die Beschneiderinnen gehören in der Regel einer generell diskriminierten Kaste an, deren Angehörige bestimmte Arbeiten und Dienstleistungen verrichten. Allerdings sind heutzutage auch Frauen von anderen Clans als traditionelle Geburtshelferin/Beschneiderin tätig. Die Entscheidung wird in der Regel von den Müttern getroffen, Väter sind daran kaum beteiligt. Wie in einer kürzlich durchgeführten Untersuchung festgestellt wurde, entscheiden zunehmend beide Eltern gemeinsam darüber.⁵ Meist hat das Mädchen keine Ahnung von der bevorstehenden Prozedur: Sie wird überrascht, Verwandte oder Nachbarn halten sie fest, bis die Beschneiderin ihre Arbeit abgeschlossen hat. Dazu wird jede Art von scharfen Instrumenten benutzt: Messer, Glasscherben, Rasierklingen sowie Nadeln und irgendwelche Fäden zum Zunähen. In der Regel sind weder Material noch die Hände der Beschneiderin sterilisiert.

Um Schmerzen und Infektionen zu verhindern, werden die Eingriffe im städtischen Milieu zunehmend von medizinischem Personal in Krankenhäusern und Kliniken vorgenommen, ein als Medikalisierung (medicalization) bezeichneter Trend. Wenn das beschnittene Mädchen verheiratet wird, steht ihr eine weitere schmerzhafteste Operation bevor: Das Öffnen der Naht ist in der Regel Teil der Zeremonie. Falls dieser

Eingriff unterbleibt, wird der Ehemann sie gewaltsam penetrieren und die Narbe aufbrechen. Andere mehr oder weniger schwere Schäden entstehen – sowohl für die Mutter als auch für das Kind - während der Entbindungen, und manche dieser Komplikationen dauern ein Leben lang, wie vesico-vaginale und recto-vescicale Fisteln. Anscheinend leidet die Mehrheit der Frauen in Somaliland unter FGM/C-bedingten Problemen. In einer 2008 durchgeführten Studie antworteten 136 von insgesamt 157 Befragten mit „Ja“ auf die Frage, ob sie mit dieser Art von Problemen zu tun hätten, d.h. mit Menstruationsbeschwerden, Blutungen, Infektionen, Schmerzen bei der Infibulation und Öffnung sowie schwierige Geburten (Baruud 2008). Die Frauen sind es gewohnt, ihre diversen Beschwerden lange Zeit zu erdulden und zu verschweigen, weil es ihnen an Wissen und Geld fehlt und sie sich schämen und nicht trauen, darüber zu sprechen.

Der Kampf gegen weibliche Genitalbeschneidung international

Der Kampf gegen weibliche Genitalbeschneidung lässt sich bis Anfang des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen, als ab 1906 protestantische Missionare in Kenia von der britischen Kolonialverwaltung forderten dagegen vorzugehen. Ende der 1920er-, Anfang der 1930er-Jahre wurde in den Mädchenschulen in Kenia dagegen agitiert, zur großen Empörung der einheimischen Elite. Der Anführer der antikolonialen Bewegung und spätere Präsident Jomo Kenyatta erklärte die weibliche Genitalbeschneidung zur „*conditio sine qua non of tribal law*“ (Beck 1966). Die erste nichtkoloniale Kampagne wurde in den 1920er-Jahren in Ägypten von der Egyptian Doctors' Society initiiert, der sich bald Journalisten und Schriftsteller anschlossen. Aber erst 1959 kam es zu einem Verbot von FGM/C, und auch nur in staatlichen Kliniken. Im Sudan und in Kenia hatte die Kolonialverwaltung ähnliche Verbote erlassen, und nach der Unabhängigkeit vieler afrikanischer Länder Anfang der 1960er-Jahre folgten Verbote in Guinea, Ghana, der Zentralafrikanischen Republik etc. In der Folge wurde das Thema auf zahlreichen regionalen und internationalen Konferenzen diskutiert, so wurde 1979 auf einer regionalen WHO-Konferenz in Khartoum die weltweite Abschaffung von FGM/C gefordert. In der Regel wurde die Debatte von amerikanischen und europäischen Aktivistinnen dominiert, was sich jedoch meist als kontraproduktiv erwies, da sich die afrikanischen Teilnehmerinnen verpflichtet fühlten, die Praxis als kulturelles Erbe gegen westliche Einmischung zu verteidigen.⁶ Dadurch wurde der Kampf gegen FGM/C in den betroffenen Ländern oft erheblich erschwert. Nach der ersten Weltfrauenkonferenz in Mexiko 1975 traten zunehmend afrikanische Aktivistinnen in den Vordergrund, und die Gründung des Inter-African Committee on Traditional Practices Affecting Health of Women and Children im Jahr 1984 in Dakar war vor allem ihr Erfolg. Inzwischen sind in mehreren afrikanischen Ländern FGM/C-Praktiken gesetzlich untersagt. 2013 war die Praxis der weiblichen Genitalbeschneidung in 22 Ländern verboten (darunter Burkina Faso, Dschibuti, Eritrea, Äthiopien, Togo, Uganda, Kenia), jedoch meist ohne nennenswerten Erfolg.

Bemühungen zur Abschaffung von weiblicher Genitalbeschneidung in Somaliland

In Somaliland ist FGM/C bisher gesetzlich nicht verboten. Allerdings ist ein diesbezügliches Gesetz in Vorbereitung, desgleichen ein „Nationaler Aktionsplan zur Verhinderung und Behandlung sexualisierter Gewalt“, mit dem Ziel FGM/C bis 2016 um 15 Prozent zu reduzieren. Der Kampf gegen FGM/C in Somalia begann bereits Ende der 1960er-Jahre. Auf Grund des Top-Down-Ansatzes und des vehementen Widerstands der religiösen und Clanführer blieben diese Bemühungen jedoch erfolglos. Einige der frühen Aktivistinnen spielen auch heute eine bedeutende Rolle im Kampf gegen FGM/C in Somaliland. So nutzte die Krankenschwester und Hebamme Edna Adan Ismail ihre Position als Ehefrau des somalischen Premierministers, um gegen FGM/C zu agitieren.⁷ Ab 1986 setzte sie ihre Aktivitäten als regionale WHO-Mitarbeiterin fort und eröffnete nach ihrer Pensionierung mit eigenen Mitteln und Spenden 2002 in Hargeisa eine auf die Behandlung gesundheitlicher Schäden von FGM/C spezialisierte Frauenklinik. Andere Frauen, wie die Soziologin Amina Milgo Warsame, die in den 1970er- und 1980er-Jahren an der Academy of Sciences and Arts in Mogadischu forschte und landesweit Aufklärung betrieb, sind jetzt in diversen Vereinen und Projekten aktiv, die sich dem Kampf gegen FGM/C verschrieben haben.

Zurzeit haben 30 Organisationen Maßnahmen gegen FGM/C in ihrem Programm. Eines der größten Probleme ist die Abneigung vor allem der ländlichen Bevölkerung, sich mit diesem Thema zu befassen, da die Meinung vorherrscht, es gäbe sehr viel wichtigere Probleme zu lösen, wie Mangel an Wasser, Nahrung und Weideland etc. Deshalb behandeln die Organisationen den Kampf gegen FGM/C als Querschnittsthema. Auf Grund der großen Unterschiede in den Lebensbedingungen auf dem Land und in den Städten müssen die Aktivitäten genau auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten und „community based“ sein. Dabei kommen die unterschiedlichsten Instrumente zum Einsatz: spezielle Kampagnen zum internationalen Frauentag, Workshops und Seminare, Nachbarschaftsforen, regelmäßige Rundfunkprogramme, Gedichte und Dramen.⁸ Vor allem in den Mutter-und-Kind-Gesundheitszentren (MCHC) wird individuelle sowie kollektive sexuelle und gesundheitliche Aufklärung betrieben. Damit einher geht der Trend, die Beschneidung in Kliniken oder zumindest durch medizinisches Fachpersonal durchführen zu lassen und von Typ 3 zu Typ 2 zu wechseln, was jedoch von den AktivistInnen als Hindernis für eine komplette Abschaffung von FGM/C abgelehnt wird.

2006 gründeten 20 Organisationen das Netzwerk gegen FGM/C in Somaliland (Network against FGM/C in Somaliland, NAFIS). Die Mitglieder kommen aus Frauen- und Jugendorganisationen, Kliniken, Menschenrechtsorganisationen. Manche sind Dachverbände von Frauen- und Jugendvereinen, andere Graswurzelorganisationen (Community Based Organization, CBO) oder Filialen internationaler bzw. regionaler Nichtregierungsorganisationen (NRO).⁹ NAFIS spielt eine von allen Beteiligten an-

erkannte Führungsrolle bei Koordination, Vernetzung, Fürsprache und Lobbying. Regierungsdienste und NRO werden in ihren Bemühungen von UN-Organisationen wie UNFPA, UNICEF, UNDP und internationalen NRO unterstützt. Großer Wert wird auf die Mitarbeit der religiösen Führer gelegt, deren Mehrheit allerdings der Shafi'i-Rechtsschule anhängt, die FGM/C für eine religiöse Pflicht hält. Zur Förderung der Kooperation organisiert NAFIS unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten regelmäßig Seminare mit den religiösen Führern. Geplant ist auch ein internationales Treffen mit religiösen Autoritäten aus anderen afrikanischen und arabischen Ländern, die sich für die Abschaffung von FGM/C ausgesprochen haben. Enge Kontakte bestehen zum Interafrican Committee on Traditional Practices affecting Health of Women and Children,¹⁰ und es gibt langjährige Kooperationen mit skandinavischen Universitäten. So ernüchternd die Ergebnisse der ersten landesweiten Studie zur Verbreitung von und der Einstellung zu FGM/C auch ausfielen, die Tatsache, dass es nicht mehr tabu ist, privat und öffentlich über dieses Thema zu diskutieren, und dass offensichtlich alle Segmente der Gesellschaft an dieser Diskussion teilnehmen, ist ein unbestreitbarer Erfolg der jahrzehntelangen Bemühungen.

Kurzinfo zu Somaliland

Zwischen dem Golf von Aden, Dschibuti, Äthiopien und Somalia am Horn von Afrika gelegen, ist Somaliland ungefähr doppelt so groß wie Bayern. Von den ca. 4 Millionen EinwohnerInnen lebt ungefähr die Hälfte als nomadische Viehzüchter. Mit einer Lebenserwartung von 49 Jahren und einem jährlichen Prokopfeinkommen von 347 US-Dollar ist der Lebensstandard einer der niedrigsten weltweit. 1960 entstand nach der Unabhängigkeit und dem Zusammenschluss der von Großbritannien im Norden und Italien im Süden kolonisierten Gebiete die Republik Somalia. Nach einem blutigen Bürgerkrieg und dem Staatskollaps machte sich die Republik Somaliland 1991 selbständig. Trotz der Existenz aller Attribute eines unabhängigen Staates, eines demokratischen Mehrparteiensystems, der Abwesenheit von politischen Gefangenen und einer lebendigen Zivilgesellschaft wurde das Land bislang international nicht anerkannt (vgl. Bradbury 2008).

Anmerkungen

- 1 International hat sich die englische Bezeichnung FGM/C, d.h. Female Genital Mutilation/Cutting, durchgesetzt. In diesem Beitrag wird FGM/C oder der Begriff „weibliche Genitalbeschneidung“ verwendet.
- 2 Nach einer von der WHO eingeführten Klassifizierung wird zwischen vier verschiedenen Formen unterschieden: Typ 1: Exzision der Vorhaut, mit oder ohne Beschneidung der Klitoris; Typ 2: Exzision der Klitoris, mit teilweiser oder totaler Exzision der kleinen Schamlippen; Typ 3: Exzision eines Teils oder aller (äußeren) Genitalien und Verschließen der Wundränder an den großen Schamlippen, mit einer kleinen Öffnung für Urin und Vaginalsekrete, die eventuell vor der Menarche und dem ersten Geschlechtsverkehr vergrößert werden muss. Typ 4: Andere Praktiken, die in afrikanischen Ländern unüblich sind.
- 3 Die Volksgruppe der Somali verteilt sich auf Somalia, Somaliland, Äthiopien (Ogaden), Dschibuti und Nordkenia.

- 4 Wie aus einer 2009 von der Weltbank und dem United Nations Population Fund (UNFPA) unter dem Titel „Female Genital Mutilation/Cutting in Somalia“ veröffentlichten Studie ersichtlich ist, gelten diese Angaben nicht nur für die Republik Somaliland, sondern ebenfalls für die Republik Somalia.
- 5 Wie aus den unveröffentlichten Studien „FGC – Transition from Infibulation to Smaller Cutting in Somaliland“ und „FGM/C in Somaliland – Prevalence, Perception and Attitudes“ hervorgeht, sind die meisten Väter, die mitbestimmen wollen, gegen die Beschneidung ihrer Töchter.
- 6 So verließen die afrikanischen Teilnehmerinnen empört eine Sitzung der Konferenz der internationalen Landfrauenvereinigung 1955 in Hamburg, als die US-amerikanischen und kanadischen Teilnehmerinnen das Thema in die Diskussion einbrachten (Beobachtung der Verfasserin).
- 7 Interviews der Autorin mit Edna Adan Ismail und Amina Milgo Warsame im August 2013 in Hargeisa.
- 8 Die Jugendorganisation Horn of Africa Voluntary Youth Committee (HAVAYOCO) hat dazu diverse Stücke entwickelt.
- 9 Zu den derzeitigen Mitgliedern gehören: NAGAAD (Dachverband von Frauenorganisationen), Somaliland Red Crescent Society (SRCS), Candle Light, the Voice of Somaliland Minority Women's Organisation (VOSOMWO), Somaliland Women and Children with Disability, Somaliland Women's Research and Action Group.
- 10 Edna Adan Ismail gehört zu den Gründerinnen der Organisation.

Literatur

Baruud, Mohamed, 2008: Somaliland Female Genital Mutilation Abandonment Survey – Assessment Study. October 2008 (unveröffentlicht).

Beck, Anne, 1966: Some Observations on Joma Kenyatta in Britain 1929/30. In: Cahier d' Études Africaines. 6 [22], 308-329.

Bradbury, Mark, 2008: Becoming Somaliland. Indiana.

Fried, Sarah/**Mahmoud** Warsame, Amina/**Berggren**, Vanja/Isman, Elisabeth, 2013: Outpatients' Perspectives on Problems and Needs related to FGM/C at Support Centre of Magan Maternity. In: Obstetrics and Gynecology International 2013. Internet: <http://dx.doi.org/10.1155/2013/165893> (15.9.2014)

Ismail, Edna Adan, 2009: Female Genital Mutilation Survey in Somaliland at the Edna Adan Maternity and Teaching Hospital Hargeisa. Hargeisa.

Mahmoud Warsame, Amina (Milgo), 2011: The Transition from Infibulation to Smaller Cutting in Somaliland (unveröffentlicht).

NAFIS, 2014: FGM/C in Somaliland: Prevalence, Perception and Attitudes (unveröffentlicht).

The Hosken Report, 1982: Genital Sexual Mutilation of Females. Lexington, Massachusetts.

UNFPA and World Bank, 2009: Female Genital Mutilation/Cutting in Somalia. o.O.

World Health Organization, 2013: Global and Regional Estimates of Violence against Women. Internet: <http://www.who.int/reproductivehealth/publications/violence/9789241564625/en/> (15.7.2014).

„Dieses Mal ist es anders“ – oder doch nicht?

Eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014 und ihrer Folgen¹

GABRIELE ABELS, JOYCE MARIE MUSHABEN

Vom 22. bis 25. Mai 2014 fanden zum achten Mal Direktwahlen zum Europäischen Parlament (EP) statt. Das Wahlergebnis ist bemerkenswert und folgenreich, denn erstens konnte eine beachtliche Anzahl rechtspopulistischer, gar rechtsextremer euroskeptischer und EU-feindlicher Parteien aus zahlreichen Mitgliedstaaten ca. ein Viertel der Mandate gewinnen. Damit gehen in einigen Ländern Umverteilungen der Mandate im EP einher, die dramatisch sind. Diese wachsende Fragmentierung wirkt sich auf die interne Zusammensetzung und Funktionsweise des EP aus. Zweitens hat das EP seine mit dem Lissabon-Vertrag von 2009 ausgebauten Rechte bei der Wahl des Kommissionspräsidenten in bemerkenswerter Weise genutzt und versucht derzeit, die Auswahl der anderen Kommissionsmitglieder zu beeinflussen. Es fordert damit die institutionelle Balance zwischen den drei zentralen EU-Organen – EP, Kommission und Rat – heraus. Was bedeutet dies aus einer genderpolitischen Perspektive?

Das EP gilt gemeinhin als progressiver genderpolitischer Akteur; es ist „heralded as one of the most gender-equal elected bodies in the world“ (Fortin-Rittberger/Rittberger 2014, 1). Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union (EU) der letzten 40 Jahre ist nicht zuletzt dem EP zu verdanken. Dabei hat sich der Umstand eines (im Vergleich zu den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten) höheren Anteils weiblicher Europaabgeordneter (MEPs) – das Argument der sog. „kritischen Masse“ – sowie die Bereitschaft einzelner MEPs, sich durch innovative Vorschläge und Aktionen – das Argument der „kritischen Akte“ (Mushaben 1998) – hervorzutun, positiv auf die Entwicklung der EU-Geschlechterpolitik ausgewirkt (vgl. Abels 2011; Locher 2012). Die Betonung von kritischer Masse bzw. kritischen Akten zielt auf die in der Genderforschung übliche Unterscheidung zwischen deskriptiver (standing for) und substantieller (acting for) Repräsentation ab, die von Hanna Pitkin (1967) in die Repräsentationstheorie eingeführt wurde. Aufbauend auf diese beiden Kategorien werden wir im Folgenden zunächst knapp die Wahlkampagne im Vorfeld thematisieren (Abschnitt 1), bevor wir dann ausführlicher die deskriptive Repräsentation fokussieren und das Wahlergebnis sowie dessen Folgen aus einer Genderperspektive näher analysieren (Abschnitt 2 und 3). Im Anschluss daran werden wir uns mit der substantiellen Seite befassen und diskutieren, was das Wahlergebnis für die Ausrichtung der Genderpolitik in der Legislaturperiode 2014-2019 bedeuten kann (Abschnitt 4).

Mobilisierung durch Kampagnen zu den EP-Wahlen

Das EP ist das einzige transnationale, direkt gewählte Parlament auf der Welt. Es ist vielleicht aber auch das einzige Parlament, für dessen Wahl jeweils große Werbekampagnen vom EP selber sowie auch von einer Vielzahl anderer Akteure gestartet werden, um die inzwischen fast 400 Millionen Wählerinnen und Wähler aus den nunmehr 28 EU-Mitgliedstaaten erstens darüber zu informieren, dass EP-Wahlen stattfinden und sie zweitens damit zum Wählen zu mobilisieren. Gemessen an der Wahlbeteiligung ist der Erfolg gleichwohl bescheiden. Seit der ersten Direktwahl 1979 ist die Wahlbeteiligung kontinuierlich gesunken und erreichte 2014 (wie auch schon 2009) mit nur 42.54% einen neuen Tiefstand. Inwiefern v.a. Wählerinnen der Wahl ferngeblieben sind, ist unklar. Es gibt lediglich aus einer Nachwahlstudie von 2009 Hinweise darauf, dass die Wahlbeteiligung von Frauen etwas niedriger liegt; verlässliche und Langzeitdaten fehlen (vgl. Hoecker 2013, 46ff.)

Die diesjährigen Wahlen waren die ersten, die nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags stattfanden; dieser Vertrag stärkt die Rechte des EP in verschiedener Hinsicht, u.a. bei der Gesetzgebung, aber auch – wie gesagt – bei der Bestellung der Kommission. Die Wahlen 2014 standen deshalb unter dem Motto „Dieses Mal ist es anders“ (so das Motto der Europäischen Kommission) bzw. „Handeln. Mitmachen. Bewegen“ (so das Motto des EP). Neben EU- und staatlichen Akteuren wirbt seit den 1990er-Jahren auch die European Women’s Lobby (EWL) für die EP-Wahlen. Die aktuelle 50/50-Kampagne stand unter dem Motto „No more excuses“. Erstmals wurden im Rahmen dieser Kampagne auch die Wahlprogramme der Parteien einem genderpolitischen Monitoring unterzogen.

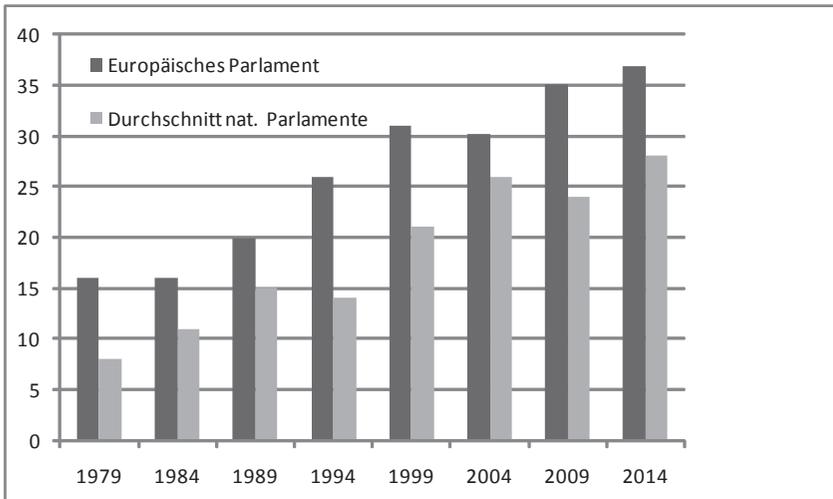
Während sich der offizielle Werbefilm des EP in bemerkenswert positiver Weise (<http://www.elections2014.eu/>) von den Werbespots der vergangenen Wahlen 2004 und 2009 absetzte, die sich durch unterschiedliche Grade an Sexismus auszeichneten, ist ein vom dänischen Parlament in Auftrag gegebener Animationsfilm, um wahlmüde BürgerInnen zu motivieren, an Sexismus nicht mehr zu überbieten: Voteman – ein muskelbepackter Super-Macho – befindet sich in der ersten Szene mit gleich fünf Frauen im Bett, die ihn sexuell befriedigen. Als der Nichtwähler-Alarm schrillt, springt er sofort aus dem Bett, um den Nichtwähler aufzuspüren und zum Wählen zu prügeln.² Nach Protesten wurde der Kurzfilm zurückgezogen. Es ist erschreckend, dass auch in dem oftmals genderpolitisch vorbildlichen Dänemark ein solcher „Ausrutscher“ möglich ist.

Deskriptive Repräsentation I: Das Wahlergebnis und seine Folgen für das EP

Von 1952 bis 1979 bestand das EP aus Delegierten der nationalen Parlamente; in dieser Zeit lag der Frauenanteil zwischen 1,3% (1952) und 4,9% (1975) (vgl. Europäisches Parlament 2014, 5). Erst seit den Direktwahlen 1979 zeichnete sich ein

Trend ab, dass im EP der Frauenanteil höher ist als im Durchschnitt der Parlamente in den Mitgliedstaaten: Er liegt um 8 (1979) bis 13 Prozentpunkte (2009) höher; im aktuellen EP beträgt die Differenz 8,9 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Frauenanteil im EP und in den nationalen Parlamenten, 1979-2014 (in %)



Quelle: Fortin-Rittberger/Rittberger 2014, 3; eigene Ergänzung

Mit den diesjährigen Wahlen konnte der Frauenanteil lediglich minimal von 35,1% (7. Wahlperiode, WP) auf nunmehr 36,9% (8. WP) gesteigert werden. Für die Hälfte der EU-Staaten lässt sich feststellen, dass der Anteil weiblicher MEPs 2014 im Vergleich zu 2009 teils stark geschrumpft ist; in nur wenigen Staaten gibt es größere Zuwächse (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Frauenanteil im EP und in den nationalen Parlamenten, 2009 und 2014

	Mandate insgesamt (n)	Frauenanteil im EP 2014 (%)	Frauenanteil im EP 2009 (%)	Frauenanteil im EP 2009 (%)	Nationales Parlament (Unterhaus)*	Differenz EP2014 und nat. Parlament in Prozentpunkte
Belgien	22	28,6	36,4	-7,8	41	-12,4
Bulgarien	18	29,4	41,2	-11,8	26	+3,4
Dänemark	13	38,5	46,2	-7,7	38	+0,5
Deutschland	96	36,5	37,4	-0,9	36	+0,5
Estland	6	50,0	50,0	±0,0	20	+30,0
Finnland	13	53,9	61,5	-7,6	43	+10,9
Frankreich	74	43,2	45,8	-2,6	26	+27,2
Griechenland	22	23,8	31,8	-8,0	21	+2,8
Großbritannien	73	41,1	33,3	+7,8	23	+18,1
Irland	12	54,5	25,0	-29,5	15	+39,5
Italien	73	39,7	22,2	+17,5	31	+8,7
Kroatien	11	45,5	--	--	25	+20,5
Lettland	9	37,5	37,5	±0,0	25	+12,5
Litauen	12	9,1	25,0	-15,9	24	-14,9
Luxemburg	6	33,3	16,7	+16,6	28	+5,3
Malta	6	66,7	0	+66,7	13	+53,7
Niederlande	26	42,3	48,0	-5,7	39	+3,3
Österreich	19	44,4	41,2	+3,3	32	+12,4
Polen	51	23,5	22,0	+1,5	25	-1,5
Portugal	22	38,1	36,4	+1,7	31	+7,1
Rumänien	33	31,3	36,4	-5,1	13	+18,3
Schweden	20	55,0	55,6	-0,6	43	+12,0
Slowakei	13	30,8	38,5	-7,7	22	+8,8
Slowenien	8	37,5	28,6	+8,9	33	+4,5
Spanien	54	40,7	36,0	+4,7	40	+0,7
Tschechien	22	23,8	18,2	+5,6	20	+3,8
Ungarn	22	19,1	36,4	-17,3	10	+9,1
Zypern	6	16,7	33,3	-16,6	14	+2,7
	751	36,9	35,1	+1,8	28	+8,9

* gemäß Ergebnis der jeweils letzten nationalen Wahl

Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20140708ST051844/html/Parliament-figured-out-the-facts-on-new-MEPs?>; http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/politics/national-parliaments/index_en.htm [eigene Zusammenstellung und Berechnung; Stand: 30.7.2014].

Warum nur eine geringe Steigerung? Ein wichtiger Faktor ist die sehr hohe Anzahl von Klein- und Kleinstparteien im neuen EP mit oftmals nur ein, zwei oder drei Mandaten; typisch ist etwa die schwedische Partei Feministische Initiative (ein Mandat). Entscheidend ist dann, wie die ersten Listenplätze besetzt sind. Dies zeigt sich etwa für die deutschen Mandate: Neben den fünf im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sind acht (!) Klein- und Kleinstparteien erstmals (aufgrund des Wegfalls der 5%-Sperrklausel) in das EP eingezogen: Nach Geschlecht aufgeschlüsselt stellt sich die Mandatsverteilung wie folgt dar (Frauen/MEPs insgesamt): Familienpartei (0/1), FDP (1/3), Freie Wähler (1/1), NPD (0/1), ÖDP (0/1), Piraten (1/1), Die PARTEI (0/1) und Tierschutzpartei (0/1). Hinzu kommt neu die AfD; sie erreichte auf Anhieb die gleiche Stärke wie die Linke. Von den sieben MEPs der AfD sind zwei Frauen.

In der Gesamtschau gilt auch 2014, dass der Anteil weiblicher Abgeordneter im EP höher ist als im Durchschnitt der nationalen Parlamente. Positiv wirkt sich aus, dass zu den europaweit einheitlichen Wahlgrundsätzen für die EP-Wahlen der Grundsatz der Verhältniswahl gehört. Verhältniswahlen gelten gemeinhin als „frauenfreundlicher“, zumal sie einfacher mit Quoten kombinierbar sind und die Personalisierung von Wahlkämpfen geringer ist. Eine neuere Studie zeigt, dass dies nur ein Faktor unter vielen ist; denn auch Unterschiede in den eher technischen Aspekten der nationalen Europawahlgesetze (z.B. offene oder geschlossene Listen; Wahlkreisgrößen) haben einen Einfluss auf die Förderung der Chancen von Kandidatinnen, ein Mandat im EP zu erringen (Fortin-Rittberger/Rittberger 2014). Weiterhin sind auch die sozioökonomischen Faktoren einflussreich (ebd., 14).

Empirisch gut belegt ist ferner die These, dass linksorientierte Parteien mehr Frauen rekrutieren als rechtsorientierte (vgl. Fortin-Rittberger/Rittberger 2014, 12). Der Grund ist, dass diese stärker einem Gleichheitsideal verpflichtet sind und sich zudem responsiv gegenüber entsprechenden Erwartungen ihrer WählerInnenchaft verhalten. Dies spiegelt sich auch bei den EP-Wahlen und im EP wider. Insbesondere EU-skeptische oder -feindliche Parteien, die zumeist dem rechten Lager angehören, sind weniger geneigt, Frauen zu rekrutieren, wie eine Studie für Osteuropa belegt (Chiva 2014). So waren Frauen in den explizit rechten Fraktionen im EP stets eine Minderheit (vgl. Hoecker 2013, 92ff.). Dies zeigt sich in Deutschland bei der Partei Alternative für Deutschland (AfD): Sie trat mit nur sechs Frauen unter den 28 EP-KandidatInnen an; dies entspricht 21,4%.

Auch in den politischen Gruppen (Fraktionen) im EP spiegelt sich der Befund „parties matter“ insgesamt wider. Im neuen EP ist die konservativ-christdemokratische Europäische Volkspartei (der die CDU und CSU angehören) mit 221 Mandaten nach wie vor die stärkste Gruppe, gefolgt von der Fraktion der Sozialisten und Demokraten (ihr gehört die SPD an) mit 191 Mandaten. Drittstärkste Kraft wurde mit 70 Mandaten erstmals die EU-skeptische Fraktion der Konservativen und Reformisten (EKR), die von den britischen Tories angeführt wird und die auch die AfD sowie die Familien-Partei Deutschlands aufgenommen hat. Die liberale ALDE-Fraktion (FDP) ist mit 67 Mandaten erstmals nur die viertstärkste Kraft. Ihr folgen die Ver-

einte Europäische Linke/Nordische Grüne (KVEL/NGL) mit 52 Mandaten (darunter die deutschen LINKE) und die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) mit 50 Mandaten (u.a. Bündnis 90/Grüne; ÖDP und Piraten). Die Gruppe der Fraktionslosen stieg auf 52 MEPs an, darunter die deutsche NPD neben rechtsextremen Parteien aus anderen EU-Staaten.

Der Frauenanteil in den Fraktionen variiert zwischen 21,4 bis 50%. Lediglich in der ERC-Fraktion (21,4%) und unter den Fraktionslosen (26,9%) liegt der Frauenanteil unter dem Durchschnitt der nationalen Parlamente (28%); in allen anderen Fraktionen liegt er in Regel weit über dem Durchschnitt in den Mitgliedstaaten (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Anteil weiblicher MEPs in den Fraktionen 2009 und 2014

	2014		2009		Differenz in Prozent- punkten
	MEPs insgesamt	Frauen (%)	Mitglieder insgesamt	Frauen (%)	
KVEL/NGL	52	50,0	35	28,5	+21,5
S&D	191	45,0	184	40,2	+4,8
Grüne/EFA	50	42,0	55	54,2	-12,5
ALDE	67	40,0	84	45,2	-5,2
EVP	221	30,3	265	33,5	-3,5
ERC	70	21,4	55	12,7	+8,7
EFDD	48	37,5	32	15,6	+21,9
Fraktionslose	52	26,9	26	19,2	+7,7

Quelle: Hoecker 2013, 91; eigene Ergänzung.

Angesichts des Erstarkens der rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräfte wäre selbst ein gesunkener Anteil an weiblichen MEPs möglich gewesen. Jedoch haben einige Parteien der Rechten einen ausgesprochen hohen Frauenanteil (vgl. Tabelle 3). In der integrationsfeindlichen EFDD-Fraktion hat sich der Frauenanteil seit den Wahlen 2009 gar mehr als verdoppelt. Auch in den rechten Parteien ist die Rekrutierung von Kandidatinnen eine wichtige Strategie, um die weibliche Wählerschaft anzusprechen und zu gewinnen. Zudem unterliegen auch rechte Parteien – sofern vorhanden – gesetzlichen Quotenregelungen auf nationaler Ebene. So ist etwa der Front National (FN) um Le Pen eine ausgesprochen „weibliche“ Partei, dank der starren Quotenvorgaben im Rahmen der französischen Parité-Gesetze, die mit scharfen finanziellen und rechtlichen Sanktionen verbunden sind (vgl. Murray 2012).

Tabelle 3: Anteil weiblicher MEPs in den rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien 2014

Partei	Land	Fraktion	MEPs insgesamt	Frauen in % (n)
AfD	Deutschland	ERC	7	28,6 (2)
Front National	Frankreich	FL	23	39,1 (9)
Freiheitspartei	Niederlande	FL	4	25,0 (1)
FPÖ	Österreich	FL	4	25,0 (1)
Die Finnen	Finnland	ERC	2	0,0 (0)
Goldene Morgenröte	Griechenland	FL	3	0,0 (0)
Jobbik	Ungarn	FL	3	33,3 (1)
Lega Nord	Italien	FL	5	20,0 (1)
Movimento 5 Stelle	Italien	EFDD	17	47,1 (8)
Neuer Rechter Kongress	Polen	FL	4	0,0 (0)
NPD	Deutschland	FL	1	0,0 (0)
Schwedendemokraten	Schweden	EFDD	2	50,0 (1)
UKIP	Großbritannien	EFDD	24	29,2 (7)
Vlaams Belang	Belgien	FL	1	0,0 (0)
Volkspartei	Dänemark	ERC	4	25,0 (1)

Anmerkung: FL – Fraktionslos

Quelle: Eigene Auszählung.

Eine der ersten Aufgaben eines neuen Parlaments ist die Bestellung der internen Führungspositionen.³ Hierzu gehört zuvörderst das Präsidium. Der alte EP-Präsident Martin Schulz, der als Spitzenkandidat der Sozialdemokraten in das Rennen um die Kommissionspräsidentschaft ging, ist als neuer Präsident wiedergewählt worden. Ihm stehen insgesamt 14 VizepräsidentInnen zur Seite; hiervon sind sechs Frauen (43%). Unter den fünf Quästoren finden sich zwei Frauen (40%). Zudem sind die Führungspositionen in den Ausschüssen und Delegationen zu besetzen. In 14 der insgesamt 33 parlamentarischen Delegationen hat eine Frau den Vorsitz (42,4%). Frauen haben in zehn der 24 Ausschüsse den Vorsitz (45%); allerdings haben alle großen Ausschüsse einen männlichen Vorsitz. Unter den Vizevorsitzenden der Ausschüsse liegt ihr Anteil bei 44,2% (38). Die Repräsentation von Frauen in den Ausschüssen ist dabei unterschiedlich hoch. So waren in der 7. WP im konstitutionellen Ausschuss AFCO nur 16% weibliche MEP, im beschäftigungs- und sozialpolitischen Ausschuss EMPL hingegen 54% (Europäisches Parlament 2014, 10). In der neuen, 8. WP. erhöhte sich der Frauenanteil im AFCO auf 22%, im EMPL liegt er gleichbleibend bei 54,5%. Der FEMM ist der „weiblichste“ Ausschuss im EP; von den 67 Mitgliedern sind zehn Männer. Dies entspricht, wie schon in der 7. WP, einem Frauenanteil von 85%. Schließlich ist die Besetzung von Führungspositionen in den sieben politischen Gruppen relevant, von denen zwei mit einem Führungsduo

agieren. Insgesamt sind wieder zwei Frauen (22,0%) Fraktionsvorsitzende (Rebecca Harms, Grüne/EFA und Gabi Zimmer, KVEL/NGL). Bis auf den Fraktionsvorsitz hat sich der Frauenanteil in allen Kategorien von Führungspositionen innerhalb des EP im Vergleich zur 7. WP verbessert.

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass das EP im Vergleich zum Durchschnitt der nationalen Parlamente in der EU-28 nach wie vor „frauenfreundlicher“ ist. Allerdings zeigen sich zwischen den Mitgliedstaaten gravierende Unterschiede. Das lange Zeit verbreitete Muster, wonach die nordischen Staaten eine Führungsposition belegten, gefolgt von einigen westeuropäischen Staaten und wonach die süd- und osteuropäischen Staaten die Schlusslichter waren, ist nicht mehr so deutlich. Der Rechtsruck bei den EP-Wahlen 2014 hat sich nicht generell zulasten von Frauen ausgewirkt, auch wenn insgesamt noch ein Links-Rechts-Muster bei der Repräsentation von Frauen im EP zu erkennen ist. Die zunehmende Zersplitterung von Parteiensystemen in vielen Mitgliedstaaten wirkt sich auch und – wegen des Nebenwahl-Charakters der EP-Wahlen (vgl. Niedermayer 2014) – in besonderem Maße bei den EP-Wahlen aus und führt in einigen Ländern zu teilweise dramatischen Verschiebungen bei der Sitzverteilung (z.B. in Frankreich oder Großbritannien). Wenn zudem die Anzahl von Klein- und Kleinstparteien im EP steigt, dann spielt es eine entscheidende Rolle, ob Kandidatinnen auf den vorderen Listenplätzen stehen. Hierfür sind die Rekrutierungsstrategien nationaler Parteien und gesetzliche oder parteipolitische Quoten in den Mitgliedstaaten zentral. Auch jenseits von Quoten haben ebenso rechte Parteien die Chance ergriffen, mehr Kandidatinnen zu nominieren, um hierdurch eine weibliche Wählerschaft ansprechen zu können. Die Entwicklung wird für die Wahlen in 2019 weiter zu beobachten sein.

Deskriptive Repräsentation II: Bestellung der Europäischen Kommission

Das Motto „Dieses Mal ist es anders“ bezog sich auch darauf, dass erstmals von den meisten Europarteien SpitzenkandidatInnen nominiert und die Wahlen dadurch personalisiert wurden. Unter den insgesamt acht SpitzenkandidatInnen der Europarteien (EVP, PES, ELDR, Grüne, Linke, Piraten) fanden sich nur bei den Grünen und den Piraten – als eine Hälfte der Doppelspitze – Frauen. Nach dem Modell nationaler parlamentarischer Demokratien sollte, so die Idee, der/die SpitzenkandidatIn der Partei, die als Sieger aus den Wahlen hervorgeht, den/die PräsidentIn der nächsten Europäischen Kommission stellen. Diese Strategie geht auf eine neue Bestimmung des Lissabon-Vertrags zurück (Art. 17 AEUV), der zufolge der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs bei der Benennung des/der KandidatIn für die Kommissionspräsidentschaft das Ergebnis der EP-Wahlen zu *berücksichtigen* habe. Vom EP wurde der Artikel in dem o.g. Sinne ausgelegt, dass Jean-Claude Juncker als Spitzenkandidat der siegreichen EVP zum Kommissionspräsidenten bestimmt werden müsse. Die EVP, S&D und die ALDE schlossen schon vor den Wahlen einen

Pakt und erklärten, keinen anderen Kandidaten zu akzeptieren. Das EP konnte sich im Machtpoker mit dem Europäischen Rat schließlich durchsetzen und wählte am 15. Juli 2014 Juncker zum neuen Kommissionspräsidenten.

Aktuell laufen zwischen Juncker und den nationalen Regierungen die Verhandlungen um die Posten der anderen 27 KommissarInnen, denn die neue Kommission soll am 1. November 2014 ihr Amt antreten. Dies ist nur möglich, wenn das EP vorher die Anhörungen der KandidatInnen für die 27 Posten erfolgreich abschließt und die Kommission als Kollegium mit absoluter Mehrheit wählt. Gerade auch die Kommission, die im europäischen Gesetzgebungsprozess ein entscheidender Impulsgeber ist aufgrund ihrer Initiativmonopols, war über Jahrzehnte eine ‚frauenfreie Zone‘; erst 1989 wurde eine erste Kommissarin ernannt. Der Frauenanteil ist seitdem kontinuierlich gestiegen. Der letzten Kommission (2010-2014) gehörten neun Kommissarinnen (33%) an. Dieser Anteil wird in der neuen Kommission aller Voraussicht nach nicht erreicht werden können – trotz Drohungen des EP und intensiven Werbens Junckers, dass die Mitgliedstaaten in großer Zahl Kandidatinnen (mindestens 10) nominieren sollen. Während es zwischenzeitlich so schien, als würden im schlimmsten Fall lediglich vier Kommissarinnen nominiert werden, was ein Rückfall in die 1990er-Jahre wäre, ist nun die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass der Anteil von neun Kommissarinnen konstant bleibt, von denen Juncker drei zu Vize-Präsidentinnen der Kommission ernennen will (vgl. EurActiv 2014).

Substantielle Repräsentation: Genderpolitische Prioritäten 2014-2019

Genderpolitik ist – gemäß dem Prinzip des Gender Mainstreaming – eine Querschnittsaufgabe. Gleichwohl zeigt sich, dass sie in den unterschiedlichen Politikbereichen der EU in unterschiedlichem Maße verankert ist (vgl. für viele Abels/Mushaben 2012). Innerhalb des EP spielt der Ausschuss für die Rechte der Frauen und Chancengleichheit (FEMM) für die Entwicklung der Genderpolitik eine wichtige Rolle. Zwar kann von einer hohen deskriptiven Repräsentation nicht automatisch auf eine hohe substantielle Repräsentation geschlossen werden (sprich: viele Frauen machen viel Frauenpolitik), gleichwohl ist eine „politics of presence“ (Anne Phillips) durchaus eine förderliche Bedingung, gerade wenn institutionelle Faktoren hinzukommen. Im FEMM liegt der Frauenanteil bei 85,1% (57 von 67 MEPs).

Der FEMM ist ein sog. neutraler, nichtobligatorischer Ausschuss; deshalb wird ihm gemeinhin ein geringerer Stellenwert zugewiesen. Zugleich kann dies jedoch auch ein Vorteil sein, wie Ahrens (2012) argumentiert, insofern die Mitglieder im FEMM ein hohes intrinsisches Engagement und oftmals entsprechende Policy-Kompetenz mitbringen. Ferner wird durch Doppelmitgliedschaft im FEMM und in weiteren Ausschüssen eine Diffusion von Genderfragen verbessert. Entscheidend für die Stärke und Handlungsfähigkeit des FEMM sei letztlich dessen programmatische Homogenität und eine Art von Zusammengehörigkeitsgefühl (ebd., 125).

Im neuen FEMM ist diese Homogenität jedoch prekär. Denn gerade auch unter den neuen und oftmals EU-skeptischen Kleinparteien finden sich viele genderpolitisch erzkonservative Parteien, für die gerade auch der FEMM-Ausschuss ein interessantes Betätigungsfeld ist. Im aktuellen FEMM sind neben dem MEP der konservativen deutschen Familien-Partei auch MEPs der AfD sowie Abgeordnete der rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen österreichischen FPÖ, der slowenischen Konservativen Demokraten, der niederländischen Freiheitspartei, des französischen Front National, der nationalkonservativen polnischen PIS, der ungarischen Fidesz und Jobbik. Sie haben zwar bei weitem keine Mehrheit im FEMM, aber zumindest ein erhebliches Störpotential.

Diese Polarisierung im FEMM ist nicht prinzipiell neu. Auch in den letzten Legislaturperioden erwiesen sich v.a. Themen wie reproduktive Rechte und Abtreibung als Konfliktthemen. Doch die Konflikte werden vermutlich schärfer. Dies zeigte sich bereits bei der Besetzung der Führungsposten im FEMM; hier kam es zu einem Eklat: Die ERC-Fraktion hatte für die Wahl als vierte Vize-Ausschussvorsitzende Beatrix von Storch ins Rennen geschickt. Von Storch gehört zum erzkonservativen Flügel der AfD und war in den vergangenen Monaten mit provokanten Äußerungen u.a. zur traditionellen Rolle der Frau, gegen Gender Mainstreaming und „staatliche Umerziehung“ negativ aufgefallen (Leber 2014). Der insgesamt genderpolitisch eher progressiv besetzte FEMM-Ausschuss wollte sie deshalb nicht in eine Führungsposition wählen: Die Bewerbung von Storchs scheiterte! Von der ERC wurde sie daraufhin mit einem Posten als Vizefraktionsvorsitzende „entschädigt“ (der ihr politisch mehr Einfluss einräumt als ein Vizeposten im FEMM) und eine andere Kandidatin für den FEMM-Ausschuss benannt.

Genderpolitische zentrale Gesetzgebungsprozesse, die in der letzten Legislaturperiode nicht abgeschlossen werden konnten, waren zum einen die Einführung einer Quote für Frauen in Führungsstellen in Vorständen und zum anderen eine Ausweitung des Mutterschutzes. Beide Maßnahmen werden von der neuen FEMM-Vorsitzenden, der spanischen Sozialistin Iratxe García Pérez, wieder aufgegriffen werden. Auch die genderpolitischen Effekte der Krisen- und Austeritätspolitik der letzten Jahre werden die Agenda des FEMM weiter bestimmen. Der FEMM beteiligt sich derzeit aktiv an den Anhörungen der KandidatInnen für die Kommission, um seiner Agenda Nachdruck zu verleihen und die genderpolitischen Weichenstellungen für die neue Legislaturperiode zu beeinflussen.

Dieses Mal war es anders? Ein Ausblick

Die EU ist ihrem Selbstbild nach eines der genderpolitisch progressivsten Regime auf der Welt. Dieses Selbstbild gilt es durchaus kritisch zu hinterfragen (Macrae 2010). Gleichwohl ist die genderpolitische Bilanz der EU besser als die in vielen anderen Regionen und politischen Systemen der Welt. Das EP hat hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet und wird diesen auch in Zukunft leisten. Allerdings sind

die Bedingungen hierfür nach den Wahlen 2014 nicht einfacher geworden. Denn in geschlechterpolitischer Hinsicht hat sich gezeigt, dass es bei diesen Wahlen nicht per se anders war. Vom Ziel einer echten Geschlechterparität ist das EP nach wie vor weit entfernt. Allerdings zeichnen sich einige bemerkenswerte Entwicklungen bei der detaillierteren Analyse der Wahlen und ihrer Folgen ab, die sich lohnen, in ihrer genderpolitischen Bedeutung genauer reflektiert zu werden.

Die zunehmende Fragmentierung im EP macht eine Mehrheitsbildung zumindest schwieriger, denn „parties matter“. Simon Hix (2013) hat gezeigt, dass gerade genderpolitische Entscheidungen entweder von einer „Super Grand Coalition“ aus EVP, S&D sowie ALDE oder von einer Mitte-Links-Koalition aus S&D, ALDE plus weitere Parteien getragen werden. Grüne/EFA und KVEL/NGL erreichen gerade auch auf dem Gebiet der Gleichstellung eine hohe Abstimmungskohärenz zugunsten progressiver politischer Maßnahmen, während die Kohärenz bei den Liberalen sowie im rechten Lager niedrig ist (ebd., 4f.). Die Weiterentwicklung eines europäischen Antidiskriminierungsregimes wird jedenfalls nicht zuletzt im EP entschieden (vgl. Kantola/Nousiainen 2012).

Die wachsende „Euroskepsis“ und ihre parteipolitischen Effekte werden ferner in den EU-Mitgliedstaaten selber folgenreich sein. Viele (v.a. rechte) Parteien haben bei der EP-Wahl einen Erfolg erzielt, den sie nun auch in nationalen (und ggf. regionalen) Wahlen nutzen wollen (s. die AfD bei den anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland). Dies wird die politischen Konstellationen in den EU-Staaten und die Politiken der nationalen Regierungen zweifelsohne beeinflussen. Die Vorzeichen für große Schritte in der EU-Geschlechterpolitik sind jedenfalls „a mixed bag“.

Anmerkungen

- 1 Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrag ist als Tübinger Arbeitspapier zur Integrationsforschung (TAIF) Nr. 9/2014 publiziert; Internet: <https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/handle/10900/53316> (17.9.2014).
- 2 In dem Trailer 2004 räkelt sich eine wortlose Nixe im Wasser umringt von EU-Sternen; im Trailer 2009 rennt eine hysterisch schreiende Blondine im Minirock auf der Flucht vor einem Frankenstein-Monster in ein Wahllokal mit der Botschaft: zum Wählen ist immer Zeit. Alle genannten Videotrailer sind auf YouTube zu finden.
- 3 Nachfolgende Daten beruhen auf: http://static.euractiv.com/files/the_european_parliament_2014-2019_072014-en-04.pdf (17.9.2014), Europäisches Parlament 2014; eigene Auszählung. Für die 7. WP vgl. Hoecker 2013, 111, 114.

Literatur

Abels, Gabriele, 2011: Gender Equality Policy. In: Heinelt, Hubert/Knodt, Michèle (Hg.): Policies within the EU Multi-Level System. Instruments and Strategies of European Governance. Baden-Baden, 325-348.

Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce Marie (Hg.), 2012: Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits. Houndsmill, New York.

Ahrens, Petra, 2012: Wenn sich Nachteile als Vorteile erweisen: Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament. In: *Femina Politica*. 21 (2), 119-126.

Chiva, Cristina, 2014: Gender, European Integration and Candidate Recruitment: The European Parliament: Elections in the New EU Member States. In: *Parliamentary Affairs*. 67, 458-494, DOI:10.1093/pa/gss047.

EurActiv, 2014: Lack of Women no longer a Problem for New Commission. Internet: http://www.euractiv.com/sections/social-europe-jobs/lack-women-no-longer-problem-new-commission-308200?utm_source=EurActiv+Newsletter&utm_campaign=f67f5be33c-newsletter_weekly_update&utm_medium=email&utm_term=0_bab5f0ea4e-f67f5be33c-245507185 (8.9.2014).

Europäisches Parlament, 2014: Frauen im Europäischen Parlament auf politischer Ebene. Internationaler Frauentag 8. März 2014. Referat für Gleichstellung und Vielfalt, Generaldirektion Personal. Internet: http://www.europarl.at/resource/static/files/p7_pub-2014-0001_de.pdf (31.7.2014).

Fortin-Rittberger, Jessica/Rittberger, Berthold, 2014: Do Electoral Rules Matter? Explaining National Differences in Women's Representation in the European Parliament. In: *European Union Politics* (Online first), 1-25, DOI: 10.1177/1465116514527179.

Hix, Simon, 2013: Why the 2014 European Elections Matter: Ten Key Votes in the 2009-2013 European Parliament. SIEPS European Policy Analysis. Nr. 15. Internet: http://www.sieps.se/sites/default/files/2013_15epa.pdf (30.7.2014).

Hoecker, Beate, 2013: Frauen und das institutionelle Europa: Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich. Wiesbaden.

Kantola, Johanna/Nousiainen, Kevät, 2012: The European Union: Initiator of a New European Anti-Discrimination Regime? In: Krizsan, Andrea/Skjeie, Hege/Squires, Judith (Hg.): Institutionalizing Intersectionality: The Changing Nature of European Equality Regimes. Houndsmill, New York, 33-58.

Leber, Fabian, 2014: Knallhart konservativ – und bald die wichtigste Frau der AfD. In: *Der Tagesspiegel*, 24.4.2014. Internet: <http://www.tagesspiegel.de/politik/beatrix-von-storch-knallhart-konservativ-und-bald-die-wichtigste-frau-der-afd/9795884.html> (30.7.2014).

Locher, Birgit, 2012: Gendering the EU Policy Process and Constructing the Gender Acquis. In: Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce M. (Hg.): Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits. Houndsmill, New York, 63-84.

Macrae, Heather, 2010: The EU as a Gender Equality Policy: Myths and Realities. In: *Journal of Common Market Studies*. 48 (1), 155-174.

Murray, Rainbow, 2012: Parity in France: A 'Dual Track' Solution to Women's Under-Representation. In: *West European Politics*. 35 (2), 343-361.

Mushaben, Joyce Marie, 1998: The Politics of Critical Acts: Women, Leadership and Democratic Deficits in the European. In: *The European Studies Journal*. 15 (2), 51-91.

Niedermayer, Oskar, 2014: Immer noch eine „nationale Nebenwahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. 45 (3) (im Erscheinen).

Pitkin, Hanna Fenichel, 1967: *The Concept of Representation*. Berkely, Los Angeles.

NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG

Kurznachrichten

Antidiskriminierendes Sprachhandeln

Die AG Feministisch Sprachhandeln der Humboldt-Universität zu Berlin veröffentlichte 2014 den Sprachleitfaden „Was tun? Sprachhandeln aber wie? W_Ortungen statt Tatenlosigkeit!“. Der Leitfaden gibt anhand von Beispielen zahlreiche Anregungen zu antidiskriminierenden Sprachveränderungen sowie Ideen für den konkreten (Arbeits-)Alltag, mit dem Ziel zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen Sprechen und Schreiben beizutragen. Der Leitfaden stellt hierfür unterschiedliche Schreib- und Sprachformen vor, bietet Entscheidungs- und Argumentationshilfen für antidiskriminierende Sprachhandlungen und reflektiert die Verwobenheit multipler sprachlicher Diskriminierungen.

Hier der Link zur Online Version:

<http://feministisch-sprachhandeln.org>

Hier der Link zum Leitfaden im pdf-Format:

http://feministisch-sprachhandeln.org/wp-content/uploads/2014/03/onlineversion_sprachleitfaden_huberlin_2014_ag-feministisch-sprachhandeln.pdf

„lad culture“: Maskulinismus im Studierendenalltag

Die von der britischen Studierenden-Organisation National Union of Students (NUS) in Auftrag gegebene und am Centre for Gender Studies der University of Sussex durchgeführte Studie „*That’s what she said. Women students’ experiences of ‘lad culture’ in higher education*“ (2012) setzt sich mit „lad culture“ aus geschlechterkritischer, hochschulpolitischer Perspektive auseinander. Neben einer umfassenden Aufarbeitung der aktuellen Literatur wurden hierfür 40 Interviews mit Studentinnen geführt. „Laddism“ (ebd., 10) meint dabei eine Form von Maskulinismus, der sich im Kontext der aktuellen Krise von Männlichkeit sowie einer neoliberalen Restrukturierung der Hochschulen, im Zuge derer Bildung privatisiert und durch „männliche“ Vorstellungen wie Individualismus und Wettbewerbsfähigkeit geprägt wird, herausgebildet hat. Die Studie, die neben Forschungsergebnissen und Empfehlungen auch eine Stellungnahme der NUS beinhaltet, wird von dieser als selbstkritische Reflexion sowie als Beginn für eine umfassendere Auseinandersetzung gesehen, um der komplexen Problematik des „laddism“ auf einer breiten Basis entgegenwirken zu können.

Mehr dazu unter folgendem Link:

<http://www.nus.org.uk/Global/Campaigns/That%27s%20what%20she%20said%20full%20report%20Final%20web.pdf>

BAföG: Neuerungen in der Hochschulfinanzierung

Im Frühjahr 2014 einigte sich die Regierungskoalition in Deutschland darauf, dass die Finanzierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes für Schüler_innen und Studierende (BAföG) ab 2015 vollständig vom Bund übernommen wird. Zudem soll zum Wintersemester 2016/17 eine Novelle des BAföG vorgenommen werden.

Im Juni-Newsletter des fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) findet sich eine Diskussion der Hintergründe und potenziellen Fallstricke dieser Einigung. Mehr dazu unter folgendem Link:

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderhaushalte/2014-05-27-Vorschlag-Verteilung-Mittel.html

Hier der Link zum fzs Newsletter:

<http://www.fzs.de/news/323563.html>

Charta „Familie in der Hochschule“

Im Mai 2014 unterschrieben 46 Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland im Rahmen der ersten Jahrestagung „Familienorientierung als Anspruch“ an der Leibniz Universität Hannover die Charta „Familie in der Hochschule“. Damit verpflichten sie sich zur Verankerung von Familienorientierung in ihren Profilen, wobei „alle in unserer Gesellschaft gelebten, vielfältigen Formen von Familie“ (Charta 2014, o.S.) berücksichtigt werden sollen.

Mehr dazu unter folgendem Link:

<http://www.familie-in-der-hochschule.de/cms/?getObject=1083>

Zur Charta geht es unter folgendem Link:

http://www.familie-in-der-hochschule.de/downloads/FidH_Charta_Download.pdf

Wissenschaftlicher Wiedereinstieg von Frauen

Das Projekt WiFraWi (Wiedereinstieg von Frauen in Wissenschaftskarrieren) der Technischen Universität Dresden (TUD) und des Instituts für regionale Innovation und Sozialforschung (IRIS) untersucht, wie Diskontinuitäten im Karriereverlauf persönlich erlebt werden und inwiefern mit den Förderprogrammen subjektiven Erfordernissen entsprochen wird. Ziel ist es, das Wissen von Wissenschaftlerinnen sichtbar und als emanzipatorisches Wissen für künftige Fördermaßnahmen brauchbar zu machen. Die Ergebnisse der Studie für die Zeit zwischen 2011 und 2014 wurden im März 2014 bei zwei Fachtagungen zum Thema „KarriereSorgen – Wissenschaft zwischen Exzellenz und Fürsorge“ in Dortmund und Leipzig präsentiert.

Mehr dazu unter folgendem Link:

<http://www.wiedereinstieg-wissenschaft.de>

Kulturwandel geschlechtergerecht

Eine Bestandsaufnahme zur Gleichstellungsarbeit sowie zu aktuellen Gleichstellungsprojekten an den Hochschulen Sachsen-Anhalts bietet die von Karin Zimmermann am Institut für Hochschulforschung (HoF) (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) durchgeführte Bestandsaufnahme „Für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel“ (2013). Im Mittelpunkt steht die Befragung der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen zu den Rahmenbedingungen, Möglichkeiten und Perspektiven in Bezug auf Gleichstellung im Aktivitätszeitraum zwischen 2010 und 2013. Zudem finden sich in der Bestandsaufnahme – auch vergleichende – Statistiken zum Frauenanteil in unterschiedlichen Qualifikationsstufen. Die zentralen Ergebnisse finden sich unter den Schlagworten Genderkompetenz, Mindestausstattung, Kaskadenmodell, Berufungsverfahren und Hochschulgovernance zu fünf Empfehlungen zusammengefasst.

Mehr dazu unter folgendem Link:

http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Zimmermann_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf

Korruption in Wissenschaft und Forschung

2013 veröffentlichte die Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland einen Bericht zum Thema Bildungswesen. Darin sind über 70 Berichte versammelt, die sich in 50 Ländern mit Korruption auf unterschiedlichen Ebenen in der Schul- und Hochschulbildung beschäftigen, wobei auch Geschlechterperspektiven in die Analysen mit einbezogen werden.

Kurzinformationen mit besonderem Bezug zu Deutschland finden sich in der Pressemitteilung unter folgendem Link:

<http://www.transparency.de/2013-10-01-GCR-2013-Bildung.2370.0.html>

Der gesamte Bericht findet sich unter folgendem Link:

<http://www.transparency.de/2013-10-01-GCR-2013-Bildung.2370.0.html>

Gleichstellung der Geschlechter in der Schweiz

Im Mai 2014 erschien der Synthesebericht des Nationalen Forschungsprogramms 60 (NFP 60) „Gleichstellung der Geschlechter“. Fazit dieser Untersuchung zu der in der Schweiz in der Bundesverfassung festgehaltenen Gleichstellung der Geschlechter ist: Es wurde zwar einiges erreicht, die Gleichstellung der Geschlechter in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie soziale Sicherheit ist allerdings nach wie vor nur teilweise gewährleistet. Als zentrale Ungleichheitsaspekte werden u.a. Geschlechterstereotype, Einkommensunterschiede,

fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Altersarmut oder Bildungsungleichheiten genannt.

Eine Übersicht über den Bericht gibt es unter folgendem Link:

<http://www.snf.ch/de/fokusForschung/newsroom/Seiten/mm-150527-nfp60-ungleichstellung-der-geschlechter.aspx>

Der gesamte Bericht findet sich unter folgendem Link:

http://www.nfp60.ch/SiteCollectionDocuments/NFP_60_Synthese_de_Web.pdf

Genderprofessuren eine Erfolgsgeschichte? Ein Blick hinter die Kulissen

ULLA BOCK. INGA NÜTHEN (ZENTRALEINRICHTUNG ZUR FÖRDERUNG VON FRAUEN- UND GESCHLECHTERFORSCHUNG AN DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN)

Einmal im Jahr veröffentlicht das Statistische Bundesamt in Wiesbaden aktuelle Zahlen zu Bildung und Kultur und meldet in diesem Zusammenhang ebenso regelmäßig, dass an deutschen Hochschulen der Anteil an Professorinnen stetig ansteigt. Der Anstieg in den letzten 20 Jahren von 6,5% (1992) auf 20% (2013) gilt als eine Erfolgsmeldung (Statistisches Bundesamt 2013). Dahinter steht, dass es immer mehr hoch qualifizierte Frauen gibt, die auf den akademischen Arbeitsmarkt streben und von denen einige die Chance erhalten, eine hochdotierte Stelle in einer Hochschule zu besetzen.

Diese Entwicklung als Erfolgsgeschichte zu lesen, ergibt sich aus einer Außensicht auf die Prozentzahlen, die einen langsamen, aber stetigen Anstieg des Frauenanteils bezeugen. Die Innensicht hingegen führt zu noch anderen Einsichten, die am Erfolg zweifeln lassen. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt (vgl. GWK 2013):

- ▶ Je höher die Besoldungsgruppe, desto niedriger ist der Anteil der Frauen,
- ▶ Professorinnen sind häufiger teilzeitbeschäftigt als Männer und
- ▶ Professorinnen sind häufiger befristet angestellt als männliche Kollegen.

Diese Aussagen gelten allgemein für die Hochschulen in Deutschland und auch für alle Fachdisziplinen; sie treffen im Besonderen auf die Frauen- und Geschlechterforschung zu. Um dazu Genaueres sagen zu können, haben wir die Berliner Datenbank „Professuren mit einer Voll- oder Teil-Denomination für Frauen- und Geschlechterforschung (Gender und Diversity) an deutschsprachigen Hochschulen¹“ ausgewertet. In dieser Datenbank sind für die deutschen Universitäten 140 Professuren verzeich-

net (Stand Juli 2014). Diese Zahl täuscht eine stärkere Verankerung der Frauen- und Geschlechterforschung an den Hochschulen vor, als tatsächlich gegeben ist: Zum einem verteilen sich diese Genderprofessuren auf über 30 Fachdisziplinen und zum anderen handelt es sich bei vielen dieser Professuren um prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Die öffentlich zugänglichen Datensätze zu den Professuren weisen nicht die Besoldungsgruppe der jeweiligen Professur aus.² Diese sensiblen Daten liegen unveröffentlicht im Hintergrund dieser Datenbank und sind den Autorinnen bekannt: Der Anteil der am höchsten dotierten C4/W3-Professuren steht zu dem Anteil der C3/W2-Professuren in einem Verhältnis von 33:71; hinzukommen 28 W1/Juniorprofessuren und acht Gastprofessuren. Von den insgesamt 140 sogenannten Genderprofessuren³ sind 46, also fast ein Drittel, *befristet*.

Die Genderprofessuren an bundesdeutschen Universitäten sind mehrheitlich von Frauen besetzt, neun haben Männer inne. Auffällig ist, dass davon fünf C4/W3-Professuren, eine W2-Professur und drei W1-Professuren sind. Ist es ein Zufall, dass bei den wenigen Genderprofessuren, die Männer innehaben, das Verhältnis von C4/W3-Professuren zu den C3/W2-Professuren umgekehrt ist, nämlich 5:1?

Exemplarisch schauen wir nun hinter die Kulissen der Freien Universität Berlin, die zu jenen Hochschulen gehört, die bei der Förderung von Wissenschaftlerinnen und in Bezug auf Frauen- und Geschlechterforschung seit Ende der 1970er-Jahre Maßstäbe gesetzt haben.⁴ Der wiederholte Spitzenplatz in dem vom Center of Excellence Women and Science (CEWS) durchgeführten Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten (Löther 2013, 32) bezeugt dies ebenso wie der Total E-Quality Science Award⁵, welcher der Freien Universität wiederholt verliehen wurde. Doch obwohl an der Freien Universität früher als an anderen Universitäten zahlreiche und vielfältige Aktivitäten im Bereich Frauen- und Geschlechterforschung unternommen und von der Hochschulleitung auch zusätzliche Lehraufträge und befristete Mittelbau-Stellen bewilligt wurden, gibt es bis heute an dieser Hochschule keine Professur mit einer Teil- oder Voll-Denomination für Frauen- und Geschlechterforschung in der höchsten Besoldungsgruppe (C4/W3). In den letzten 30 Jahren (1984⁶ bis 2014) wurden insgesamt 25 Professuren mit einer Teil- oder Voll-Denomination für Frauen- und Geschlechterforschung (Gender und Diversity) eingerichtet: In den 1980er-Jahren waren es vier, in den 1990er-Jahren drei und in den 2000er-Jahren sieben; seit 2010 sind elf hinzugekommen. Von diesen elf sind drei W2-Professuren, vier sind W1-/Juniorprofessuren und vier weitere sind Gastprofessuren, von denen zwei schon nicht mehr existieren. Bis auf eine internationale und interdisziplinäre Gastprofessur für Geschlechterforschung, die zum Wintersemester 2013/14 zum ersten Mal besetzt wurde und eine neu geschaffene W2-Professur in der Politikwissenschaft, die im Juni 2014 ausgeschrieben wurde, sind alle nach 2010 neu geschaffenen Genderprofessuren an der Freien Universität *befristet*. Von den fünf *unbefristeten* Professuren, die in den 1980er-/1990er-Jahren an der Freien Universität eingerichtet wurden, ist nur eine erhalten geblieben; sie wurde 2010 mit leicht veränderter Denomination⁷ neu ausgeschrieben und besetzt. Eine zweite aus dieser

Zeit wurde 2013 zwar neu ausgeschrieben, jedoch mit einer Denomination ohne Genderschwerpunkt. In inneruniversitären Aushandlungsprozessen erreicht werden konnte der Zusatz „nachgewiesene Forschungserfahrung in Fragestellungen und Methoden der Geschlechtergeschichte“, der im Ausschreibungstext unter „weitere Anforderungen“ platziert wurde. Um den Erhalt der Genderprofessuren bzw. um die Neueinrichtung solcher Stellen muss immer wieder neu gekämpft werden. So ist auch die 2014 zum ersten Mal ausgeschriebene W2-Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Gender und Vielfalt am Otto-Suhr-Institut das Ergebnis langwieriger und harter Auseinandersetzungen (vgl. Nagy/Scheurer 2013).

Seit Mitte der 1980er-Jahre wird in der Berufs- und Wissenschaftsforschung die vermeintlich widersprüchliche These von der „ausschließenden Einschließung“ (Rang 1987) oder von der „einschließenden Ausschließung“ (Wetterer 1999, 19 und 26) vertreten. Diese These von einer versteckten professionsinternen Statusdistribution wurde in den letzten Jahren vielfach untermauert. Sie verweist auf den Umstand, dass Frauen inzwischen zwar auch auf höheren Positionen der akademischen Disziplinen integriert werden, aber professionsinterne Prozesse dazu führen, dass sie oftmals mehr am Rand als im Zentrum der Wissenschaften positioniert bleiben. Sowohl der Faktor Frau als auch die Entscheidung, sich im Feld der Frauen- und Geschlechterforschung zu profilieren, verstärken die Prozesse der Marginalisierung, die durch die bloßen Zahlen eines ansteigenden Professorinnenanteils und gewonnene Gleichstellungsrankings verschleiert werden. Es muss problematisiert werden, dass in der Hochschulforschung nach wie vor ein biologistischer Geschlechterbegriff verwendet wird, sodass die Daten zwar nach Frauen und Männern differenziert, unterschwellige geschlechtsspezifische Exklusionsprozesse jedoch nicht zur Kenntnis genommen werden. Dies zeigt sich auch an der weitgehenden Rezeptionssperre von Erkenntnissen aus der hochschulbezogenen Geschlechterforschung, in der diese Prozesse detailliert analysiert werden (vgl. Kunadt et al. 2014, 106). Damit einher geht eine „rhetorische Modernisierung“: Rhetorisch wird viel für die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die Etablierung von Frauen- und Geschlechterforschung in der Wissenschaft getan, viele nachhaltige strukturelle Veränderungen sind bisher jedoch nicht zu erkennen (vgl. Wetterer 2000).

Im Spiegel dieser Erkenntnisse ist zu betonen, welche inhaltliche Bedeutung den Genderprofessuren im Wissenschaftsbetrieb zukommt. Sie haben idealiter eine wichtige Funktion für die Analyse von persistenten hierarchischen Geschlechterverhältnissen – in der Gesellschaft im Allgemeinen wie in der Wissenschaft und der jeweiligen Fachdisziplin im Speziellen. Sie sind ebenso von zentraler Bedeutung für die Umsetzung feministischer Forderungen im akademischen Feld, das nach wie vor als androzentrisch bezeichnet werden kann (Kahlert 2011). Aus diesen Gründen braucht es (wieder) vereinte feministische Kräfte, um weiterhin für den Erhalt bestehender und die Einrichtung neuer Genderprofessuren zu guten Bedingungen kämpfen zu können – trotz oder vielmehr aufgrund unterschiedlicher feministischer Positionen und innerfeministischer Debatten, die nicht ausgeblendet werden, sondern

solidarische, kritische Bündnisse prägen und stärken sollten. Darüber hinaus gilt es, auch Professuren mit Denominationen anderer wissenschaftskritischer Felder zu etablieren, die eine Schnittstelle mit der Frauen- und Geschlechterforschung haben, wie etwa die Postcolonial Studies, kritische Männlichkeitsforschung, Queer Studies oder Disability Studies.

Entgegen der Annahme einer Übervorteilung von Frauen und von Genderprofessuren in der Hochschulpolitik, die gegenwärtig vor allem in den Feuilletons der Tagespresse und in Blogs vertreten wird (vgl. Martenstein 2013; Diefenbach 2013) und dem Verkünden einer Erfolgsgeschichte in Bezug auf Gleichstellungspolitik ist also festzustellen, dass sowohl in Sachen Gleichstellung als auch hinsichtlich der professoralen Vertretung der Frauen- und Geschlechterforschung an den Hochschulen noch viele Hürden zu nehmen sind und dass die Außensicht auf die Statistik die Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse schlicht schönfärbt. Es gilt, das Wissen über die geringere Besoldung und die unsicheren Arbeitsverhältnisse von Genderprofessuren sowie die Marginalisierung von feministischer Wissensproduktion innerhalb der Fachdisziplinen sichtbar zu machen, das hinter den Statistiken liegt. Dies zeigt nicht zuletzt ein exemplarischer Blick hinter die Kulissen der Freien Universität Berlin, über die auch die vielen Glanzbroschüren nicht hinwegtäuschen können.

Anmerkungen

- 1 www.zefg.fu-berlin.de/Datenbanken/Genderprofessuren/index.html (7.7.2014).
- 2 Der jeweilige Datensatz einer Professur enthält immer auch den Namen der Stelleninhaberin bzw. des Stelleninhabers; aus Gründen des Datenschutzes darf im veröffentlichten Datensatz die Besoldungsgruppe nicht mit angegeben werden.
- 3 Wir verwenden hier den Begriff Genderprofessur, der nicht uneingeschränkt akzeptiert wird. Einige Stelleninhaber_innen betonen, dass sie keine Genderforscher_innen seien, sondern in erster Linie z.B. Soziolog_innen oder Literaturwissenschaftler_innen und in ihrer Disziplin die Genderperspektive als integralen Bestandteil ihrer Forschung und Lehre begreifen. Dies zeigt zum einen ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu den jeweiligen Fachdisziplinen, könnte zum anderen aber auch auf Befürchtungen der Marginalisierung aufgrund der Gender-Denomination hinweisen.
- 4 Die Planungsphase (1979-1981) und Gründung der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung an der Freien Universität (1981) war ein Meilenstein der Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik an der Freien Universität (vgl. Bock 2014).
- 5 www.total-e-quality.de (7.7.2014).
- 6 1984 konnte an der Freien Universität die erste damals sogenannte Frauenforschungsprofessur besetzt werden; es handelte sich allerdings um eine Sonderprofessur, also eine befristete Zweidrittel-Teilzeitprofessur in der Literaturwissenschaft. Es folgte 1985 eine erste ebenso befristete Zweidrittel-Teilzeitprofessur in der Politikwissenschaft (Bock 2014, 27-30 und 91).
- 7 Es handelt sich um eine Professur in der Literaturwissenschaft mit der Denomination Neuere deutsche Literatur mit einem Schwerpunkt im Bereich der literatur- und kulturwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Zum Wandel der Denomination dieser Professur vgl. Fleig 2014, 224.

Literatur

Bock, Ulla, 2014: Kontinuität im Wandel. Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung an der Freien Universität Berlin (ZEFG) 1981-2015. Berlin.

Diefenbach, Heike, 2013: Brauchen wir Professuren für Genderforschung an Universitäten und Hochschulen? Internet: sciencefiles.org/2013/08/09/brauchen-wir-professuren-fur-genderforschung-an-universitaeten-und-hochschulen (7.7.2014).

Fleig, Anne (Hg.), 2014: Die Zukunft von Gender. Begriff und Zeitdiagnose. Frankfurt/M.

GWK – Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, 2013: Pressemitteilung vom 10.12.2013. Internet: www.gwk-bonn.de/fileadmin/Pressemitteilungen/pm2013-18.pdf (7.7.2014).

Löther, Andrea, 2013: Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten 2013. cews.public No. 17. Köln.

Kahlert, Heike, 2011: Hat Wissenschaft ein Geschlecht? In: Bultmann, Torsten/Wulz, Janine/Marquardt, Erik/Adam, Salome/Keller, Andreas/Jenter, Anne/Salzwedel, Cindy/Niederstraße, Mike: Wissenschaft und Geschlecht. Marburg, 49-51.

Kunadt, Susanne/Lopinsky, Anke/Löther, Andrea/Steinweg, Nina/Vollmer, Lina, 2014: Gender in der Hochschulforschung: Status Quo und Perspektiven. In: Die Hochschule: Journal für Wissenschaft und Bildung. (1), 106-117.

Martenstein, Harald, 2013: Schlecht, schlechter, Geschlecht. In: ZEIT ONLINE, 8.6.2013. Internet: www.zeit.de/2013/24/genderforschung-kulturelle-unterschiede (7.7.2014).

Nagy, Nicola/**Scheurer**, Julia, 2013: Leider nichts Neues: Über die Marginalisierung der Geschlechterforschung am OSI. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 22 (2), 163-166.

Rang, Britta, 1987: Ausschließende Einschließung. In: Hauser, Kornelia/Haug, Frigga (Hg.): Viele Orte. Überall? Berlin, 177-194.

Statistisches Bundesamt, 2013: Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen 2012. Wiesbaden.

Wetterer, Angelika, 1999: Integration und Marginalisierung. Das Verhältnis von Profession und Geschlecht am Beispiel von Ärztinnen und Juristinnen (Vortragsmanuskript). Internet: www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/gleichstellung/heft20wetterer.pdf (7.7.2014).

Wetterer, Angelika, 2000: Noch einmal: Rhetorische Präsenz – faktische Marginalität. In: Kraus, Beate (Hg.): Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung. Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt. Frankfurt/M., 195-221.

Lösungs- oder Leistungsstrategie bei der Reformierung von Karrierewegen in der Wissenschaft?

Ein geschlechter- und familienkritischer Blick auf die aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrates

STEFANIE LEINFELLNER

Am 15. Juli 2014 berichtet die Süddeutsche Zeitung auf der Titelseite unter der Headline „Professorenmangel in Deutschland“ von den am 11. Juli 2014 in Dresden verabschiedeten Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu Karrierezielen und reformbedürftigen Karrierewegen an deutschen Universitäten. Im Sinne einer Neuordnung der Karrierewege an Hochschulen und in wissenschaftlichen Einrichtungen legt der Wissenschaftsrat als wissenschaftspolitisches Beratungsgremium in Deutschland¹ den Universitäten vor allem die gezielte Ausgestaltung von zwei Karriereoptionen in der Wissenschaft nahe: „erstens den Karriereweg zur Professur über den Tenure Track, zweitens den Zugang zu einer unbefristeten Position als wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. wissenschaftlicher Mitarbeiter oder Lehrkraft für besondere Aufgaben“ (Wissenschaftsrat 2014b).

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates fokussieren dabei Karrierephasen nach der Promotion, weil hier der aktuell größte Handlungsbedarf gesehen wird (vgl. Wissenschaftsrat 2014a). Die Zielsetzung, den Anteil des unbefristet beschäftigten, hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals unterhalb der Professurebene zu erhöhen, geht mit der Forderung nach größerer Vielfalt möglicher Karrierewege im deutschen Wissenschaftssystem sowie einer Steigerung seiner Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit einher. In Ergänzung zum Karriereziel Professur sollen demnach weitere Karrierewege angeboten sowie die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Karrierewegen gewährleistet werden. Die zweite Qualifizierungsphase als Post-Doc, so der Wissenschaftsrat, soll einen zeitlichen Rahmen von vier Jahren nicht überschreiten, um möglichst früh wissenschaftliche Selbstständigkeit an der Universität verbunden mit einer früheren Vertragsentfristung zu gewähren und dem entgegenzuwirken, dass Professor_innen häufig erst mit 40 Jahren und älter berufen werden. Denn gelingt die angestrebte Berufung als Professor_in nicht, gestaltet sich der späte Wechsel in die Wirtschaft als schwierig. Um diesem Dilemma und Risiko im wissenschaftlichen Karriereverlauf zu begegnen, empfiehlt der Wissenschaftsrat, für diese Zielgruppe zusätzliche unbefristete Stellen mit Aufstiegsmöglichkeiten in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement zu schaffen.

Zugleich fordert der Wissenschaftsrat mit 7.500 Professuren (davon ein Fünftel Tenure Track-Professuren) eine deutliche Erhöhung des Professor_innenanteils in den Universitäten, der aktuell in keiner guten Relation zum wissenschaftlichen Personal insgesamt sowie zu den weiterhin steigenden Studierendenzahlen steht. Die Zahl der

hauptberuflichen Professor_innen ist von 2000 bis 2012 marginal angestiegen, während sich die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen, Dozent_innen und Assistent_innen, die aus Drittmitteln finanziert werden, seit 2002 verdoppelt hat. Der aus dem Stellenplan finanzierte wissenschaftliche ‚Nachwuchs‘ hat demgegenüber leicht abgenommen, stellt jedoch mit dem aus Drittmitteln finanzierten wissenschaftlichen Personal die größte Beschäftigungsgruppe dar (vgl. Wissenschaftsrat 2014b, 8). Dieser prekär beschäftigte wissenschaftliche ‚Nachwuchs‘, der vor allem die Lehre und die Betreuung der Studierenden im deutschen Hochschulbildungssystem sichert, hangelt sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag und arbeitet (oftmals unbezahlt in der Freizeit) an der eigenen Weiterqualifizierung im Rahmen einer Promotion oder Habilitation.

Besonders schwierig wird es jedoch, wenn Wissenschaftler_innen in der Promotions- und Habilitationsphase entgegen ihren oftmals kinderlosen Kolleg_innen Sorgerepflichtungen gegenüber Angehörigen haben – fallen doch diese Phasen in der Rush Hour des Lebens mit der Zeit des Kinderwunsches und der Familiengründung zusammen. Alessandra Rusconi und Heike Solga identifizieren (insbesondere unter dreijährige) Kinder als entscheidenden Einflussfaktor für die Erwerbs- und Karriererekonstellationen etwa für Akademikerpaare und damit für die Realisierung vor allem weiblicher Karrieren (vgl. Rusconi/Solga 2008, 17). Denn obwohl das Modell der bürgerlichen Kernfamilie an Dominanz verloren hat, tendieren Paare (auch in der Wissenschaft) nach der Geburt eines Kindes zur traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im beruflichen wie privaten Kontext (vgl. Abele 2010, 29ff.; Rülting 2007).

Als besonders problematisch erweisen sich für den Wissenschaftsrat „die weiterhin strukturell familienunfreundlichen Rahmenbedingungen im Wissenschaftsbetrieb“, die „für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Familienpflichten zu hohen Belastungen, zeitlichen Einschränkungen und damit Wettbewerbsnachteilen“ führen (Wissenschaftsrat 2014a, 37). So werden in den Empfehlungen auch Zahlen benannt, welche die hohe Kinderlosigkeitsrate im Arbeitskontext Wissenschaft belegen (vgl. ebd.). Und dennoch: Bei beiden vom Wissenschaftsrat genannten Stellenschrauben – der zu geringe Professor_innenanteil sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen und Berufsaussichten in der Post-Doc-Phase – wird das Thema Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie nicht zufriedenstellend und in Bezug auf die Lösungsstrategie Tenure Track-Professur – die konzeptionelle Weiterentwicklung der Juniorprofessur – auch nur bedingt familienfreundlich thematisiert. Dies soll im Folgenden näher erläutert werden.

Der Wissenschaftsrat sucht entgegen dem Bild des von Sorgearbeit freigestellten männlichen Wissenschaftlers vielfältige Karrierewege, vor allem auch für Wissenschaftlerinnen, aufzuzeigen. Zugleich zementiert er mitunter eben dieses traditionelle Bild. Obwohl der Wissenschaftsrat feststellt, dass „die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Karriere besonders in den frühen Karrierephasen verbesserungsbedürftig“ ist (Wissenschaftsrat 2014a, 8) und er auch die Universitäten auffordert,

die „Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass Karrierewege (...) für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Kindern und zu pflegenden Angehörigen begehbar werden“ (ebd., 46), entwickelt er in seinen Empfehlungen keine konkreten Richtlinien für Universitäten – wie etwa hinsichtlich einer „Teilzeitbeschäftigung (...) auch auf der Ebene der Professur“ oder hinsichtlich dessen, dass für Kinderbetreuungsangebote „die dafür erforderlichen Mittel dauerhaft zur Verfügung stehen“ (ebd.) –, die eine solche Vereinbarkeit stützen sollen. Darüber hinaus benennt er wenig konkrete Regelungen zu reproduktionsbedingten Aus- bzw. Wiedereinstiegen im wissenschaftlichen Karriereverlauf, auch wenn die Anrechnung von Erziehungs- und Betreuungszeiten in entscheidenden Qualifizierungsphasen des wissenschaftlichen ‚Nachwuchses‘ im Zusammenhang mit dem geltenden Wissenschaftszeitvertragsgesetz insgesamt begrüßenswert ist: „Grundsätzlich soll in den Qualifizierungsphasen (Promotions- und Postdoc-Phase) sowie in der Bewährungsphase (Tenure Track-Professur) eine Fristverlängerung um zwei Jahre pro Kind gewährt werden“ (ebd., 45). Zu den Anforderungen an Mobilität und Flexibilität im wissenschaftlichen Karriereverlauf nimmt der Wissenschaftsrat in Bezug auf deren Vereinbarkeit mit Familie ebenfalls nicht dezidiert Stellung, sondern betont vielmehr deren Bedeutung für Tenure Track-Professuren. Pendelphasen und Umzüge bergen jedoch zum einen ein hohes zeitliches, physisches und psychisches Belastungspotenzial und laufen den Wünschen und Bedürfnissen von Familien nach Planbarkeit im Lebensverlauf, verlässlichen Alltagsroutinen und konstanten sozialen Netzwerken zuwider. Zum anderen stellen sie, ähnlich wie Familiengründungen, Zäsuren im Leben dar, die „eine anfänglich noch bestehende Gleichberechtigung der beiden Karrieren hin zu einer Dominanz der männlichen Karriere kippen lassen“ können (Ausprung/Hinz/Amorelli 2010, 60). So kann Pendeln vor dem Hintergrund ungewollter Re-Traditionalisierung zur *Pendelfalle* werden – vornehmlich eine Traditionalisierungsfälle für die Realisierung weiblicher Berufskarrieren in der Wissenschaft.

Tenure Track-Professuren sollen, so der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen, in Zukunft einen größeren Anteil der Professuren insgesamt ausmachen, indem Professuren durch die Ausschreibung mit Tenure Track zunächst befristet besetzt werden, damit junge Wissenschaftler_innen im Rahmen der in Tenure Track-Evaluationen vorab definierten Kriterien „die eigenen Chancen auf eine Professur besser einschätzen“ können (Wissenschaftsrat 2014b). Bildungsforscher Manfred Prenzel, seit dem 1. Juli 2014 neuer Vorsitzender des Wissenschaftsrates, spricht sich entgegen der bislang in Deutschland häufig als rechtlich unverbindlich gehandhabten Option für einen „echten Tenure Track“ aus (ebd.), im Rahmen dessen Universitäten talentierte und ambitionierte Wissenschaftler_innen gezielt fördern können sollen. Die Forderung nach einem Ausbau der Tenure Track-Option, ein im Bildungssystem der USA verbreitetes Rekrutierungsinstrument, birgt die Chance, nach einer befristeten Bewährungszeit und Leistungsevaluationen eine Professur auf Lebenszeit und damit eine anerkannte und unbefristete Anstellung zu erhalten. Zugleich folgt aus den Forderungen des Wissenschaftsrates zur Tenure Track-Option jedoch erstens unter

Umständen eine Zunahme befristeter Beschäftigungsverhältnisse – wie bereits in den USA festzustellen war (Wissenschaftsrat 2014a, 35). Zweitens beinhalten die Forderungen, dass die (vor allem seit der Einführung der W-Besoldung) im Kontext von Professuren verhandelten Leistungsvereinbarungen auf die darunter liegende Karrierestufe vorverlagert bzw. um diese verlängert werden. Weil die am veralteten Bild des reproduktionsunabhängigen Wissenschaftlers orientierten Anforderungen in Forschung und Lehre nicht zuletzt in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen festgehalten werden, die in Zukunft also auch den Karriereweg zahlreicher Tenure Track-Professuren pflastern sollen, sollte das Thema Vereinbarkeit hinsichtlich seines Potenzials zur Frauen-, Gleichberechtigungs- und Familienförderung bei diesen Leistungsvereinbarungen nicht außer Acht gelassen werden. Die begrüßenswerte Intention des Wissenschaftsrates, die Bedingungen für wissenschaftliche Laufbahnen zu verbessern, zeigt sich in den Forderungen zu gesicherteren Aussichten, Vielfalt und Durchlässigkeit im wissenschaftlichen Karriereverlauf sowie zur Erhöhung des Professor_innenanteils und des Anteils unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse unterhalb der Professur. Diese Forderungen können aber nur im Kontext einer neuen Arbeitskultur im universitären System gelingen, die mögliche Sorgearbeiten ihrer Beschäftigten mitdenkt und verhandelt. Akademische Kultur und deutsches Hochschulrecht erschweren bislang signifikant eine Verbesserung der Bedingungen für die Vereinbarkeit von Wissenschaft und Elternschaft und damit für gutes *Leben und Arbeiten* an deutschen Hochschulen, die Nachwuchsförderung und Vereinbarkeitsfragen häufig *nicht* als Instrument der Familienförderung innerhalb der eigenen Organisation mit dem Ziel der Überwindung bisheriger Karrierehindernisse verstehen. Aktuelle gesellschaftliche Veränderungen in der Bildungsbeteiligung und Berufsorientierung von Frauen sollten auf (hochschul-)politischer Ebene genutzt werden, anstatt die Chance zu vertun, den Wissenschaftsberuf hin zu einem attraktiven, sicheren und zugleich geschlechtergerechten und mit Familie zu vereinbarenden Berufsbild auszugestalten. Die Forderungen des Wissenschaftsrates, vor allem hinsichtlich der Tenure Track-Option, können sich zwar für den wissenschaftlichen Karriereverlauf und eine erfolgreiche Berufung unter Umständen als förderlich erweisen. Sie sind jedoch aus gleichstellungs- und familienpolitischer Perspektive als unzureichend einzuschätzen, weil sie hinsichtlich Arbeitsteilung und Sorgearbeit Traditionalisierungsfallen implizieren sowie bekannte Leerstellen und Hürden im wissenschaftlichen Karriereverlauf fortschreiben. Die Forderungen orientieren sich an der bewährten, am Bild des unabhängigen Wissenschaftlers ausgerichteten, Leistungsstrategie im Wissenschaftssystem, anstatt gänzlich neue und vor allem konkrete Lösungen und Karriereoptionen mit dem Ziel der Erhöhung des Anteils von Wissenschaftlerinnen auf allen Karrierestufen aufzuzeigen – und zwar zugleich karriereförderliche *und* familien- wie geschlechtergerechte Lösungen im prekären Erwerbsarbeitsfeld Wissenschaft. Nicht zuletzt kann die Frage gestellt werden, ob ein sich steigerndes Leistungsimperativ angesichts dessen, wie Wissenschaft ‚funktionierte‘ und was sie beabsichtigt, *überhaupt* zielführend ist.

Anmerkung

- 1 Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in zentralen [inhaltlichen und strukturellen] Fragen des deutschen Wissenschaftssystems. Er nimmt eine Vermittlungsfunktion zwischen Wissenschaft und Politik sowie zwischen Bund und Ländern ein.

Literatur

Abele, Andrea, 2010: Doppelkarrierepaare. Entstehung und Relevanz der Thematik. In: Gramespacher, Elke/Funk, Julia/Rothäusler, Iris (Hg.): Dual Career Couples an Hochschulen. Opladen, 21-35.

Ausprung, Katrin/**Hinz**, Thomas/**Amorelli**, Eva, 2010: Räumliche und institutionelle Koordination von Doppelkarrieren in der Wissenschaft. In: Gramespacher, Elke/Funk, Julia/Rothäusler, Iris (Hg.): Dual Career Couples an Hochschulen. Opladen, 57-74.

Rüling, Anneli, 2007: Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen. Frankfurt/M.

Rusconi, Alessandra/**Solga**, Heike, 2008: Herausforderung Doppelkarriere. Auch in Akademikerpaaren steckt die Frau beruflich zurück. In: WZB-Mitteilungen. 119, 15-18.

Wissenschaftsrat, 2014a: Empfehlungen zu Karrierezielen und -wegen an Universitäten. Drs. 4009-14. Dresden, 11.7.

Wissenschaftsrat, 2014b: Tenure Track-Professuren und Dauerstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Pressemitteilungen 20, 14.7.

REZENSIONEN

Karen Wagens

Geschlecht als Artefakt. Regulierungsweisen in Erwerbsarbeitskontexten

BRIGITTE BARGETZ

Seit einigen Jahren prägt die Forderung nach einer zunehmenden Auseinandersetzung mit Materialität feministische Debatten. Es handelt sich dabei um eine Diskussion, die vor allem mit Judith Butlers Arbeiten virulent wurde und gegenwärtig marxistisch-materialistische Feminist_innen ebenso wie Vertreter_innen des New Materialism zu einer Kritik an poststrukturalistischen und insbesondere dekonstruktivistischen queer-feministischen Ansätzen bewegt. Kritisiert wird hier zumindest dreierlei: eine Fokussierung auf Identitätspolitik bzw. Politiken der Anerkennung, wodurch ökonomische Fragen und Fragen sozialer Ungleichheit nachrangig werden; damit zusammenhängend eine Romantisierung kultureller Politiken, die als Life-Style-Politiken individualisierende Tendenzen zeitigen, gesamtgesellschaftliche Fragen hingegen ausblenden; und schließlich eine Überhöhung des Symbolischen und Diskursiven, wodurch nicht zuletzt der Körper in seiner Materialität zu verschwinden droht.

In diese Debatten interveniert „Geschlecht als Artefakt“. In ihrer Studie zur Wirkweise von Heteronormativität in Erwerbsarbeitskontexten und zu Praxen ihrer Überschreitung gelingt es *Karen Wagens* überzeugend, den „Stellenwert von Materialität in Prozessen kultureller Bedeutungskonstituierung“ (25) in mehrerlei Hinsicht zu re-etablieren: Erstens greift sie mit Erwerbsarbeit einen zentralen Bereich vergeschlechtlichter sozialer Ungleichheit auf und zeigt, wie Geschlechtlichkeit und Heteronormativität darin eingeschrieben und festgeschrieben sind. Indem sie sich mit sexuell-geschlechtlichen Alltagspraxen am Arbeitsplatz auseinandersetzt, macht sie zweitens deutlich, dass und wie das vermeintlich Persönliche und Gesellschaftliche miteinander verwoben sind. Drittens fasst Wagens den Körper als materiell-sinnlichen Körper und identifiziert ihn als zentralen Wahrnehmungs- und Einsatzpunkt für (geschlechtliche und sexuelle) Regulierungsweisen ebenso wie als „Ort der Wissensproduktion und Transformation“ (44).

Ziel ihrer queer-feministischen Analyse ist es, nicht nur die „Funktionsweisen von Heteronormativität“ (69) sichtbar zu machen, sondern auch wie „Geschlecht *anders* lebbar gemacht wird“ (30). Es geht ihr also sowohl um die Passförmigkeit und Arbeit am Körper als auch um die Umarbeitungsmöglichkeiten von Geschlecht durch widerständige Körperpraxen. Dafür setzt sich Wagens mit fünf unterschiedlichen „sexuell-

geschlechtlichen Selbstpositionierungen“ (68) auseinander, die sie als „transformatorisches Wissen“ (65) und mithin als Potenzial begreift, um die „Entnaturalisierung von Geschlecht“ und die Destabilisierung einer normativen Zweikörperordnung „weiterzutreiben“ (23).

Im ersten Teil des Buches beschreibt sie die konzeptuellen, theoretischen und methodologischen Grundlagen; im zweiten Teil stellt Wagels die Ergebnisse ihrer empirischen Untersuchung dar. Anhand der fünf Selbstpositionierungen thematisiert sie unter anderem (implizite und explizite) Anforderungen geschlechtlicher Vereindeutigung und deren Hierarchisierung, Prozesse der (Hetero-)Sexualisierung, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Praxen des Passings ebenso wie Praxen der Veruneindeutigung und Überschreitung von Geschlecht. Es geht um Tom, der als Transmann im sozialen Bereich mit Jugendlichen arbeitet und dort als „hetero und Mann“ (Tom, 83) wahrgenommen wird; um Karo, der es „mehr oder weniger egal (ist), ob ich jetzt ein Mann oder eine Frau wäre“ (Karo, 96) und die außerhalb des Erwerbsarbeitslebens einen Drag King-Stammtisch organisiert, in ihrem Arbeitskontext, ebenfalls im sozialen Feld mit Jugendlichen, ‚als Frau‘ wahrgenommen wird; um Doris, die zunächst ‚als Mann‘ im „gehobenen Management“ (Doris, 126) erfolgreich war, ehe sie sich ‚als Frau‘ gezwungen sieht, sich von gewissen repräsentativen Aufgaben zurückzuziehen; um Birthe, die im Management arbeitet und sich entschließt, ihre lesbische Lebensweise kenntlich zu machen, um „ganz ganz sein“ (Birthe, 162) zu können; schließlich um Nadine, die einen Femme-Stammtisch organisiert und in ihrem klinischen Berufskontext „einfach als heterosexuell wahrgenommen“ (Nadine, 210) wird.

Wagels Analyse beeindruckt dabei nicht nur durch die aus den Interviews gewonnenen Einsichten, sondern auch dadurch, dass darin die Einschätzungen der Interviewten konsequent in den Mittelpunkt gerückt werden. Methodisch auf Expert_inneninterviews und Grounded Theory Bezug nehmend, vertritt Wagels eine Forschungsposition „engagierter Distanz“ (54) und begreift „gefragte Personen wie auch Fragende als aktiv Forschende an diesem Prozess der Wissensproduktion“ (48). Deutlich wird diese Haltung nicht zuletzt an der Darstellung ihrer Ergebnisse. So organisiert sie die fünf Selbstpositionierungen entlang der Themensetzungen der Interviewten, was sie auch sprachlich zum Ausdruck bringt, indem sie für alle Überschriften Zitate aus den Interviews wählt.

Insgesamt macht Wagels in ihrer Untersuchung eindrücklich und überzeugend deutlich, dass Sexualität und Geschlecht im Erwerbsarbeitskontext eine bedeutsame Rolle spielen und in den alltäglichen Begegnungen am Arbeitsplatz verkörpert – und damit zugleich hervorgebracht und potenziell überschritten – werden. Indem sie Sexualität und Geschlecht nicht zuletzt in ihrer Verwobenheit fokussiert, liefert sie gleichfalls einen Beitrag dazu, die „Arbeitsteilung zwischen Queer und Gender Studies“ (28) infrage zu stellen und zu überschreiten.

Karen Wagels, 2013: *Geschlecht als Artefakt. Regulierungsweisen in Erwerbsarbeitskontexten*. Bielefeld: transcript, 273 S., ISBN 978-3-8376-2226-3.

Bettina Haidinger, Käthe Knittler

Feministische Ökonomie

VERONIKA DUMA, KATHARINA HAJEK

Spätestens seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise kommt feministischer Ökonomie wieder vermehrt Aufmerksamkeit zu. Jedoch ist diese Disziplin im deutschsprachigen Raum nur vergleichsweise schwach institutionalisiert und so tragen *Bettina Haidinger* und *Käthe Knittler* mit ihrer Einführung in die feministische Ökonomie dazu bei, eine Leerstelle zu schließen.

Die schmale Monografie gliedert sich in eine Einleitung und acht kompakte Kapitel, die auch jeweils für sich gelesen werden können und im Folgenden thematisch gegliedert vorgestellt werden. Mit der Themenauswahl stecken die Autorinnen explizit ein breites Debattenfeld ab, das eng an Bewegungskontexte gebunden ist.

Den politischen Anspruch und die epistemologischen Grundlagen verorten Haidinger und Knittler im dritten Kapitel in der feministischen Standpunkttheorie, womit der emanzipatorische, interaktive und eingreifende Charakter feministischer Ökonomie betont wird. In der Gegenüberstellung konstruktivistischer und materialistischer Ansätze argumentieren die Autorinnen mit Verweis auf die Persistenz vergeschlechtlichter Ungleichheitsverhältnisse für die Notwendigkeit, an der empirischen Kategorie Frau festzuhalten – ohne jedoch poststrukturalistische Ansätze außer Acht zu lassen oder essentialistisch zu argumentieren.

Das zweite und vierte Kapitel nimmt jeweils eine historische Perspektive ein. Unter der Frage „Wo sind die Ökonominnen?“ gehen sie den Pionierinnen feministischer Ökonomie sowohl in der frühen ArbeiterInnenbewegung als auch im akademischen Umfeld nach. Dabei wird vergegenwärtigt, welchen Einfluss die Vertreibung und Ermordung vieler feministischer Ökonominnen im Nationalsozialismus für die androzentrische und ‚bemannte‘ Etablierung des Faches hat. Kapitel vier zeichnet die feministische Kritik an der Neoklassik vom 19. Jahrhundert von dem Konzept des homo oeconomicus bis zum politischen Projekt des Neoliberalismus nach.

Den historischen Analysen und Theorien der „Hausarbeitsdebatte“ ist Kapitel fünf gewidmet. Diese verhandelte in den 1970/1980er-Jahren das Verhältnis von Lohnarbeit zu unbezahlter Reproduktionsarbeit und somit stets auch das Verhältnis von marxistischen und feministischen Theorien. Die Autorinnen spannen den Bogen von Mariarosa Della Costa bis zur Bielefelder Debatte um die „Hausfrauisierung“. Dieser weitgefaste Begriff thematisierte neben der Entwertung weiblicher Erwerbsarbeit auch die Ausweitung von Arbeitsverhältnissen, die durch mangelnde Arbeitsrechte, schlechte Entlohnung oder Vertragslosigkeit gekennzeichnet sind, weshalb Knittler und Haidinger Aspekte der damaligen Debatte als Vorwegnahme des aktuellen Prekarisierungsdiskurses verstehen. Auch die Verschiebung der Orte

feministischer Wissensproduktion von Bewegungs- hin zu akademischen Kontexten wird thematisiert.

Das Spannungsverhältnis zwischen der feministischen Ökonomie und der „Welt der Zahlen“ (87), d.h. Statistiken und mathematische Modelle in ihrer politischen Anwendung, wird im sechsten Kapitel diskutiert. Einerseits seien gendersensible Statistiken notwendig, um Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnisse aufzuzeigen. Andererseits werde von queer-feministischer Seite kritisiert, dass durch die Anwendung binärer Kategorien Zweigeschlechtlichkeit reproduziert werde und sich Herrschaftsverhältnisse nicht auf Zahlen, feministische Analysen nicht auf quantitative Aspekte reduzieren. An der Diskussion wirtschaftswissenschaftlicher Kernmaterie knüpft auch das achte Kapitel an, in dem makroökonomische Ansätze einer feministischen Analyse unterzogen werden. So legen die Autorinnen anhand des Bruttoinlandproduktes (BIP) dar, wie privatisierte reproduktive Tätigkeiten in diesen Berechnungen systematisch außen vor gelassen werden – das BIP somit aus feministischer Perspektive um jeweils 30 bis 40% zu niedrig berechnet ist.

Das siebente Kapitel thematisiert Care-Arbeit und Reproduktion. Die Autorinnen fokussieren die zunehmende Kommodifizierung von Care-Tätigkeiten, die verschiedenen Dimensionen prekärer Arbeitsverhältnisse, den spezifischen Charakter von Sorge und Pflege-Arbeit sowie migrantische Hausarbeit und globale Betreuungsketten. Feststellend, dass Care sowohl bezahlte als auch unbezahlte, formelle als auch informelle Arbeiten fasst, plädieren sie dafür, den Begriff der Reproduktion aufgrund dessen explizit kapitalismus- und patriarchatskritischen Anspruch in aktuellen Debatten nicht aufzugeben.

Schließlich diskutieren die Autorinnen feministische Widerstandformen und „konkrete Utopien für eine postpatriarchale wie postkapitalistische Ökonomie“ (150). Sie beziehen sich dabei auf das bedingungslose Grundeinkommen, die Vier-in-Eins-Perspektive Frigga Haugs, die auf eine gesellschaftliche Gleichverteilung von Lohn-, reproduktiver und politischer Arbeit, aber auch von Zeit für Muße zielt, sowie auf reproduktive Commons, die Modelle der Vergesellschaftung sowie des freien Zugangs zu reproduktiven Dienstleistungen diskutieren. Diese Ansätze thematisieren zwar in unterschiedlichem Ausmaß geschlechterspezifische Arbeitsteilung oder die Organisation von Versorgungsleistungen und Reproduktionsarbeit, gemeinsam ist ihnen jedoch die Forderung nach der Wiederaneignung von Zeit. Alle drei Zugänge stellen Bausteine für eine feministische Utopie dar.

Die Autorinnen zeichnen die umfangreichen Debatten übersichtlich und zugänglich nach und legen Problematiken und Herausforderungen im Feld der feministischen Ökonomie im Rahmen historischer und aktueller Debatten sowie vor dem Hintergrund dar, dass die Disziplin als „Blinder Fleck der Ökonomie“ im malestream der traditionellen Wirtschaftswissenschaften nach wie vor marginalisiert ist. Die einzelnen Kapitel umreißen verschiedene Problemfelder und enden häufig mit offenen Fragen, die Widersprüchlichkeiten aufzeigen und zum Weiterdenken anregen. Das Interessante dabei ist, dass Kontinuitäten und Anknüpfungspunkte an verschüttete

Traditionen feministischer Ökonomie seit dem späten 18. Jahrhundert aufgezeigt werden und ihr Blickfeld durchaus über europäische Entwicklungen hinausreicht. Die Aktualität des Bandes ergibt sich zudem über die wiederholte Thematisierung der vergeschlechtlichten Auswirkungen der (Welt-)Wirtschafts- und Finanzkrisen sowie der feministischen Kritik der Austeritätspolitiken.

Mit der Einführung wurde ein weiterer wichtiger Schritt in der Etablierung des Feldes der feministischen Ökonomie im deutschsprachigen Raum geleistet.

Bettina Haidinger, Käthe Knittler, 2013: *Feministische Ökonomie*. Wien: Mandelbaum Verlag, 167 S., ISBN 978-3-85476-629-2.

Andrea Büchler, Michelle Cottier (Hg.)

Legal Gender Studies. Rechtliche Geschlechterstudien. Eine kommentierte Quellensammlung

ELISABETH HOLZLEITHNER

Die kommentierte Quellensammlung ist ein im besten Sinn umfassendes Werk geworden. Es zeigt die Legal Gender Studies als „Ort, an dem feministische Fragestellungen kontinuierlich verfolgt und reformuliert werden können“ (36) und gibt Einblick in die Breite und Tiefe des Fachs in seinen inter- wie transdisziplinären Bezügen. Das bedeutet, die Texte der Sammlung gehen regelmäßig über die Rechtswissenschaften hinaus: Es werden Quellen aus diversen Disziplinen mit einbezogen, die von den Legal Gender Studies rezipiert werden (müssen), wollen sie der Komplexität ihrer Fragestellungen gerecht werden. Dies impliziert auch den Abschied von einem als naturgegeben angenommenen dualistischen Geschlechterkonzept, „ohne die noch bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern aus dem Blick zu verlieren“ (36). Im Zeichen dieser Aufgabe steht das Buch.

Ein Einleitungskapitel widmet sich „Grundlagen“. Im Abschnitt zu „Recht als Schauplatz der Geschlechterpolitik“ werden historische Perspektiven eröffnet, verschiedene theoretische Ansätze und übergreifende Debatten wie jene des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit skizziert und methodische Fragen erörtert. Dazu gehören genuin feministische Methoden wie das (kurz angedeutete) Consciousness Raising ebenso wie die Reflexion der problematischen Einbettung feministischer Wissensgeneration im Recht mittels der „Rechtsdogmatik“, die als „Master’s Tools“ (Lorde, 40) hinterfragt wird. Wie steht es demnach überhaupt um

das Recht als soziales Steuerungsinstrument? Die Autorinnen verhehlen nicht, dass die Debatten darüber kontrovers sind und dass übertriebener Optimismus mit Blick auf die feministische Einsetzbarkeit von Recht nicht angezeigt ist.

Die weitere Anordnung der Texte erfolgt entlang der Leitmotive Gleichheit, Differenz, Konstruktion der Geschlechter. Damit wird auch eine historische Abfolge von Ansätzen in den Legal Gender Studies konstatiert. Diese haben einander, wie die Autorinnen zutreffend betonen, nicht einfach abgelöst, sondern sie stehen zueinander in einem komplexen Wechselverhältnis von Spannung, Konkurrenz und Synergie. Im Kapitel über Gleichheit wird gezeigt, gegen welche konventionell-patriarchalen Differenzkonstruktionen Gleichheit erst errungen werden musste. Die Sammlung setzt bei der Aufklärung an und zeigt mittels exemplarischer Texte, wie die Gleichheit aller Bürger auf Kosten der als spezifisch weiblich gesetzten Frauen (und eben nicht: Bürgerinnen) gewonnen wurde. Es wird gezeigt, wie konventionelle männliche Diskurse immer schon von Einsprüchen seitens rechtebewegter Frauen begleitet waren – von Olympe de Gouges oder Mary Wollstonecraft etwa. Als Exempel wird die Konstitution des Schweizer Staates als „Männerbund“ und der lange Weg der Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz dargeboten. Die Darstellung der Ansichten und Problemlagen steht exemplarisch für das gesamte Buch: Es bietet immer mehrere Perspektiven und scheut sich nicht, reaktionäre Quellen abzudrucken, die Leser_innen das „wogegen“ der Legal Gender Studies auf besonders plastische Weise deutlich machen. So manches feministische Argument, das aus heutiger Perspektive überschießend erscheinen mag, erklärt sich, wenn das historische Umfeld und der rechtliche Kontext der Äußerung bekannt sind.

Ebenfalls auf die Schweiz mit einigen Hinweisen zum EU-Recht fokussieren im Kapitel Gleichheit die Abschnitte zum formellen und materiellen Gleichheitsverständnis mit Ausführungen zur Problematik von Quotenregelungen, zur Gleichstellung im Arbeits- und Berufsleben sowie im Eherecht. Unter der Überschrift „Einfluss des europäischen und internationalen Rechts“ wird u.a. der Stellenwert der UN-Frauenrechtskonvention thematisiert. Gerade wenn es um materielle Gleichstellung geht, fließen selbstredend auch schon Überlegungen zur unterschiedlichen sozialen Positionierung der Geschlechter und damit der „Differenz“ ein, der das nächste große Kapitel gewidmet ist. Es fällt in der Relation am kürzesten aus. Hier werden weniger rechtliche Fragen als theoretische Positionen abgehandelt, darunter die Kritik am männlich gedachten Rechtssubjekt, die Antwort relationaler Positionen wie der Care-Ethik (Gilligan) und deren Einfluss auf die feministische Rechtswissenschaft sowie schließlich das „Geschlecht und andere Kategorien der Differenz“, die einen Einblick auch in intersektionale Perspektiven bietet und beispielhaft die Debatte über religiös motiviertes Kopftuchtragen beleuchtet.

Wesentlich umfangreicher ist das letzte Kapitel über die „Konstruktion“ von Geschlecht im und durch das Recht. Nun kann die Positionierung an dieser Stelle nicht bedeuten, dass Geschlecht in den anderen Kapiteln – jenen über Gleichheit und Differenz – nicht konstruiert wäre, zumal im Licht der unter „Differenz“ abgehandelten

Intersektionalität. Vielmehr geht es darum aufzuweisen, dass in den früheren Debatten, auf welche die Begriffe Gleichheit und Differenz sich beziehen, mit einer zu großen Selbstverständlichkeit davon ausgegangen wurde, dass es die zwei Geschlechter „Männer“ und „Frauen“ einfach „gibt“ – eine Selbstverständlichkeit, die nun im Rahmen der Bearbeitung von Themen wie der Konstruktion von Männlichkeit, von sexueller Gewalt gegen Frauen, Reproduktion, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ganz grundlegend aufgemischt werden soll. Die abschließenden Perspektiven stellen die Frage, ob die Kategorie „Geschlecht“ im Recht nicht besser abgeschafft werden sollte – eine Debatte, die in den Legal Gender Studies seit einigen Jahren kontrovers geführt wird. Die einschlägigen Bemerkungen von *Büchler* und *Cottier* verdeutlichen das Spannungsfeld: Die Abschaffung der rechtlichen Kategorie Geschlecht würde kaum dazu führen, dass die sozial „mit männlichen und weiblichen Körpern verbundenen Inhalte“ einfach abgestreift werden könnten; überdies stellt sich die Frage, wie die für die Herstellung materieller Gleichheit erforderlichen geschlechtsspezifischen Vergleichsdaten dann generiert werden könnten. Gleichwohl wollen die Autorinnen nicht auf die radikale Perspektive verzichten: Es könnte, so meinen sie, verdeutlicht werden, „dass das zur Zeit vorherrschende Zweigeschlechtermodell dem gesellschaftlichen Wandel zugänglich ist“ (419).

Die vorliegende Edition gibt Zeugnis von rasantem Wandel im Recht ebenso wie von der Hartnäckigkeit des sozialen Status Quo. Recht erweist sich als notwendig, ja unverzichtbar, aber keineswegs als Allheilmittel. Besonders hervorzuheben sind die „Einbettungstexte“, welche die sorgfältig ausgesuchten Quellenstellen kontextualisieren, miteinander verbinden und den Blick für die jeweiligen Herausforderungen schärfen. Sollte bislang eine gewisse Scheu vor *Legal Gender Studies* bestanden haben: Das Werk von *Büchler* und *Cottier* wäre eine gute Gelegenheit, sie zu überwinden.

Andrea Büchler, Michelle Cottier (Hg.), 2012: *Legale Gender Studies. Rechtliche Geschlechterstudien*. Zürich: Dike Verlag und Baden-Baden: Nomos Verlag, 459 S., ISBN 978-3832976804.

Ulrike Spangenberg, Maria Wersig (Hg.)

Geschlechtergerechtigkeit steuern. Perspektivenwechsel im Steuerrecht

JANA SCHULTHEISS

Der Sammelband geht auf eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und des Instituts für gleichstellungsorientierte Prozesse und Stra-

tegien im November 2012 zurück. Durch viele Beiträge, wie etwa der von *Margit Schratzenstaller*, zieht sich die zentrale These, dass Steuergesetze zwar geschlechtsneutral formuliert sind und damit formal für Frauen und Männer gleichermaßen gelten, sie jedoch aufgrund unterschiedlicher sozio-ökonomischer Realitäten de facto geschlechtsspezifische Auswirkungen haben.

Interessant ist der interdisziplinäre Zugang: Die 15 Beiträge des Sammelbandes sind einem ökonomischen Teil, in dem es hauptsächlich um Verteilungs- und Anreizwirkungen von Steuern geht, einem juristischen Teil, in dem Fragen des Steuerrechts im Mittelpunkt stehen und einem Teil über Umsetzungserfahrungen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zugeordnet. Zudem beschäftigen sich die Artikel nicht nur mit dem deutschen Steuersystem; zahlreiche Beiträge aus Österreich erlauben einen Vergleich der beiden Steuersysteme.

In der deutschen Debatte ist immer noch das Ehegattensplitting sehr zentral und wird von den Herausgeberinnen auch als „eine Art elephant in the room“ (10) bezeichnet. Das Ehegattensplitting führt bei unterschiedlichen Einkommenshöhen der EhepartnerInnen bei einer gemeinsamen steuerlichen Veranlagung und des damit gemeinsamen Grenzsteuersatzes zu einer finanziellen Besserstellung eines Ehepaares gegenüber unverheirateten Paaren. Der Vorteil fällt umso höher aus, je unterschiedlicher die Einkommen der (Ehe-)PartnerInnen sind – relativ am höchsten ist er in einem AlleinverdienerInnen-Haushalt. Im Beitrag von *Friederike Maier* werden die „Geschlechteraspekte der Einkommensbesteuerung“ einem internationalen Vergleich unterzogen: Studien zeigen, dass „der Einverdienstaushalt (...) in den meisten EU-Ländern nicht mehr die Norm (ist)“ (110) und in den durchgerechneten Konstellationen „ist er außer in Frankreich und Deutschland auch steuerlich nicht mehr besser gestellt als der Zweiverdienstaushalt mit Kindern“ (110). So wurde in Österreich bereits in den 1970er-Jahren eine Individualbesteuerung eingeführt. Dies ist gegenüber der gemeinsamen Versteuerung von Ehepaaren in Deutschland aus der Geschlechterperspektive deutlich fortschrittlicher. Dennoch zeigen die Beiträge aus Österreich, „dass das Steuersystem trotz Individualbesteuerung zu geschlechtsbezogenen Nachteilen führen kann“ (10). Hier sind etwa Begünstigungen zu nennen, die die positive Progression der Lohn- und Einkommensteuer abschwächen und de facto überwiegend männlichen Steuerzahlern zugutekommen, wie die Pendlerpauschale, Begünstigungen von Auslandstätigkeiten und bestimmte steuerfreie Zulagen und Zuschläge (z.B. Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrezulagen oder Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit).

Für viele AutorInnen sind die normativen Annahmen, die implizit in Steuergesetzen enthalten sind, ein zentrales Thema. So stellt etwa *Ulrike Spangenberg* zur „Rechtsfigur der mittelbaren Diskriminierung“ fest, dass „in die Ziele und die Ausgestaltung von Rechtsnormen hegemoniale Normalitätsvorstellungen eingeschrieben sind“ und dass „(e)in Diskriminierungsschutz, der ausschließlich eine rein formale Gleichbehandlung gewährleisten soll, (...) Gefahr (läuft), all die Menschen zu benachteiligen, deren Lebensrealitäten den im Recht vorausgesetzten Leitbildern nicht

entsprechen“ (132f.). Auch *Ulrich Mückenberger* geht in seinem Beitrag, der hauptsächlich ein Gender-Mainstreaming-Projekt im deutschen Bundesfinanzministerium vorstellt, von der Vermutung aus, dass: „auch das Steuerrecht voller Fiktionen ist“ (171) – wie etwa das unterstellte Bild eines bestimmten Familientyps und daraus abgeleitete Vorstellungen von Leistungsfähigkeit und Schutzbedarf – und stellt sich die Frage, wie solche Fiktionen überwunden werden können. Für Mückenberger wären „neue Beteiligungsprozesse“ in demokratischen Verfahren erforderlich und er schließt seinen Beitrag mit dem Appell: „Nicht länger sollen steuerrechtliche Fiktionen uns steuern – wir sollen (und können) Steuern steuern“ (182).

Elisabeth Klatzer überschreibt ihren Beitrag mit dem Titel „Mit Steuern emanzipatorisch steuern“ und stellt Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Gruppen zur Budgetpolitik anhand von Beispielen aus Großbritannien, Österreich und Kanada vor. Kampagnenbeispiele und mitunter neue, feministische Forderungen können in der teilweise technokratischen Debatte um gerechte Steuersysteme erfrischend wirken. Wichtig ist das Aufzeigen der positiven Wirkungen von Steuern bei öffentlichen Investitionen, insbesondere auch für Frauen.

Einige Beiträge des Sammelbandes gehen über das reine Thema des Steuersystems bzw. -rechtes hinaus und integrieren die Debatten in einen weiteren gleichstellungspolitischen Kontext. So beschäftigt sich *Gisela Färber* kritisch mit der „Gleichstellungsorientierten Gesetzesfolgenabschätzung“ und ihrer Umsetzung in Deutschland am Beispiel des Steuerrechts. *Elfriede Fritz* geht in ihrem Beitrag auf die seit Anfang 2013 geltende gleichstellungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung in Österreich ein. Zudem stellt sie einige konkrete Zielsetzungen, wie zum Beispiel die Unterstützung der besseren Verteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern durch das Abgabensystem, im Rahmen der Umsetzung von Gender Budgeting vor, das in Österreich in der Bundesverfassung verankert ist. Zahlreiche AutorInnen verweisen auch auf das zentrale gleichstellungspolitische Problem der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede und anderer struktureller Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt, die im Steuersystem fortgeschrieben werden bzw. indirekte Wirkungen entfalten. So wirken etwa geschlechtsneutral formulierte Steuergesetze, die negative Erwerbsarbeitsanreize für die oder den ZweitverdienerIn setzen, de facto nicht geschlechtsneutral, da dies aufgrund der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede in den überwiegenden Fällen die Frau ist.

Die Auseinandersetzung mit den Lohn- und Einkommensteuersystemen ist sehr dominant und der Blick auf andere Steuerarten, wie beispielsweise Vermögens- oder Konsumsteuern, aus der Geschlechterperspektive oder das Abgabensystem als Ganzes kommt im Buch insgesamt leider ein wenig zu kurz. Dies ist aber sicher auch dem Stand der allgemeinen Debatte geschuldet und mit dem Beitrag von Schratzenstaller gibt es einen fundierten Überblicksartikel über „Genderaspekte bei der Analyse von Lenkungs- und Verteilungswirkungen von Steuern und Abgaben“ im Sammelband. Auch wenn das bekannte und ausführlich kritisierte deutsche Ehegattensplitting einen zentralen Stellenwert einnimmt – und für ExpertInnen im Thema vielleicht nicht

allzu viel Neues bietet – kann das Buch durch seinen interdisziplinären Ansatz insgesamt gewinnbringend gelesen werden. Es gewährt einen umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Debatte und zeigt neben Reformhindernissen sowie Leerstellen, etwa im Bereich vorhandener Daten, auch Möglichkeiten zur emanzipatorischen Steuergestaltung auf.

Ulrike Spangenberg, Maria Wersig (Hg.), 2013: Geschlechtergerechtigkeit steuern. Perspektivenwechsel im Steuerrecht. Berlin: edition sigma, 257 S., ISBN 978-3894047979.

Beate Binder, Katrin Ebel, Sabine Hess, Anika Keinz, Friedrich von Böse (Hg.)

Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch

KATHARINA SCHOENES

Folgt man den Herausgeber_innen von „Eingreifen, Kritisieren, Verändern!“, so sind engagierte Wissenschaft und „Impact“-orientierte Forschung gegenwärtig in aller Munde. Klare Grenzziehungen zwischen akademischer und nicht akademischer Wissensproduktion sowie zwischen Auftragsforschung und selbstinitiierten Forschungsprojekten verwischen dabei zunehmend. Vorangetrieben wird diese Entwicklung nicht zuletzt durch Kriterien, an welche die Vergabe von Forschungsgeldern gebunden ist; so setzt beispielsweise die Wissenschaftsförderung der Europäischen Union eine gewisse „Policy-Relevanz“ der Forschungsprojekte voraus. Während der Ruf nach partizipativer Forschung sowie der Anspruch, eine wissenschaftliche Praxis zu entwickeln, die auf gesellschaftliche Veränderung zielt, in den 1970er- und 1980er-Jahren in erster Linie von linken Wissenschaftler_innen vertreten wurden, ertönt die (neoliberale) Anrufung, anwendbares bzw. unmittelbar verwertbares Wissen zu produzieren unter diesen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zunehmend aus dem Zentrum der Macht. Engagiertes Forschen und Interventionen durch Wissenschaftler_innen bewegen sich demnach in einem Spannungsfeld zwischen linken, emanzipatorischen und feministischen Politiken einerseits und der „Indienstnahme wissenschaftlichen Wissens unter neoliberalen Vorzeichen“ (44) andererseits.

Mit hieraus resultierenden Herausforderungen und Fragen befasst sich der vorliegende Sammelband, der aus der 13. Arbeitstagung der Kommission Frauen- und Geschlechterforschung der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde hervorgegangen ist. Ziel der Tagung war es, sich über „interventionistische Wissenspraktiken

sowie Möglichkeiten und Herausforderungen eingreifender Wissenschaft“ (10) auszutauschen. Einen ersten Ausgangspunkt hierfür bildete die Reflexion über Erfahrungen aus der Frauen- und Geschlechterforschung, deren Anfänge aus der Frauenbewegung hervorgegangen sind bzw. eng mit dieser verbunden waren. Weitere Bezugspunkte waren Donna Haraways Überlegungen zur Situiertheit von Wissen, aus der US-amerikanischen Kulturanthropologie stammende Ansätze einer „engaged anthropology“ sowie die aus dem italienischen Operaismus hervorgegangene Tradition militanter Untersuchungen, welche darauf ausgerichtet waren, durch den Forschungsprozess kollektive Lernprozesse zu initiieren und Menschen zum gemeinsamen politischen Handeln zu ermächtigen.

Die insgesamt 21 Beiträge sind in sechs Abschnitte untergliedert, welche unterschiedliche Frageperspektiven eröffnen. So knüpft die erste Perspektive an das Grundanliegen der Frauen- und Geschlechterforschung zur kritischen Reflexion von Wissensproduktion an und fragt nach Genealogien und Problemhorizonten engagierter Forschung. Während die Beiträge des zweiten Abschnitts politische Interventionen in die Wissenschaft thematisieren, wird die Blickrichtung im dritten Abschnitt umgekehrt: Dieser diskutiert anhand konkreter Forschungen Potentiale und Herausforderungen interventionistischer Wissenschaftspraxis. Der vierte Abschnitt beschäftigt sich unter dem Titel „Engagierte Forschung – Politisierte Felder“ mit der Frage, wie sich Aktivismus und ethnologische Forschung und Wissensproduktion fruchtbar miteinander verbinden lassen. Die Beiträge der fünften Perspektive interessieren sich für Interventionen in medialen Kontexten, und der letzte Abschnitt beinhaltet erste Überlegungen dazu, wie Ethnolog_innen und Kulturanthropolog_innen mit der zunehmend aus Politik und Öffentlichkeit an sie herangetragenen Forderung nach direkt umsetzbaren Handlungsanleitungen umgehen können.

Der Band ist in mehrerlei Hinsicht abwechslungsreich gestaltet. Er verknüpft zum einen theoretisch und historisch argumentierende Überblicksartikel mit konkreten Werkstattberichten. Darüber hinaus beinhaltet er neben klassischen Textformaten ein Gespräch zwischen der Herausgeberin *Sabine Hess* und drei Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen, in dem diese sich darüber austauschen, wie sich akademische und aktivistische Wissenspraktiken miteinander verknüpfen lassen, sowie eine „kollektive Kollage“. Diese dokumentiert die Ergebnisse eines World Cafés über „Bedingungen der Wissensproduktion im Kontext von Institutionalisierung, Ökonomisierung und Prekarisierung“ (279), welches im Rahmen der Tagung stattfand.

Eine Frage, die gleich mehrere Beiträge beschäftigt, bezieht sich darauf, ob und wie das Involviertsein in politische Bewegungen für ethnologische Forschung und Wissensproduktion produktiv gemacht werden kann. In ihrem einführenden Überblicksartikel äußern *Beate Binder* und *Hess* eine gewisse Skepsis gegenüber sogenanntem kollaborativem und partizipativem Forschen. Mit der Verwobenheit von Aktivismus und politischem Engagement einerseits und wissenschaftlichem Arbeiten andererseits geht grundsätzlich die Gefahr einher, im Feld gefundene Freund_innen auszu-

nutzen bzw. einseitig deren Expert_innenwissen abzuschöpfen. Auch *Marion Hamm* berichtet am Beispiel ihrer Untersuchung zur EuroMayDay-Bewegung der Prekären von Konflikten und Unsicherheiten im Forschungsprozess, in dem sie sich immer wieder mit folgender Frage auseinandersetzen musste: „Würde ich mit der Verwertung meiner politischen und freundschaftlichen Netzwerke nicht zu einer Profitueirin, die die politische Arbeit anderer zum Zweck beruflicher Qualifikation ausbeutet?“ (65) Dennoch kommen zahlreiche Autor_innen des Bandes zu dem Ergebnis, dass Wissenschaft und Aktivismus sich durchaus gegenseitig befruchten können. So könnten etwa theoretische und wissenschaftliche Analysen bei der Beantwortung von für Aktivist_innen relevanten Fragen hilfreich sein, indem sie zur Analyse gegebener Macht- und Herrschaftsverhältnisse beitragen und damit mögliche Angriffspunkte für wirksame politische Interventionen aufzeigen.

Ein Beispiel für eine erfolgreiche feministische Intervention beschreiben *Almut Sülzle*, *Agnieszka Zimowska* und *Martina Schuster* in ihrem Beitrag. „Zusammenkommen, Weiterdenken, Eingreifen“ ist ein Werkstattbericht zu einer feministisch intervenierenden Forschung, welche die Autorinnen gemeinsam im Vorfeld sowie während der Fußballeuropameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine durchgeführt haben. Ziel der Intervention war es, einer diskursiven Vermischung der Themen Prostitution und Menschenhandel entgegenzuwirken, wie sie im Kontext der WM 2006 in Deutschland stattgefunden hatte. Ihre Arbeit, die sie als „Aufklärung mit politischer Intention“ (140) begriffen, bestand unter anderem darin, Expert_innen zusammenzubringen, mit ihnen gemeinsam weiterzudenken und wissenschaftliche Analysen zu liefern, die die Handlungsfähigkeit der Akteur_innen vor Ort erhöhten. Lesenswert ist der Band vor allem deshalb, weil die Beiträge sich nicht darauf beschränken, auf einer theoretischen Ebene mit engagierter Wissenschaft einhergehende Konfliktlagen zu problematisieren, sondern diese anhand von konkreten Beispielen immer auch auf Chancen und Handlungsspielräume hin befragen. Die Zielsetzung kritisch intervenierender Wissenschaft beschreiben *Binder* und *Hess* wie folgt: Es gehe darum, „Teil einer Wissensproduktion zu werden, die situativ immer wieder Stellung bezieht und dazu beiträgt, auf die Veränderung der Verhältnisse in Richtung Emanzipation und soziale Gerechtigkeit hinzuwirken“ (49). Wie Wissenschaftler_innen diesem Anspruch gerecht werden können, muss immer wieder neu unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen ausgehandelt werden. Dafür liefert „Eingreifen, Kritisieren, Verändern!“ zahlreiche Denkanstöße und Handlungsbeispiele.

Beate Binder, Katrin Ebel, Sabine Hess, Anika Keinz, Friedrich von Böse (Hg.), 2013: *Eingreifen, Kritisieren, Verändern!? Interventionen ethnographisch und gendertheoretisch*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 291 S., ISBN 978-3896919137.

Eva Blome, Alexandra Erfmeier, Nina Gülcher, Sandra Smykalla

Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Von der Frauenförderung zum Diversity Management

ANDREA LÖTHER

Mit dem Professorinnen-Programm des Bundes und der Länder und den Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der DFG erhielt Gleichstellung an Hochschulen in den letzten Jahren einen Bedeutungszuwachs, zumindest im Diskurs der Hochschulpolitik. Zugleich beförderten diese Initiativen neue Steuerungsformen wie Wettbewerb und neue Strukturen wie Stabsstellen in der Gleichstellungspolitik selbst. Darüber hinaus beeinflussen die Ende der 1990er-Jahre einsetzenden Veränderungen an Hochschulen wie neue Governance-Strukturen, eine veränderte Personalstruktur oder die Bologna-Reform, zusammen mit der 2005 ausgeschriebenen Exzellenzinitiative, zunehmend die Geschlechterverhältnisse und die Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Es ist deshalb folgerichtig, dass das 2005 erschienene „Handbuch zur universitären Gleichstellungspolitik“ grundlegend überarbeitet wurde. Dabei beleuchtet die zweite Auflage insbesondere die Herausforderung, die Intersektionalität als theoretischer Ansatz und Diversity Management als Strategie für gleichstellungspolitisches Handeln darstellen. Der neue Titel „Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Von der Frauenförderung zum Diversity Management“ benennt diese Veränderungen.

Ziel des Buches ist, „die verschiedenen Verständnisse von Gleichstellung zu reflektieren, die nach wie vor existierenden Beharrungskräfte und Widerstände gegenüber dem Thema Gleichstellung abzubauen sowie die Professionalisierung gleichstellungspolitischen Handelns an Hochschulen zu unterstützen“ (18). Dabei geht es den Autorinnen um die „Verschränkung von geschlechtertheoretischem Wissen mit gleichstellungspolitischer Theorie und Praxis“ und die daraus entstehenden „Paradoxien (gleichstellungs-)politischen Handelns“ (21).

Der Teil „Grundlagen“ beinhaltet einen Abriss über die Geschlechterverhältnisse an Hochschulen, Erklärungsansätze für den Ausschluss von Frauen sowie gesetzliche Grundlagen, strukturelle Veränderungen der Hochschulen und neue gleichstellungspolitische Initiativen. Feministische Theorien, darunter Intersektionalität und Diversity Studies, werden umfassender als in der ersten Ausgabe behandelt. Unter Bezug auf dekonstruktivistische Theorien positionieren die Autorinnen gleichstellungspolitisches Handeln als paradoxe Intervention. Diese Interpretation sollte um Überlegungen von Gudrun-Axeli Knapp ergänzt werden, nach der Gleichstellung und Frauenförderung mit der Verknüpfung von Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion eine dreifache Perspektive beinhalten. Die drei geschlechtertheoretischen

Ansätze sind nicht in eine Richtung aufzulösen, sondern wechselseitig als Korrektiv für gleichstellungspolitische Strategien zu nutzen.

Der Schwerpunkt und die Stärke des Buches liegen im Praxisteil, in dem die Autorinnen die verschiedenen Handlungsfelder der Gleichstellungsarbeit umfassend aufbereiten. Gespeist aus ihren Erfahrungen in der dezentralen Gleichstellungspolitik und der Weiterbildungs- und Beratungsarbeit analysieren sie beispielsweise detailliert den Ablauf von Berufungsverfahren, deren formal-rechtliche Grundlagen und das strategische Vorgehen der Gleichstellungsbeauftragten. Eine besondere Stärke ist es, dass die Autorinnen durch die Verschränkung mit Geschlechter- und Diversity-Theorien die häufig pragmatisch angelegte und theorieferne Gleichstellungsarbeit, deren Ziele und Strategien sowie das Selbstverständnis von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten kritisch reflektieren. Dadurch wird es den Leser_innen möglich, Widerstände gegen Gleichstellungspolitik und Rollenkonflikte einzuordnen, aber auch Ausschlüsse, die die Gleichstellungsarbeit produziert, zu erkennen. Ein Verdienst der Autorinnen ist es, dabei insbesondere die Arbeit von dezentralen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zu berücksichtigen. Allerdings gehen die Autorinnen, trotz ihres Anspruches, neben Universitäten auch Fachhochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen Anregungen zu geben, kaum auf die Besonderheiten von Fachhochschulen, z.B. in Berufungsverfahren, ein.

Hinweise auf weiterführende Literatur sowie Institutionen und Weblinks im Anschluss an die einzelnen Abschnitte, zahlreiche Querverweise sowie ein Glossar unterstreichen den Charakter des Buches als Handbuch und Nachschlagewerk. Durch die straffere Gliederung ist die zweite Auflage noch besser nutzbar als die Erstveröffentlichung.

Problematisch in der konzeptionellen Anlage des Buches ist die fast ausschließliche Ausrichtung auf Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. Die Verantwortung der Hochschulleitung für die Gleichstellungspolitik wird im Zusammenhang mit den rechtlichen Grundlagen, Gender Mainstreaming und Umstrukturierungen der Hochschulen diskutiert, zentraler Bezugspunkt bleiben jedoch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Diese Konzeption birgt die Gefahr, die von den Autorinnen beklagte Delegation der Gleichstellungspolitik an die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zu reproduzieren. Auch tauchen die weiteren Adressat_innen des Buches, Führungskräfte an Hochschulen, Geschlechterforscher_innen und Praktiker_innen im Bereich Antidiskriminierung und Gleichstellung oder auch Mitarbeitende in den Frauen- und Gleichstellungsbüros, als Handelnde kaum auf.

Trotz einiger kritischer Anmerkungen ist das Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen ein unverzichtbares Nachschlagewerk für alle, die für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse an Hochschulen arbeiten.

Eva Blome, Alexandra Erfmeier, Nina Gülcher, Sandra Smykalla, 2013: Handbuch zur Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Von der Frauenförderung zum Diversity Management. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, 320 S., ISBN: 978-3531175676.

Herausgeber_innenkollektiv

Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken

JESSICA SCHÜLEIN

Feministische Einsichten antifaschistischer Politik und Bewegung sind – nach wie vor – vonnöten, so der Ausgangspunkt des Herausgeber_innenkollektivs von „Fantifa: feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken“. Mit diesem Band soll die antifaschistische Geschichtsschreibung ab den 1980er-Jahren bis heute um den Aspekt Fantifa erweitert werden. Die Entstehungsgründe einzelner Fantifa-Gruppen, ihre politischen Ausrichtungen und Arbeitsweisen sowie ihre gruppeninternen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz sind primärer Gegenstand der Auseinandersetzung. Dabei setzt das Herausgeber_innenkollektiv größtenteils auf die Darstellung außerparlamentarischer linker Politik anhand von Originaldokumenten wie Flyern, Demoaufrufen, Broschüreausschnitten und Interviews ehemaliger und gegenwärtiger Gruppenmitglieder. Durch die Einbettung dieses Textmaterials in den politischen Kontext, wie die Debatte über Frauen als Mittäterinnen im Nationalsozialismus ab Ende der 1980er, die Progrome gegen Flüchtlingsunterkünfte Anfang der 1990er und das gleichzeitige Erstarken neonazistischer Organisationen, wird dem/r Leser/in erfreulich detailliertes Hintergrundwissen verschafft. Eigene Rückschlüsse über historische Gegebenheiten, Debatten sowie Konfliktlinien und deren (mögliche) gegenwärtige Weiterführungen werden somit zugänglich und stellen Weichen für daran anschließende Analysen wie Handlungsmöglichkeiten feministischer Antifa-Arbeit. Die den Fantifa-Gruppen vorausgehende Radikalisierung großer Teile der Frauenbewegung werden beispielhaft anhand des Einflusses von Kate Millets Werk „Sexual politics“ von 1970 und der Entwicklung der feministischen militanten Gruppe Rote Zora Mitte der 1970er-Jahre dargelegt, um die wichtigsten Bezugspunkte der Gruppen aufzuzeigen. Die Interviews des Herausgeber_innenkollektivs mit ehemaligen Gruppenmitgliedern geben über die theoretische Erörterung hinaus illustrative Auskünfte über den offensichtlichen Unmut bezüglich linken Mackerverhaltens in Form von dominantem männlichem Redeverhalten, der Fokussierung auf rein militante Gegenwehr und fehlender Sensibilität für vor allem Frauen betreffende linke Kämpfe, die über ausschließlich antifaschistische Themen hinausgehen, wie der Kampf gegen den §218. Durch dieses Verhalten in ihrer politischen Arbeit behindert, gründeten Aktivistinnen reine Frauengruppen. Ebenso trug die fehlende Solidarität männlicher Aktivisten in Diskussionen um Definitionsmacht, Übergriffe innerhalb der Szene und Täterschutz sowie die Zurückweisung der zumeist von Frauen geäußerten Forderung, eine szeneinterne Reflexion der eigenen Verstrickung in sexistische Verhältnisse vorzuneh-

men, zu Fantifa-Gründungen bei. Rückblickend wird jedoch auch die Selbstkritik am nicht zu erfüllenden Anspruch laut, sowohl feministische Antifa-Arbeit zu leisten, als auch Schwerpunkte der geschlechterheterogenen Antifa-Gruppen zu bearbeiten, wie Clara im Interview erläutert: „Warum hatten wir den Anspruch, alles abdecken zu müssen: Frauenzusammenhänge und gemischte? Das kann frau doch gar nicht schaffen. Wir haben die gesellschaftlichen Lebensrealitäten von Frauen in unseren eigenen Zusammenhängen reproduziert, ohne es zu merken“ (29). Nichtsdestotrotz – das Credo der Interviewten, in der Praxis erfahren zu haben, dass „Politik Spaß macht“ (49), hinterlässt einen augenfällig positiven Eindruck. Begründet wird dies vor allem mit der expliziten Thematisierung von Aktionsgrad und Grenzen jeder Einzelnen innerhalb der Fantifa-Gruppen, was wiederum zum Erfolg der Aktionen beitrug. Theorielastige Veranstaltungen wie Lesekreise und Vortragsreihen zu antifaschistischen und darüber hinaus explizit feministischen Themen, beispielsweise Frauen im Widerstand und in faschistischen Gruppen oder sexualisierte Gewalt gegen Frauen, wurden organisiert und dabei oftmals die Verbindung von faschistischer Ideologie zu rassistischen, nationalistischen und antifeministischen Einstellungen aufgezeigt. Ebenso wurde sich an szenübergreifenden Aktionen beteiligt, wie etwa Anti-Nazi-Demonstrationen, Plakatierungsaktionen, die Podiumsbesetzung und Flugblattaktion gegen die Deutsche Liga für das Kind oder die Aktion der feministischen Raumnahme in der Frankfurter U-Bahn, in welcher Männer aus dem ersten Wagen verwiesen wurden.

Zusätzlicher Pluspunkt des Bandes ist die theoretische Auseinandersetzung mit Männlichkeitsbildern; zwei Interviewte geben zudem Auskunft, wie in der eigenen Männergruppe bzw. durch die Veranstaltung von Workshops linke Männlichkeitsvorstellungen konstruktiv thematisiert und sich verselbstständigender Aktionsmilitanz selbstkritisch begegnet werden können. Das Werk schließt mit einem Einblick in die Arbeit aktueller (teilweise gemischtgeschlechtlicher) Fantifa-Gruppen, die durch offene Bündnispolitiken versuchen, „Kämpfe miteinander zu verbinden: Heteronormativismus und Zweigeschlechtlichkeit zurückzuweisen und gleichsam patriarchale Strukturen anzugreifen“ (113). Diese gegenwärtige politische Arbeit ist weniger aktionistisch denn theoretisch, wie beispielsweise Veranstaltungsreihen zu queer-feministischer Ökonomiekritik. Dem Band gelingt es somit nicht nur, die Entwicklungslinien feministischer Antifa-Arbeit differenziert aufzuzeigen, sondern auch die Bedeutsamkeit feministischer Kritik in antifaschistischer Politik eindrücklich herauszuarbeiten. Gerade die Darstellungsformen der Interviews und Originaldokumente verschaffen dabei vertiefende Einblicke in das Theorie-Praxis-Verhältnis linker Politik; wird doch ausführlich die Relevanz der feministischen Erweiterung antifaschistischer Theorie für die praktische Antifa-Arbeit beleuchtet. Wie vom Herausgeber_innenkollektiv betont, ist eine zukünftige Erweiterung der Fantifa-Geschichtsschreibung über die deutschsprachigen Grenzen hinaus wünschenswert – eine anknüpfungsfähige Orientierung ist mit dem vorliegenden Band gelungen.

Herausgeber_innenkollektiv, 2013: Fantifa. Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken. Reihe Antifaschistische Politik, Band 5. Münster: Edition Assemblage, 200 S., ISBN 978-3942885300.

Wolfgang Keck

Die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf. Studien zur Gesundheits- und Pflegewissenschaft

LYDIA-MARIA QUART, NADIYA KELLE

Demografische Prognosen sagen für die kommenden Jahrzehnte einen stetig steigenden Pflegebedarf vorher. Derzeit übernehmen in Deutschland Familien den Hauptanteil an Pfl egetätigkeiten. Da ein Großteil der pflegenden Angehörigen berufstätig ist, werden in Zukunft Fragen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf umso wichtiger werden.

In seinem Buch generiert *Wolfgang Keck* detailreiche Einblicke in den Alltag erwerbstätiger pflegender Angehöriger, aus denen er neue und komplexe Erkenntnisse für die theoretische Beschäftigung mit sozialem Handeln im Allgemeinen wie auch mit der Vereinbarkeitsproblematik im Speziellen entwickelt.

Den Kern des Buches bilden drei empirische Kapitel, in denen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, Geschlechterunterschiede und sozio-ökonomische Differenzen zwischen erwerbstätigen pflegenden Angehörigen analysiert werden, wobei die letzteren „vertikalen Ungleichheiten“ (20) bisher im Rahmen von Forschung über Pflege kaum thematisiert worden sind.

Erstens interessiert ihn allgemein die Vereinbarkeit von Berufs- und Pfl egetätigkeit. Hier folgert Keck, dass die Erwerbsmuster pflegender Angehöriger nicht nur eine Konsequenz von, sondern auch eine Bedingung für die Übernahme von Pflegeaufgaben seien. So sei es wahrscheinlicher, dass Menschen, die bereits vor der Pfl egetätigkeit in Teilzeit beschäftigt sind, Pflegeaufgaben übernehmen. Je höher die zeitliche Belastung durch die Pflegeaufgaben, umso wahrscheinlicher sei es, dass Menschen ihre Arbeitszeit (weiter) reduzieren. Doch ein erheblicher Anteil der pflegenden Angehörigen reduziere auch bei umfangreichen Pflegeaufgaben die Erwerbsarbeitszeit nicht. Im zweiten empirischen Kapitel untersucht Keck Unterschiede zwischen pflegenden Männern und Frauen. Die Analyse ergibt wie erwartet, dass Frauen „häufiger intensive Pflegeaufgaben übernehmen als Männer“ (149). Keck erläutert, „dass sich aus geschlechtsspezifischen Beziehungsmustern und Handlungspraktiken“ (173) für Männer und Frauen unterschiedliche Beziehungen, Kompetenzen und norma-

tive Erwartungen ergäben. Durch solche früheren familiären Sorgetätigkeiten und eine (oft) daraus resultierende Teilzeitbeschäftigung sähen sich Frauen eher in der Lage und in der Pflicht, auch die Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen zu übernehmen.

Schließlich geht Keck sozio-ökonomischen Unterschieden von pflegenden Angehörigen nach. „Personen in einer niedrigen beruflichen Position übernehmen eher intensive Pflegeaufgaben“ (183) als hochqualifizierte Personen. Gleichwohl erleben Pflegende in niedrigen Berufspositionen nicht unbedingt stärkere berufliche Einschnitte als Pflegende in höheren Positionen (ebd.), was sich sowohl auf die höhere Teilzeitquote niedrig Qualifizierter als auch auf die höheren Stundenlöhne der Hochqualifizierten zurückführen lässt. Keck beleuchtet die komplexen Zusammenhänge von beruflicher Position und Pfllegetätigkeit, indem er diskutiert, inwieweit die Opportunitätskostentheorie in Bezug auf den beruflichen Status pflegender Angehöriger zumindest erweitert werden müsse, da Opportunitätskosten nicht objektiv festzustellen seien, sondern von der subjektiven Wahrnehmung und Bedürfnislage der pflegenden Person abhängen. Darüber hinaus wögen pflegende Angehörige auch Opportunitätskosten in Bezug auf andere Lebensbereiche als die Berufstätigkeit ab, etwa Familienbeziehungen. Insgesamt lassen sich die Ergebnisse in Bezug auf Statusunterschiede pflegender Angehöriger am wenigsten auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Sie öffnen jedoch den Blick auf zahlreiche Aspekte, die weiter zu untersuchen wären.

Abschließend diskutiert Keck, in welchen gesellschaftlichen Bereichen Maßnahmen ergriffen werden müssten, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf pflegender Angehöriger zu verbessern. Hierzu gehörten Präventions- und Informationsangebote sowie konkrete Maßnahmen zur flexiblen Arbeitsgestaltung in Betrieben. Darüber hinaus seien sozialpolitische Veränderungen notwendig, um zu vermeiden, dass wie bisher das Pflegesystem Ungleichheiten in Bezug auf Gender und sozioökonomische Position verfestige.

Wolfgang Keck legt eine Studie vor, die sowohl methodisch als auch analytisch überzeugt. Durch die Kombination der Analyse quantitativer Datensätze und qualitativer Interviews ermöglicht er eine weitreichende Beschreibung der gegenwärtigen Lage pflegender Angehöriger und kann darüber hinaus Erklärungen für die komplexe Motivlage der pflegenden Angehörigen gewinnen. Hervorzuheben ist dabei die hervorragende Darstellung der Methodiken, die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Vorgehensweise gewährleistet. Die Studie schließt wichtige Lücken in der Forschung zur Angehörigenpflege. Insbesondere die Analyse sozio-ökonomischer Unterschiede von Pflegenden bringt dabei wichtige Erkenntnisse hervor und zeigt gleichzeitig, dass dieses Thema angesichts seiner Komplexität unbedingt weiter bearbeitet werden muss. Eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Studie ist unseres Erachtens, dass eine gleichzeitige Ausübung von Pflege und Berufstätigkeit nicht notwendigerweise bedeutet, dass „die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche gelungen ist“ (141). Stattdessen ergibt die Untersuchung, dass pflegende Angehörige

durch die Doppelbelastung häufig in anderen Lebensbereichen (etwa Erholung oder soziale Kontakte) Abstriche machen müssen. Mit Blick auf die erwartete demografische Entwicklung und in Anbetracht der Tatsache, dass ein enorm hoher Anteil der Deutschen im Laufe des Lebens einmal für eine Zeitlang private Pfllegetätigkeiten übernehmen muss, sind Studien wie diese und darauf aufbauende gesellschaftliche Veränderungen unbedingt notwendig.

Wolfgang Keck, 2012: Die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Beruf. Bern: Verlag Hans Huber, 312 S., ISBN: 978-3456851440.

Call for Papers

Femina Politica – Heft 2/2015: Geschlechterverhältnisse in Osteuropa: Das Dilemma der Ungleichzeitigkeit (Arbeitstitel)

Zu Beginn der Transformation in Osteuropa vor mehr als zwei Jahrzehnten war in der Forschung vom „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Claus Offe) die Rede: Die Herausforderung bestand in der Bildung neuer Nationalstaaten parallel zur Verschiebung der Staatsterritorien, der Etablierung einer stabilen Demokratie und dem Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft. In dieser Gleichzeitigkeit der Transformation von Nation, Staat und Markt wurde die Gefahr gesehen, dass sich die Prozesse gegenseitig blockieren und der historisch beispiellose Systemwechsel scheitern würde.

25 Jahre später lässt sich mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse nun ein „Dilemma der Ungleichzeitigkeit“ feststellen. In Bezug auf die Geschlechterverhältnisse war die Demokratisierung nicht gleichbedeutend mit Geschlechterdemokratie, der Übergang zur „freien“ Marktwirtschaft kein Äquivalent zur ökonomischen Gleichstellung der Geschlechter, und die Verschiebung der Staatsterritorien hatte Konflikte zur Folge, die nicht selten auf dem Gebiet der Geschlechterpolitik ausgetragen wurden. Aus dieser Perspektive stehen die Geschlechterverhältnisse im Kern der Umbrüche, und für sie hatte die Transformation ausgesprochen janusköpfige und kontrovers beurteilte Folgen. Als Stichworte seien hier auf nationalstaatlicher Ebene die Verdrängung von Frauen aus der öffentlichen Politik, die Feminisierung der Zivilgesellschaft oder der Umbau der Wohlfahrtsregime und die Reprivatisierung der Sozialpolitik genannt: Während neo-traditionale Weiblichkeitsrollen propagiert werden, macht der sozialpolitische Rückzug des Staates ein Leben im männlichen Ernährermodell nur für wenige möglich. Die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse ist – wie überall – nicht eingelöst, stattdessen sind Umverteilungsprozesse von Arbeit, Zeit und Geld, Retraditionalisierungen und Stereotypisierungen sowie intersektionale soziale Exklusion zu konstatieren.

Über den jeweiligen innerstaatlichen Befund hinausgehend sind auch zwischen den Staaten Mittel- und Osteuropas geschlechterpolitische Unterschiede zu konstatieren, nicht zuletzt entlang der neuen materiellen und diskursiven Grenzen, die sich im Zuge der EU-Osterweiterung etabliert haben. In der EU kann rund zehn Jahre nach der Osterweiterung von der Herausbildung eines supranationalen europäischen Geschlechterregimes gesprochen werden, das sich im Gender-acquis communautaire

manifestiert. Dessen ungeachtet bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Insgesamt hat sich der gleichstellungspolitische Prozess verlangsamt, auf nationalstaatlicher Ebene werden die Gleichstellungs-Direktiven oftmals nur zögerlich umgesetzt. Wenn es hingegen um die Abgrenzung gegenüber Staaten wie Russland geht, rückt die Gleichstellung der Geschlechter gleichsam in den Mittelpunkt des europäischen Selbstverständnisses.

Die genderpolitisch bewegte Zivilgesellschaft scheint hingegen eher in der Lage, den neuen Grenzziehungen zu widerstehen. Die west-östliche feministische – vermeintliche – Einbahnstraße der 1990er-Jahre ist nicht zuletzt durch die neuen Medien einem wechselseitigen Austausch gewichen. Gegenwärtig stammen die international provokantesten bewegungspolitischen Impulse aus Osteuropa, namentlich aus der Ukraine und Russland (Femen und Pussy Riot).

Das „Dilemma der Ungleichzeitigkeit“ in Osteuropas Geschlechterverhältnissen steht im Mittelpunkt des geplanten Schwerpunkthefts. Vor dem Hintergrund der beständigen Konstruktion und Bedeutungsverschiebung von „Europa“, „EU-ropa“ und „Osteuropa“ interessiert uns die Frage, welche komplexen Wechselwirkungen die drei Transformationen von Staat/Nation, Demokratie und Wirtschaft auf die Geschlechterverhältnisse haben: Wie beeinflussen Staatsbildung oder -zerfall, Demokratieaufbau oder Hybridisierung von Regimes, ökonomische Krisen, Privatisierung bzw. Neoliberalisierung die Geschlechterverhältnisse? Und umgekehrt: Welche Rolle spielen Geschlechterverhältnisse und Geschlechterkonstruktionen in diesen Prozessen?

Wir freuen uns insbesondere über Vorschläge für das Heft „Das Dilemma der Ungleichzeitigkeit“, die sich anhand von vier Schwerpunkten mit den folgenden Interdependenzen beschäftigen:

- ▶ Die Konstruktion „(Ost-)Europas“ ist nicht abgeschlossen; vor diesem Hintergrund wäre eine Fortführung der entsprechenden feministischen Staatsanalysen aus den Jahren direkt nach den osteuropäischen Systemwechseln wünschenswert. Auf diskursiver Ebene zeigt sich einmal mehr das Zusammenspiel zwischen Geschlecht und Nation. Zu welchen Erkenntnissen gelangt die feministische Staatstheorie angesichts der Staatsentwicklungen in Osteuropa? Wie sind Nation und Geschlecht miteinander verwoben? Wie ist Geschlecht in Nation eingeschrieben?
- ▶ Zudem ist eine Analyse der Interdependenzen von Wirtschaft und Geschlecht nötig. Wie zeigen sich diese beispielsweise im „Geschlecht der Oligarchen“ oder im „Geschlecht der Armut“? Haben Frauenbewegungen im Zuge der Krise den häufig kritisierten liberalen Bias und die Vernachlässigung wirtschaftlicher Fragen hinter sich gelassen? Gibt es feministische Neoliberalismuskritik?
- ▶ Die EU und ihr spezifisches supranationales Geschlechterregime bilden einen Referenzpunkt für Politik und Zivilgesellschaft Osteuropas – unabhängig davon, ob der jeweilige Staat Mitglied ist oder nicht. Welche Wirkungen zeigt die

EU-(Geschlechter-)Politik auf die Region Osteuropas? Was hat die Geschlechterpolitik der EU bisher bewirkt und wie ist ihr aktueller Stillstand zu erklären? Wie beeinflussen Entwicklungen in Osteuropa die Geschlechterpolitik der EU?

- ▶ Inwiefern ist es gelungen oder gelingt es, die Politik in der Region geschlechterdemokratisch zu gestalten? Wie werden Geschlecht und Demokratie aufeinander bezogen im Hinblick auf Beteiligung und (substantielle wie deskriptive) Repräsentation? Welche zivilgesellschaftlichen Herausforderungen birgt der wechselhafte Frühling der Demokratiebewegungen in Osteuropas hybriden und autoritären Regimen, gerade aus einer Genderperspektive? Wie organisieren sich Frauen in diesen Bewegungen? Welche Rolle spielen Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen in diesem Zusammenhang?

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Gesine Fuchs und Eva Maria Hinterhuber betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts (per E-Mail) bis zum **30. November 2014** an post@gesine-fuchs.net oder an eva-maria.hinterhuber@hochschule-rhein-waal.de oder an redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **15. Dezember 2014** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. März 2015**. Die Angaben zu den Autor_innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied. Gegebenenfalls kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. Mai 2015**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen.

Offene Rubrik „Forum“

Neben dem Schwerpunktthema bietet die Rubrik „Forum“ die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von max. 20.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Abstracts erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de bis zum **31. März 2015**. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.

Neuerscheinungen

Aulenbacher, Brigitte/**Dammayr**, Maria (Hg.), 2014: Für sich und für andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Baer, Ulrich/**Eshel**, Amir (Hg.), 2014: Hannah Arendt zwischen den Disziplinen. Göttingen: Wallstein.

Baier, Angelika/**Binswanger**, Christa/**Häberlein**, Jana/**Nay**, Eveline Y./**Zimmermann**, Andrea (Hg.), 2014: Theorien der Affect Studies: Eine einführende Anthologie. Wien: Zaglossus.

Bargetz, Brigitte/**Ludwig**, Gundula/**Sauer**, Birgit (Hg.), 2014: Gouvernementalität und Geschlecht. Frankfurt/M., New York: Campus.

Bethmann, Stephanie, 2013: Liebe – Eine soziologische Kritik der Zweisamkeit. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Brand, Ortrun/**Dierkes**, Mirjam/**Jung**, Tina (Hg.), 2014: In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung im Auftrag des Marburger Genderkollegs. [Arbeit – Demokratie – Geschlecht, 19]. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Campbell, Rosie/**Childs**, Sarah (Hg.), 2014: Deeds and Words. Gendering Politics after Joni Lovenduski. Colchester: ECPR Press.

Dannecker, Petra/**Rodenberg**, Birte (Hg.), 2014: Klimaveränderung, Umwelt und Geschlechterverhältnisse im Wandel – neue interdisziplinäre Ansätze und Perspektiven. [Forum Frauen- und Geschlechterforschung, 40]. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Dhawan, Nikita (Hg.), 2014: Decolonizing Enlightenment. Transnational Justice, Human Rights, and Democracy in a Postcolonial World. [Politik und Geschlecht, 24]. Leverkusen: Barbara Budrich.

Fleig, Anne (Hg.), 2014: Die Zukunft von Gender. Begriff und Zeitdiagnose. [Politik der Geschlechterverhältnisse]. Frankfurt/M., New York: Campus.

Frey, Michael/Kriczio, Marianne/Jähner, Gabriele (Hg.), 2014: Männlichkeiten. Kontinuität und Umbruch. [Bulletin Texte, 41]. Berlin: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien, Humboldt-Universität zu Berlin.

Funder, Maria, 2014: Gender Cage – Revisited. Handbuch zur Organisations- und Geschlechterforschung. Baden-Baden: Nomos.

Hippmann, Cornelia, 2014: Ostdeutsche Frauen in der Politik. Eine qualitative Analyse. [Studien zur qualitativen Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung]. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.

Hitzel-Cassagnes, Tanja/**Martinsen**, Franziska (Hg.), 2014: Recht auf Wiedergutmachung. Geschlechtergerechtigkeit und die Bewältigung historischen Unrechtes. [Politik und Geschlecht, 25]. Leverkusen: Barbara Budrich.

Holland-Cunz, Barbara, 2014: Die Natur der Neuzeit. Eine feministische Einführung. [Politik und Geschlecht – kompakt, 1]. Leverkusen: Barbara Budrich.

Jung, Tina/**Lieb**, Anja/**Reusch**, Marie/**Scheele**, Alexandra/**Schoppengerd**, Stefan (Hg.), 2014: In Arbeit: Emanzipation: Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Klapeer, Christine M., 2014: Perverse Bürgerinnen. Staatsbürgerschaft und lesbische Existenz. Bielefeld: transcript.

Löneke, Regina/**Dreier**, Helke, 2014: Frauenverbände. Zum Verhältnis von Ehrenamt und Karriere. Leverkusen: Barbara Budrich.

Löther, Andrea/**Vollmer**, Lina (Hg.), 2014: Gleichstellungsarbeit an Hochschulen. Neue Strukturen – neue Kompetenzen. Leverkusen: Barbara Budrich.

Lombardo, Emanuela/**Meier**, Petra, 2014: The Symbolic Representation of Gender. A Discursive Approach. Aldershot: Ashgate.

Ludwig, Gundula, 2014: Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staats-theoretische Intervention. [Politik und Geschlecht – kompakt, 2]. Leverkusen: Barbara Budrich.

Rendtorff, Barbara/**Riegraf**, Birgit/**Mahs**, Claudia (Hg.), 2014: 40 Jahre Feministische Debatten. Resümee und Ausblick. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Schwarz, Silke, 2014: Gendergerechtigkeit als Universalkonzept? Kritische und kultursensible Analysen von Gendermainstreaming nach einer Katastrophe. Wiesbaden: Springer VS.

Shepherd, Laura, 2014: Gender Matters in Global Politics. A Feminist Introduction to International Relations. London: Taylor & Francis.

Sjoberg, Laura, 2014: Gender, War, and Conflict. Cambridge et al.: Polity Press.

Tickner, Ann, 2014: A Feminist Voyage through International Relations. Oxford, New York: Oxford University Press.

Truong, Tanh-Dam, 2014: Migration, Gender and Social Justice. Perspectives on Human Security. Heidelberg: Springer VS.

Veltman, Andrea/Piper, Mark, 2014: Autonomy, Oppression, and Gender. Oxford, New York: Oxford University Press.

Wascher, Kristina, 2014: Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. [Linzer Schriften zu Gender und Recht, 53]. Linz: Universitätsverlag Trauner.

Xue, Yuan, 2014: Über den Körper hinaus. Geschlechterkonstruktionen im europäischen Roman seit Ende der 1990er Jahre. Bielefeld: transcript.

Aus Zeitschriften und Sammelbänden

Abbasgholijadeh, Mahboubeh, 2014: „To Do Something We Are Unable to Do in Iran“: Cyberspace, the Public Sphere, and the Iranian Women’s Movement. In: Signs. Journal of Women in Culture and Society. 39 (4), 831-840.

Alhutter, Doris/Hoffmann, Roswitha, 2014: Affektive Materialitäten in Geschlechter-Technikverhältnissen. Handlungs- und theorie-politische Implikationen einer antikategorialen Geschlechteranalyse. In: Freiburger Zeitschrift für Geschlechterstudien. 20 (2), i.E.

Amadeu Antonio Stiftung, 2014: Rechtsextrême Frauen – übersehen und unterschätzt. Analysen und Handlungsempfehlungen. Internet: http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_rechtfrauen.pdf [13.8.2014].

Aus Politik und Zeitgeschichte, 2014: Sexismus. 64 (8).

Auspurg, Katrin/Frodermann, Corinna/Hinz, Thomas, 2014: Berufliche Umzugsentschei-

dungen in Partnerschaften. Eine experimentelle Prüfung von Verhandlungstheorie, Frame-Selektion und Low-Cost-These. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 66 (1), 21-50.

Bargetz, Brigitte, 2014: Jenseits emotionaler Eindeutigkeiten. Überlegungen zu einer politischen Grammatik der Gefühle. In: Baier, Angelika/Binswanger, Christa/Häberlein, Jana/Nay, Eveline Y./Zimmermann, Andrea (Hg.): Theorien der Affect Studies: Eine einführende Anthologie. Wien, 117-136.

Bargetz, Brigitte, 2014: Mapping Affect. Challenges of Un/Timely Politics. In: Angerer, Marie-Luise/Bösel, Bernd/Ott, Michaela (Hg.): The Timing of Affect. Zürich, New York, i.E.

Baureithel, Ulrike, 2014: Prostitution: Die Doppel-moral der Sittenwächter. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 59 (1), 21-24.

Beauregard, Katrine, 2014: Gender, Political Participation and Electoral Systems: A Cross-national Analysis. In: European Journal of Political Research. 53 (3), 617-634.

Brand, Ortrun/Rudolph, Clarissa, 2014: Auf zu neuen Ufern? Geschlechterleitbilder im Wandel. In: WSI-Mitteilungen. 67 (2), 89-96.

Bührmann, Andrea D., 2014: Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterkonstruktionen: Die mediale Darstellung von Frauen in Top-Führungspositionen. In: WSI-Mitteilungen. 67 (2), 97-104.

Bugra, Ayse, 2014: Revisiting the Wollstonecraft Dilemma in the Context of Conservative Liberalism: The Case of Female Employment in Turkey. In: Social Politics. 21 (1), 148-166.

Candas, Aysen/Silier, Yildiz, 2014: Quietly Reverting Public Matters into Private Troubles: Gendered and Class-Based Consequences of Care Policies in Turkey. In: Social Politics. 21 (1), 103-123.

Ciccia, Rossella/Bleijenbergh, Inge, 2014: After the Male Breadwinner Model? Childcare Services and the Division of Labor in European Countries. In: Social Politics. 21 (1), 50-79.

Cohen, Dara Kay, 2013: Explaining Rape during Civil War: Cross-National Evidence (1980-2009). In: American Political Science Review. 107 (3), 461-477. doi:10.1017/S0003055413000221.

- Dinovitzer, Ronit/Hagan, John**, 2014: Hierarchical Structure and Gender Dissimilarity in American Legal Labor Markets. In: *Social Forces*. 92 (3), 929-955. doi:10.1093/sf/sot110.
- Dolan, Kathleen/Lynch, Timothy**, 2014: It Takes a Survey: Understanding Gender Stereotypes, Abstract Attitudes, and Voting for Women Candidates. In: *American Politics Research*. 42 (4), 656-676.
- Emmenegger, Patrick/Manow, Philip**, 2014: Religion and the Gender Vote Gap: Women's Changed Political Preferences from the 1970s to 2010. In: *Politics & Society*. 42 (2), 166-193.
- Geva, Dorit**, 2014: Of Bellicists and Feminists: French Conscription, Total War, and the Gender Contradictions of the State. In: *Politics & Society*. 42 (2), 135-165. doi:10.1177/0032329213519418.
- International Studies in Sociology of Education**, 2014. Gender Analysis of Education in 21st Century Capitalist Societies. 24 (1).
- Hinterhuber, Eva Maria**, 2014: Time to Tango! Bringing Civil Society and Gender Together. Zentrum für Europäische Geschlechterstudien (ZEUGS). Working Paper No. 3.
- Jacob, Marita/Kleinert, Corinna**, 2014: Marriage, Gender, and Class: The Effects of Partner Resources on Unemployment Exit in Germany. In: *Social Forces*. 92 (3), 839-871. doi:10.1093/sf/sot130.
- Kotsadam, Andreas/Finseraas, Henning**, 2014: Causal Effects of Parental Leave on Adolescents' Household Work. In: *Social Forces*. 92 (1), 329-351. doi:10.1093/sf/sot044.
- Kupfer, Antonia**, 2014: The Interrelation of 21st Century Education and Work from a Gender Perspective. In: *International Studies in Sociology of Education*. 24 (1), 113-125.
- McClendon, Gwyneth H.**, 2014: Social Esteem and Participation in Contentious Politics: A Field Experiment at an LGBT Pride Rally. In: *American Journal of Political Science*. 58 (2), 279-290.
- Obuch, Katharina/Sandhaus, Jasmin/Wilde, Gabriele/Zimmer, Annette**, 2014: Alles verändert sich, damit es bleibt wie es ist. Erste Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt „Geschlechterverhältnisse in autoritären und hybriden Regimen“ am Fallbeispiel Nicaragua. In: *Journal des Netzwerks Frauen und Geschlechterforschung NRW Nr. 33*, 48-52. Internet: <http://www.uni-muenster.de/ZEUGS/publikationen/workingpapers/index.html> (13.8.2014).
- Öhberg, Patrik/Wängnerud, Lena**, 2014: Testing the Impact of Political Generations: The Class of 94 and Pro-feminist Ideas in the Swedish Riksdag. In: *Scandinavian Political Studies*. 37 (1), 61-81.
- PERIPHERIE – Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt**, 2014: krieg macht geschlecht. 133.
- PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft**, 2014: Materialistischer Feminismus. 44 (1).
- Röder, Antje/Mühlau, Peter**, 2014: Are They Acculturating? Europe's Immigrants and Gender Egalitarianism. In: *Social Forces*. 92 (3), 899-928. doi:10.1093/sf/sot126.
- Scheurer, Katherine Felix**, 2014: Gender and Voting Decisions in the US Court of Appeals: Testing Critical Mass Theory. In: *Journal of Women, Politics & Policy*. 35 (1), 31-54.
- Schreyögg, Friedel/von Wrangell, Ute**, 2014: Kommunale Gleichstellungsarbeit und ihre Akteurinnen – die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Auftrag – Umsetzung – Ergebnisse. In: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*. 6 (1), 65-92.
- Unmüßig, Barbara**, 2014: Drei Jahre Arabellion: Der Frühling der Frauen? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 59 (2), 81-89.
- Wilde, Gabriele**, 2014: Alexis de Tocqueville Revisited: Between the Centralization of Political Power, Civil Association, and Gender Politics in the European Union. In: *Freise, Matthias/Hallmann, Thorsten (Hg.): Modernizing Democracy. Associations and Associating in the 21st Century*. New York, 31-44.
- Wilde, Gabriele**, 2014: Zivilgesellschaftsforschung aus Geschlechterperspektive. Zur Ambivalenz von Begrenzung und Erweiterung eines politischen Handlungsspielraumes. In: *Zimmer, Annette/Simsa, Ruth (Hg.): Quo Vadis? Forschung zu Partizipation, zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihrem Management*. Wiesbaden, 209-230.
- Wilde, Gabriele**, 2014: Folgender Europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik für demokratische Geschlechterverhältnisse. Beitrag für das Online-Dossier „Gleichstellungsprojekt Europa?“ des Gunda-Werner-

Instituts der Heinrich Böll-Stiftung. Internet: <http://www.gwi-boell.de/de/2014/05/22/folgen-der-europaeischen-arbeitsmarkt-und-beschaeftigungspolitik-fuer-demokratische-geschlechterverhaeltnisse> (13.8.2014).

Wilde, Gabriele/**Sandhaus**, Jasmin, 2014: Die tunesische Verfassung zwischen demokratischem Anspruch und Verfassungsrealität. Arbeitspapiere des Zentrums für Europäische

Geschlechterstudien (ZEUGS) No. 1. Internet: <http://www.uni-muenster.de/ZEUGS/publikationen/workingpapers/index.html> (13.8.2014).

Wöhl, Stefanie, 2014: The State and Gender Relations in International Political Economy. A State-theoretical Approach to Varieties of Capitalism in Crisis. In: *Capital & Class*. 38 (1), 83-95.

AUTORINNEN DIESES HEFTES

Abels, Gabriele, Prof. Dr., Jean Monnet-Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration, Institut für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Demokratisierung der EU, insbesondere Rolle der Parlamente, regulative Politik, Theorien europäischer Integration, Geschlechterforschung. gabriele.abels@uni-tuebingen.de

Bargetz, Brigitte, Dr.in phil., Universitätsassistentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Affekt-Theorien, queere und feministische Theorien, Theorien des Politischen, Theorien des Alltags. brigitte.bargetz@univie.ac.at

Berscheid, Anna-Lena, MA, Gender Studies, STS (Science, Technology, Society), Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Degendering the Driver? Autonome Fahrzeuge, Mobilität und Geschlecht“ am Institut für Medienwissenschaften der Universität Paderborn. Arbeitsschwerpunkte: STS (Wissenschafts- und Technikforschung), Gender und Popkultur. anna.lena.berscheid@uni-paderborn.de

Bock, Ulla, Dr., Soziologie und Sozialpsychologie, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Geschäftsführerin der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung an der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Bildung und Wissenschaft, Sozialtheorie Pierre Bourdieu, Geschlechter- und Wissenschaftsforschung.

Bruchhaus, Eva-Maria, geb. 1934, Studium Politikwissenschaften am Institut d'Etudes Politiques (Paris) und Internationale Landwirtschaft (Kassel). Journalistin und Beraterin in der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit, überwiegend in Afrika. Derzeitige Arbeitsschwerpunkte: Frauenrechte und gender based violence, vor allem in Konflikt- und Postkonfliktsituationen. bruchhaus@netcologne.de

Drüeke, Ricarda, Dr., Kommunikations- und Medienwissenschaft, Postdoc am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Arbeitsschwerpunkte: Öffentlichkeits-theorien, Online-Kommunikation, Gender Studies. ricarda.drueeke@sbg.ac.at

Duma, Veronika, Mag., Projektmitarbeiterin am Institut für Geschichte der Universität Wien, Arbeitsgruppe Frauen- und Geschlechtergeschichte. Arbeitsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechtergeschichte, Feminismus, materialistische Ansätze, Austrofaschismus, Nationalsozialismus. veronika.duma@univie.ac.at

Freudenschuß, Magdalena, Dr. phil., Politologin und Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for Digital Cultures, Leuphana Universität Lüneburg (Projekt: Art and Civic Media). Mitherausgeberin der *Femina Politica*. Arbeitsschwerpunkte: Prekarisierung, Verletzbarkeit, feministische Theorie, Diskursforschung. magdalena.freudenschuss@inkubator.leuphana.de

Ganz, Kathrin, M.A., Politikwissenschaft, Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Arbeit-Gender-Technik an der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Arbeitsschwerpunkte: Politisches Handeln im Netz, Netzpolitik, Diskurs- und Hegemonietheorie, Intersektionalität. kathrin.ganz@tuhh.de

Hajek, Katharina, Mag., Universitätsassistentin („prae-doc“) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie und Ideengeschichte, Staatstheorien, feministische politische Theorie, Familie und Familienpolitik, Krise und soziale Krisen Auswirkungen. katharina.hajek@univie.ac.at

Hausotter, Jette, Magistra Artium, Mitglied im AK Reproduktion, Doktorandin in der Forschungsgruppe Arbeit-Gender-Technik an der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Geschlechterforschung, Intersektionalität. hausotter@tuhh.de

Hentschel, Gitti, Kommunikationswissenschaftlerin, Leitung des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: feministische Netzpolitik und Kommunikation, Friedens- und Sicherheitspolitik mit Genderperspektive, sexualisierte Gewalt (in Konfliktkontexten) und Männlichkeitskonstruktionen. Hentschel@boell.de

Holzleithner, Elisabeth, Dr. iur., Professorin für Rechtsphilosophie und Legal Gender Studies an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Politische Philosophie, Legal Gender & Queer Studies, Recht und (Populär-)Kultur.

Kämpf, Katrin M., M.A., Kultur- und Medienwissenschaft, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Medienwissenschaften an der Universität Paderborn. Arbeitsschwerpunkte: Diskursgeschichte der Sexualität, Queer Theory, Surveillance Studies.

Kannengießner, Sigrid, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung der Universität Bremen. Forschungsschwerpunkte: Geschlechterforschung, politische Bewegungen, transkulturelle und politische Kommunikation. sigrid.kannengiesser@uni-bremen.de

Kelle, Nadiya, M.A., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeit und Arbeitsmarkt, Geschlecht und Familie, Quantitative Methoden der Sozialforschung.

Kis, Oksana, PhD in History/Ethnology (2002), Senior Research Fellow at the Institute of Ethnology, National Academy of Sciences of Ukraine (in Lviv). Research areas: women's history, feminist anthropology, oral history, and the gender transformations in post-socialist countries. kis@ucu.edu.ua

Klaus, Elisabeth, Prof. Dr., Kommunikations- und Medienwissenschaft, Fachbereich Kommunikationswissenschaft in Salzburg. Arbeitsschwerpunkte: kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung, Öffentlichkeitstheorien sowie Cultural Studies und Populärkultur. elisabeth.klaus@sbg.ac.at

Koch, Ulrike, MMag.a, Literaturwissenschaft und Gender Studies; derzeit in Wien in einer Bibliothek lohnarbeitend und frei forschend. Arbeitsschwerpunkte: Literatur und Wissen, Bibliotheken in der Literatur, feministische/gender/queerspezifische Literaturwissenschaft. ulrike_koch@gmx.at

Leinfellner, Stefanie, Dipl. Päd., Promovendin am Institut für Erziehungswissenschaft im Bereich Geschlechterforschung an der Universität Paderborn. Arbeitsschwerpunkte: Dual Career, Wissenschaftskarrieren, Soziale Ungleichheit, Geschlechterverhältnisse und sozialer Wandel, Vereinbarkeit von Karriere, Beruf und Familie, qualitative Methoden. stefanie.leinfellner@upb.de

Lettow, Susanne, Prof. Dr., Philosophie/Politische Theorie, Gastprofessorin für kritische Gesellschaftstheorie, Goethe-Universität Frankfurt, Arbeitsgebiete: Feministische Theorie, Politische Theorie, Geschichte und Theorie der Biopolitik, Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie.

Löther, Andrea, Dr., stellvertretende Leiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS, einem Bereich von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Arbeitsschwerpunkte: Gleichstellungspolitik an Hochschulen, Monitoring und Evaluation, Begleitung und Monitoring von hochschulpolitischen Entwicklungen unter gleichstellungspolitischen Aspekten. andrea.loether@gesis.org

Meißner, Hanna, Dr. Soziologin; derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Interdisziplinäre Geschlechterforschung an der Technischen Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: feministische Theorie, Gesellschaftstheorie, Wissenschaftsforschung sowie Arbeits- und Organisationssoziologie.

Mushaben, Joyce Marie, Prof., Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft & Geschlechterforschung, Political Science Department und vormalige Direktorin des Institute for Women's & Gender Studies, University of Missouri-St. Louis. Arbeitsschwerpunkte: Wohlfahrtsstaatsforschung, Leadership-Forschung, Migration, deutsche und EU-Politik. mushaben@umsl.edu

Nüthen, Inga, Dipl.Pol., Mitarbeiterin der Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung an der Freien Universität Berlin, Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Queer-feministische Theorien, politische Theorie, Gender & Intersektionalität in der Lehre. inganue@zdat.fu-berlin.de

Quart, Lydia-Maria, M.A., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Arbeitsschwerpunkte: Ökonomisierung, Ambulante Pflege, Qualitative Methoden.

Schmidt, Francesca, Literatur-, Politik- und Geschichtswissenschaftlerin, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Queer-Feminismus, feministische Netzpolitik und Online-Kommunikation, Protestbewegungen. francesca.schmidt@boell.de

Schoenes, Katharina, MA, Vorbereitung eines Promotionsprojekts zu Rassismus in der Rechtsprechung. Arbeitsschwerpunkte: kritische Migrations- und Rassismusforschung, historische und aktuelle Einwanderungsdiskurse und -politiken sowie kritische Theorien des Rechts. katharina_schoenes@yahoo.de

Schüle, Jessica, M.A., Erziehungswissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft, Abteilung allgemeine Erziehungswissenschaft, Universität Hildesheim. Arbeitsschwerpunkte: erziehungs- und bildungswissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung, ethnographische und diskursanalytische Forschungsansätze, poststrukturalistische Theoriebildung.

Schultheiss, Jana, Volkswirtin in Wien und aktiv im BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen) und im BdW (Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler). Arbeitsschwerpunkte: Gender Mainstreaming und kritische Ökonomie.

Wiesental, Ann, Mitorganisatorin der Aktionskonferenz Care Revolution (März 2014); aktiv in sozialen Bewegungen. Arbeitsschwerpunkte: Feminismus und Krise sozialer Reproduktion.

Zschokke, Anna, Mag.a, Geschichte, derzeit Studium Bibliotheks- und Informationswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, lohnarbeitend in Wien. Arbeitsschwerpunkte: Bibliotheksbenutzung, Social Media, Medienanalyse. Anna.Zschokke@gmail.com